
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
8'74
Preis 5,– Mark
Gesellschaftliche Bauten

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:
In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassil-Lewsky 6
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová služba, Praha 2 – Vinohrady, Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, 1201 Wien,
Höchstädtplatz 3

- Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14
- BRD
- Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
P 241/74, P 3/81/74 bis P 3/97/74

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (1/16/01)
Printed in GDR

Am 24. und 25. Oktober 1974 findet in Rostock eine Fachtagung zum Thema

Probleme der Umgestaltung von Klein- und Mittelstädten

statt. Veranstalter sind das Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR gemeinsam mit dem BdA/DDR.

Schwerpunkte der Fachtagung sind

- gesellschaftspolitische Zielsetzung für die Umgestaltung der Klein- und Mittelstädte
- Funktion der Klein- und Mittelstädte im Siedlungsnetz
- Leitvorstellungen zur städtebaulich-architektonischen Gestaltung
- Fragen der langfristigen städtebaulichen Planung

Interessenten wenden sich an die zuständige Bezirksgruppe des BdA/DDR. Nichtmitglieder an das Bundessekretariat des BdA/DDR, 102 Berlin, Breite Straße

Im nächsten Heft:

Städtebau und Architektur im Bezirk Erfurt
Entwicklungsprobleme der Stadt Erfurt
Neue Wohngebiete und Gesellschaftliche Zentren
Rationalisierung des Wohnungsbaus
Komplexe Modernisierung
Sozialistische Umgestaltung von Dörfern, Siedlungsschwerpunkten und Mittelstädten
Landschaftsgestaltung in Erfurt

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 31. Mai 1974
Illusdruckteil: 11. Juni 1974

Titelbild:

Blick auf den neuen Stadtteil Jena-Lobeda
Foto: Ehrenfried K.-R. Wohlgezogen, Jena

Fotonachweis:

Bauinformation/Wolter (1); Bauinformation/Baum (1); Jürgen Wendt, Weimar (1); Inge Blohm, Berlin (1); Irma Schmidt, Rostock (1); Ehrenfried K.-R. Wohlgezogen, Jena (11); Foto-Halir, Halle (3); Winfried Hausch, Sievershagen (4); Joachim Petri, Mölkau (7); Herbert Lachmann, Leipzig (1); Dirk Radig, Dresden (1); LAKOTERV, Budapest (8); Henk Snoek, London (2); frischauf-bild, Innsbruck (5); L. Jaritschkow, Sofia (8); Institut für Denkmalpflege, Berlin (4); Dieter Breitenborn, Berlin (1); Technische Universität Dresden, Universitätsfilm- und -bildstelle, Dresden (6); Reinhard Schulze, Dresden (3)



ARCHITEKTUR DER DDR XXIII. JAHRGANG · BERLIN · AUGUST 1974

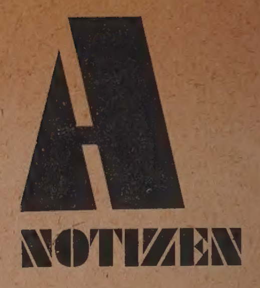
450	**Notizen**	red.
452	**Die Aufgaben der Organe des Bundes der Architekten der DDR in Vorbereitung des 7. Bundeskongresses 1975**	Hans Gericke
453	**Unsere Kraft und unser Können für die Stärkung der DDR** (Aufruf des Bundesvorstandes des BdA/DDR an alle Mitglieder)	
454	**Probleme der Planung gesellschaftlicher Einrichtungen beim Bau neuer Wohngebiete**	Richard Wagner
457	**Ein neues Jenaer Wohngebiet: Lobeda-West**	Siegfried Klügel, Günter Schumacher, Volkmar Stoll, Ernst Mauke
464	**Vorschuleinrichtungen in der 5-Mp-Bauweise im Bezirk Suhl**	Ulrich Möckel
468	**Wohngebietssauna für 12 Personen**	Eduard Gödecke
470	**Gaststätte „Jägerhütte" bei Rostock**	Ulrich Hammer
473	**Bauernstube mit Grillbar im „konsument"-Warenhaus Leipzig**	Dietmar Naumann
476	**Sportbauten der nahen Zukunft**	V. A. Maschinsky
480	**Neue Parteihäuser in der Volksrepublik Bulgarien**	Matej Matejew
486	**Neue Hotelbauten in Budapest**	József Finta
490	**Neue Hotelbauten in England**	René Elvin
494	**Kongreßzentrum in Innsbruck**	Fritz Weber
497	**Entwurfsstudien zum Kongreßsaal in Frankfurt (Oder)**	Fritz Krause, Jürgen Meißner, Klaus Wever
502	**kritik und meinungen**	
502	**▪ Probleme der Sicherung architektonisch wertvoller Bausubstanz in Kleinstädten**	Günther Köpping, Renate Meinke
504	**▪ Städtebauliche Aufgabenstellung und ökonomische Probleme**	Loni Niederländer
506	**Lehre und Praxis – Studentenseiten der TU Dresden**	Gudrun Stenke, Reinhard Schulze
508	**Informationen**	
510	**in memoriam Heinrich Rettig**	Eberhard Deutschmann

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf





Arbeitskultur im sozialistischen Betrieb

Unter diesem Motto fand anläßlich der 15. Arbeiterfestspiele der DDR auf dem Gelände der iga in Erfurt eine Ausstellung statt. Diese Ausstellung machte mit Erfahrungen und Ergebnissen bekannt, wie durch eine bessere einheitliche Leitung und Planung von Rationalisierungsprozessen sowie durch das bewußte Mitwirken aller Werktätigen die Produktivität gesteigert und gleichzeitig das Niveau der sozialistischen Arbeitskultur weiter erhöht wurde. Einige Beispiele aus der Produktion veranschaulichten, auf welche Weise es möglich ist, Arbeitsprozesse für den Menschen zu erleichtern, Gefahrenquellen weitestgehend auszuschalten, Lärmbelästigungen zu mindern und den gesamten Produktionsprozeß so zu gestalten, daß die bestmöglichen Bedingungen für eine schöpferische Arbeit gegeben sind.

30. Plenartagung der Bauakademie der DDR zur Bedeutung des kommunalen Tiefbaus bei der Sicherung der komplexen Erschließung von Wohngebieten

Gute Resultate auf den Wohnungsbaustellen hängen entscheidend von den Leistungen des kommunalen Tiefbaus ab. Die Realisierung des von der 10. Tagung des ZK der SED beschlossenen langfristigen Wohnungsbauprogramms erfordert für den Zeitraum bis 1980 eine Steigerung der Tiefbauleistungen auf 170 Prozent. Wie dieser überproportionale Zuwachs über den Hauptweg der Intensivierung der Produktion durch ein höheres Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu erzielen ist, darüber beriet am 9. Mai 1974 in Berlin das Plenum der Bauakademie der DDR gemeinsam mit Experten der im Erzeugnisgruppenverband zusammengeschlossenen Tiefbaukombinate und mit Kooperationspartnern der Wasserwirtschaft, Energieversorgung und der Zuliefererindustrie. An der Arbeitsberatung nahmen der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, und der Leiter der Abteilung Bauwesen im ZK der SED, Genosse Trölitzsch, teil.

Im Mittelpunkt standen die Hauptaufgaben von Wissenschaft und Technik zur Senkung des Erschließungsaufwandes für Wohngebiete, zur Rationalisierung und Weiterentwicklung, zur breitenwirksamen Durchsetzung erprobter konstruktiver Lösungen und Besttechnologien sowie der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und der Slobin-Methode in allen Tiefbaukombinaten. Gleichzeitig wurden die Aufgaben zur verstärkten Durchsetzung des industriellen Bauens im kommunalen Tiefbau einschließlich der Mechanisierung der Baustellenprozesse beraten und Maßnahmen für den wissenschaftlichen Vorlauf für eine stabile und langfristige Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung des Tiefbauaufwandes festgelegt.

In den Beratungen wurde sichtbar, daß für den notwendigen Leistungs- und Effektivitätszuwachs im kommunalen Tiefbau in den letzten Jahren gute Voraussetzungen in den Tiefbaukombinaten geschaffen wurden. So konnte durch vielfältige Initiativen der Bauschaffenden im sozialistischen Wettbewerb auf dem Weg der Intensivierung und sozialistischen Rationalisierung in den letzten drei Jahren die Arbeitsproduktivität in den Tiefbaukombinaten jährlich um etwa 6 bis 8 Prozent gesteigert werden. Die Bauleistungen erhöhten sich für die komplexe Erschließung bis Ende 1973 gegenüber 1970 auf etwa das 1,5fache.

Ausgehend von einer eingehenden Analyse des erreichten wissenschaftlich-technischen Niveaus im Tiefbau legte Prof. Dr. Wolfgang Rattay, Direktor des Instituts für Ingenieur- und Tiefbau, die wichtigsten Aufgaben und Lösungswege zur weiteren Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und zur Durchsetzung einer einheitlichen wissenschaftlich-technischen Politik im kommunalen Tiefbau dar. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten werden auf die Entwicklung rationeller Erschließungsprinzipien wie Flach- und Fundamentverlegung von Versorgungsleitungen sowie auf die Rationalisierung und Weiterentwicklung solcher tempobestimmenden Technologien und Erzeugnisse des Tiefbaus konzentriert wie Sammelkanäle, Abwasserleitungen, Fernwärmeleitungen sowie Wohnstraßen und Flächen des ruhenden Verkehrs.

Die aus sowjetischen Erfahrungen weiterentwickelte Sammelkanalbauweise wurde bereits in einigen Bezirken der DDR eingeführt, ihre Breitenanwendung bringt die Industrialisierung des Tiefbaus weiter voran, verringert den Anteil der schweren körperlichen Arbeit und erleichtert Wartung und Reparatur der Versorgungsnetze.

Die Entwicklung und Einführung eines komplexen und qualitätsverbesserten Betonrohrsortiments mit den dazugehörigen Abzweigen und vereinheitlichten Schächten bildet einen Schwerpunkt für die weitere Rationalisierung beim Bau von Abwasserleitungen. Außerdem wird ein komplexes Kunststoff-Sortiment, das gemeinsam mit dem VEB ORBITA-PLAST entwickelt wurde, angewendet werden. Damit werden eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und wirksame Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt.

Große Reserven können durch Verbesserung der technologischen Vorbereitung erschlossen werden. Forschungs- und Produktionskollektive arbeiten gemeinsam daran, im Tiefbau schrittweise Prinzipien der Fließfertigung einzuführen. Damit werden wesentliche Voraussetzungen für die Anwendung der im Wohnungsbau bewährten Slobin-Methode geschaffen. Im Tiefbaukombinat Halle zum Beispiel konnte im Sammelkanalbau durch Anwendung der Slobin-Methode innerhalb von sechs Monaten die Arbeitsproduktivität um 6,75 Prozent gesteigert, der Arbeitszeitaufwand um 400 Stunden und der Materialverbrauch um 3800 Mark gesenkt werden.

In der Diskussion unterbreiteten Tagungsteilnehmer wertvolle Vorschläge, wie die in der Erstanwendung erprobten Technologien und konstruktiven Lösungen in allen Tiefbaukombinaten angewendet und somit bedeutende Reserven zur Erhöhung der Tiefbauleistungen erschlossen werden können. Gleichzeitig wurden die besten Erfahrungen zur langfristigen Planung von Wohngebieten und der Investitionsvorbereitung und der Anwendung rationeller Erschließungsprinzipien vermittelt.

Dr. Karl Schmiechen, Staatssekretär im Ministerium für Bauwesen, gab dazu konkrete Hinweise zur Qualifizierung der Leitung und Planung sowie zur effektiveren Zusammenarbeit aller an der Lösung des von der Bauakademie der DDR geleiteten Forschungsvorhabens „Komplexe Erschließung von Wohngebieten" beteiligten Kooperationspartner.

Zusammenfassend erklärte Prof. Werner Heynisch, Präsident der Bauakademie der DDR, daß die Plenartagung wesentlich zur Klärung der Aufgaben und Lösungswege für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und zur Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufs für den kommunalen Tiefbau beigetragen habe. Es komme jetzt darauf an, in engem Zusammenwirken zwischen Forschungseinrichtungen, Tiefbaukombinaten, Versorgungsträgern und den Betrieben der Zulieferzweige diese Aufgaben praxiswirksam zu lösen und eine schnelle Breitenwirksamkeit der erzielten Ergebnisse zu sichern. Von entscheidender Bedeutung hierbei sei auch die Vertiefung der Forschungskooperation mit Partnerinstituten der UdSSR und der anderen sozialistischen Bruderländer. Über den Plan Wissenschaft und Technik sei die Neuerer der Produktion in die Lösung der Aufgaben einzubeziehen.

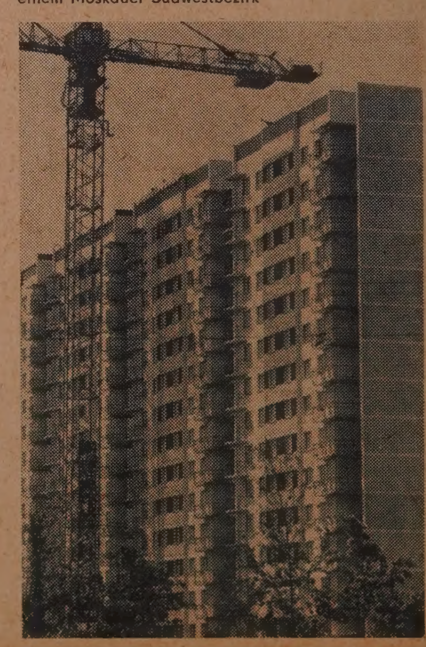


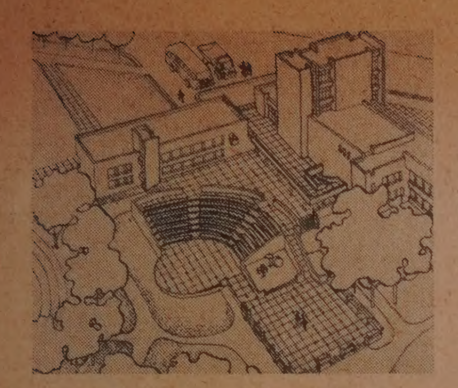
Für die architektonische Gestaltung des Wohngebietes Lazdinai in Vilnius (unser Bild zeigt die Bebauung der „Straße der Architekten") erhielten die Autoren den Leninpreis der UdSSR für das Jahr 1974 auf Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR.

Entwurf: Architekt V. A. Tschekanauskas (Leiter des Kollektivs), Architekten V. M. Baltschunas, V. J. Bredikis und G. S. Valjuschkis, Ingenieure A. A. Kleinotas und V. J. Schileika

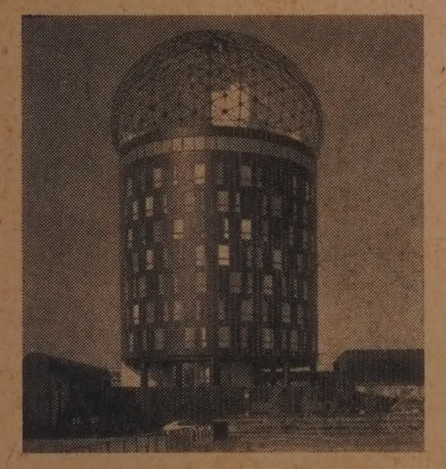
(Wir berichteten bereits über dieses Wohngebiet im Heft 8/1973).

Vierzehngeschossiges Experimentalwohnhochhaus in einem Moskauer Südwestbezirk





Geplantes Zentrum der landwirtschaftlichen Siedlung Granit (Architekt: B. I. Jurin)



Hotel „Beverly Tom" in Tomakomai, Japan (Architekt: Minoru Takeyama)

Bürogebäude in Bilthoven, Niederlande



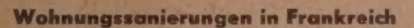
Genossenschaftlicher Wohnungsbau gewinnt größere Bedeutung

Im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1974 ist festgelegt, daß zur weiteren Verbesserung der Wohnbedingungen, vor allem der Arbeiter und der kinderreichen Familien, mindestens 40 Prozent der Neubauwohnungen von Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften zu schaffen sind. Damit erhalten in diesem Jahr etwa 35 000 AWG-Mitglieder und ihre Familien moderne Wohnungen.

Seit der Veröffentlichung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe ist die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Staatsorganen und den AWG wesentlich wirksamer geworden. Das trug zur schnelleren Klärung einer Reihe von Problemen bei. Es erfolgen beispielsweise jetzt umfassendere gegenseitige Abstimmungen bei Zuweisungen, Tauschvorhaben und anderen Maßnahmen.

Es gibt zunehmend Beispiele dafür, daß Mitglieder von AWG-Vorständen zu Grundsatzentscheidungen oder Investitionsvorentscheidungen für Wohnungsbauvorhaben hinzugezogen werden. Besonders hervorzuheben ist die Zusammenarbeit in Rostock. Vertreter der Genossenschaften nehmen dort an der Begutachtung neuer Angebots- und Wiederverwendungsprojekte teil. So konnte bei der Beurteilung des Angebotsprojektes „WBS 70 – Anpassung Rostock" eine bedarfsgerechtere Wohnungszusammensetzung (Anteil der 1- bis 4-Raum-Wohnungen) erreicht werden.

1974 bestehen die AWG 20 Jahre. Sie haben sich als eine Form der aktiven Beteiligung der Werktätigen an der Lösung der Wohnungsprobleme bewährt. Bis Ende 1973 bezogen etwa 1,4 Millionen Bürger genossenschaftliche Neubauwohnungen. In Verbindung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED wurde in dem auf der 10. Tagung des Zentralkomitees beschlossenen Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 bis 1990 festgelegt, daß sich der Anteil des genossenschaftlichen Wohnungsbaues von 35 Prozent im jetzigen Planjahrfünft im Zeitraum 1976 bis 1990 auf 45 Prozent erhöht.



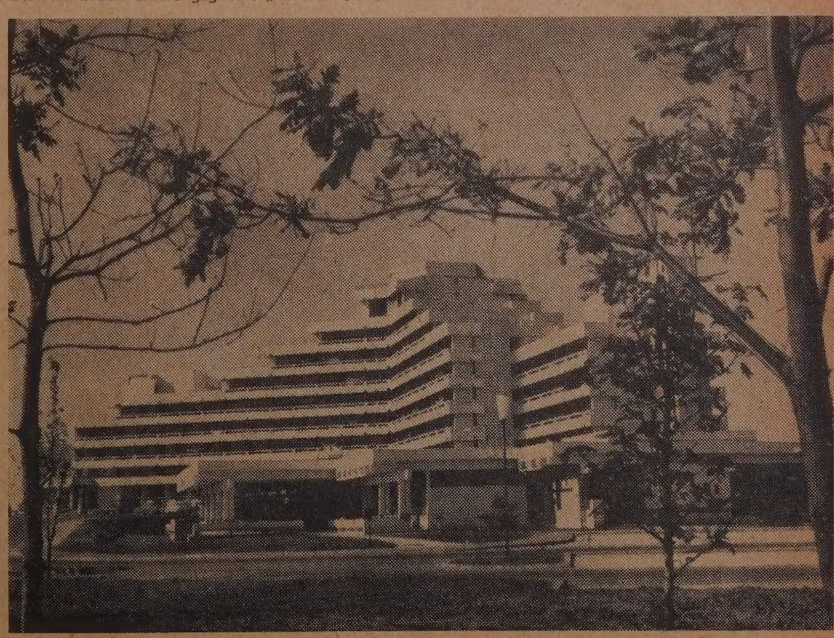
Wohnungssanierungen in Frankreich

Wer eine Altwohnung in schlechtem Zustand kauft und sie renoviert, kann in der Pariser Region einen Kredit von 47 000 Francs beanspruchen, im übrigen Frankreich von 42 000 Francs.

Wer seine alte Wohnung, die er bereits bewohnt, modernisieren will, bekommt einen Kredit von 19 800 Francs, für die Modernisierung eines Zimmers werden 600 Francs zugebilligt. Die Kredite werden zu fünf Prozent für die Dauer von zehn Jahren vergeben.

Trotz aller solcher Bemühungen wird es im laufenden Jahr zu einer Stagnation des sozialen Wohnungsbaues kommen. Es ist die Errichtung von 223 000 Sozialwohnungen vorgesehen, davon werden aber nur 108 000 Mietwohnungen sein.

In der Budgetdebatte 1974 wurde darauf verwiesen, daß der Staat den sozialen Wohnungsbau finanziell nicht ausreichend stützt und ihn nach und nach dem privaten Kapitalmarkt überläßt.



Hotel im neuen Erholungsgebiet „Aurora" an der rumänischen Schwarzmeerküste

Angebotsmesse der Neuerer und Rationalisatoren des Bauwesens

Am 14. Mai 1974 wurde die Angebotsmesse durch den Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, eröffnet. Eine Woche konnten die Exponate in der Ausstellungshalle und auf dem Freigelände am Dresdner Fucikplatz besichtigt und Erfahrungen ausgetauscht werden. Neuerer und Rationalisatoren zeigten die Ergebnisse ihrer Arbeit. Neueste wissenschaftlich-technische Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung wurden vermittelt, deren Überleitung in die Produktion zu erheblichen Einsparungen an Arbeitszeit und Kosten führt. Anliegen der diesjährigen Angebotsmesse war es, angesichts der vor dem Bauwesen stehenden großen Aufgaben für die nächsten Jahre, Baupraktiker und Ingenieure, aber auch die jungen Bauschaffenden über den Stand der Neuererarbeit zu informieren, vor allen Dingen aber Anstoß zu geben, die Erfahrungen anderer für die Produktion im eigenen Betrieb zu nutzen und selbst daran mitzuarbeiten, die Produktionsprozesse im Bauwesen noch rationeller zu gestalten.

Hohe Ziele im Wohnungsbau der VR Polen

Insgesamt sollen 1974 in der VR Polen in den Großstädten und Industriezentren rund 170 000 Neubauwohnungen entstehen, das sind elf Prozent mehr Wohnungen, als im vergangenen Jahr übergeben wurden. Rund 44 Prozent aller Wohnungen werden in diesem Jahr aus Großplatten und anderen vorgefertigten Elementen montiert. Im Zeitraum 1971 bis 1973 haben die Bauarbeiter rund 20 000 Wohnungen über den Plan hinaus an die Mieter übergeben. Bis 1975 sollen weitere 30 000 Wohnungen über den Plan gebaut werden.

Wohnungsnot und leerstehende Wohnungen

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen in den Niederlanden nahm im letzten Jahr um 40 Prozent zu; bis zum April 1973 waren es mehr als 80 000. Auffallend stark ist aber auch die rasche Zunahme leerstehender Neubauwohnungen. Ihre Zahl erhöhte sich auf mehr als 18 000. Von den 1972 errichteten Wohnungen sind rund zehn Prozent nicht bewohnt. Die Gründe liegen vor allem bei den schnell gestiegenen Baukosten.

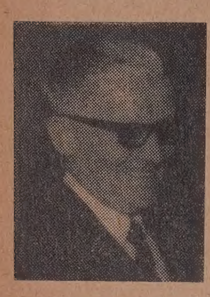
Erfahrungsaustausch sozialistischer Architektenverbände in Bukarest

Zu einem Erfahrungsaustausch trafen vom 4. 6. bis zum 9. 6. 1974 in Bukarest Vertreter der Leitungen von Architektenverbänden der sozialistischen Länder zusammen. An dem Treffen, zu dem der Architektenverband der SR Rumänien eingeladen hatte, nahmen ferner Delegationen aus der UdSSR, der ČSSR, aus Kuba, der KVDR, der MVR, der VRB, der VRP, der UVR und der DDR teil. Die Delegation des BdA/DDR wurde vom Präsidenten, Prof. Collein, geleitet. Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches standen inhaltliche Probleme und Methoden der gesellschaftlichen Arbeit der Architektenverbände. So berichtete ein Vertreter des sowjetischen Architektenverbandes, daß dort die Gestaltung architektonischer Ensembles, die Entwicklung des industriellen Bauens und die schöpferische Tätigkeit der Architekten wichtige Themen sind, mit denen sich der Verband beschäftigt. Wertvolle Erfahrungen wurden über Methoden der Arbeit der Verbände ausgetauscht, wobei Formen der Weiterbildung, der Projekt- und Problemdiskussionen, die Zusammenarbeit mit staatlichen und gesellschaftlichen Organen, Architekturanalysen und Wettbewerbe sowie die Förderung der jungen Architekten im Vordergrund standen.

Einen großen Raum nahmen auch Fragen der internationalen Arbeit der Verbände, insbesondere der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Architektenverbänden der sozialistischen Länder, ein.

Während des Treffens hatten die Teilnehmer Gelegenheit, interessante neue Wohngebiete und Erholungskomplexe zu besichtigen.

Die Aufgaben der Organe des Bundes der Architekten der DDR in Vorbereitung des 7. Bundeskongresses 1975



Aus dem Referat des 1. Vizepräsidenten des BdA/DDR Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke auf der 7. Bundesvorstandssitzung

Wenn es auf dem 7. Bundeskongreß und auf den vorausgehenden Bezirkskonferenzen darum gehen muß, unsere Wirksamkeit bei der Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR seit dem VIII. Parteitag der SED und seit unserem 6. Bundeskongreß zu analysieren, die politisch-ideologische und fachliche Arbeit unseres Bundes parteilich einzuschätzen und Vorschläge für eine noch effektivere Arbeit unseres Fachverbandes zu erarbeiten, dann kann das nur gelingen, wenn in allen Organen und Gruppen des Bundes eine Diskussion geführt wird, die sich ebenso sachkundig wie freimütig mit dem Stand der Entwicklung, mit offenen Problemen und auch mit kritischen Situationen auseinandersetzt, um im Ergebnis der Beratungen festzustellen, wie wir in der kommenden Etappe mit allen uns gebotenen Mitteln und Kräften unseren Beitrag zur Erfüllung der Hauptaufgabe, zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus unseres Volkes leisten können . . .

Ohne daß ich heute eine umfassende Analyse über die Wirksamkeit des Bundes anstellen kann, darf ich wohl feststellen und das später auch an einigen Beispielen belegen, daß wir nach der Entschließung des 6. Bundeskongresses, diesem unserem kollektiv gefaßten Entschluß, gehandelt haben, und daß wir eine überwiegend erfolgreiche Bilanz ziehen können. Zugleich aber sollten wir feststellen, daß zwar viele der prinzipiellen Aufgaben auch für die kommende Legislaturperiode ihre Gültigkeit behalten werden, daß aber andererseits niemand übersehen darf, daß uns gerade in den letzten Jahren neue größere Aufgaben erwachsen sind, die über den Erkenntnisstand von 1971 hinausgehen und zu neuen Schwerpunkten auch in der Arbeit unseres Fachverbandes führen.

Mit dem auf der 10. Tagung des ZK der SED beschlossenen Wohnungsbauprogramm der DDR bis zum Jahre 1990 wurde die bedeutendste Aufgabe des vom VIII. Parteitag festgelegten sozialpolitischen Programms gestellt. Der Wohnungsbau ist für einen langen Zeitraum zum Schwerpunkt des Bauwesens unter Einschluß vieler anderer Bereiche unserer Volkswirtschaft erklärt. Niemand wird darunter verstehen, daß die anderen großen Aufgaben des Bauwesens in Industrie und Landwirtschaft, die Rationalisierungsmaßnahmen, verbunden mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, oder die parallel zum Wohnungsbau wachsenden Bauaufgaben für Erholung, Sport und Freizeitgestaltung, für das Gesundheits- und Sozialwesen sowie den Umweltschutz vernachlässigt werden könnten. Sie sind ebenfalls Bestandteil der Hauptaufgabe und dienen ihrer Erfüllung.

Ausgehend davon, daß mit der Erfüllung der Hauptaufgabe die soziale Seite des Städtebaus und der Architektur in immer größerem Umfang Realität annimmt und damit Ausdruck des real existierenden Sozialismus in unserer Republik wird, müssen wir die funktionellen und konstruktiven, technologischen und ökonomischen, die städtebaulich-architektonischen Probleme in ihrer vielfältigen Verflechtung und Komplexität neu durchdenken und dazu konstruktive, schöpferische Vorschläge für ihre theoretische und praktische Bewältigung erarbeiten.

Dazu gehört auch, offen darzulegen, wo uns noch Hemmnisse den Weg zur Erfüllung dieser Aufgaben versperren und durch realistische Vorschläge zu deren Beseitigung beizutragen. Wir müssen uns die Fragen beantworten: Welchen Beitrag haben wir zur Lösung der Hauptaufgabe bislang geleistet, welches sind die Ergebnisse, und was muß geschehen, um den von der Gesellschaft erwarteten höheren Leistungen zu entsprechen?

Bei der Vorbereitung der Bezirkskonferenzen durch die Betriebs- und Fachgruppen sollten wir ideologisch und fachlich darauf orientieren, daß gerade in den Jahren 1974 und 1975 bedeutende Vorleistungen zu erbringen sind, um das Wohnungsbauprogramm bewältigen zu können. Wir müssen bei der Erfüllung des Programms den grundlegenden sozialen Prozeß bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft begreifen und in unserer Arbeit umsetzen. Um unser erklärtes Ziel zu erreichen, die Wohnungsfrage bis 1990 zu lösen, ist es von entscheidendem Vorteil, daß die Perspektiven des Wohnungsbaus auf weite Sicht abgesteckt sind und eine gründliche Vorbereitung erlauben. Dazu gehört übrigens auch die Erkenntnis, daß, ohne das Tempo im Wohnungsneubau zu beeinträchtigen, schon heute die massenweise qualitative Umgestaltung der vorhandenen und erhaltenswerten Wohnbausubstanz vorzubereiten ist, das heißt, daß Neubau, Modernisierung und Instandhaltung überall als Einheit erkannt, langfristig vorbereitet und gleichrangig durchführbar gemacht werden müssen.

Der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, unterstreicht im Heft 4 der „Einheit" die Unerläßlichkeit einer langfristigen Vorbereitung, wenn er sagt: „Die höhere Qualität der Leitung und Planung des komplexen Wohnungsbaus muß sich daran erweisen, daß das beschlossene Wohnungsbauprogramm sehr gründlich vorbereitet und Wohngebiete geschaffen werden, die der sozialistischen Lebensweise förderlich sind. Das betrifft vor allem die Standortbestimmung, die städtebauliche Planung, die Projektierung sowie die Primär- und stadttechnische Erschließung der neuen Wohngebiete. Dieser Vorlauf ist unerläßlich, um Stabilität und Kontinuität im komplexen Wohnungsbau zu sichern und durch umfassende Organisation der Takt- und Fließfertigung sowie durch Rationalisierung hohe Ergebnisse in der Arbeitsproduktivität, Effektivität und Qualität zu erreichen. Das ist eine Gegenwartsaufgabe ersten Ranges, die keinen Aufschub duldet."

Ich brauche nicht zu sagen, welche Aufgaben dabei speziell an unsere Adresse, an den Bund und die im Bund vereinigten Architekten gestellt sind. Erfahrungen und Praxis zeigen, daß von vielen Architekten eine gute Vorarbeit geleistet wird, in der staatlichen Leitung, in der Forschung, in der Projektierung usw. Sie lehren aber auch, daß zum Beispiel die Standortbestimmung im Hinblick auf die Einordnung in den vorhandenen Stadtorganismus oft unzulänglich oder einseitig erfolgt, daß unzureichende Vorarbeit vor allem in der Generalbebauungsplanung die Ursache für Fehlentscheidungen mit meist nicht übersehbaren Konsequenzen bilden kann, die in den späteren Phasen nicht mehr korrigierbar sind und den gesellschaftlichen Effekt beeinträchtigen.

Warum, so mögen wir uns fragen, ist es so schwer, die besten Erfahrungen von einem Bezirk auf den anderen zu übertragen? Warum setzen sich die überwiegend in enger Zusammenarbeit mit der Praxis entstandenen Arbeitsergebnisse, zum Beispiel des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie, nur zögernd durch? Warum bleiben Ergebnisse hervorragender Fachtagungen des BdA/DDR ohne die mögliche Wirkung? Was können wir als Mitglieder des Fachverbandes in den Bezirksgruppen, Fachgruppen, Kommissionen tun, um den Informationsfluß noch stärker zu fördern?

Bei aller Anerkennung des Erreichten bleibt noch eine Menge zu tun.

Die Ergebnisse der Fachtagungen des Bundes haben eine hohe Wertschätzung erfahren. Das gilt vor allem für Vorschläge und Empfehlungen an die Adresse der örtlichen oder zentralen Organe unseres Staates. Die Weiterbildungsseminare in den Bezirksgruppen haben sich bewährt. Zahllose Kollektiv- und Einzelleistungen in den Städten und Gemeinden haben die Autorität des Bundes gestärkt.

Dafür nur einige Beispiele: In vier Beratungen des Bezirksvorstandes in Erfurt wurden zum Beispiel die Themen Generalbebauungsplanung, langfristige Planung der Stadt Erfurt, Umgestaltung der Klein- und Mittelstädte sowie die Erzeugnisentwicklung im Zusammenhang mit der städtebaulichen Planung behandelt. Es wurden nach gründlicher Diskussion Empfehlungen ausgearbeitet und dem Rat des Bezirkes und dem Rat der Stadt zur Verfügung gestellt. Das gleiche können die Bezirksvorstände aus Rostock, Leipzig, Gera u. a. berichten . . .

In Suhl, Dresden und mehreren anderen Bezirken standen die Generalbebauungspläne verschiedener Städte zur Diskussion, und vom BdA organisierte Werkstattgespräche gehören heute zu erfolgreichen Praktiken in allen Bezirksgruppen.

Wenn wir uns – auch in Anerkennung dieser hier ausgewählten guten Beispiele – für eine zielgerichtete, konstruktive und erfolgreiche Arbeit in vielen Organen unseres Fachverbandes die Frage vorlegen, wo wir dennoch unsere Anstrengungen verstärken und auf brennende Probleme orientieren sollten, dann müssen wir Ausmaß und Wirkungsgrad unserer bisherigen Arbeit mit den konkreten Forderungen der kommenden Jahre in Vergleich setzen. Wir müssen uns die Frage stellen, reichen Aufwand und Ergebnis aus? Das wird uns sicher zeigen, daß Inhalt und Methoden der Arbeit, ihre Wirkungsweise und Nutzen in vieler Hinsicht neu durchdacht und neu angelegt werden müssen . . .

Gestatten Sie mir daher, auf einige, sicher weder vollständige noch umfassend markierbare Aufgaben einzugehen, die mir für uns als Fachverband und für dessen Mitglieder als vor allem beachtenswert erscheinen.

Dabei möchte ich mich auf Gebiete beschränken, die ich als Kernstück unserer ideologischen und fachlichen Arbeit ansehe. Das sind

1. die langfristigen städtebaulichen Konzeptionen als Ergebnisse einer fundierten Generalbebauungsplanung, als unerläßliche Vorleistungen für die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms und die Umgestaltung unserer Städte

2. die städtebauliche Qualität bei der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms zur Verbesserung der Lebensbedingungen sowie

3. die Erzeugnisentwicklung im Wohnungs- und Gesellschaftsbau.

Methoden und Qualität der langfristigen städtebaulichen Planung sind in den Bezirken sehr unterschiedlich. In den meisten Bezirken werden durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit der Staats- und Wirtschaftsorgane mit den territorialen Planungsorganen hohe und zugleich reale Ziele mit städtebaulichen Konzeptionen abgesteckt. Dabei werden zunehmend – und das gilt neben den bereits oft gelobten Bezirken Rostock und Erfurt auch für Magdeburg, Cottbus, Halle u. a. – diese Vorbereitungen nicht mehr einseitig als planungs- und finanztechnische, organisatorische und bautechnologische Aufgabe betrachtet, sondern eben als soziale Aufgabe zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, zur Gestaltung einer Umwelt, die unserer sozialistischen Lebensweise entspricht und diese zu fördern vermag.

Noch immer finden sich zum Beispiel aber auch Bebauungskonzeptionen für Wohngebiete, die als Inselplanungen eine nur unzureichende Einordnung in die Stadtstruktur erfahren, wo neben höheren Investitionen besonders für den Verkehr und die technische Versorgung erhebliche Minderungen des Gebrauchswertes für die späteren Bewohner entstehen, die das Wohnmilieu nachteilig beeinflussen. Daß wir es gerade hier oft noch mit ideologischen Problemen zu tun haben, werden uns die Kollegen bestätigen, die mitunter erst nach harten Kämpfen den notwendigen Vorlauf erreichen konnten, der für die folgenden Phasen der Vorbereitung und der Durchführung erforderlich ist. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die Einheit von territorialer Planung, Stadtplanung und Verkehrsplanung wird heute zwar überall akzeptiert. Sie wird auch unterstützt durch das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe, aber sie ist durchaus noch nicht überall praxiswirksam . . .

In der weiteren Vorbereitung unserer Bezirkskonferenzen kann und muß von den guten Erfahrungen ausgegangen werden. Unser Einsatz hat oft erst dann Aussicht auf Erfolg – und das beweisen die besten Beispiele –, wenn sich die Leitungen der Kombinate nicht nur ihren meßbaren technisch-ökonomischen Planzielen der Produkte verpflichtet fühlen, sondern ebenso der Erfüllung der sozialen und kulturellen Aufgaben bei der Gestaltung einer zweckmäßigen und schönen Umwelt, und wenn wir uns andererseits nicht von Wunschdenken, sondern von realen objektiv wirkenden Gesetzen leiten lassen . . .

In den Diskussionen über die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms steht nicht selten die Frage nach den Kriterien der städtebaulichen Qualität.

In der Bezirksgruppe in Magdeburg wurde dazu unter anderem und zu Recht festgestellt: Abgewinkelte Wohnblocks allein ergeben noch keine städtebauliche Qualität, ja, sie sind unvertretbar, wenn durch diese Abwinkelungen Wohnräume verschnitten werden. Ob eine Knickung oder eine Schlangenlinie mehr im Städtebau vorhanden ist, ist nicht sehr interessant. Die Bevölkerung diskutiert zum Beispiel viel mehr über nicht fertiggestellte Freiflächen um die Wohnblocks herum . . .

Die städtebauliche Qualität umschließt – und damit sage ich natürlich auch nichts Neues – neben der Erfüllung der technischen und ökonomischen Bedingungen vor allem die Erfüllung aller sozialen Funktionen und deren baulich-räumliche Gestaltung. Die Qualität ist also keineswegs reduzierbar auf eine differenzierte Raumgestaltung mit einem guten Erzeugnissortiment oder auf eine ansprechende baukünstlerische Aussage, so wesentlich diese auch sind und so viel gerade hier noch schöpferisch zu leisten ist. Die Erfüllung der vielfältigen, sich weiter differenzierenden sozialen Forderungen bleibt das Grundanliegen einer neuen städtebaulichen Qualität.

Funktion, Rationalität, Technologie und Ökonomie, auch vielfältige Bauformen können nicht die alleinigen Komponenten und Ausdrucksmittel für eine sozialistische Kultur unserer gebauten Umwelt sein. Die entscheidenden Kriterien für die Beurteilung der städtebaulichen Qualität, für den Gebrauchswert der Städte, ihrer Wohngebiete und anderen Teilbereiche ist der soziale und kulturelle Effekt, das heißt die Gesamtheit der kulturfördernden sozial-psychologi-

schen, hygienischen und nicht zuletzt der baukünstlerischen Komponenten der räumlich gestalteten Umwelt . . .

Und das Aufregende dabei ist doch, daß sich Bedürfnisse und Verhaltensweisen, vor allem auch die Freizeitgewinnung und -nutzung, ständig weiterentwickeln, so daß es weder Konstantes noch allzeit Gültiges geben wird, das heißt, daß wir uns immer aufs neue neuen Forderungen gegenüber sehen, daß wir morgen an die Stelle des heute noch Guten das Bessere stellen müssen. Hier und sicher nicht nur in dieser komplizierten Frage trägt unser Bund die Verantwortung für die ideologische Auseinandersetzung in der Mitgliedschaft, mit unseren Partnern und in der Öffentlichkeit.

Allein die Steigerung der Bauleistungen im kommenden Fünfjahrplan auf 160 Prozent macht deutlich, welche Anstrengungen notwendig sind. Neben der quantitativen Erhöhung der Produktion durch Rationalisierung und höhere Arbeitsproduktivität stehen aber gleichermaßen neue Qualitätsforderungen, und es sollte unsere Verpflichtung sein, alle Möglichkeiten schöpferisch zu nutzen, sie immer besser zu erfüllen . . .

Es hat meines Wissens bislang keinen Bundeskongreß gegeben, auf dem nicht mit ebensoviel Überzeugungs- wie Beweiskraft der Wert städtebaulicher oder Architekturwettbewerbe dargelegt wurde, so wie es immer Opponenten gab, die solche Wettbewerbe als eine Vergeudung von Kraft, Zeit und wohl auch von Geld ansahen . . .

Ich hätte dieses Problem heute nicht erneut berührt, wenn nicht gerade in den vergangenen Monaten einige Wettbewerbe von sich reden gemacht hätten.

Was uns angesichts dieser Wettbewerbe neuen Mut macht und auch dem gesellschaftlichen Auftraggeber bewußt gemacht werden sollte, ist der Gewinn, den wir bei richtiger Vorbereitung und Anwendung von Wettbewerben sowie deren konsequenter Auswertung und Umsetzung ziehen können.

Wir sollten als Fachverband immer und überall um das Prinzip ringen, erst gut vorbereiten und planen, dann Varianten erarbeiten und offen diskutieren, schließlich sorgsam projektieren und in hoher Qualität produzieren. Überall, wo wir dieses Prinzip mißachten oder ein Arbeitsgang einfach wegrationalisiert wird, werden wir teurer und schlechter bauen.

Worum es uns als Fachverband vordringlich gehen sollte, ist das Prinzip des Variantenvergleichs bei allen Phasen der Vorbereitung, der städtebaulichen Planung und der Projektierung durchzusetzen.

Die Bezirksgruppe in Leipzig hat nicht nur aktiv an der Ausarbeitung und Auswertung des Wettbewerbs Leipzig-Grünau teilgenommen. Sie unterstützt auch die Betriebsgruppen bei der Durchführung kleinerer innerbetrieblicher Wettbewerbe. . .

Es ist meines Erachtens an der Zeit, Schlüsse aus dem Tatbestand zu ziehen, daß der Anteil an großen Neubauwohngebieten abnimmt zugunsten von kleineren Wohngebieten, vor allem in innerstädtischen Rekonstruktionsgebieten der Groß- und vor allem auch von Mittel- und Kleinstädten, die eine Fülle neuer Probleme in der Vorbereitung, Planung, Projektierung und vor allem auch in der Durchführung aufwerfen. Gerade hier sind Variantenuntersuchungen, Wettbewerbe usw. die unerläßlichste Methode für die Überwindung von Halbheiten und Mittelmäßigkeit. Dazu gehört auch eine neue Wertschätzung und Nutzung überkommener Stadtstrukturen oder historisch wertvoller Einzelobjekte, die nicht mehr nur als Objekte denkmalpflegerischer Konservierung zu sehen und zu behandeln sind, sondern zugleich zur Erfüllung sozialer Funktionen beitragen und als bewußtseinsbildende Elemente in der Stadt wirksam werden. Alte, in ihrer Nutzung veränderbare städtebauliche Räume oder Einzelobjekte sind oftmals Kernstücke für Bereiche eines neuen intensiven städtischen Lebens.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur Erzeugnisentwicklung und deren Wirkung auf die Umgestaltung unserer Städte. Ich kann und möchte nicht alles das wiederholen, was gerade zu diesem Thema in den vergangenen Monaten gesagt und geschrieben wurde. Wir können jedoch mit Genugtuung feststellen, daß die nachdrücklichen Signale eine spürbare Resonanz gefunden haben. Ich denke an die Tagungen mit den Direktoren der WBK, den Bezirks- und Stadtarchitekten und dem Erzeugnisgruppenverband, wo der Vizepräsident der Bauakademie der DDR, Prof. Dr. Lammert, die Situation in der Erzeugnisentwicklung ungeschminkt dargelegt und aus städtebaulich-architektonischer Sicht prinzipielle und akzeptable Forderungen erhoben hat. Ich denke aber auch an die Fachtagungen unseres Bundes, die sich mit diesem Thema befaßt und begründete Vorschläge ausgearbeitet haben.

Allein die erheblichen Unterschiede im Erzeugnisangebot der Bezirke machen sichtbar, daß und wo es an einer rechtzeitigen Koordinierung zwischen städtebaulicher Strategie und Erzeugnisentwicklung gefehlt hat . . .

Andererseits wissen wir, den Kampfgeist, das Bemühen und die Erfolge vieler Kollegen, durch eine zeitgerechte Koordinierung die Erzeugnisentwicklung zu beeinflussen, hoch einzuschätzen. Es fehlt auch hier nicht an Beispielen in einer Reihe von Bezirken, wo die zeitgerecht vom Städtebau begründeten Forderungen in das Produktionssortiment aufgenommen wurden. Das gilt zum Beispiel für die beidseitige Erschließung der Wohnblöcke, für variable Längen und Haustiefen, für Ecklösungen und Giebellösungen verschiedener Art, für die Nutzung der Erdgeschoßzone, für horizontale Staffelungen und vertikalen Versatz usw. . . .

Wir müssen erkennen und begreiflich machen, daß unser langfristig angelegtes Wohnungsbauprogramm tief in die Struktur und Gestalt unserer Städte eingreift. Es drückt den Städten zugleich den Stempel des Neuen auf. Dieses Programm, bei dessen Erfüllung wir erst am Anfang stehen, verlangt einen erheblich zu steigernden Produktionszuwachs, für den die Anwendung der Ergebnisse der Wissenschaft genauso wesentlich ist, wie die weitere Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen im RGW zusammengeschlossenen befreundeten Staaten.

Unsere Anstrengungen müssen auf einen ausreichenden Forschungsvorlauf, auf die Durchsetzung einer einheitlichen technischen Politik wie auf die Notwendigkeit gerichtet sein, den von der Stadtplanung geschaffenen Vorlauf unmittelbar in den Bebauungskonzeptionen und in der Erzeugnisentwicklung der Kombinate fortzusetzen.

Das erstreckt sich vor allem auf die schöpferische Weiterentwicklung der WBS 70. Auf der technischen Basis neuer Plattenwerke aus der UdSSR und deren schrittweise Einführung in den Bezirken gilt es, die vielfältigen Möglichkeiten für eine ökonomische, funktionelle und vor allem auch städtebaufreundliche Anwendung voll auszuschöpfen. Das gilt für Neubau und für den Ersatzneubau in Altbaugebieten, für die Anwendbarkeit der besten Projekte in allen Bezirken und für die Austauschbarkeit von Bauelementen im Roh- und Ausbau.

Das gilt bei der städtebaulichen Projektierung und – um eine so bedeutsame Aufgabe hier nur mit einem Satz zu markieren – für ein neues Bekenntnis zur Straße und zum Platz mit ihrer kommunikationsfördernden Wirkung, für eine differenzierte Freiflächengestaltung, die entscheidend das Wohnmilieu bestimmen und nicht zuletzt für das architektonische Detail, das wieder mit weitaus mehr Liebe behandelt werden muß, wenn die Architektur ihre volle Wirkung nicht verfehlen oder gar aufgeben soll.

Für die vor uns stehenden großen Aufgaben gilt es, auch für uns als Fachverband Vorleistungen zu erbringen und uns ideologisch und fachlich für in diesen erst in Gang geratenen Prozeß einzusetzen.

Die besten Erfahrungen der vergangenen Jahre, die in den Schrittmacherbezirken gesammelt wurden, haben Maßstäbe gesetzt für die künftigen Arbeitsmethoden und Arbeitsergebnisse. Es gilt, die Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung aufzudecken, die guten Erfahrungen umzusetzen, sich zugleich aber bewußt zu machen, daß nirgends der erreichte Stand ausreicht, um die wachsenden Aufgaben mit den gleichen Kräften, in kürzerer Zeit und in immer besserer Qualität zu erfüllen.

Wir werden auch immer wieder konstruktive Vorschläge erarbeiten und Empfehlungen unterbreiten müssen, wie durch Rationalisierung im Projektierungsablauf, durch Verzicht auf überflüssige Unterlagen, Vereinfachung verschiedener Prüf- und Bestätigungsverfahren Engpässe in der Projektierung überwunden werden können und der Anteil der geistig-schöpferischen Leistung wieder erhöht wird . . .

Dank gebührt allen Mitgliedern, die sich in selbstlosem, oft unermüdlichem Einsatz auf allen Ebenen und Bereichen eingesetzt haben. Das gilt in hohem Maße für die wertvolle Arbeit zahlreicher Kollegen in den Weiterbildungsseminaren, deren Qualität und Breitenwirksamkeit speziell auch durch die marxistisch-leninistische Bildung und durch die Auswertung sowjetischer Erfahrungen wesentlich gesteigert werden konnte.

Das gilt für die Arbeit der Fachgruppen, die ihre kollektive Meinung in konkreten Vorschlägen und Empfehlungen zusammengefaßt und den verantwortlichen Organen zugeleitet haben, für die Öffentlichkeitsarbeit und die Förderung einer breiten sozialistischen Gemeinschaftsarbeit mit anderen Organisationen, für die interdisziplinäre Arbeit, für die von uns veranstalteten Ausstellungen und die tatkräftige Unterstützung des „Mach-mit-Wettbewerbes" ebenso wie für die fruchtbare internationale Arbeit, speziell für den Erfahrungsaustausch mit allen sozialistischen Ländern.

Gehen wir bei der Vorbereitung unserer Betriebsgruppenversammlungen und Bezirkskonferenzen von den besten Erfahrungen und Praktiken, von der guten Bilanz seit dem 6. Bundeskongreß aus. Gewinnen wir weitere Mitglieder für eine aktive Arbeit. Stellen wir unsere politisch-ideologische und fachliche Arbeit ganz in den Dienst der neuen Aufgaben, dann werden wir neue Impulse geben und der uns übertragenen Verantwortung als Verbündete der Arbeiterklasse gerecht werden, dann stärken wir die Autorität unseres Bundes, dann leisten wir als gesellschaftliche Kraft unseren Beitrag zur Erfüllung der Hauptaufgabe.

Unsere Kraft und unser Können für die Stärkung der DDR

Aufruf des Bundesvorstandes des BdA/DDR an alle Mitglieder

Der Bundesvorstand hat auf seiner 7. Tagung in Übereinstimmung mit unserem Statut beschlossen, den 7. Bundeskongreß am 23. und 24. 10. 1975 in der Hauptstadt der DDR durchzuführen.

Der 7. Bundeskongreß wird darüber Bilanz ziehen, wie die Arbeit der Architekten beigetragen hat, im Sinne der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED die Hauptaufgabe zum Wohle des Volkes und zur allseitigen Stärkung der DDR zu lösen und das große sozial-politische Programm der Partei der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Er wird die vor den Architekten der DDR stehenden Aufgaben für die Jahre 1975/1980 fixieren und die Perspektive ihrer Arbeit, vor allem zur Lösung der Wohnungsfrage bis zum Jahre 1990, abstecken.

Der Weg dazu ist unter Führung der Partei der Arbeiterklasse untrennbar verbunden mit dem Kampf um die hohe Effektivität und Qualität in Städtebau und Architektur. Langfristige Planung und exakte Investitionsvorbereitung, hohe künstlerische Meisterschaft in der Projektierung, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Verringerung des Material- und des Bauaufwandes, Verkürzung der Bauzeiten bei höchster Qualität der Bauerzeugnisse, Nutzung der sowjetischen Erfahrungen, Förderung der sozialistischen Integration sind Marksteine auf diesem Wege.

Die Lösung dieser großen und komplizierten Aufgaben erfordert die Mobilisierung aller Kräfte und Reserven in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit, die schöpferische Mitarbeit und den Meinungsstreit aller Architekten. Jedes Mitglied, jede Bezirks-, Betriebs- und Fachgruppe kann dazu einen wirksamen Beitrag leisten. Dabei möchten wir die Aktivität, vor allem in Vorbereitung des 7. Bundeskongresses – ohne andere Initiativen einzuengen –, auf folgende Schwerpunkte lenken:

1. Die konkrete, sachkundige Unterstützung der staatlichen Organe, Baukombinate und Institutionen bei der Vorbereitung und Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms und der Investitionsvorhaben im Industriebau, Landwirtschaftsbau und Gesellschaftsbau.

■ durch Mitwirkung bei der langfristigen Planung und der Generalbebauungsplanung, bei der Erzeugnisentwicklung und der Projektierung der WBS 70

■ durch die Unterstützung des Planes Wissenschaft und Technik, insbesondere der Rationalisierungsmaßnahmen

■ durch Vorschläge zur Erhöhung der architektonischen Qualität und Ideen für neue funktionelle, konstruktiv-technologische und gestalterische Lösungswege mit hoher ökonomischer Effektivität

■ durch Teilnahme an Wettbewerben, Ausarbeitung von Variantenuntersuchungen und Studienentwürfen, durch Vorschläge, Gutachten und Empfehlungen sowie

■ durch die Unterstützung des Wettbewerbs „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit!"

2. Förderung der architekturanalytischen Arbeit, des Erfahrungsaustausches und der Weiterbildung

■ durch Ausarbeitung und Diskussion von Analysen über realisierte Vorhaben und Planungen sowie die Ableitung von Empfehlungen und Schlußfolgerungen

■ durch die Auswertung der besten Erfahrungen der Architekturpraxis der DDR, der UdSSR und der anderen befreundeten sozialistischen Länder sowie

■ durch neue, effektive Methoden einer praxisbezogenen gesellschaftswissenschaftlichen und fachlichen Weiterbildung.

3. Erhöhung der öffentlichen Wirksamkeit des Bundes

■ durch Organisierung öffentlicher Aussprachen und Verteidigungen mit Abgeordneten, Betriebskollektiven, Vertretern der Nationalen Front, des FDGB und anderer gesellschaftlicher Organisationen

■ durch Foren, Rundtischgespräche mit leitenden Kadern des Bauwesens und Wissenschaftlern sowie Diskussionen mit Kollektiven der Baustellen und der Vorfertigung

■ durch Ausstellungen und öffentlichen Vortragsveranstaltungen sowie

■ durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit in Presse, Funk und Fernsehen.

Schaffen wir in Vorbereitung des 7. Bundeskongresses eine Atmosphäre kritischer und schöpferischer Auseinandersetzungen um die ideologischen und fachlichen Probleme des Städtebaus und der Architektur. Seien wir uns dabei stets bewußt, daß die bei der Gestaltung der gebauten Umwelt gestellten Aufgaben in ganz besonderem Maße sozial-politische und kulturelle Anforderungen in sich vereinigen. Unsere Arbeit muß entscheidend dazu beitragen, das Gesicht unserer Städte zu verändern, um die Vorzüge und die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung immer sichtbarer werden zu lassen.

Erweisen wir uns des großen Vertrauens, das die Partei und unsere Gesellschaft in die schöpferischen Leistungen unserer Architekten setzt, als würdig. In diesem Sinne ruft der Bundesvorstand alle Mitglieder des BdA der DDR auf, mit persönlicher Aktivität die Vorbereitung des 7. Bundeskongresses unseres sozialistischen Fachverbandes zu unterstützen.

Probleme der Planung gesellschaftlicher Einrichtungen beim Bau neuer Wohngebiete

Prof. Dr. Richard Wagner

Es ist das erklärte Ziel unserer Partei, bis zum Jahre 1990 die Wohnungsfrage in unserer Republik zu lösen. Zur quantitativen Lösung dieser Frage sollen bekanntlich 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen neu gebaut und modernisiert werden. Eine qualitative Seite dieser großen sozialen Aufgabe ergibt sich aus dem unmittelbaren Zusammenhang von Wohnung und gesellschaftlicher Einrichtung. Es geht uns nicht nur um den Bau vieler Wohnungen, sondern um eine unserer Gesellschaftsordnung gemäße Gestaltung derjenigen baulichen Umwelt, in der wir einen großen Teil unseres Lebens verbringen.

Die Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus führt objektiv zu immer differenzierteren Bedürfnissen. Zu den Merkmalen des sozialistischen Städtebaus gehört deshalb, das Wachstum auch solcher gesellschaftlicher Einrichtungen zu sichern, mit denen die kulturellen, geistigen und zwischenmenschlichen Beziehungen gefördert werden, weil nach Marx „der wirkliche geistige Reichtum des Individuums ganz von dem Reichtum seiner wirklichen Beziehungen abhängt".

Selbstverständlich kann der Bau von Gemeinschaftseinrichtungen nur im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und in angemessenen Proportionen zur Erweiterung des Wohnungsbaus erfolgen. Wir können uns schließlich nur leisten, was durch uns selbst erwirtschaftet wird.

Welche Fortschritte wir bereits erzielt haben, ist u. a. aus dem erreichten Stand bei Kindereinrichtungen ersichtlich (Abb. 1).

Das mögliche Maß für das Programm des komplexen Wohnungsbaus ist mit der Aufwandskennziffer von 58 TM je Wohnung für den nächsten Fünfjahrplan festgelegt. Im Rahmen dieses Gesamtlimits können 10 bis 11 TM je Wohnung für gesellschaftliche Einrichtungen eingesetzt werden. Damit ist die Zuwachsrate im Gesellschaftsbau weiterhin größer als im Wohnungsneubau. Wie die Graphik (Abb. 2) zeigt, ist der Anteil der Investitionen für Gemeinschaftseinrichtungen an den Gesamtinvestitionen des komplexen Wohnungsbaus seit den 50er Jahren von 7 Prozent auf gegenwärtig 18 Prozent angestiegen.

Volkswirtschaftlich sind mit diesen Proportionen die Voraussetzungen gegeben, neben der Ausstattung mit Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen und Kaufhallen auch Einrichtungen für Dienstleistungen, gesundheitliche Betreuung und Freizeitgestaltung vorzusehen. Dieses Ziel zu erreichen, erfordert jedoch eine hohe Effektivität des Investitionseinsatzes in allen Bereichen des komplexen Wohnungsbaues.

Werden im Wohnungsneubau und bei der Erschließung mehr Investitionen eingesetzt, als die Richtwerte ausweisen, oder werden einzelne Einrichtungen sehr aufwendig gebaut, so wird das Bauprogramm für Gemeinschaftseinrichtungen davon entscheidend beeinflußt. Andererseits ist es möglich, mehr Gemeinschaftseinrichtungen zu bauen, wenn für den Bau der Wohnungen und für die Erschließung weniger Investitionen benötigt werden.

Durch die Begutachtung von über 90 Bebauungskonzeptionen hat unser Institut eine Vielzahl von Informationen, Daten und Fakten erhalten, mit denen die in der Planungspraxis wirkenden Zusammenhänge erschlossen werden konnten. Die Tabelle 1 zeigt den geplanten Aufwand im Durchschnitt von rund 90 Bebauungskonzeptionen mit insgesamt 240 000 Neubauwohnungen im Vergleich zu den Aufwandskennziffern.

Die Tabelle zeigt, daß damit für den nächsten Fünfjahrplan ein Investitionsanstieg in allen Positionen gegenüber dem erreichten Planungsdurchschnitt vorgesehen ist. Diese Erhöhung ist vorgesehen

– bei Wohnungen für die Vergrößerung der Wohnfläche um 2 m² und für eine bessere Ausstattung,
– bei der Erschließung hauptsächlich für Anlagen des ruhenden Verkehrs,
– bei Gemeinschaftseinrichtungen für ein erweitertes Programm.

Um jedoch den Effekt des höheren Investitionseinsatzes voll zu gewährleisten, müssen wir uns die Zusammenhänge zwischen Gebrauchswert und Investitionsaufwand bewußt machen. Deshalb nachfolgend dazu einige Hinweise und Erläuterungen.

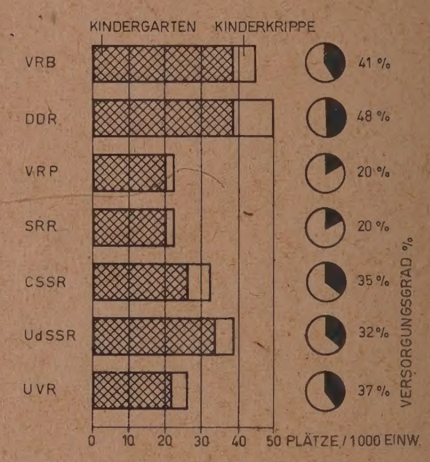
Aufwand für den Bau der Wohnung

Der Richtwert von 32 bzw. 34 TM je Wohnung im Rahmen des Gesamtnormativs ergibt sich aus dem Anteil der verschieden hohen Bebauung. Dabei kostet eine vergleichbare Wohnung etwa:

– im 5geschossigen Wohnhaus 28···29 TM
– im 10–12geschossigen Wohnhaus 32···35 TM
– im Hochhaus 44···48 TM

Der bedeutend größere Aufwand für das Wohnhochhaus bringt keine wesentlich höhere Wohnqualität. Das Wohnen in Hochhäusern bietet für den Bewohner in der Regel nicht mehr Annehmlichkeiten als in einem mehrgeschossigen Wohngebäude.

Aus den begutachteten Bebauungskonzeptionen kann abgeleitet werden, daß Wohndichten von 240 bis 260 Einwohnern je ha mit ausschließlich mehrgeschossiger Bebauung erzielt werden können und der Aufwand je WE etwa 29 TM beträgt. Höhere Wohndichten erfordern einen steigenden Anteil vielgeschossiger Wohngebäude und einen steigenden Aufwand für die Wohnung bis zu 40 TM (siehe Abb. 3)



1 Anzahl der Plätze in Kindereinrichtungen je 1000 Einwohner (1970)

2 Investitionen im komplexen Wohnungsbau

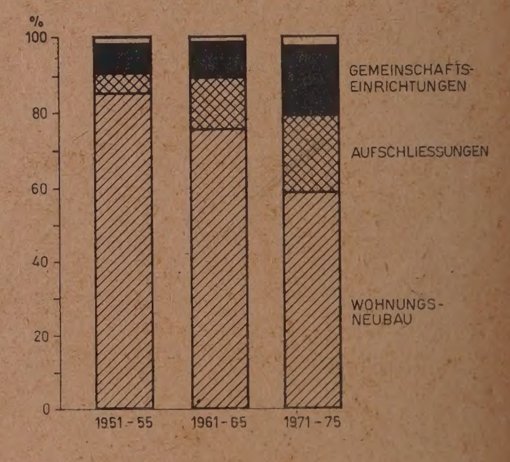
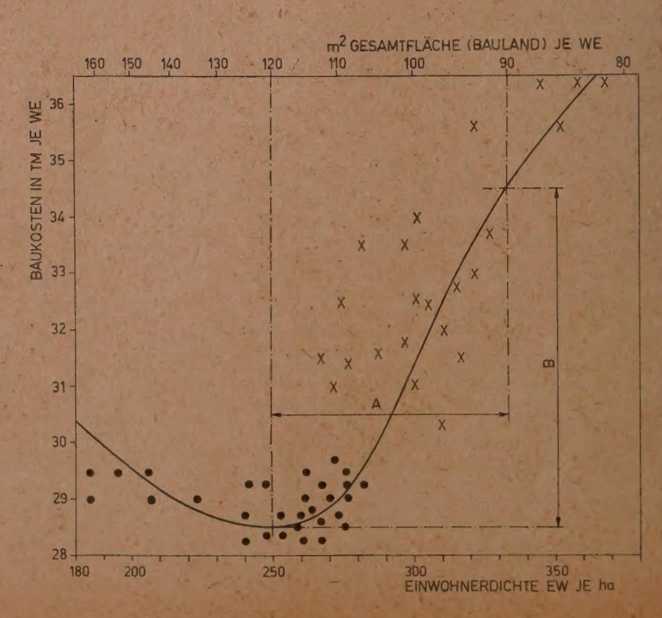


Tabelle 1 Aufwand in TM je Wohnung

	Kennziffer 1971 ... 75	Durchschnitt aus 90 Konz.	Kennziffer 1976 ... 80
Wohnungen	31 ... 32	31,3	33 ... 34
Erschließung	9 ... 10	8,8	10 ... 11
Gemeinsch. Einr.	8 ... 9	8,2	10 ... 11
Sonstiges	2 ... 3	2,7	3 ... 4
Gesamt	50 ... 54	51,0	56 ... 60



3 Wohnungsbaukosten in Abhängigkeit von der Einwohnerdichte
● Beispiele mit mehrgeschossiger Bebauung
X Beispiele mit mehr- und vielgeschossiger Bebauung
A Einsparung 30 m²
B Mehrkosten 6000 M

Mit der durch die höhere Bebauung möglichen Einsparungen von 30 bis 40 m² Gesamtfläche (Bauland) je Wohnung werden die Mehrkosten von über 6000 M je WE nicht kompensiert. Bei festgelegtem Gesamtlimit geht letztlich eine hohe Bebauung zu Lasten des Baues von Gemeinschaftseinrichtungen.

Der bisherige Anteil der Wohnungen in vielgeschossigen Gebäuden und Hochhäusern sollte deshalb nicht überschritten werden. Wohnhochhäuser sind prinzipiell nur in den Zentren der Großstädte und an exponierten Standorten zu bauen.

Aufwand für Erschließung

Die Auswertung einer Vielzahl vorliegender Wohngebietsplanungen hat ergeben, daß der Aufwand für Erschließung mit wachsender Einwohnerdichte nicht zurückgeht. In der Graphik Abb. 4 sind die Daten für die Erschließung von rund 240 000 Neubauwohnungen eingetragen. Die Darstellung zeigt, daß es zwischen Erschließungsaufwand und Einwohnerdichte keine unmittelbare Beziehung gibt. Mögliche Einsparungen bei höheren Dichten infolge geringerer Dimensionen der Netze werden wegen anderer Faktoren nicht wirksam.

Die Gesamtsumme für Erschließung, bezogen auf eine Wohnung, differenziert sich nach den vorliegenden Planungen in folgenden Proportionen:

Freiflächen	1,0 ··· 2,0 TM
Verkehr	1,5 ··· 2,5 TM
Stadttechnik	4,5 ··· 6,5 TM
Gesamt	7,0 ··· 11,0 TM

Da etwa zwei Drittel des Erschließungsaufwands für die stadttechnischen Netze benötigt werden, ist ihre Trassierung von entscheidender Bedeutung für die Effektivität. Die Leitungsführung ist auf wenige Haupttrassen zu konzentrieren. Dabei ist der Anschluß zu den Gebäuden weitgehend zu bündeln. Bestimmend für die Trassierung des Hauptnetzes ist in erster Linie das aufwendigere Fernwärmenetz und in zweiter Linie das Entwässerungsnetz.

Aufwand für Gemeinschaftseinrichtungen

Im Durchschnitt der Bebauungskonzeptionen, die im wesentlichen im gegenwärtigen Fünfjahrplan realisiert werden, beträgt der Aufwand für Gemeinschaftseinrichtungen je Wohnung für:

Schule	2,0 ··· 2,5 TM
Kindereinrichtungen	1,8 ··· 2,3 TM
Kaufhalle	0,9 ··· 1,8 TM
Gaststätte	0,9 ··· 1,5 TM
Sporthalle	0,5 ··· 0,9 TM
übrige Einrichtungen	0,9 ··· 3,0 TM
Gesamt	7,0 ··· 12,0 TM

Für die Qualität der Wohnbedingungen ist entscheidend, welche Gemeinschaftseinrichtungen mit dem eingesetzten Fonds je Wohnung gebaut werden.

Nach den von den Fachplanträgern bestätigten Planungsgrundlagen können auf der Basis von Kostenrichtwerten und einheitlichen Bemessungskennziffern im wesentlichen alle zum komplexen Wohnungsbau gehörenden Gemeinschaftseinrichtungen bei einem Einsatz von etwa 11 TM je Wohnung gebaut werden (siehe dazu Abb. 5).

Aus der graphischen Darstellung ist ersichtlich, daß für solche speziellen Einrichtungen wie Jugendklub, Bibliothek, Hallenbad, Postamt, Sparkasse und Fachverkaufsstellen nur 0,76 TM je Wohnung benötigt werden. Angesichts der Mehrkosten für eine Wohnung in einem Hochhaus von 15 bis 20 TM ist das im Verhältnis zum Effekt eine unbedeutende Summe.

Tabelle 2 Kostenrichtwerte für ausgewählte gesellschaftliche Einrichtungen (abgerundete Werte)

Einrichtung	Kap.-Einh.	TM je KE
Polytechn. Oberschule (2zügig)	Platz	3,8
Kombinierte Kindereinrichtung 90/180	Platz	6,7
Kindergarten 180	Platz	5,8
Kinderkrippe 90	Platz	9,6
Kaufhalle 600 m²	m² VRFl.	4,1
Kaufhalle 1200 m²	m² VRFl.	3,3
Wohngebietsgaststätte	Platz	8,0
Sporthalle	m² SpFl.	1,6

Schlußfolgerungen und Konsequenzen für die Planung gesellschaftlicher Einrichtungen in Wohngebieten

Aus dem bisherigen Aufwandsvergleich für verschiedene Kapazitäts- bzw. Gebrauchswerte im komplexen Wohnungsbau ist die außerordentliche Bedeutung des effektiven Investitionseinsatzes für das Programm der gesellschaftlichen Einrichtungen ersichtlich. Gelingt es z. B. im Durchschnitt der Republik während des nächsten Fünfjahrplanes mit einem Aufwand von 42 TM die Wohnungen zu bauen und zu erschließen (Bestwerte bei 36 bis 38 TM/WE), so werden im Rahmen des komplexen Wohnungsbaues Investitionen für den Bau von rund 400 Schwimmhallen frei.

Das Beispiel zeigt, welche Reserven durch günstige Proportionen in der Bebauung und bei der Erschließung, durch Standortwahl und Trassenführung für die Erweiterung des Programms der Gemeinschaftseinrichtungen und damit für eine höhere gesellschaftliche und ökonomische Effektivität erschlossen werden können. Voraussetzung dafür ist, daß die Kostenrichtwerte für gesellschaftliche Einrichtungen eingehalten und erzielte Einsparungen nicht für Mehrkosten wieder „verbuttert" werden.

Um diesen Prozeß künftig besser übersehen und steuern zu können, wurden auf der Basis der Aufwandsanalyse der in den letzten Jahren gebauten Gemeinschaftseinrichtungen sowie unter Beachtung der zum Teil veränderten Forderungen an den Gebrauchswert in Zusammenarbeit mit den Fachplanträgern die Kostenrichtwerte ausgearbeitet (siehe Tabelle 2).

Diese Richtwerte werden in der Praxis sowohl über-, als auch unterboten. Die Abb. 6 und 7 zeigen die erreichten Kosten in einigen Bezirken für Schulen und Kindereinrichtungen im Vergleich zu den Richtwerten. Aus beiden Graphiken ist ersichtlich, daß die vorgegebenen Richtwerte real sind und somit Voraussetzungen bestehen, sie im Prinzip an allen Standorten einzuhalten.

Bei den anderen Einrichtungen der Tabelle 2 ist die Streubreite der erreichten Kosten bedeutend größer. So betragen die Abweichungen von den Richtwerten

- bei Kaufhallen – 20 % bis + 30 %
- bei Wohngebietsgaststätten – 50 % bis + 40 %
- bei Sporthallen – 25 % bis + 80 %

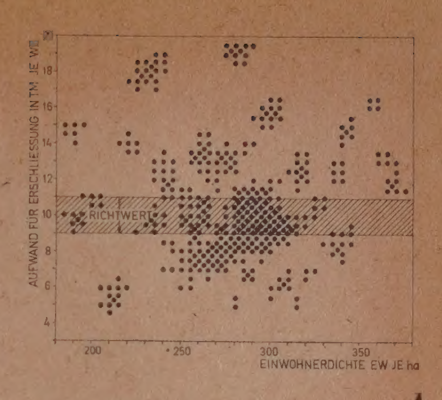
Im Interesse einer höheren Effektivität im Gesellschaftsbau sind diese großen Differenzen schnell zu überwinden. In enger Zusammenarbeit zwischen der Forschung, den Fachplanträgern und der Baupraxis ist eine einheitliche wissenschaftlich-technische Politik im Gesellschaftsbau durchzusetzen. Dazu sind im Zusammenhang mit der Einführung der Wohnungsbauserie 70 und der Entwicklung der Ergänzungsbauweisen kombinations- und variationsfähige Einheiten gesellschaftlicher Einrichtungen mit der Qualität von Informationsangeboten für die Baukombinate auszuarbeiten.

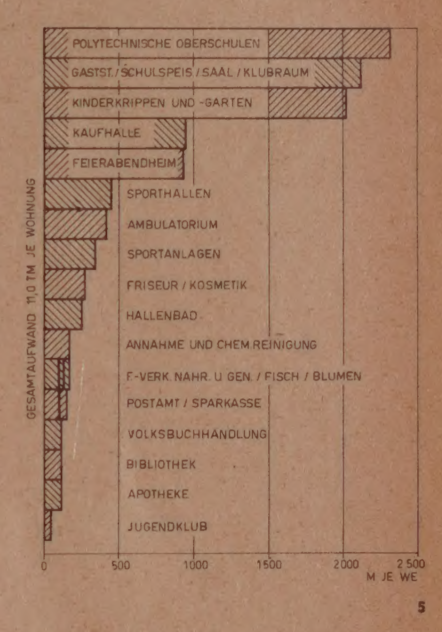
Nicht für jede Einrichtung ist eine entsprechende Einzelkapazität zu schaffen. Gesellschaftliche Einrichtungen müssen anpassungsfähig sein an die sich wandelnden Anforderungen. Typen- oder Einzelprojekte mit nur einer Funktion sind diesen Anforderungen weder technisch noch gestalterisch gewachsen.

Die Vorteile der Verflechtung und Kombination sind auch im Interesse einer hohen Variabilität des Raumangebotes voll zu nutzen. So kann die Wohngebietsgaststätte mit den Einrichtungen für die Schülerspeisung, mit einigen Klub- und Zirkelräumen sowie mit einem Mehrzwecksaal in einer Funktionseinheit zusammengefaßt werden. Erst durch diese Konzentration wird die notwendige Attraktivität und Vielfalt erreicht, wie sie von einem gesellschaftlichen Kommunikationszentrum erwartet wird. Die neue Funktionseinheit wird damit neben der Schule zur größten gesellschaftlichen Einrichtung im Wohngebiet (siehe auch Abb. 5).

Die im Wohngebiet wirkenden Beziehungen zwischen Individuum und sozialer Gruppe, zwischen Intimität und Öffentlichkeit erfordern differenzierte städtebauliche Räume für Einkauf, Kultur, Freizeit und Dienstleistungen als Zentren gesellschaftlicher Kommunikation im Kontrast zum intimen Wohnbereich und zu begrünten Freiräumen für Erholung. Bei der städtebaulichen Planung sind deshalb die gesellschaftlichen Einrichtungen so anzuordnen, daß eine den genannten Anforderungen entsprechende städtebauliche Wirkung erzielt wird.

Abb. 8 zeigt das Modell des Wohngebietes Lichtenhagen in Rostock. Die gesellschaftlichen Einrichtun-



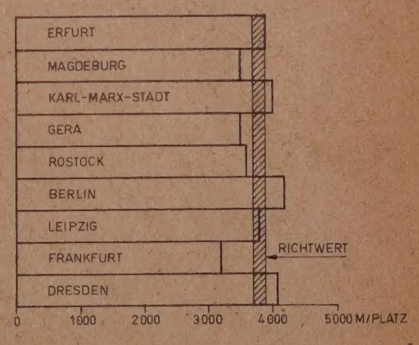


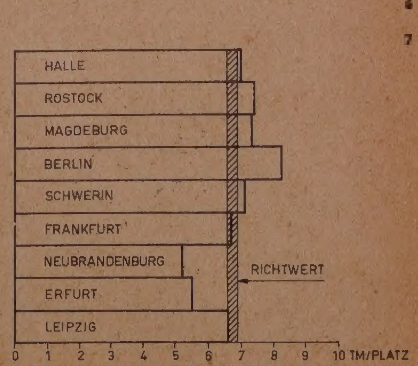
4 Erschließungsaufwand je Wohnungseinheit in Abhängigkeit von der Einwohnerdichte (nach geplanten Wohngebieten)

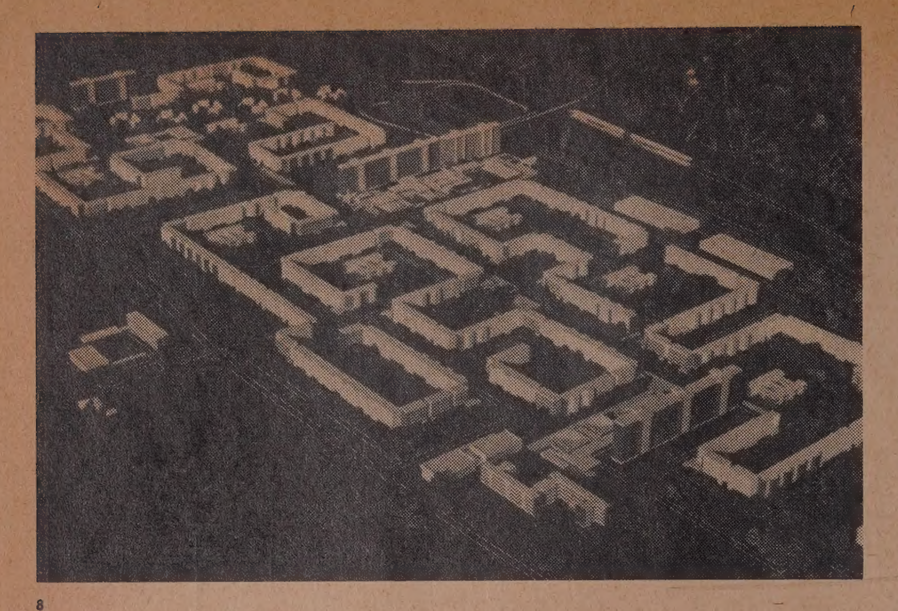
5 Aufwand für gesellschaftliche Einrichtungen je Wohnungseinheit in Wohngebieten mit einem Einzugsbereich von 18 000 bis 24 000 Einwohnern

6 Aufwand je Schülerplatz in polytechnischen Oberschulen

7 Aufwand je Platz in Kindergärten und Kinderkrippen





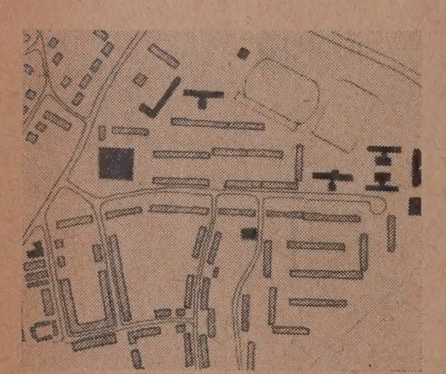


8

8
Modell des Wohngebietes Rostock-Lichtenhagen

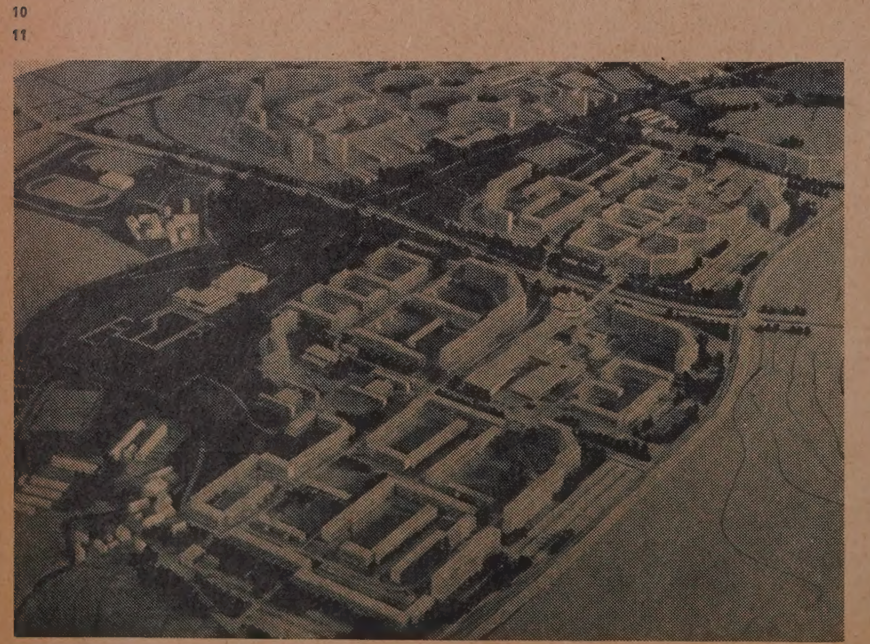
9

9
Wohngebäude im Wohngebiet Rostock-Lichtenhagen mit Café in einer Eckbebauung



10
Ausschnitt aus dem Bebauungsvorschlag für ein Wohngebiet mit einer Zersplitterung der gesellschaftlichen Einrichtungen (schwarz angelegt)

10
11



11
Modell des Wohngebietes Nordhäuser Straße in Erfurt

gen sind hier auf zwei verdichtete und erlebnisreiche städtebaulichen Zentren konzentriert, die durch einen großen, begrünten Fußgängerbereich verbunden sind. Dieser Fußgängerbereich ist für Autos nicht zugänglich. Um ihn erlebnisreich zu gestalten, sind in den Ecken der Wohngebäude Gemeinschaftseinrichtungen wie Jugendklub, Imbißstuben oder kleine Cafés vorgesehen (Abb. 9).

Der Bebauungsplan, Abb. 10, zeigt ein Wohngebiet, in dem die Gemeinschaftseinrichtungen zersplittert und ohne Zusammenhang angeordnet sind. Die Lage und Form der Gebäude, die Wegführung sowie die Verteilung der Flächen ist monoton und wenig erlebnisreich.

Gut gelöst ist auch die Konzentration der Gemeinschaftseinrichtungen im Wohngebiet Nordhäuser Straße in Erfurt (siehe Abb. 11). Hier sind alle kommunikationsfördernden Einrichtungen in der Mitte des Wohngebietes zusammengefaßt und durch Passagen, Terrassen, kleine Plätze und Freiräume verbunden. Der Gesamtaufwand für die Gemeinschaftseinrichtungen im Wohngebiet beträgt nach dem Preisangebot des Baugebietes rund 11 TM je Wohnung.

Aus den Beispielen ist ersichtlich, daß die wirksamste Form für die Kombination und Konzentration das gesellschaftliche Zentrum ist. Die von unserem Institut im vorigen Jahr dazu durchgeführten Beispielplanungen haben jedoch gezeigt, daß die verschiedenen Zweiginteressen gegenwärtig noch das größte Hindernis bei der Schaffung gesellschaftlicher Zentren sind. Es fehlt nicht an guten Ideen, dafür aber an Regelungen und an Bereitschaft der daran beteiligten Planträger, ihren finanziellen Anteil zu entrichten und einige Einrichtungen im Interesse der Rationalität mit anderen zu nutzen.

In Auswertung der bisher durchgeführten Beispielplanungen sind deshalb Vorschläge für entsprechende Regelungen zur Planung und Leitung gesellschaftlicher Zentren auszuarbeiten.

Als prinzipielle Schlußfolgerung aus den bisherigen Erfahrungen zur Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen lassen sich gegenwärtig folgende Tendenzen für die weitere Entwicklung ableiten:

1. Volle Ausstattung der Wohngebiete mit Schulen, Kindereinrichtungen und Kaufhallen bei Begrenzung der Kaufhallengröße auf maximal 1500 m² VKF.

2. Ergänzung der Kaufhallen durch kleinere Läden, Fachverkaufsstellen und Verkaufspunkte für Milch, Brötchen, Bier, Zigaretten usw.

3. Bau von kombinationsfähigen Mehrzweckgebäuden für Schulspeisung, Gaststätten und Kultureinrichtungen.

4. Verstärkte Ausstattung mit Einrichtungen für die Jugend, für Spiel und Sport.

5. Verstärkte Ausstattung mit Dienstleistungseinrichtungen, die direkten Kontakt zum Kunden haben und die mit den dazu notwendigen Reparaturwerkstätten verbunden sind.

Neben diesen Einrichtungen sind künftig in großen Wohngebäuden Räume für die gemeinsame Nutzung vorwiegend in der Erdgeschoß- oder Kellerzone vorzusehen. Dazu gehören:

– Werkstätten für Reparaturen und Hobby
– Klubräume für Jugendliche
– Räume für Gymnastik, Tischtennis u. a.

Zu einem neuen Typ gesellschaftlicher Einrichtungen bilden sich bei großen Stadtgebieten die Zentren der aktiven Erholung heraus. Sie dienen allen Altersgruppen und sollen aktive und passive Freizeittätigkeit ermöglichen: Spiel, Sport, Unterhaltung, kulturelle Betätigung, Erholung, Dienstleistungen und Gastronomie in enger räumlicher Verbindung.

Ohne in exklusive Formen auszuarten, können sich diese Kombinationen zu Stätten der Gastlichkeit und Geselligkeit entwickeln, die uns leider vielfach noch fehlen. Im Wettbewerb zur Gestaltung des Zentrums im Wohngebiet Leninallee/Weißenseer Weg in Berlin wurden Lösungen vorgeschlagen, die solchen progressiven Formen des gemeinschaftlichen Lebens entsprechen.

Mit der Realisierung solcher und ähnlicher Entwürfe wie z. B. in Erfurt, Rostock, Karl-Marx-Stadt oder in Hermsdorf werden wichtige Voraussetzungen zur Gestaltung der sozialen und kulturellen Beziehungen der Menschen im Wohngebiet sowie zur Herausbildung der sozialistischen Lebensweise geschaffen.



1

Ein neues Jenaer Wohngebiet: Lobeda-West

Dr.-Ing. Siegfried Klügel
Stadtarchitekt von Jena
Dipl.-Ing. Günter Schumacher
Büro des Bezirksarchitekten Gera

Bauingenieur Volkmar Stoll
Dipl.-Arch. Ernst Mauke, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Gera

Städtebauliche Planung:	1960 bis 1969 Büro des Bezirksarchitekten Gera 1969 bis 1973 Büro für Städtebau und Architektur Jena
Investitionsvorbereitung:	Hauptplanträger Jena, später VEB Investbüro Gera Hauptauftraggeber Jena,
Generalprojektant:	VEB Wohnungsbaukombinat Gera, Direktionsbereich Wissenschaft und Technik
Generalauftragnehmer:	VEB Wohnungsbaukombinat Gera, Produktionsbereich Jena
Hauptauftragnehmer	VEB Straßen-, Brücken- und Tiefbaukombinat Gera VEB Landschafts- und Grünanlagenbau Mühlhausen VEB Baureparaturen Pößneck VEB Hoch- und Tiefbau Pößneck VEB Bau- und Montagekombinat Erfurt
Nachauftragnehmer:	VEB Kombinat Technische Gebäudeausrüstung Leipzig VEB Energiekombinat Süd Deutsche Post, Fernmeldeamt Gera

Ausgewählte Kennziffern:

Wohnungseinheiten	5 654
Einwohner	21 732, davon

5400 Lehrlinge und Studenten
1032 Jungfacharbeiter
1720 Arbeiter in Wohnunterkünften

Gesamtbauland 80 ha, einschließlich Randstreifen und Sicherheitsabstände

Einwohnerdichte 270 EW/ha

Wohnungsverteilerschlüssel

Einraumwohnungen	16,4 Prozent
Zweiraumwohnung	9,5 Prozent
Dreiraumwohnung	46,4 Prozent
Vierraumwohnung	22,8 Prozent
Fünfraumwohnung	3,7 Prozent
Sechsraumwohnung	0,7 Prozent

Zeitraum des Aufbaues 1968 bis 1975

Das Wohngebiet Lobeda-West ist ein Teil einer umfassenderen Wohnbebauung im Süden der Stadt Jena. Es liegt eingebettet in das charakteristische Kalksteinbergmassiv Jenas auf einem vorgeschobenen breitflächigen Plateau von 80 ha an der Mündung des Rodabaches in die Saale. Es wird nördlich und westlich von der Saale, der Reichsbahn, südlich unmittelbar durch die Autobahn und östlich durch die Landstraße I. Ordnung 77 (L IO 77) begrenzt.

Die geplante Wohnbebauung im Süden der Stadt umfaßt 14 262 WE, von denen zunächst bis 1974 10 292 WE errichtet werden. Dazu gehören neben Lobeda-West die Standorte Winzerla mit 1212 WE sowie Lobeda-Ost mit 3426 WE. Bis 1980 werden hier 48 000 Bürger ein Zuhause finden.

Mit einer Längenausdehnung von 14 km und einer durchschnittlichen Talbreite von 2 bis 4 km entwickelt sich Jena mit diesem Kapazitätszuwachs weiterhin als Bandstadt und wird in den nächsten Jahren die Einwohnerzahl von 100 000 erreichen.

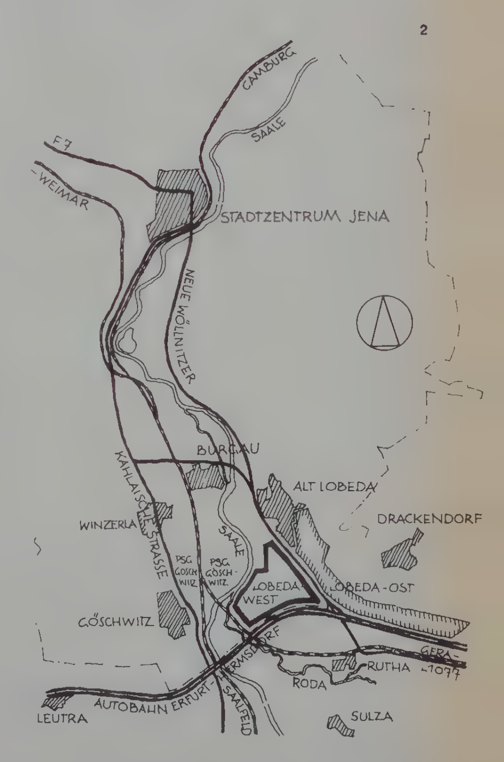
Die L IO 77, im Stadtgebiet als Neue Wöllnitzer Straße bezeichnet, verbindet Lobeda-West rechtsseitig der Saale mit dem Stadtzentrum. Bis auf das nahegelegene Göschwitz sind alle wichtigen Arbeitsstätten im Stadtzentrum oder im Norden der Stadt lokalisiert. Der Kraftomnibusverkehr ist zur Zeit die einzige, in Spitzenzeiten stark belastete Massenverkehrsverbindung mit der Stadt. Der durchschnittliche Zeitaufwand beträgt etwa 15 Minuten für eine Entfernung von 6 km.

Lobeda-West grenzt unmittelbar, nur durch die Saale und die Reichsbahntrasse Gera—Jena getrennt, an die Ortslage Göschwitz. Die hier befindliche Zementproduktion wurde eingestellt und ein modernes kompaktes Produktionssystem des VEB Carl Zeiss errichtet.

Welchen Eindruck vermittelt Jena-Lobeda zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

Jena-Lobeda-West ist immer noch Baustelle. Davon spürt allerdings der Autofahrer wenig, der von Erfurt kommend, mit hoher Geschwindigkeit die Saale kreuzend, die über-

2



1 Blick von den Göschwitzer Bergen auf Lobeda-West. Rechts deutlich erkennbar der weit ausholende Bogen der Autobahn, unterhalb des letzten Wohnblockes. Eingebettet in einen dichten Baumbestand, die Reichsbahntrasse Jena-Gera, die in der Bildmitte die Roda und die Saale durch die sichtbare Brücke überwindet. Roda und Saale durch den Baumbestand der Uferzonen erkennbar, vereinigen sich links im Bereich der Baustelleneinrichtungen des Produktionssystems Göschwitz des VEB Carl Zeiss.
Auf diesem Bild ist sehr gut die Konzentration des Wohnareals von Lobeda-West und seine Gliederung erkennbar.

2 Einordnung des Wohngebietes Lobeda-West in das Stadtgebiet



3

raschend auftauchende, beeindruckende Parade der 11geschossigen Randbebauung abfährt – Richtung Hermsdorfer Kreuz.

Er spürt nur dann etwas davon, wenn er, neugierig geworden, die Abfahrt nach Jena-Lobeda annimmt und in den zwischen Lobeda-West und Lobeda-Ost liegenden Verkehrsknoten einfährt.

Doch spätestens hier bemerkt er die Baustelle. Es wird an der L IO 77, den gesellschaftlichen Einrichtungen der Primärversorgung, den Turnhallen, Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, also dem Zentrum, gebaut. Den Wohnungsbau, 2-Mp-Blockbau, 5geschossig, und 5-Mp-Plattenbau, 9- und 11geschossig, hat das WBK Gera in nicht ganz vier Jahren errichtet.

So wie der südliche Rand des Wohngebietes in seiner klaren Ordnung und Abgrenzung zur Landschaft einen unverwechselbaren Eindruck hinterläßt und damit die Visitenkarte der Stadt überreicht, so öffnet sich im Norden das Wohngebiet, abgestuft und einladend, Verbindungen aufnehmend zur Stadt. Hier wird sich dem Betrachter eine lebhafte, stark gegliederte und abgestufte Bebauung öffnen, die den lebendigen, pulsierenden Zentrumsbereich des Wohngebietes erschließt. Hier befinden sich in bunter Vielfalt Kindereinrichtungen, Sport- und Kultureinrichtungen, Schulen, Spiel- und Tobeflächen, der Busbahnhof, die Zufahrtsstraßen zu den Wohnbezirken, der Marktplatz und die bildkünstlerischen Objekte. Der heutige Eindruck ist unvollkommen und eine Beurteilung noch nicht möglich.

Die Wohnbebauung dagegen ist bis auf einige Freiflächen fertiggestellt. Die städtebauliche Ordnung dieses klar gegliederten und stark verdichteten Wohnareals ist eindrucksvoll. Der Wohnungsbau wirkt städtisch, ist einfallsreich gestaltet, die Wohnungsgrundrisse sind gut gelöst, die Freiflächen mit einem vertretbar hohen Aufwand in relativ kurzer Zeit hergestellt.

Die Eingriffe und Veränderungen in den Bebauungsplan haben sich an den meisten Stellen in funktioneller und gestalterischer Sicht wertverbessernd ausgewirkt.

Neben diesen Vorzügen gibt es aber auch deutlich erkennbare Nachteile. So wird sehr oft, und nicht nur durch gelegentliche Besucher oder Fachleute, die stark abriegelnde Stellung der vielgeschossigen Objekte zu den mehrgeschossigen kritisiert. Viele Jenaer empfinden die Bebauung als einen zu starken Kontrast zu den ihnen vertrauten Maßstäben und Größenordnungen.

Wir meinen, hier offenbart sich ein Stück Dialektik zwischen Vertrautem und Neuem, zwischen Beharren und Vorwärtsdrängendem.

Noch sind die gelegentlich geäußerten Vorbehalte zu stark verquickt mit spontanen Reaktionen auf Unzulänglichkeiten, die sich entweder aus der zeitgestreckten Fertigstellung der gesellschaftlichen Einrichtungen und Außenanlagen oder aus der persönlichen Anpassung an eine neue, noch nicht vertraute Umwelt ergeben.

Städtebauliche Planung

Dem Baugeschehen in Lobeda-West ist, von 1961 angefangen, eine fast achtjährige städtebauliche Planungstätigkeit im Büro des Bezirksarchitekten Gera vorausgegangen.

Allein der Planungszeitraum läßt deutlich werden, welchen äußeren Einflußmöglichkeiten die konzeptionelle Arbeit unterworfen war. Von steigenden Anforderungen an die Effektivität der Planung, über aktualisierte Richtlinien, Typenentwicklungen für Wohnungs- und Gesellschaftsbau und den materiell-technischen Möglichkeiten im Bezirk führte der nicht gerade immer ebene Planungsweg zu dem konkreten Ergebnis der in der Realisierung befindlichen städtebaulichen Konzeption.

■ Standortbedingungen

Entsprechend der Struktur der Stadt Jena als technisch-wissenschaftliches Zentrum und daraus resultierender Aufgaben forderte der Rat der Stadt Jena 1961 einen jährlichen Wohnungsneubau von 1000 WE. Nach dem Flächennutzungsplan gewährleistete nur der Standort Jena-Lobeda ein solches Programm unter den Aspekt der Konzentration der geplanten Baumaßnahmen des komplexen Wohnungsbaues und des Universitätsklinikums an einem Standort.

Der Wohnungsneubau wurde schwerpunktmäßig auf Lobeda-West, das Klinikum auf Lobeda-Ost orientiert.

Die Konzeption für Lobeda-West wurde in starkem Maße von den gegebenen Grenzen (Autobahntrasse und Saaleverlauf) geprägt, und somit war eine Erweiterung auf dieser allseitig begrenzten Fläche nicht möglich.

■ Anforderungen an die Planung

Grundlage der städtebaulichen Bearbeitung des Bebauungsgebietes war die volkswirtschaftliche Aufgabenstellung von 1961 für den komplexen Wohnungsbau Jena-Lobeda-Süd mit zunächst etwa 4000 WE einschließlich Universitätsklinikum. Daraus resultierten als Maximum für Lobeda-West etwa 3200 WE, die im Laufe der weiteren Bearbeitung über einen innerbetrieblichen Ideenwettbewerb, Bauleitplanungen (1963 vom Präsidium des Ministerrates im Prinzip bestätigt) und Bebauungsplan bis 1968 bei gleichbleibender Flächengröße (nutzbar rund 60,0 ha) auf die stattliche Gesamtzahl von etwa 5700 WE gesteigert wurden.

Wie ist diese Entwicklung zu erklären?

Wesentlichen Einfluß auf die Verdichtung im Gebiet, denn um eine solche handelt es sich, hatten die wachsenden Anforderungen im Rahmen notwendiger Aktualisierungen der volkswirtschaften Aufgabenstellung und die der Bauakademie an die zu erreichende Einwohnerdichte.

Konkrete Forderungen sahen 1963 bis 1967 u. a. Geschoßerhöhungen vor, und zwar im

- 4geschossigen Wohnungsbau auf 5 Geschosse,
- 8geschossigen Wohnungsbau auf 9 Geschosse und
- 14geschossigen Wohnungsbau auf 17 Geschosse.

Ab 1964 befand sich die Konzeption aber bereits in der Phase der Teilbebauungsplanung auf der Grundlage der Bauleitplanung für den der L IO 77 benachbarten Bereich.

■ Prinzipien zur Gliederung des Gebietes

Die Erarbeitung der konzeptionellen Lösung für Lobeda-West ist mit einer laufenden Überarbeitung und Aktualisierung verbunden gewesen. Dabei wurde die Grundlinie der städtebaulichen Gestaltung im wesentlichen beibehalten, der Zielstellung nach

4





Geplante und realisierte Ausstattung:

Tabelle 1 Grundausstattung

	Schulplätze	Turnhallenfläche m²	Sportfreifläche m²	Schulspeise-Plätze	Kindergarten-Plätze	Arzt-Plätze	Feierabendheim-Plätze	VRFL Waren tägl. Bedarf m²	Plätze Gaststätte	Plätze Wohnklub	Annahme Dienstleistung	öffentliche Parkplätze	Garagen-Plätze
Bedarf	2030 bis 2440	1400 bis 1800	35000	580 bis 620	220 bis 366	22	102 bis 131	1940	246 bis 352	68 bis 136	400 bis 530	2350	2350
Deckung	3312	1152	33363	300	688*	18	—	1143	380	128 bis 148	500	2065	280
Stand 30. 10. 1973	3312	—	1000	300	576	8	—	1143	380	128 bis 148	260	2065	280

* In dieser Zahl sind auch die Kindergartenplätze des VEB Carl Zeiss enthalten

Tabelle 2 Erweiterte Ausstattung

	Pharmazie Vers. m²	Zweigbibliothek m²	Textilreinigung m²	Plätze Friseur Kosmetik	Plätze Altrohstoffe	Wasserfl. Volksschwimm. Halle m²	Schalterpl. Post	Schalterpl. Sparkasse	KWV m²
Bedarf	350 bis 575	545 bis 650	26 bis 70	17 bis 24	4 bis 9	105 bis 260	5 bis 7	7 bis 10	60 bis 100
Deckung	610	330	—	40	—	300	12	5	175
Stand 30. 10. 1973	100	70		10			2	—	175

3
Autobahn an der Mündung des Leutratales in das Saaletal. Der dunkle Baumbestand, von der bekannten Autobahnbrücke durchschnitten, zeigt den Verlauf der Saale.
Überraschend und eindrucksvoll für den Autofahrer liegt Lobeda-West im Landschaftsraum, die Stadt Jena nach Süden abschließend, den Eingang zur Stadt anbietend.

4
Zentrumsachse mit dem im Südosten liegenden Lobedaburgberg. In der Bildmitte markiert mit dem eingeschossigen Stahlleichtbau die Kaufhalle den späteren Marktplatz. Gegenüber die Julius-Schaxel-Schule und dahinter fast verdeckt der Kultur- und Gaststättenkomplex. Die hinter diesem Bereich sichtbare vielgeschossige Bebauung gehört zum 1. und 4. Bauabschnitt von Lobeda-Ost, die in den Lageplanskizzen nicht eingezeichnet ist.
Dieser Blick zeigt deutlich die Auflockerung der Bebauung im Zentrumsbereich, die kompositionelle Einbindung der landschaftlichen Gegebenheiten.

5
Die Silhouette der Lobedaer und Winzerlaer Wohnbebauung vom Nordwestraum der Stadt her gesehen. Der kleine Kirchturm rechts markiert die alte Ortslage Göschwitz/Winzerla mit dem Neubauwohngebiet Winzerla. Am linken Bildrand zeigen sich die Ausläufer des Lobedaburgberges mit der Wohnbebauung Lobeda-Ost, darunter die alte Ortslage Lobeda und durch die Saale getrennt davon das Heizkraftwerk Süd.
Am Horizont begrenzen die Höhenzüge des Rodatales die Silhouette von Lobeda-West.

6
Lageplan Lobeda-West zur Bauleitplanung vom Jahre 1964.

7
Lageplan vom Jahre 1967.

baulicher Umsetzung von Funktionen, wie südliche Stadtbegrenzung und Stadteingang von der Autobahn aus, Rechnung tragend:

- Einbeziehung der landschaftlichen Gegebenheiten, vor allem der Dominanz der Lobdeburg und der im Planungsgebiet auslaufenden Grünmulde an der Saale
- Straffe Randbildung nach Süden und maximaler Abstand zur Autobahn mit Schutzfunktion
- Eingangsbetonung durch dominierende Vielgeschossigkeit an der Autobahn (Blickbeziehungen)
- Öffnung in den Landschaftsraum nach Norden mit Ausrichtung zur Stadt Jena
- Allseitige Funktionstrennung im Bebauungsgebiet
- Konzentration des Wohnungsbaues, gegliedert in Wohngruppen
- Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen zur Zentrumsachse im Zuge der Haupterschließungsstraße (Sammelstraße)
- Nutzung teilweise unbebauter Flächen an der Saale für freiflächenintensive Einrichtungen
- Anordnung von Garagen im autobahnnahen Bereich, mit dem vorgesehenen Grünstreifen in die Schutzfunktion einbezogen

Typenangebot und technologische Möglichkeiten bedingten das additiv verwendete Zeilenmotiv mehrgeschossiger Wohnblöcke, gegliedert und mit dem Zentrum integriert durch den vielgeschossigen Wohnungsbau. Jeder Wohngruppe war eine direkte Anbindung an die Haupterschließungsstraße zugeordnet, das gesamte Bebauungsgebiet über den niveaufreien Verkehrsknotenpunkt an der L IO 77 und mit Massenverkehrsmittel an die Stadt Jena angeschlossen.

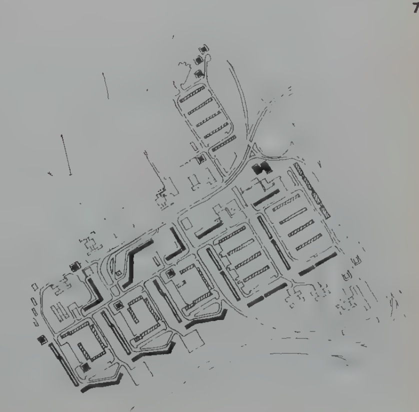
■ Qualitative Veränderungen der städtebaulichen Konzeption

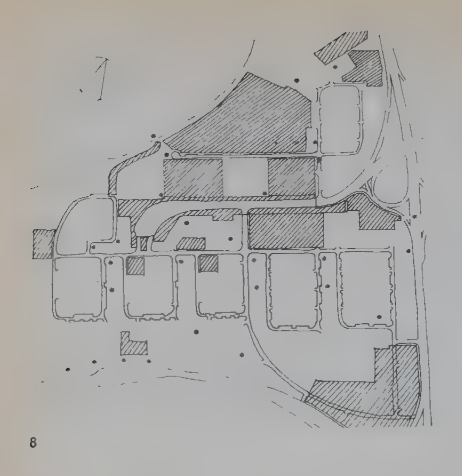
Die verstärkte Auseinandersetzung mit der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Städtebau und Architektur führte 1967 unter direkter Anleitung und Einflußnahme

6



7




8


9


10

zentraler staatlicher Organe zu entscheidenden Veränderungen der funktionellen und gestalterischen Konzeption. Verbunden mit der neuen Aufgabenstellung für Lobeda-Ost mit 7000 WE, der Erweiterung der Friedrich-Schiller-Universität über das Klinikum hinaus und den daraus resultierenden Beziehungen für Lobeda-West, wurde mit der notwendigerweise vorzunehmenden Überprüfung der Grundkonzeption eine höhere städtebaulich-architektonische Wirksamkeit erzielt.

An die Stelle der Monotonie gleichförmiger Reihung traten unterschiedliche Gebäudeformen und -gruppierungen, abwechslungsreichere städtebauliche Räume und Erlebnisbereiche, kommunikative Aufwertungen des Zentrums und des Südrandes und nicht zuletzt Differenzierungen von der Intimität des Wohnhofes bis zum Hauptkommunikationspunkt, dem Markt.

Zur städtebaulichen Planung während der Baudurchführung

Der Prozeß der fortlaufenden Aktualisierung der städtebaulichen Konzeption setzte sich in den Jahren der Bauausführung weiter fort.

Das Ausmaß der Veränderungen ist auf der Abbildung 8 flächenmäßig erfaßt und läßt sich durch den Vergleich der beigefügten Bebauungsschemata (Abbildungen 9 und 10) unschwer erkennen.

Eine maßgebende Ursache für diese permanente Anpassungsplanung sehen wir in einer Überforderung des bezirklichen Bauwesens, im besonderen des WBK Gera.

Es war dem Kombinat nicht möglich, die im Bebauungsplan vom Jahre 1967 (Abb. 7) ausgewiesenen Lösungen des Wohn- und Gesellschaftsbaues vollständig zu realisieren.

Die mit der Bewältigung der vielgeschossigen Bauweise verbundene Umstellung vom 2-MP-Blockbau auf den 5-MP-Plattenbau bei einer Jahresproduktion von durchschnittlich 3300 bis 3500 WE insgesamt ließen die Einführung einer weiteren Erzeugnislinie „Punkthochhaus" und die Vorbereitung des Aufbaues der Taktstraßen für den Gesellschaftsbau nicht zu.

Die Folge war eine beträchtliche Reduzierung des Hochhausbauprogramms. Die spätere Ersatzlösung entstand unter Nutzung des laufenden Erzeugnissortiments. Für die gesellschaftlichen Einrichtungen wurden operative Zwischenlösungen erforderlich, die durch die örtlichen und zentral geleiteten Baukapazitäten zu realisieren waren.

Die zu diesem Zeitpunkt angebotenen typisierten Stahlleichtbaukonstruktionen des MLK boten günstige weitgespannte Konstruktionen für neue Lösungen des Gesellschaftsbaues und entlasteten das bezirkliche Bauaufkommen.

Damit war die Überarbeitung des gesamten Zentrumsbereiches von Lobeda-West erforderlich geworden und führte zu völlig neuen Lösungen für die Handels-, Kultur- und Sportbauten.

Darstellung der wesentlichsten städtebaulichen Veränderungen

■ Haupterschließungsstraße

Wegfall der Hochhausdominante (Lehrlingsinternat) und Umprojektierung eines 9geschossigen Wohnblocks für die Unterbringung von 2000 Lehrlingen sowie Herausnahme des Punkthauses am östlichen Abschluß des Straßenraumes.

Führung eines breiten Fußgängerboulevards mit einer Alleepflanzung und Schaffung eines niveaugleichen Zuganges zum Marktplatz.

Herstellung von Fußwegbeziehungen zwischen der Haupterschließungsstraße und der Saaleaue.

■ Marktplatz

Völlige Neulösung des Platzbereiches durch Verlängerung des Wohnblockes und Einordnung kompakter Handelseinrichtungen (Stahlleichtbau), fußläufige Anbindung des Platzes an das Wohngebiet durch einen breiten aufgeständerten Verbindungsbau, der den Wohnblock gliedert.

■ Kultur- und Gaststättenkomplex

Konzentration der Fonds der Planträger VEB Carl Zeiss (Lehrlingsversorgung), Handel (Gaststätten), Volksbildung (Schulspeisung) und Kultur (Saal- und Kluburäume) zur Schaffung eines Mehrzweckgebäudes, das sich bauabschnittsweise realisieren läßt. Verzicht auf einen Versorgungsbau für Lehrlinge des VEB Carl Zeiss, Schaffung eines kommunikativ wirksamen Zuganges zu den Sportflächen und zur Saaleaue.

Differenzierte Ausstattung der Außenanlagen und gestalterische Verbindung des Objektes mit dem Marktplatzensemble.

■ Sportkomplex

Konzentration aller Sportbauten zur Schaffung eines Sportkomplexes, der vier Turnhallen, eine Sporthalle mit Zuschauertribüne und eine Schwimmhalle vereinigt.

Möglichkeit einer bauabschnittsweisen Realisierung unter Verwendung getypter Stahlleichtbaukonstruktionen.

Schaffung eines platzartigen Freiraumes zu sportlichen Veranstaltungen und Sicherung öffentlicher Durchgänge zur Saaleaue. Wirksame bildkünstlerische Gestaltung des Platzes.

■ Punkthochhausgruppen

Wegfall der Punkthochhausgruppen und Ersatz durch umprojektierte P 2-Segmente für Sonderwohnformen (Jungfacharbeiter).

Ergänzende gesellschaftliche Ausstattung der Wohnobjekte durch Klubgebäude mit Terrassen- und Sportflächen (Planträger VEB Carl Zeiss) und Gestaltung derselben als Jugendzentrum (Sport, Spiel, Diskotreff, Vorträge und politische Foren).

■ Reservestandorte

Sicherung der ehemaligen Punkthochhausstandorte in den Wohngruppen als Reservestandorte für gesellschaftliche Einrichtungen.

■ Umlandplanung

Beginn einer Umlandplanung für Lobeda-West zur Deckung des Garagen-, Kleingarten- und Tobeflächenbedarfes im angrenzenden Landschaftsschutzgebiet mittleres Saaletal.

■ Naherholungsgebiet

Planung des Randstreifens zwischen Wohnbebauung und Autobahn als Naherholungsgebiet (Fußgängerpromenade, Zugänge zur Landschaft, Tobeflächen, Spielflächen, Parkplatz, Gaststätte).

■ Betonelementesortiment

Erzeugnisentwicklung eines Betonelementesortimentes zur funktionell-gestalterisch effektiven Freiflächenausstattung. Planung von 8 Einzelstandorten zur nachträglichen Ausstattung. Verbesserung der Freiflächen unter Einbeziehung bildkünstlerischer Anlagen.

■ Baustelleneinrichtungen

Konzeptionen zur Nachnutzung von Baustelleneinrichtungen auf Grund von Forderungen von Versorgungsbetrieben, von Handelsbetrieben zur Sicherung der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sowie der vorübergehenden Einordnung der Kinder- und Jugendsportschule.

Zur Projektierung und Baudurchführung

■ Aufgabenstellung

Mit dieser Aufgabe wurde den Wohnungsbauern des Bezirkes Gera, einschließlich den Kooperationspartnern, der bis dahin größte Wohnungsbaustandort zur Realisierung übertragen. Die Lösung einer solchen Aufgabe erforderte eine weitgehende technisch-organisatorische Neuprojektierung der beteiligten Baubetriebe (Einführung der 5-MP-Plattenbauweise, Bau von 2 Plattenwerken, Sicherung der einheitlichen Leitung und Durchführung der Vorbereitungs- und Bauprozesse durch die Bildung des Wohnungsbaukombinates, Wahrnehmung der Verantwortung als Generalauftragnehmer und Generalprojektant durch das Kombinat, Anwendung der Kollektorbauweise und Übernahme der Hauptauftragnehmerschaft komplexe Erschließung durch das Straßen- und Tiefbaukombinat Gera).

Das notwendige hohe Bautempo und die im Zeitraum der Baudurchführung erfolgende Differenzierung der Erzeugnisentwicklung waren ein echter Prüfstein für alle beteiligten Betriebskollektive.

■ Komplexe Erschließung

Die ersten Erschließungsarbeiten erfolgten im Jahre 1966. Die größte Schwierigkeit bestand in der Sicherung der notwendigen Vorlaufleistung für den Hochbau. Da bis 1968 nur die 2-MP-Taktstraßen zur Realisierung des Wohnungsbauprogrammes zur Verfügung standen und ausgerechnet diese Bebauung gleichmäßig über das Bebauungsgebiet verteilt war, war der Tiefbau zu einem frühzeitigen, in der Relation zu den fertigzustellenden Wohnungen sehr hohen Baueinsatz gezwungen.

Durch die Anwendung von Sammelkollektoren in Fertigteilbauweise, die eine nachträgliche technische Ausrüstung ermöglichten, und den grundhaften Ausbau des Stra-

ßennetzes konnten günstige Voraussetzungen für den Hochbau geschaffen werden.

■ Wohnungsbau

Die differenzierte Geschossigkeit der geplanten Wohnbebauung und die damit verbundene Erweiterung der Bauelementeproduktion um eine höhere Laststufe führte zu einem unvermeidbaren Nacheinander von Fünf- bis Neun- und Elfgeschossern in der Ausführung der Wohnbauten. Diese Reihenfolge bestimmte den Bauablauf, der sich damit von innen nach außen vollzog und etappenweise das gesamte Gebiet über einen langen Zeitraum erfaßte.

Es ist das Verdienst der Wohnungsbauer des jungen Kombinates, neben der kurzfristigen Bebauungsplanaktualisierung im Jahre 1968 (Forderung und Ergebnis neuer im Prozeß der Auseinandersetzung mit der Qualität von Städtebau und Architektur entstandener Auffassung des gesellschaftlichen Auftraggebers) die hohen quantitativen Planziele mittels der konsequenten Durchsetzung der Schnellbaufließfertigung im 5-MP-Plattenbau (72 WE P2, 9geschossig in 55 Tagen Bauzeit / Juli 1970) in guter qualitativer Bauausführung erreicht zu haben.

Diese Leistung ist deshalb so beachtlich, weil gleichzeitig mit der Bebauungsplanaktualisierung eine umfangreiche Sonderbauteilprojektierung und -realisierung verbunden war (2-MP-Eckausbildungen und Verbindungsbauten, 5-MP-Ecklösungen, Zwischenbauten, Abwinklungen, Fassadenvarianten, Einbauten gesellschaftlicher Einrichtungen in die Erdgeschoßzone), die eben nun mal die notwendige Voraussetzung für die qualitative Verbesserung des Städtebaues darstellte.

Auf diesen guten Ergebnissen aufbauend, gelang es dem WBK Gera, nach 1969 im Rahmen der Einführung des 11geschossigen Typs eine neue Grundsatztechnologie zur Takt- und Fließfertigung zu erarbeiten und erfolgreich anzuwenden (Bauteilprojektierung nach einheitlichem System, Montagekeller, Einführung der EDV für Produktionslenkung und Kontrolle, einheitliches Takt-Leistungsverzeichnis).

Dieser Produktionsstand ermöglichte es Anfang 1972, die erste Taktstraße für den Gesellschaftsbau im Kombinat aufzubauen.

■ Gesellschaftsbau

Die Kindereinrichtungen und Schulen wurden weitgehend zeitgleich mit den Wohnbauten errichtet. Provisorien zur Sicherung der täglichen Versorgung der Bevölkerung waren unvermeidbare Folgen des Baukapazitätsdefizits auf diesem Sektor.

Die bauabschnittsweise Realisierung von funktionsfähigen Teilobjekten zur Minimierung des Erstaufwandes und zur etappenweisen Realisierung der Investitionen, verbunden mit dem Einsatz von Bauweisen mit weitgehendem Vorkomplettierungsgrad (Metalleichtbau), halfen, zweckmäßigere Konzeptionen zur schrittweisen Lösung dieses Problems zu schaffen.

So entstanden in gemeinsamer angestrengter Arbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer neue, völlig veränderte, aber den Realisierungsbedingungen entsprechende Projekte und Objekte.

Bis 1973 wurden gebaut:

- 4 Schulen mit 96 Klassen
- 2 Kombinierte Kindereinrichtungen mit je 180/80 Plätzen
- 2 Kombinierte Kindereinrichtungen mit je 252/112 Plätzen
- 5 Kinderkrippen mit je 48 Plätzen
- 1 Großkaufhalle
- Friseursalon, Blumengeschäft, Annahmestelle für Dienstleistungen und Reparaturen
- Arztpraxen
- Komplexe Versorgungseinrichtung für Schulspeisung, Lehrlinge, Gaststätte als Kulturzentrum des Wohngebietes.

In der Baudurchführung befinden sich:

- Sportkomplex mit 4 Turnhallen, Sporthalle und Schwimmhalle mit Sauna
- 1 Industriewarenhalle
- 1 Poststelle und Kinderbibliothek
- 1 Ambulatorium sowie Buchhandel, Sparkasse, Apotheke, Friseur und Dienstleistungen

Urteile über Jena-Lobeda-West

Eigentlich ist es noch zu früh, eine allgemeingültige Auffassung über dieses Wohngebiet zu formulieren. Noch wird an den Zentrumsbereichen gebaut, und noch brauchen ihre Bewohner die Zeit des Einwohnens, eine wichtige Phase, die die Soziologen mit dem Begriff der Anpassung, der Gewöhnung, der Herausbildung fester sozialer Strukturen bezeichnen.

Trotzdem wollen wir versuchen, auf der Grundlage einer fünfjährigen Meinungsanalyse, vieler Einwohnerversammlungen, umfangreicher Ergänzungsplanungen und wohl ebensovieler Führungen von Fachkollegen die Meinungen über dieses Gebiet nach Schwerpunkten geordnet wiederzugeben:

■ Wohnungen

Es wird voller Anerkennung von dem gebotenen Wohnkomfort, d. h. der Größe und der Ausstattung der Wohnungen gesprochen.

Die Qualität der Bauausführung ist ausgezeichnet. Unzufriedenheit der Mieter gibt es nur dort, wo die Warmwasserversorgung aufgrund von Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung nicht zugleich mit der Übergabe der Wohnung gesichert werden konnte.

■ Gesellschaftsbau

Berechtige Kritik gibt es hinsichtlich der sich stark verzögernden Bauausführung der Zentrumsobjekte, der Handels-, Dienstleistungs- und Sporteinrichtungen.

Dieser schon so oft genannte Mangel läßt eine wesentlich qualitative Seite unseres städtischen Wohnungsbaues noch nicht sofort überzeugend und spürbar zur Geltung kommen: die Versorgungsqualität moderner leistungsfähiger Gesellschaftsbauten. Der Einkauf in überfüllten und engen Provisorien, das Angewiesensein auf die Dienstleistungen der Altstadt, das langzeitige Improvisieren aufgrund der fehlenden Turnhallen und Sportflächen. Die im Vorjahr erfolgte Übergabe des Kultur- und Gaststättenzentrums an die Bewohner Lobedas für etwa 11 Millionen M Investitionsvolumen bewies recht überzeugend, wie attraktiv das Leben hier zu werden verspricht.

■ Garagen

Die größte Diskussion unter der Bevölkerung hat das völlige Fehlen von Garagenstandorten ausgelöst. Diese Tatsache wird als Planungsfehler gewertet. Die Fahrzeugbesitzer sind nur sehr schwer oder gar nicht von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß in einem sozialistischen Wohngebiet ein relativ großer Freiflächenanteil, Ruhe und Sicherheit der Wohnzonen, freizügige Nutzung der auch in Zukunft ausreichenden Parkmöglichkeiten, also das Prinzip Gemeinnutz geht vor Eigennutz, gelten soll.

Es gab und gibt Auffassungen, die vorhandenen Parkplätze zu überdachten individuell genutzten Unterstellplätzen bzw. Reihengaragen umzubauen bzw. die Randzone des Gebietes für den Bau von Garagenkomplexen freizugeben.

Der Rat der Stadt wird versuchen, dieses Problem im nahen Umland von Lobeda zu lösen.

■ Freiflächen

Außerordentlich erfreulich ist die Anteilnahme großer Teile der Wohnbevölkerung an der Gestaltung und Pflege der Außenanlagen. Die aufgrund der vielgeschossigen Bebauung außerordentlich hochwertige Ausführung der unmittelbaren Hausbereiche hat sich bewährt. Wir konnten wertvolle Erfahrungen für eine kommunikativ noch wirksamere Freiflächengestaltung sammeln, die viele neue Ideen für die Gestaltung der Hauseingangszonen, der wirkungsvollen Einordnung von Spiel- und Sportmöglichkeiten für große Kinder und Erwachsene und eine ausgewogenere differenzierte Funktionsbelegung und Ausstattung der Flächen enthält.

Der im Jahre 1968 in die Planung eingearbeitete Gedanke der Aktivierung der Rand-

8
Flächenausweis aller Aktualisierungsplanungen zum Bebauungsplan im Zeitraum von 1970 bis 1973, die vom Büro für Städtebau und Architektur Jena durchgeführt wurden.

9
Bebauungsplan vom Jahre 1970.

10
Aktualisierter Bebauungsplan vom Jahre 1970/71.

11



11
Zentrumsachse im südwestlichen Bereich zwischen den Schulfreiflächen und dem Kindergartenareal.
Das Bild zeigt das wohl für jedes Neubaugebiet typische Straßenleben in den frühen Nachmittagsstunden.

12



13

14



12
Der Autobahnrand von Lobeda-West im Bereich der Kindereinrichtungen.
Die ganztägige Besonnung, die dichte Bepflanzung und die großartige Landschaft schaffen einen klimatisch günstigen Grünraum.
Hier sind optimale Aufenthaltsbedingungen für unsere Kinder im Freiraum geschaffen worden.

13
Die zweigeschossige Kinderkrippe, umgeben von der Wohnbebauung. Hier entstand ein abgeschlossener, aber auch genügend weiträumiger Bereich für Freizeit und Erholung.

14
Der Autobahnrand von Lobeda-West im Bereich der HO-Gaststätte Satellit.
Liebevoll ausgestattete und gepflegte Freiflächenanlagen um den ursprünglich provisorisch errichteten Versorgungsbau bilden für die Bürger einen oft und gern benutzten Anziehungspunkt.

15
Die parallel zur Zentrumsachse verlaufende Wohnsammelstraße vermittelt den Fußgänger- und Fahrzeugverkehr zwischen den Wohnbereichen und dem Wohngebietszentrum.
Die Bebauung wirkt städtisch und wird als angenehm empfunden. Allerdings enthält sie einige Konfliktpunkte zwischen dem lebhaften Fußgänger- und Fahrzeugverkehr in den morgendlichen und abendlichen Spitzenzeiten.

16
Bildende Künstler und Gartenarchitekten bemühten sich nach Kräften um eine kulturvolle Gestaltung der Wohnbereiche. Insgesamt entstehen im Außenraum 34 Objekte unterschiedlichster Größenordnung und Bedeutung.

17
Die südliche Saaleaue im Umland von Lobeda mit Blick auf das auf einem Plateau liegende Lobeda-West, das durch die Autobahntrasse begrenzt wird.
Dieses Umland bietet den Kindern geradezu ideale Bedingungen für sicheres und ungezwungenes Spiel, ein Vorteil, der sich mit den bekannten Vorzügen städtischen Wohnens verbindet. Dieser reizvolle Landschaftsraum ist bevorzugtes Naherholungsziel der Lobedaer Familien an den Wochenenden.



15



16

zone zur Autobahn hat in gewisser Weise zur Öffnung des Wohngebietes nach Süden geführt.

Das Promenieren im grünen, sonnendurchfluteten, die Reize der Landschaft voll erschließenden Grünraum mit dem verlockenden Zugang zum Landschaftsschutzgebiet ist von unschätzbarem Wert. Hier findet man den wohltuenden Gegensatz zur relativ komprimierten Wohnbebauung.

■ Städtebauliche Komposition und Maßstab

Bei vielen Bürgern, vornehmlich in Kreisen der Ortsansässigen, gibt es Vorbehalte zur Maßstäblichkeit der Bebauung. Die auf Tradition beruhende Vorliebe des Jenaers für das kleine Haus an den grünen Hängen der malerischen Berge stößt sich an der Dimension und Geschlossenheit des elfgeschossigen Wohnareals. Wohnungstauschanzeigen in der lokalen Presse bevorzugen deutlich die fünfgeschossigen Wohngebiete, die sowohl modernen Wohnkomfort als auch großzügig gestaltete Freiflächen aufweisen.

Lobeda-West dagegen ist ein durch und durch großstädtisch wirkendes Wohngebiet. Problematisch erscheint allerdings vielen die Umbauung der fünfgeschossigen Gebäude durch die vielgeschossigen Blöcke. Der hierdurch verwehrte Ausblick in die Landschaft, den man ja anfangs uneingeschränkt genießen konnte, und das Gefühl der Einengung wird als wenig angenehm empfunden.

■ Bildende Kunst

Neben vielen schon recht gut gelungenen Darstellungen in den Schulen sind die Künstler im Außenraum, von einigen wenigen Beispielen abgesehen, noch zu wenig eingesetzt worden. Das wurde mit Recht kritisiert und wird sich mit fortschreitender Fertigstellung der zentralen Bereiche grundlegend ändern.

■ Umland

Die unmittelbare Beziehung zur reizvollen Jenaer Landschaft gehört zu den Vorzügen Lobedas und prägt das Antlitz dieses Wohngebietes. Vor allem unseren größeren Kindern bietet das südlich gelegene Roda- und Saaletal ein ideales Feld zur ungezwungenen und ungebundenen Bewegung und zum vielfältigen Spiel. Der weitgehende Schutz dieses Landschaftsraumes vor Zersiedelung der Bebauung war nur durch eine starke Konzentration des Wohnungsbaues zu erreichen. Allerdings muß gesagt werden, daß die Stadt noch viel Aufwand in den Ausbau der Verbindung von Landschaft und Wohngebiet zu investieren hat.

■ Umweltschutz

Überraschenderweise gibt es wenig Beschwerden zur Lärmbelästigung der Bewohner der südlichen Bebauung durch die auf der Autobahn verkehrenden Fahrzeuge. Viel problematischer dagegen ist die Einhaltung der Sicherheit zur westlich verlaufenden Eisenbahnstrecke. Parkplätze am Wohnhaus, Kinderkrippen im Wohnhof werden weniger störend empfunden als das gleichförmige Geräusch der Entlüftungsanlagen der Vielgeschosser oder die Fußballplätze am Haus.
Natürlich gibt es einzelne Eingaben zur Abstandsfestlegung zwischen Autobahn und Wohngebäude. Ein durch den Rat der Stadt in Auftrag gegebenes erneutes Schallschutzgutachten soll die Sachlage objektiver klären und präzisere Erkenntnisse formen.

■ Soziologische Untersuchungen

Interessante Erscheinungen haben sich in der Erdgeschoß- bzw. Kellerzone der Wohngebäude gezeigt. In teilweise spontaner, teilweise bewußt organisierter Art sind Nutzungsveränderungen einzelner Räume vorgenommen worden.
Einzelne Hausgemeinschaften und Lehrlingskollektive schufen Kellerbars und Klubräume anstelle von Trockenräumen und Kinderwagenabstellräumen.
Diese Tendenz zu gemeinschaftsbildenden Tätigkeiten ist zweifellos eine außerordentlich interessante Erscheinung im sozialistischen Städtebau.
Es lohnt nach unserer Auffassung bei der Entwicklung neuer Typen darüber nachzudenken, wie durch einen entsprechenden Ausbau einzelner Kellerräume den gegebenen Bedürfnissen der Bewohner entgegengekommen werden sollte.

17



1

Vorschuleinrichtungen in der 5-Mp-Bauweise im Bezirk Suhl

Dipl.-Ing. Ulrich Möckel
VE(B) Wohnungsbaukombinat Suhl

Die bisher gebauten Vorschuleinrichtungen in der 2-Mp-Großblockbauweise wurden den neuen funktionellen Anforderungen nicht mehr gerecht.
Weiterhin stand mit der Einführung der 5-Mp-Plattenbauweise im Bezirk Suhl kein Elementesortiment der 2-Mp-Großblockbauweise mehr zur Verfügung.
So war es also dringend erforderlich, eine neue Vorschuleinrichtung zu entwickeln. Folgende Probleme sollten dabei besonders gelöst werden:

- Weitestgehende Verwendung des Elementesortimentes der Wohnungsbauserie P 2 in der 5-Mp-Plattenbauweise
- Zweiseitige verkehrsmäßige und mehrseitige ingenieurtechnische Erschließung
- Auflösung des Bauwerkes in Bauteile, um verschiedenen Kapazitätsanforderungen gerecht zu werden.

Funktion

Für die Vorschuleinrichtungen wurden drei Bauteile – Kinderkrippe, Kindergarten und Versorgungssegment – entwickelt, die zu einer Kombination bzw. zu einer Kinderkrippe oder einem Kindergarten vereinigt werden können.

Als Bauwerkslösung ergeben sich Kombinationen mit einer Kapazität von 144 Kindergartenplätzen und 72 Kinderkrippenplätzen als Ostwesttyp oder Südtyp.

Diese Größenordnung wurde von den bezirklichen Institutionen als optimal angesehen und die Erarbeitung des Wiederverwendungsprojektes gefordert.
Andere Kapazitätsgrößen ergeben sich durch Geschoßerhöhung am Kindergartenbauteil oder in Hanglage durch Anordnung eines Sockelgeschosses am Kinderkrippenteil.
Die Bauteile für Kindergarten und Kinderkrippe sind im gleichen konstruktiven Grundraster entwickelt worden.
Sie bestehen funktionell aus den Gruppeneinheiten, der Zentraleinheit und der Verkehrseinheit.
Die Gruppeneinheit als Hauptfunktionsfläche setzt sich aus den Gruppenräumen bzw. Schlafräumen, dem Waschraum und der

2



3



Projektierung:	VEB (B) WBK Suhl, Abt. Projektierung, Produktionsbereich II Bereichsleiter: Bauingenieur Herbert Fleischhauer
Entwurf und Projektleitung:	Dipl.-Ing. Ulrich Möckel
Montage:	Bauingenieur Heidemarie Hofmann
Statik:	Bauingenieur Peter Bochus
Heizung und Sanitär:	Ingenieur Gerd Switalla
Lüftung:	Ingenieur Bernd Golze
Elektro:	Elektromeister Gerhard Hesenmüller
Erstausstattung:	VEB Innenprojekt Halle Betriebsteil Meiningen Bauingenieur B. Höhn
Küchentechnologie:	Gesellschaft für Betriebsberatung des Handels, Außenstelle Erfurt Handelswirtschaftler Helmut Wetschel
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Walter Eller Bauingenieur Otto Lahr Dipl.-Ing. Lothar Hornfeck

1 Blick auf die Westseite der Vorschuleinrichtung im Wohngebiet

2 Schlafraum der Kinderkrippe

3 Waschraum in der Kinderkrippe mit Durchblick zum Schlafraum

4 Erdgeschoß 1 : 500

Kinderkrippe

K 1 Windfang	14,25 m²
K 2 Flur/Treppe	28,96 m²
K 3 Aufzug	
K 4 Eltern/Leitung WC	2,88 m²
K 5 Leiterin	11,20 m²
K 6 Päd. Personal	19,09 m²
K 7 Isolierboxen	9,49 m²
K 8 Spielgeräte	5,04 m²
K 9 Außenspielgeräte	8,64 m²
K 10 Kinderwagen	53,93 m²
K 11 Schmutzwäsche	9,14 m²
K 12 Übergaberaum	11,42 m²
K 13 Isolierboxen	4,69 m²
K 14 Gruppenraum	46,78 m²
K 15 Schlafraum	42,19 m²
K 16 Waschraum/Töpfchen	17,26 m²
K 17 Personal WC	3,88 m²

Versorgungssegment

V 1 Gang	16,59 m²
V 2 Endgarküche	33,19 m²
V 3 Spüle	14,27 m²
V 4 Vorräte	6,88 m²
V 5 Vorräte	12,01 m²
V 6 Wirtschaftsleiterin	9,18 m²
V 7 Anlieferung	12,01 m²
V 8 Personal	16,38 m²
V 9 Personal WC	4,50 m²

Kindergarten

G 1 Windfang	14,52 m²
G 2 Flur/Treppe	28,96 m²
G 3 Aufzug	
G 4 Eltern Leitung WC	2,88 m²
G 5 Leiterin	11,20 m²
G 6 Päd. Personal	19,09 m²
G 7 Isolierboxen	9,49 m²
G 8 Spielgeräte	5,04 m²
G 9 Außenspielgeräte	8,64 m²
G 10 Mehrzweckraum	42,19 m²
G 11 Zentraldusche	21,00 m²
G 12 Garderobe	21,13 m²
G 13 Gruppenraum	42,19 m²
G 14 Gruppenraum	42,19 m²
G 15 Waschraum WC	17,26 m²
G 16 Personal WC	3,88 m²

5 1. Obergeschoß 1 : 500

Kinderkrippe

K 1 Flur/Treppe	36,74 m²
K 2 Übergaberaum	21,13 m²
K 3 Gruppenraum	42,19 m²
K 4 Schlafraum	42,19 m²
K 5 Waschraum WC	17,26 m²
K 6 Personal WC	1,94 m²
K 7 Vorraum	1,94 m²
K 8 Milchküche	9,32 m²
K 9 Aufzug	

Kindergarten

G 1 Flur/Treppe	36,74 m²
G 2 Garderobe	21,13 m²
G 3 Gruppenraum	42,19 m²
G 4 Waschraum WC	17,26 m²
G 5 Personal WC	1,94 m²
G 6 Vorraum	1,94 m²
G 7 Technisches Personal	9,32 m²
G 8 Aufzug	

6 Erdgeschoßgrundriß des Süd-Typs 1 : 500
Legende wie Abbildung 4

7 Westansicht und Schnitt 1 : 500

Garderobe zusammen. Dieser Einheit wurden die Garderobe und die Toilette des Personals zugeordnet.

Ein Teil der Nebenfunktionsflächen wie Wäscheraum, Raum für das technische Personal. Werkstatt und Milchküche sowie die Geschoßtreppe und der Kleinlastenaufzug wurden in der Verkehrseinheit zusammengefaßt. Diese Verkehrseinheit ist als einziger Bauteil unterkellert.

In der Zentraleinheit wurden die Personalräume, die spezifisch für Kindergarten bzw. Kinderkrippe ausgebildeten Isolierboxen, Spielgeräteräume und der Mehrzweckraum des Kindergartens oder der Kinderwagenraum der Kinderkrippe vorgesehen.

In unmittelbarer Nachbarschaft zu dem Mehrzweckraum befindet sich eine Zentraldusche für die Kindergartenkinder.

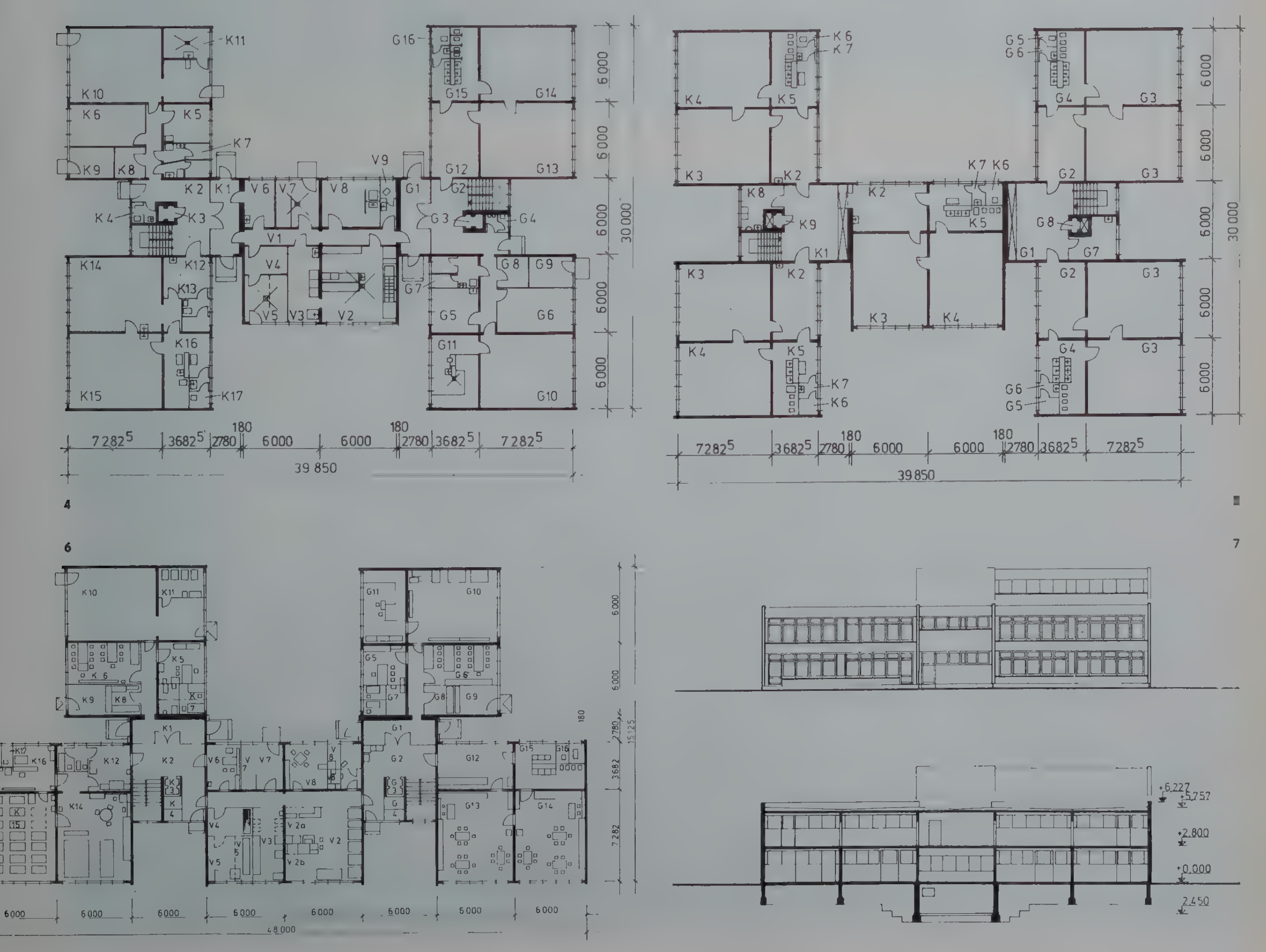
Das Versorgungssegment ist mit einer Endgarküche für etwa 280 Portionen ausgestattet. Hier befinden sich auch die erforderlichen Nebenräume wie Personalräume, Wirtschaftsleiterraum und Tagesvorratsräume.

Der Speisentransport erfolgt mittels Essenwagen „Kiga I" und Kleinlastenaufzug in die Funktionseinheiten.

Technische Gebäudeausrüstung

Heizungstechnisch wird die Kombination in der Regel durch eine Fernwärmeleitung 118/80 Grad, ND 16 versorgt. Im Kellergeschoß befindet sich die Umformerstation mit zwei Wärmeübertrager für zwei Stromkreise mit je einer Pumpenanlage, die das herangeführte Heißwasser auf Warmwasser 90/70 Grad umformen.

Das Objekt erhielt eine Zweirohr-Pumpen-Warmwasser-Heizungsanlage 90/70 Grad mit unterer Verteilung. Als Heizflächen wurden gußeiserne Radiatoren vorgesehen.



4

6

7

8

9



Die Heizkörper in den Funktionseinheiten erhielten als elektrische Zweitheizung im hinteren unteren Stopfen Tauchheizpatronen 1″ und im oberen hinteren Stopfen die dazugehörigen Regler 1″.

Der Kaltwasseranschluß sowie die Warmwasserbereitung mit einem Boiler von 1000 l befinden sich im Kellergeschoß.

Der Warmwasserboiler wird von Wärmeübertragern (Fernheizung) beheizt.
Für die Sommermonate wurde eine Elektrobeheizung angeordnet. Die Waschtische, Duschen und Badewannen der Kinder werden über eine Sicherheitsmischbatterie (mit kontrollierbarem Thermometer) versorgt.

Die Küche und die Spüle werden mechanisch be- und entlüftet. Für die Belüftung wurden KST-Truhen eingesetzt. Die Abluft wird über der Koch- bzw. Spülstrecke abgesaugt und mittels Rohrlüfter über dem Dach ausgeblasen.

Als Beleuchtungskörper wurden Lamellenleuchten mit Leuchtstofflampen vorgesehen.

Konstruktion

Das Gebäude wird in Großtafelbauweise der Laststufe 5 Mp nach dem Querwandprinzip mit aussteifender Mittellängswand errichtet. Dafür werden Elemente der Wohnungsbauserie P 2 in unveränderter und veränderter Form vorgesehen.

Die Außenlängswände mit 150 mm starken Brüstungselementen aus Schwerbeton B 225 und nachträglich angebrachter Wärmedämmung und hinterlüfteter Wetterschale stellen eine Sonderlösung dar. Das Gebäude wird auf durchgehenden Streifenfundamenten gegründet.



10

Die Montage der Elemente erfolgt mit einem KB 100 auf vorher einnivellierte Justiertöpfe mit einer Lagerfuge von 35 mm. Die tragenden Wände werden durch Schweißverbindungen mit den Decken zu horizontalen Decken und vertikalen Wandscheiben verbunden.

Besondere Probleme, die sich während der Bearbeitung ergaben:

- Während der Bearbeitung hat sich gezeigt, daß aufgrund der speziellen Forderungen der Technischen Gebäudeausrüstung die Verwendung eines unveränderten Elementesortimentes der Wohnungsbauserie nicht möglich ist. Um die Anzahl der Sonderelemente in Grenzen zu halten, wurde die Gebäudetiefe des Wohnungstypes P 2 übernommen. Das hatte aber zur Folge, daß nur Gruppenräume mit etwa 43 m² Grundfläche entstanden.
- Verwendungsmöglichkeit und Variabilität der 6 m langen Spannbetondecken ist für Vorschuleinrichtungen aufgrund der hohen Belastung und der erforderlichen Aussparungen in den Naßräumen nur begrenzt möglich.
- Nach dem neuen Raumprogramm werden einige Funktionsräume mehr gefordert, wie Mehrzweckraum und Zentraldusche. Dieser erhöhte Aufwand blieb bis jetzt bei den staatlichen Normativen unberücksichtigt.
- Das Elementesortiment der Wohnungsbauserie erlaubt nur Geschoßhöhen von 2800 mm.

Nach der TGL 10 724 kann die Küche bei der sich ergebenden lichten Raumhöhe von 2650 mm nur vorübergehend genutzt werden. Eine Ausnahmegenehmigung der Arbeitshygiene ist erforderlich.

- Der Punkt 5.2.1 (Zusatzheizung) der TGL 24 890 ist unklar formuliert und wird von den Fachingenieuren der Technischen Gebäudeausrüstung unterschiedlich ausgewertet. Besonders fragwürdig ist die geforderte Zusatzheizung bei einem im Sommer- und Winterbetrieb konstant gefahrenen Vorlauf. Dieser Abschnitt muß in der TGL näher erläutert werden, um aufwendige Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Kennziffern für die Kombination Kindergarten/Kinderkrippe 144/72

Hauptfunktionsfläche	3,34 m²/KE
Nebenfunktionsfläche	1,71 m²/KE
Hauptfläche	5,05 m²/KE
Nebenfläche	1,70 m²/KE
Nutzfläche	6,75 m²/KE
Verkehrsfläche	1,22 m²/KE
Nettofläche	7,97 m²/KE
Konstruktionsfläche	0,86 m²/KE
Bruttofläche	8,83 m²/KE
Umbauter Raum	24,43 m³/KE
Nebenfläche/Hauptfläche	0,34
Umbauter Raum/Hauptfläche	4,83

Die Gesamtinvestition beträgt für das standortlose Projekt 1 414 200,– M gegenüber 1 425 000,– M des Investitionsrichtwertes des Ministeriums für Bauwesen und des Ministeriums für Volksbildung vom 15. 6. 1972.

Kindergartentrakt

8
Blick in einen Gruppenraum

9
Blick von den Garderoben in das Treppenhaus

10
Der Waschraum mit den Toiletten für jeweils zwei Kindergartengruppen

11
Kleinlastenaufzug für Servierwagen

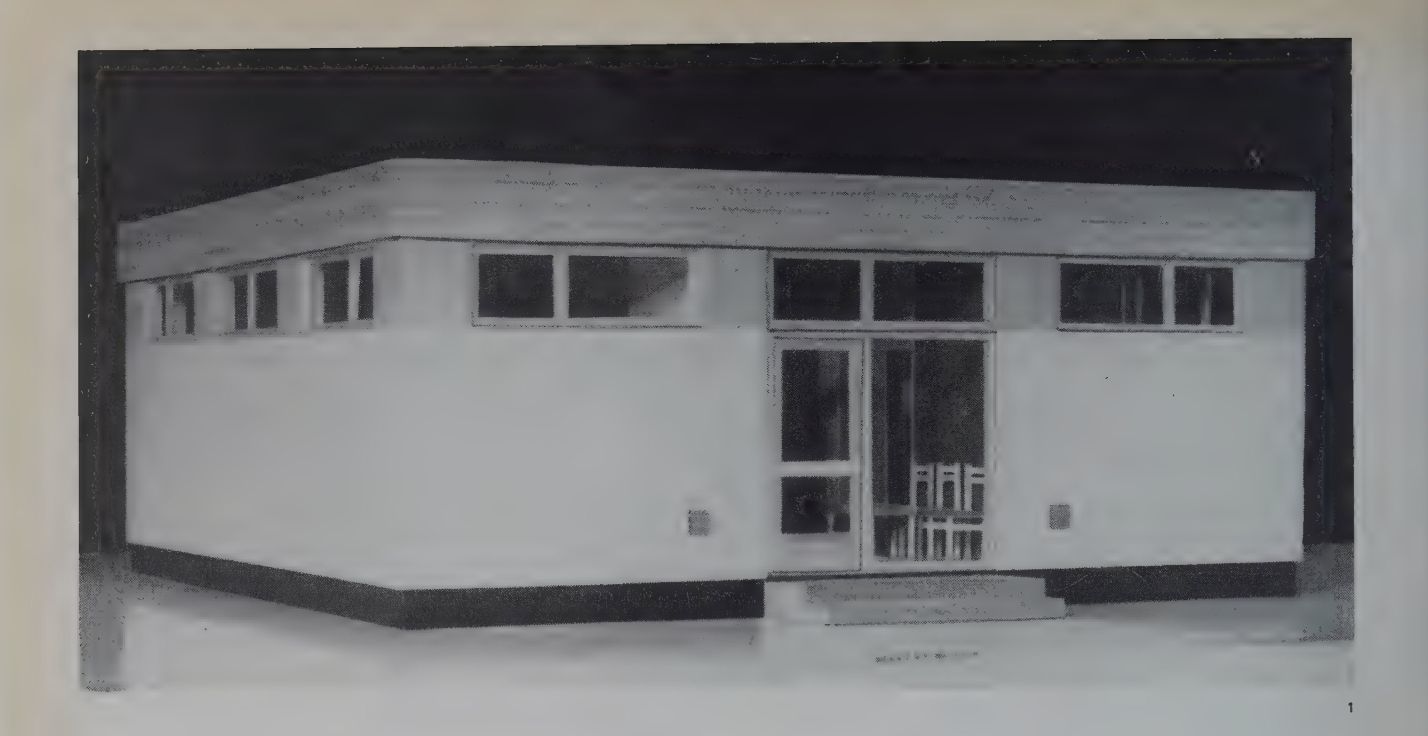
12
Die Arbeitsplatte am Fenster bietet den Kindern gute Möglichkeiten für das Anfertigen von Mal- und Zeichenarbeiten.

11



12





1

Wohngebietssauna für 12 Personen

Architekt BdA/DDR Eduard Gödecke
VEB Landbauprojekt Potsdam
Zentrale wissenschaftlich-technische Einrichtung für den Landwirtschaftsbau des Ministeriums für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

Die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen beinhaltete auch die Forderung des Baus von Einfamilienhäusern vor allem für kinderreiche Arbeiterfamilien.

Der VEB Landbauprojekt entwickelte in diesem Rahmen Fertighäuser aus Holzbeton, die in einer Mustersiedlung in Berlin-Friedrichshagen vorgestellt wurden. Es wurde dabei die Aufgabe gestellt, auch ein geeignetes Saunagebäude zu errichten.

Ein Kollektiv im VEB Landbauprojekt Potsdam übernahm daher die Aufgabe, im Rahmen einer Neuerervereinbarung, Projektierungsunterlagen für die geforderte Sauna zu erarbeiten. Dabei mußte die Forderung berücksichtigt werden, die Projektierungsunterlagen so zu erarbeiten, daß eine Anpassung des Projektes für jeden anderen Standort ohne weiteres möglich ist.

In der DDR gibt es bisher kaum Ansätze für eine breite Entwicklung auf diesem Gebiet. Lediglich in Hotels – vorwiegend in Interhotels –, Schwimmhallen und wenigen gesellschaftlichen Einrichtungen und Betrieben sind Saunaeinrichtungen vorhanden.

Die Nachfrage nach solchen Einrichtungen zeigt, daß auf diesem Gebiet weitere Anstrengungen gemacht werden müssen, um den ständig steigenden Bedarf abzusichern. Auch die Mediziner empfehlen als wichtiges Prophylaktikum gegen die ständige Zunahme der Herz- und Kreislauferkrankungen die Nutzung von Saunaanlagen. Der regelmäßige Besuch sollte daher für jeden im Interesse einer gesunden Lebensweise zur Gewohnheit werden. Mit dem vorliegenden Projekt soll dazu beigetragen werden, die Errichtung von Saunaeinrichtungen in Wohngebieten zu erleichtern, um so einer breiten Bevölkerungsschicht die Möglichkeit zu geben, diese Einrichtungen zu nutzen.

Dieses Projekt für maximal 12 Personen wurde auf der Basis einer finnischen Trokkensauna mit Dauerbetrieb erarbeitet. Bei der Entwicklung wurde davon ausgegangen, daß das Projekt vorwiegend durch Eigeninitiative der Bürger realisiert werden kann. Es beinhaltet aus diesem Grunde nur die funktionell notwendigsten Einrichtungen. Es ist vom Aufwand her möglich, solche Saunagebäude in allen größeren Wohngebieten zu errichten.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, solche Saunagebäude Betrieben und Verwaltungseinrichtungen zuzuordnen, wobei noch eine zusätzliche medizinische Betreuung gegeben werden kann.

Bei der Realisierung des Projektes ist es durchaus möglich, auch andere Baustoffe als Holzbeton einzusetzen. Diese Frage sollte im Rahmen der Standortanpassung untersucht werden.

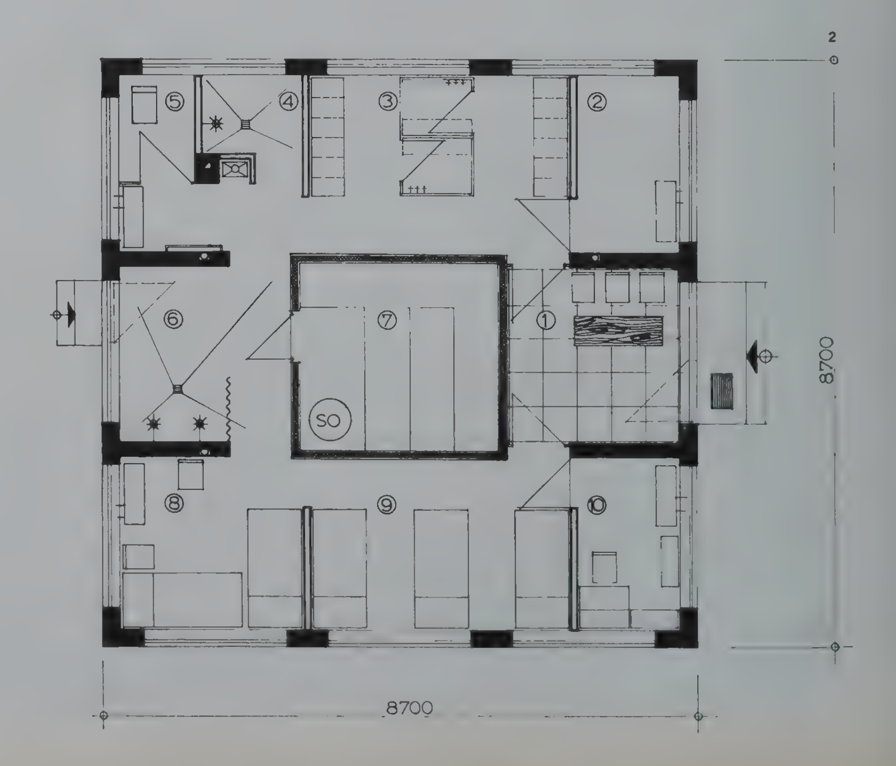
Die ermittelten Parameter betragen:

Bebaute Fläche:	75,7 m^2
Umbauter Raum:	273,0 m^3

Funktion

Bei der Konzipierung des Gebäudes wurde davon ausgegangen, daß eine einfache Funktionslösung und eine einfache konstruktive Lösung erreicht werden sollte, um dadurch niedrige Baukosten zu erzielen, ferner bei der Errichtung die Eigeninitiative der Bürger mit einzubeziehen.

2



Das Gebäude beinhaltet:

- Saunazelle 7,95 m^2
- Umkleideraum 9,80 m^2
- Vorreinigung, WC 6,60 m^2
- Abkühlraum 6,49 m^2
- Ruheraum 1 9,80 m^2
- Ruheraum 2 7,56 m^2
(evtl. auch als Massageraum)
- Vorraum 6,49 m^2
- Hausanschlußraum 4,17 m^2
- Aufsichtsraum 4,17 m^2

Alle Räume gruppieren sich ringförmig um die Saunazelle, die das Kernstück des Saunagebäudes bildet.

Entsprechend den finanziellen Möglichkeiten und der städtebaulichen Einordnung sind weitere zusätzliche Anlagen möglich. Für die Beheizung des Gebäudes und die Warmwasserbereitung wurden für das vorliegende Projekt zwei Varianten erarbeitet:

- Beheizung mit Gasaußenwandheizkörpern. Warmwasserbereitung über Gasdurchlauftherme

- Beheizung durch Elektro-Nachtspeicheröfen. Warmwasserbereitung über Gasdurchlauftherme (Flüssiggas).

Der Anschluß an eine Fernheizung bietet für die Beheizung die günstigste Variante. Die Möglichkeit ist bei der Standortanpassung zu untersuchen. Der Anschluß der Fernheizung ist dann bis zum Hausanschlußraum zu führen. Hier befinden sich auch die Anschlüsse für Gas und Wasser. Der Elektro-Anschluß und die Elektro-Verteilung befinden sich im Aufsichtsraum.

Die ausgearbeiteten Varianten zur Beheizung ermöglichen es, daß das Gebäude auch in ländlichen Gebieten zur Anwendung kommen kann, wo Stadtgas oder Fernheizung nicht zur Verfügung stehen.

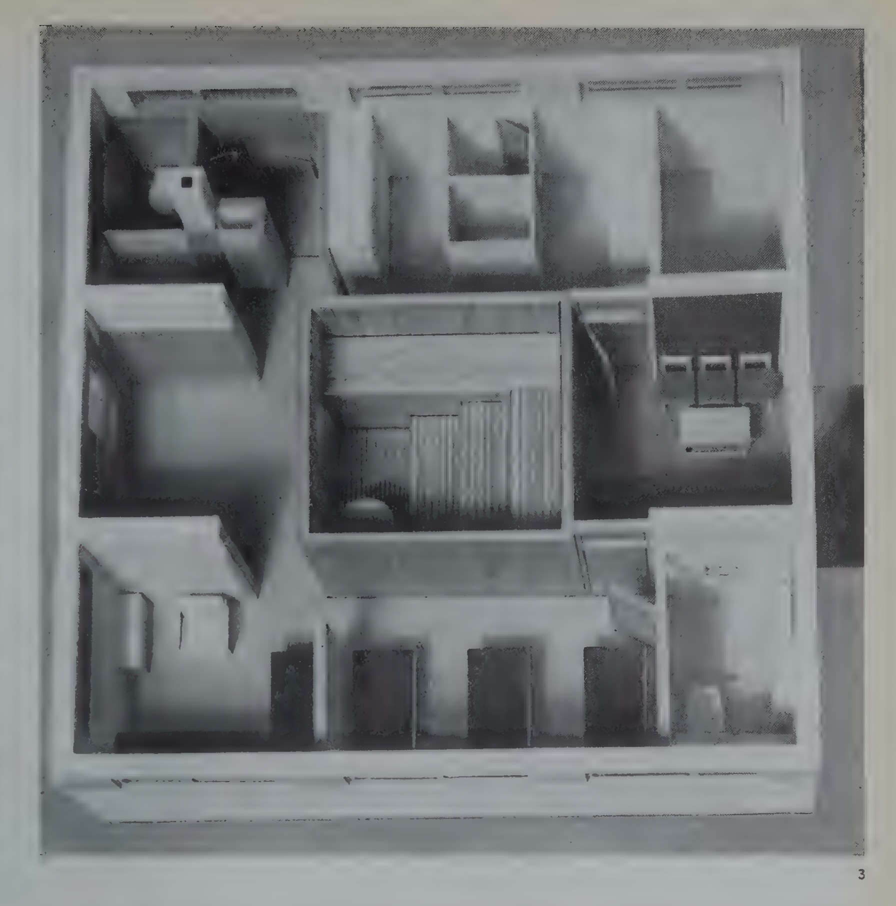
Gestaltung

Der Baukörper ist als Kubus gestaltet, mit einer horizontalen Betonung durch das hochliegende Fernsterband und der darüberliegenden Holzverschalung und gewährleistet eine gute städtebauliche Einordnung.

Der Innenraum wird beherrscht durch die zentrale Anordnung der Saunazelle, die in Naturholzausführung erstellt wird.

Konstruktion

Das Fundament wurde als Streifenfundament mit den Betongüten B 120 und B 80 konzipiert. Das Sockelmauerwerk besteht aus Klinker. Die Außenwände in diesem Projekt sind aus Holzbetonschalungssteinen errichtet, für die Innenwände wurden Mauerziegel eingesetzt.
Die Dachkonstruktion (Warmdach) besteht aus 2800 mm langen Stahlbetonhohldielen, die Dacheindeckung erfolgte als Bitumendämmdach mit Innenentwässerung. Die Fenster entsprechen den TGL.



3

1
Modell der Saunaanlage. Eingangssituation

2
Grundriß der Sauna 1 : 100
1 Vorraum
2 Technikbereich
3 Umkleiden
4 Vorreinigen
5 WC
6 Abkühlen
7 Saunazelle
8 Ruhe- oder Massagebereich
9 Ruhen
10 Aufsicht

3
Blick in die Wohngebietssauna – optimale Gliederung der zur Verfügung stehenden Fläche (Modell)

4
Rückansicht des Modells. Die Anlage eines Kühlbekkens, das im Freien liegt, empfiehlt sich.

4



Gaststätte „Jägerhütte" bei Rostock

Ingenieur Ulrich Hammer, Architekt BdA/DDR
VEB Industriebaukombinat Rostock,
BT FPT Rostock



1

1 Blick in den Gastraum, vorn links der dominierende Holzkohlengrill

2 Gesamtansicht

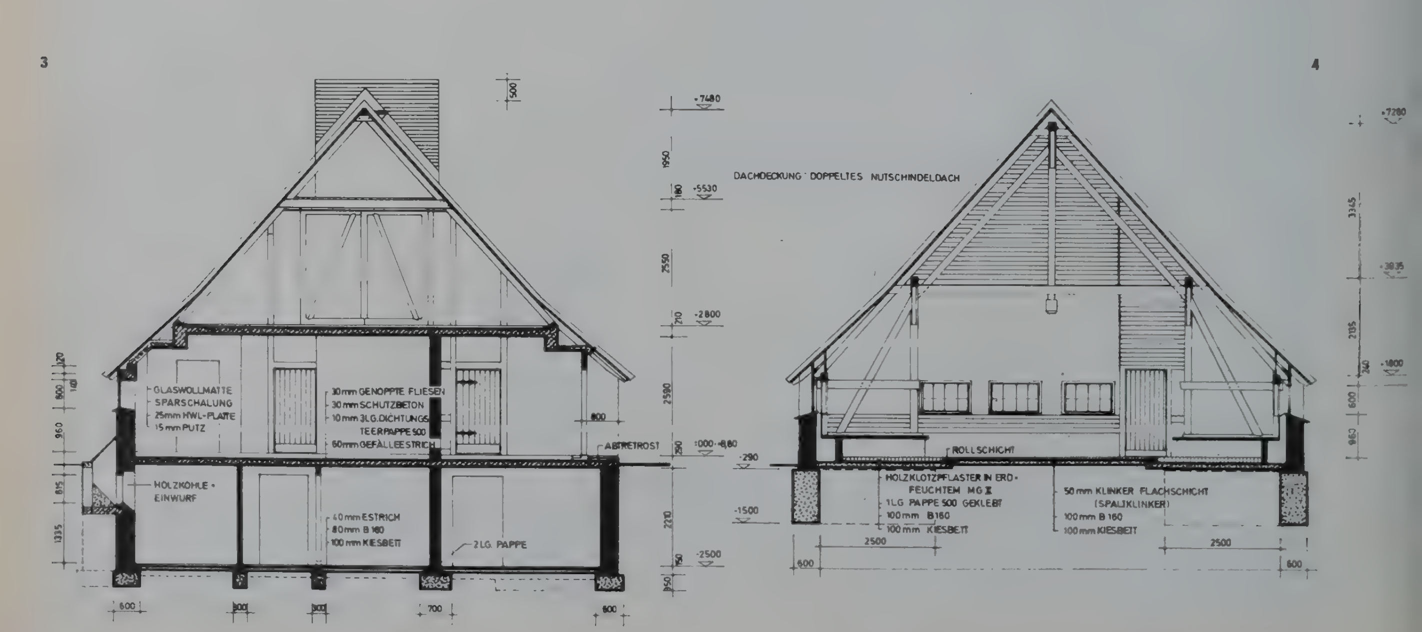
Entwurfskollektiv der BdA-Betriebsgruppe des VEB Industriebaukombinat Rostock, Betriebsteil FPT Rostock

Entwurf:	Ingenieur Ulrich Hammer, Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Siegbert Hilscher, Architekt BdA/DDR Innenarchitekt Henry Bresch, Architekt BdA/DDR
Statik:	Bauingenieur Gerhard Menzel Dipl.-Ing. Adolf Prehn, KDT
Haustechnik:	Ingenieur Ludwig Lehmann, KDT Ingenieur Kurt Tietz, KDT
Organisation der Baudurchführung:	Wolfgang Hirsch, KDT HO-Bezirksdirektion Rostock

Ausgelöst durch den Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Dörfer – mach mit" sollte in einem der Naherholungsgebiete Rostocks, dem Barnstorfer Wald, eine Gaststätte entstehen. Ein Kollektiv der Betriebsgruppe des BT Industrieprojektierung Rostock projektierte 1973 in fünf Monaten dieses Bauwerk, das durch den Kombinatsbetrieb und weitere Betriebe in der gleichen Zeit errichtet wurde.

Standort

Die Gaststätte liegt am Südwestrand des Barnstorfer Waldes. Dieses Gebiet ist in der Perspektive als Erweiterungsgelände des Rostocker Zoos vorgesehen. Vom Aus-



2

gang des Zoos wird ein Wanderweg, der den Gaststättenkomplex tangiert, zum Fernsehturm führen. Die südlich des Standortes gelegene Bahnlinie Wismar–Rostock wird dann durch eine Fußgängerbrücke überquert.

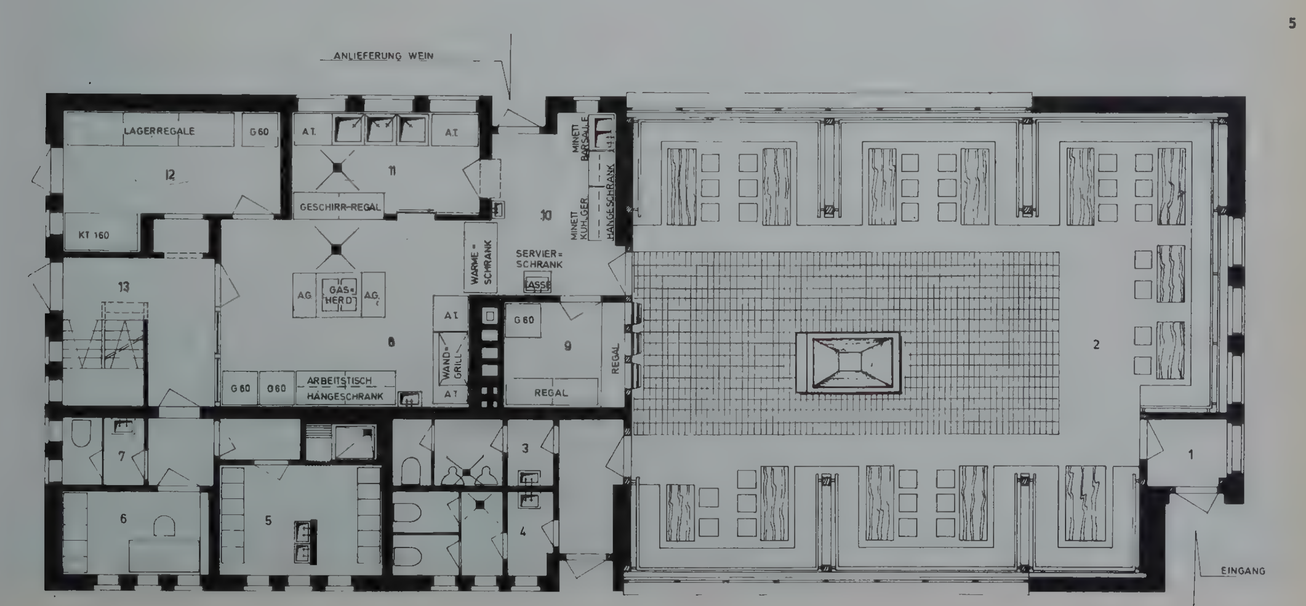
Entwurf

Die Gaststätte mit 80 bis 100 Plätzen sollte eine dem Mecklenburger Jagdwesen entsprechende Atmosphäre erhalten. Im wesentlichen ist das Angebot auf Fleischspeisen, die am offenen Holzkohlengrill zubereitet werden können, mit Brotbeilage und Rotwein beschränkt. Die Anlehnung an den Raumeindruck der Diele des mecklenburgischen Bauernhauses bildet den Grundgedanken des Entwurfs. In der „Tenne" befindet sich der große Holzkohlengrill, auf dem das Essen zubereitet wird vor den Augen der Gäste, die in den „Abseiten" sitzen. Der große, offene Dachraum und die kräftige Holzkonstruktion geben dem Raum seinen Charakter. Mauerwerksflächen wurden innen und außen mit Rapputz versehen und weiß gestrichen. Der Fußbodenbelag der Diele besteht aus roten Flachklinkern, in den Abseiten wurde Holzklotzpflaster verlegt. Das Äußere des Gebäudes ist durch das tief heruntergezogene Schindeldach, die weißen Mauerflächen und holzverschalte Giebel geprägt.

3|4 Schnitt durch den Wirtschaftsteil und den Gastraum 1 : 150

5 Erdgeschoß 1 : 150
1 Windfang
2 Gastraum
3 WC Herren
4 WC Damen
5 Umkleideraum Frauen
6 Umkleideraum Männer/Büro
7 Personal WC
8 Küche
9 Weinlager
10 Kellneroffice
11 Spüle
12 Handlager
13 Warenanlieferung

5



6 Die Kanthölzer der Dachkonstruktion, die Rapputzwände, sparsam eingesetzte Jagdtrophäen und derbes Mobiliar tragen zur rustikalen Atmosphäre des Gastraumes bei.

7 Giebelansicht



Konstruktion

Die Hülle des Gastraumes bildet ein Pfettendach als freitragende Dachkonstruktion aus Kantholz. Die Wände sind aus Mauerwerk (teilweise als Fachwerk) ausgeführt. Alle Wände im Wirtschaftsteil bestehen aus Mauerwerk, die Decken sind monolithische Stahlbetonkonstruktionen, und das Dach ist mit Kehlbalken-Bohlenbindern ausgebildet.

Heizung und Lüftung

Als Heizmedium wird Warmwasser verwendet, das durch Gasheizkessel erzeugt wird. Im Wirtschaftsteil erfolgt die Beheizung durch Radiatoren, während im Gastraum die Raumtemperatur über Warmluft reguliert wird. Hierbei ist zu beachten, daß der Holzkohlengrill eine erhebliche Wärmequelle darstellt. Die Warmluft (im Sommer Frischluft) wird im Rücken der Gäste vor den Fenstern ausgeblasen und bildet so einen Warmluftschleier vor den kühlen Fensterflächen. Die Luftfortleitung erfolgt durch die mechanische Grillabsaugung und über eine Abluftkammer oberhalb des Windfanges. Im Wirtschaftsteil wurde für die Küchenräume eine Be- und Entlüftungsanlage installiert, wobei die Abluft über gemauerte Schächte im Schornstein abgeleitet wird. Die Warmwasserbereitung erfolgt durch Gasthermen.



1

Bauernstube mit Grillbar im „konsument"-Warenhaus, Leipzig

Innenarchitekt BdA/DDR Dietmar Naumann,
Gestalter VBK-DDR, Dresden

Im Leipziger „konsument"-Warenhaus wurde ein Teil des Kundenrestaurants in eine attraktive Grillbar mit Bauernstubencharakter umgebaut. Sie bietet für 69 Personen Sitzplätze.

Die klarbetonte Farbgestaltung in Rot und Grün mit ornamentalen Folkloremotiven, die künstlerisch gestalteten bleiverglasten Farbglasfenster sowie Kupferplastiken ergeben eine nicht alltägliche, einheitliche Gestaltung, auch durch die vom Architekten und Gestalter für diesen Zweck entworfenen Möbel und Leuchten sowie die gesamte bildkünstlerische Gestaltung einschließlich der gedrechselten Elemente. Die neueingebauten Stichbogenfenster sowie die gesamte

1 Blick auf das Warenhaus

2 Eingangssituation

3 Bauernstube. Blick zur Grillbar

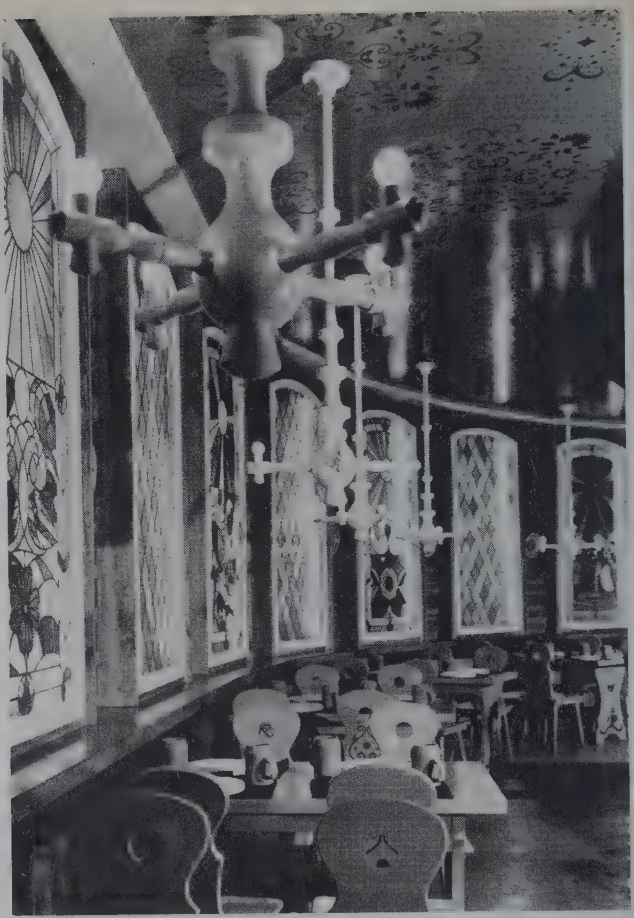


2

3



4



5

6

Wandverkleidung einschließlich Tresen wurden in einem Schweinsfurter Grün gebeizt und fügen sich harmonisch in die Farbgestaltung ein. Die in Gelb gehaltene Beleuchtung vermittelt dem Besucher eine angenehme Atmosphäre. Durch dahinterliegende Leuchtstoffröhren können die bleiverglasten Fenster in den Abendstunden wirkungsvoll hervortreten. Die Bestuhlung und die Tische wurden mit einem zinnoberroten PUR-Lack gespritzt und mit Folkloremotiven bemalt, die in der gesamten Raumkomposition und auch an dem umlaufenden Deckenspiegel wiederkehren. Die Barstühle wirken durch die Verwendung von gedrechselten Elementen sehr eigenwillig und unterstreichen die gestalterische Absicht. Der graugrüne Fußbodenbelag ist in die Gestaltung einbezogen worden.

Die am Bartresen angebrachten weißen Fliesen sind gedrechselte Gestaltungsmotive, die durch ihre weiße Lackierung die Emotion einer bäuerlichen Kachel entstehen lassen.

Bei der Gestaltung dieses Objektes wurden ausschließlich einheimische Materialien verwendet.

4 Grillbar

5 Sitzgruppen vor den Stichbogenfenstern

6 Gastraum. Blick auf das Wandrelief

7 Pendelleuchten und mit Volkskunstmotiven bemalter Deckenspiegel

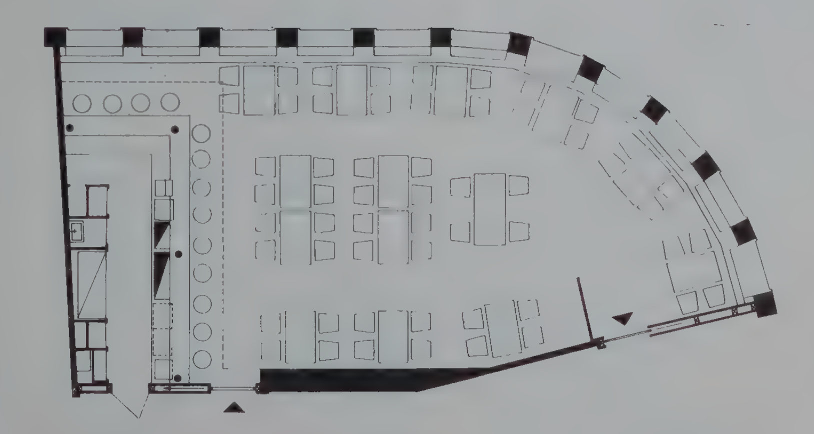
8 Grundriß 1 : 150

9 Wandreliefplastik



7

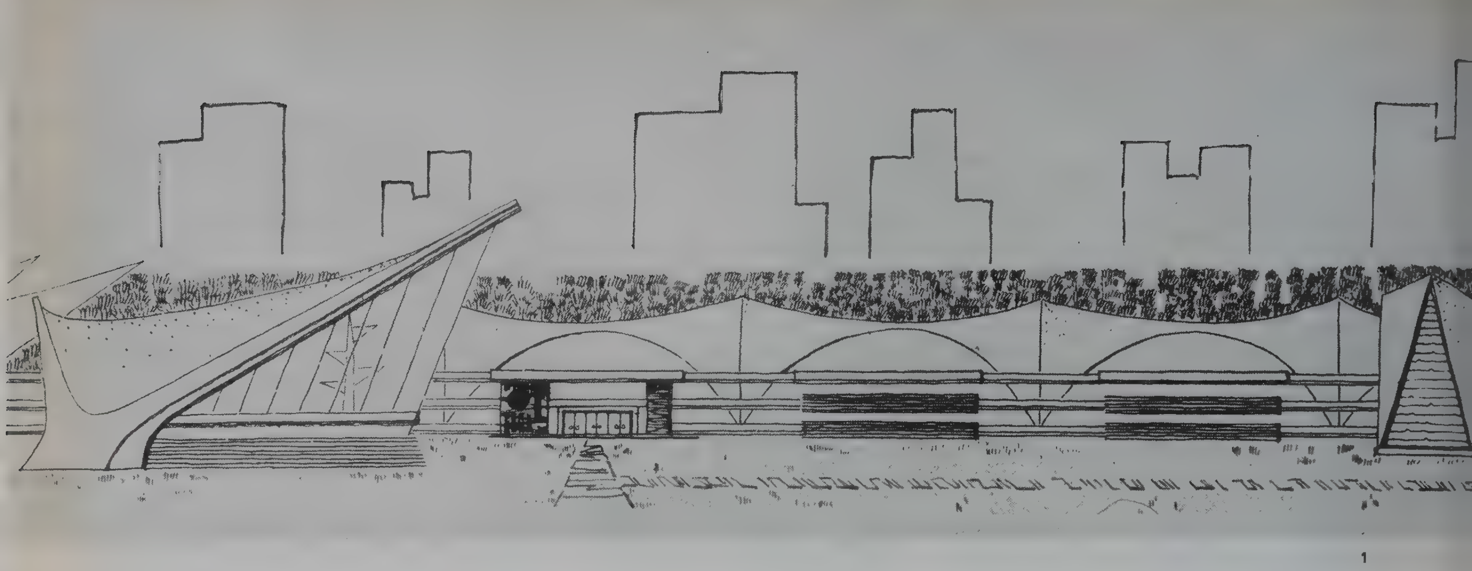
Entwurf und bildkünstlerische Gestaltung:	Innenarchitekt BdA/DDR Dietmar Naumann, VBK-DDR, Dresden
Tischlerarbeiten:	Fa. Rottloff und Fa. Bellmann, Karl-Marx-Stadt
Bleiverglasung:	Fa. Hackebeil, Dresden
Drechslerarbeiten:	Fa. Ußner, Dresden-Hellerau
Kupfer-Treibarbeiten:	Metallbildhauer Alfred Hörnig (VBK-DDR), Dresden
Dekorations-Malerarbeiten:	PGH Canaletto, Dresden



8

9





1

Sportbauten der nahen Zukunft

Kandidat der Architekturwissenschaften
V. A. Maschinsky, Moskau

Die im Programm der KPdSU formulierte Aufgabe der Erziehung eines allseitig harmonisch entwickelten Sowjetmenschen kennzeichnet die große Bedeutung, die man der Körperkultur und ihrer materiellen Basis – einem System von Bauten für die Körperkultur und den Sport – beimißt. Welche Perspektiven hat die Entwicklung derjenigen Typen von Sportbauten, die die Grundlage dieses Systems darstellen – Sportplätze und Spielflächen, Sporthallen sowie gedeckte und offene Schwimmbäder?

Die wesentlichsten Faktoren, die die Entwicklung derartiger Bauten bestimmen, sind das unablässige Bemühen, der Bevölkerung eine immer größere Anzahl von Bauten für die Körperkultur und den Sport zur Verfügung zu stellen und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt auch auf dem Gebiet der Sportbauten immer besser zu nutzen.

Die Forderung nach der Bereitstellung von mehr Bauten führt folgerichtig zu einer Vergrößerung der Bauten und zur Vereinigung von Hallen und Bassins in Bautenkomplexen. Auf diesem Wege wird es möglich, durch die Verringerung des Anteils von Hilfs- und Nebenräumen am gesamten Bauumfang die Kosten der Bauten erheblich zu senken und gleichzeitig die Bedingungen für die Ausübung von Körperkultur und Sport zu verbessern.

Außerdem wird es die verbesserte Bereitstellung von Bauten gestatten, von Mehrzweckhallen und -bassins, die für ganze Gruppen von Sportarten genutzt werden, zu spezialisierten Gebäudeteilen überzugehen, in denen jeweils eine bestimmte Sportart ausgeübt werden kann. Hierdurch wird auch eine nicht zu unterschätzende ökonomische Wirkung erzielt, da die Dimensionen der Bauten differenziert und im allgemeinen herabgesetzt werden können.

Der Einfluß, den der wissenschaftlich-technische Fortschritt auf die Entwicklung von Typenbauten für Körperkultur und Sport ausüben wird, ist nicht geringer einzuschätzen.

Die Forderung nach einer Erhöhung der Kapazität und vor allem auch die notwendige Erleichterung des Betriebs der Felder und Spielflächen lassen es erforderlich erscheinen, bei den für die Massennutzung bestimmten Anlagen in weitem Umfang zu Bodenbelägen aus Kunststoff überzugehen. Um die Benutzer der Anlagen vor den Witterungseinflüssen zu schützen, sind für Felder und Flächen, aber auch für offene Bassins, verschiedene Arten groß dimensionierter Bedachungen vorzusehen.

Bei der Errichtung von Hallen und geschlossenen Schwimmbädern ist vor allem eine Herabsetzung des Gewichts der Konstruktionen anzustreben. Die Verwendung immer größerer mehrschiffiger Hallenbauten unterstreicht die Zweckmäßigkeit des Übergangs zur Leichtbauweise. Da sich der Bedarf an Sporthallen vor allem in der Periode vom Herbst bis zum Frühling bemerkbar macht, ist es zweckmäßig, einen Teil der Sporthallen – vorzugsweise die für Sportspiele vorgesehenen – mit leichten Tragluftbedachungen zu versehen. In dieser Hinsicht sind die in der DDR durchgeführten Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet von Tragluftdächern für Hallen von besonderem Interesse.

Welches sind die Merkmale für die weitere Entwicklung von Massentypen für Sportbauten?

Gegenwärtig ist die Einteilung in offene und geschlossene Bauten die Grundlage für eine Klassifizierung von Sportbauten. Hierbei besitzen die geschlossenen Anlagen eine Reihe von Vorzügen gegenüber den offenen. Ihr Betrieb ist unabhängig von Wetter und Jahreszeit, und der Sport kann unter optimalen technischen Bedingungen ausgeübt werden.

Hieraus resultiert eine ständige Zunahme des Anteils der geschlossenen Sportstätten an der Gesamtzahl, obgleich sie einen höheren Kostenaufwand erfordern. Wenn man der gegenwärtigen Tendenz folgt, darf man annehmen, daß in der Perspektive sämtliche Sportzentren geschlossene Bauten sein werden. Man darf erwarten, daß hierdurch ideale Bedingungen für die Ausübung von Körperkultur und Sport geschaffen werden. Ein wesentlicher Vorbehalt sei jedoch an dieser Stelle vorgetragen: Diese günstigen Perspektiven lassen einen sehr wichtigen Faktor außer acht. Hauptaufgabe der Körperkultur ist es doch, die Lebenskraft des Menschen zu erneuern und weiter zu steigern, und das ist nur möglich, wenn der Mensch mit der Natur eins ist. In diesem Sinne darf man behaupten, daß die beste Sportarchitektur dort zu finden ist, wo zwischen dem Menschen und seiner natürlichen Umwelt kein Hindernis existiert.

Wie kann dieser Widerspruch gelöst werden?

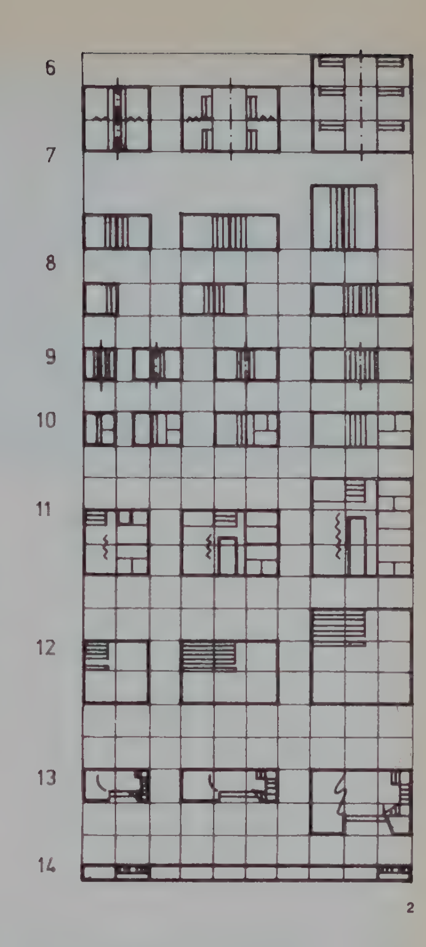
Offensichtlich ist die optimale Lösung in einem Bauwerk zu sehen, dessen Anlagen bei gutem Wetter offen und in der kalten Jahreszeit sowie bei schlechtem Wetter geschlossen genutzt werden können. Man müßte also Abschirmkonstruktionen finden, die sich je nach dem Wetter verändern lassen. Heute gibt es bereits eine Reihe von Beispielen für die Verwendung von Konstruktionen dieser Art für Sportbauten. Für die Zukunft darf man annehmen, daß sich diese Tendenz in der Entwicklung von Sportbauten weiter fortsetzen und schließlich als Hauptrichtung erweisen wird.

Die Entwicklung der Haupttypen dieser Anlagen – Felder und Spielflächen, Sporthallen, offene und gedeckte Schwimmbäder – ist einerseits durch die Verwendung von Überdachungen für offene und andererseits durch die Mobilität der abschirmenden Konstruktionselemente für geschlossene Anlagen und damit schließlich durch eine immer stärkere Annäherung der beiden Arten von Bauten aneinander gekennzeichnet.

1
Sport- und Freizeitzentren, die sich in große Grünflächenbereiche einfügen und im Kontrast zur vertikalen Wohnbebauung stehen, prägen die Architektur der Stadt von morgen mit.
Hier ein Entwurf für ein komplexes Sportzentrum

2
Serie von Sportbauten des Block-Sektionstyps
links: Blöcke für Haupträume (Raster 6 m × 6 m)
1 Leichtathletik
2 Gymnastik
3 Boxen, Ringen, Schwerathletik
4 überdachte Schwimmhalle
5 offene Schwimmbecken
rechts: Blöcke für Nebenbauten (Raster 6 m × 6 m)
6 Umkleideräume in Leichtathletikhallen
7 Umkleideräume in Gymnastikhallen
8 Umkleideräume in Schwerathletikhallen
9 Umkleideräume in Schwimmsportanlagen
10 Laboratorien, Trainingsräume
11 Verwaltungs- und Unterrichtsräume
12 Zuschauerfoyers
13 Vestibül
14 Informationszentrum

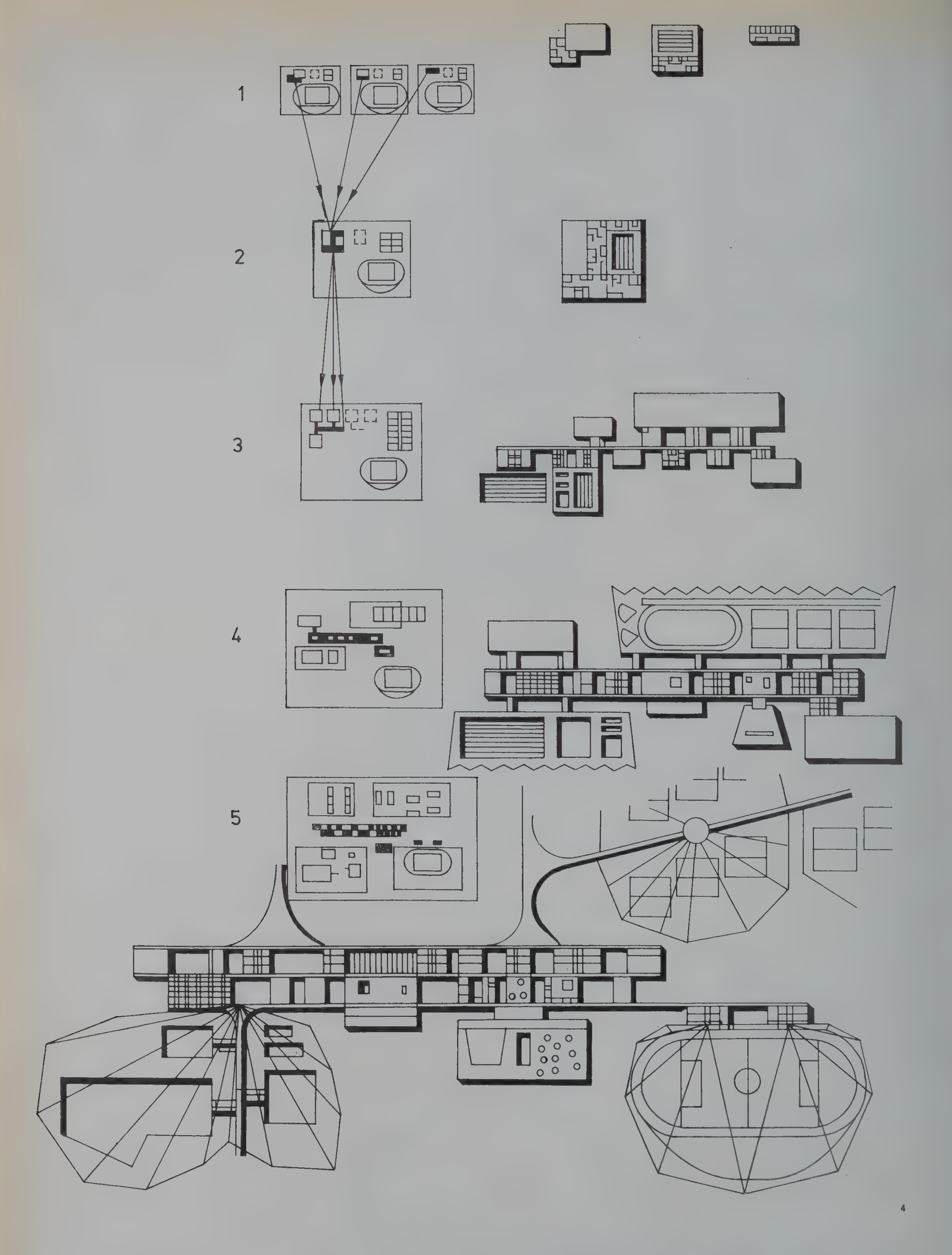
3
Etappenweise Entwicklung der Sportzentren des Block-Sektionstyps
a Bezirkszentrum
b Zentrum für eine Kleinstadt
c Zentrum für eine Mittelstadt
d Zwischenbezirkszentrum
e Zentrum für eine Großstadt



2

Man darf annehmen, daß die Grenzen zwischen den geschlossenen und den offenen Anlagen in der Perspektive durch Verwendung variabler Schutzkonstruktionen endgültig beseitigt werden. Anstelle von vier Haupttypen – Felder und Spielflächen, Sporthallen und offene und geschlossene Schwimmsportanlagen – bilden sich zwei Haupttypen von Anlagen für die Körperkultur und den Sport heraus – Felder und Flächen sowie Bassins mit veränderlichen Schutzkonstruktionen.
Diese Konstruktionen werden aller Wahrscheinlichkeit nach Selbstregelungsanlagen sein, die so programmiert sind, daß sie das in den Anlagen erforderliche stabile Mikroklima herstellen. In diesen Anlagen, die mit dem umgebenden Medium unmittelbar in Verbindung stehen, wird wahrscheinlich eine ganze Reihe von Prinzipien der Bionik Anwendung finden. Hier ist besonders an die Wärmeregelung und die Regelung der chemischen Zusammensetzung der Luft zu denken. Die Abschirmeinrichtungen derartiger Bauten könnte man sich als „atmende Wände" vorstellen, die nach dem Prinzip der Schutzhüllen des Organismus aufgebaut sind. Solche Konstruktionen, die in Abhängigkeit vom jeweiligen Wetter, der Jahres- und der Tageszeit verändert werden können und die ähnlich wie die Schöpfungen der Natur nach den vorgegebenen Gesetzen der Zyklizität leben und dabei gleichzeitig noch mit allen wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der Zivilisation ausgestattet sind, werden dann nicht Schöpfungen einer statischen, sondern einer kinetischen Architektur sein. Derartige Sportbauten können in der Stadt der Zukunft

3



4
Entwicklungsetappen der Typen von Sportbauten für den Massensport

1 Einzeln stehende Sporthallen, Schwimmsporthallen und Schwimmhallen, Garderoben für Felder und Spielflächen mit sämtlichen Nebenräumen

2 Übergang zu Mehrzweckbauten, in einem Gesamtvolumen vereinigte Sporthallen, Schwimmbecken, Hilfsräume
(Diese Struktur kann nicht weiter entwickelt werden).

3 Übergang zu Mehrzweckbauten, die nach dem Block-Sektionsprinzip errichtet werden. Offene Struktur, entwicklungsfähig. Leichtkonstruktion, mehrschiffige Räume

4 Entwicklung von Mehrzweckbauten des Block-Sektionstyps. Variable Abschirmungskonstruktionen für einen Teil der Sporthallen und Schwimmbecken

5 Übergang auf der Basis vorangegangener Gebäudetypen zu entfalteten Komplexen von Nebenräumen und variablen Abschirmungskonstruktionen, die die Schwimmanlagen und Spielflächen des Sportzentrums vollständig überdachen

wesentlich dazu beitragen, die Verbindungen des Menschen mit der Natur aufrechtzuerhalten – diese Verbindung gerade in derjenigen Sphäre menschlicher Tätigkeit zu pflegen, wo sie ganz besonders notwendig ist, wo sich der Mensch im höchsten Maße als Bestandteil der Natur fühlen soll – in der Sphäre der Körperkultur.

Die stärkere Bereitstellung von Anlagen und der wissenschaftlich-technische Fortschritt werden nachhaltigen Einfluß auch auf die architektonisch-planerischen Lösungen ausüben, die die Architekten für diese Bauwerke erarbeiten. Im Zusammenhang mit der starken Zunahme des Bauvolumens für Sportanlagen und mit der Gestaltung von Sportzentren – im Einklang mit moderden städtebaulichen Konzeptionen – wurde in den letzten zehn Jahren der Übergang von einzeln stehenden Anlagen zu Sportbauten des kooperativen Typs vollzogen. Diese neuen Bauten vereinen in einem Baukörper Hallen und Bassis mit einer entsprechenden Anzahl von Nebenräumen (Eintritts-, Ankleideräume usw.). Dieser Typ von Bauwerken entstand aus der Überlegung, eine aufwendige Bereitstellung vieler Neben- und Hilfsräume, Verwaltungs-, sanitärer und technischer Räume, Räume für Zuschauer und Personal zu vermeiden. Diese Art der Zusammenfassung bringt jedoch auch einige Komplikationen mit sich. Um die erforderlichen Kombinationsvarianten für die verschiedenen Typen von Hallen und Bassins zu erhalten, mußte man die Anzahl der Typenprojekte im Vergleich mit den nicht für eine Kooperation vorgesehenen Gebäuden wesentlich vergrößern. Die Planungs- und Konstruktionsstruktur der Gebäude wurde komplizierter, die Kosten stiegen und eine Bauausführung in festgelegten Produktionsstufen erwies sich als schwierig. Man erkannte, daß es notwendig war, neue Typen von Gebäuden zu entwickeln, die die räumliche Kooperation mehrerer Sportbauten auf der Grundlage neuer und rationellerer gestalterischer Lösungen verwirklichen konnten. Diese Lösungen müssen an den modernen Tendenzen im Sportanlagenbau orientiert sein. Die steigende Bedeutung des Breiten- und Leistungssportes und der sozialen Funktion des Sportes erfordert nicht nur eine entsprechende Erhöhung der Zahl der Hallen und Bassins, sondern auch der Nebenräume. Zu diesen Nebenräumen gehören auch Ausleihstationen für Sportgeräte, medizinische Konsultationsstellen und weitere Einrichtungen.

Hieraus ergeben sich zwei wichtige Schlußfolgerungen: Um ein rationelles Angebot von Typenprojekten für eine Vielzahl von Kombinationsmöglichkeiten zu erreichen, müssen neue gestalterische Lösungen eine optimale Variabilität der Zusammenstellungen ermöglichen.

Die Forderung, diese Sportzentren zu einem späteren Zeitpunkt harmonisch erweitern zu können, macht es erforderlich, daß das Gebäude, das eine Vielzahl von Sportanlagen in sich vereinen soll, nicht ein in sich abgeschlossener Baukörper, sondern eine erweiterungsfähige offene Struktur sein muß. Für den Sportanlagenbau charakteristische Tendenzen sind auch die ständige Erhöhung der Anforderungen an die funktionalen Eigenschaften des Bauwerkes und die Veränderung der Beziehungen zwischen den einzelnen Sportarten. Darum muß die Möglichkeit gegeben sein, daß das Gebäude nicht nur wachsen, sondern auch umgewandelt werden kann. Hierzu braucht man eine flexible Planung der Nebenräume und den Übergang zu Hallen größerer Abmessungen, wo die Dimensionen und die Zweckbestimmung ihrer einzelnen Elemente durch Umwandlung verändert werden können.



Die architektonisch-gestalterische Lösung von Sportbauten muß ebenfalls wesentlichen Veränderungen unterworfen werden. Die Architektur solcher Anlagen muß der parkartigen Umwelt moderner Sportbauten gerecht werden – sie muß leicht sein, in richtigem Verhältnis zu den umgebenden Grünanlagen stehen und sich gut in die Landschaft einfügen.

Somit dürfte es jetzt an der Zeit sein, die Konzeption des herkömmlichen Typs von kombinierten Sportbauten sorgfältig zu überprüfen und den Übergang zu kompakten, unveränderlichen Bauten, die in ihrer Konstruktion festgelegt sind und in ihrer Architektur mehr repräsentativ wirken, zu einem räumlich entfalteten und in der Zusammensetzung variablen Komplex aus veränderungsfähigen gestalterischen Elementen zu vollziehen. Die hierbei zu verwendenden Leichtkonstruktionen sollen die Schaffung einer wachstumsfähigen dynamischen Struktur ermöglichen. Diese Aufgabe kann am besten eine Anlage aus untereinander verbundenen Funktionssektionen und -blökken erfüllen.

Einer solchen Lösung sind folgende gestalterische Prinzipien zugrunde zu legen:

- Differenzierung der Gesamtanlage nach Gruppen von Räumen, die funktionell miteinander zusammenhängen und in Blökken vereint sind
- Aufbau jeden Blocks in strenger Übereinstimmung mit den an die einzelnen Räume gestellten Anforderungen unter Zugrundelegung einer einheitlichen Spannweite
- Gestaltung der einfachen Blöcke nach dem Sektionsprinzip.

Als Beispiel für die Realisierung dieser Thesen sei eine vom Verfasser dieses Beitrags erarbeitete Projektlösung für eine Komplexserie von Sportbauten des Block-Sektionstyps vorgestellt (Abb. 1). Lösungen dieser Art stehen den in der DDR durchgeführten Untersuchungen nahe, die sich auf die Projektierung von Gesellschaftsbauten, insbesondere von Vorschuleinrichtungen ⟨1⟩, Schulen ⟨2⟩, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ⟨3⟩ erstrecken. Es ist zu erwarten, daß die Anwendung des Prinzips von Blöcken und Sektionen einer der zukunftsreichsten Wege für die Projektierung gesellschaftlicher Bauten ist. Dieses Prinzip gestattet es, mit Hilfe einer begrenzten Anzahl von sorgfältig erarbeiteten Typenelementen zahlreiche Varianten für die Gestaltung von Räumen und Bauwerken zu erhalten. Im Einklang mit den vorstehend betrachteten Tendenzen bei der Entwicklung von Sportfeldern und Spielflächen, Sporthallen und offenen und geschlossenen Schwimmbädern werden die nach dem Block-Sektionsprinzip errichteten Komplexe weiterentwickelt werden. Sie werden über variable Nebenräume, immer größere Hallen und Bassins aufnehmen, die im Zuge der weiteren Entwicklung stufenweise mit variablen Abschirmungskonstruktionen versehen werden. In der Perspektive werden alle Bauten von Sportzentren mit veränderlichen Dachkonstruktionen versehen werden. Im Einklang mit den weitreichenden, der Gesunderhaltung dienenden Funktionen derartiger Sportzentren werden diese Anlagen einen Komplex von Einzelbauten umfassen.

Damit wird die Veränderung der funktionellen und baulichen Merkmale die Entwicklung der allgemeinen Tendenz in der architektonisch-gestalterischen Lösung von Sportbauten bestimmen (Abb. 2) Mit dem Übergang zu Anlagen, die großräumige Hallen und Schwimmanlagen mit mehreren Bassins umfassen, wächst die Gesamtausdehnung dieser Zentren und folglich auch die Bedeutung des architektonischen Gesamteindruckes. In den künftigen Typen von Sportanlagen, die als Gesamtkomplex errichtet werden, erlangen daher die horizontalen Verbindungen der einzelnen Sektionen einer Anlage vorrangige Bedeutung. Hierdurch wird es erforderlich, für solche Anlagen Beförderungseinrichtungen (z. B. selbstfahrende Kabinen, Rollbahnen) vorzusehen, die die Nebenanlagen mit den über das gesamte Gelände verteilten Sportbauten verbinden.

In ähnlicher Weise, wie die Einführung des Aufzugs zu einem Qualitätssprung in der Geschoßanzahl von Gebäuden führte, wird die Einführung von Horizontalbeförderungsmitteln den Übergang zu immer weiter ausgedehnten räumlichen Komplexen erlauben. Die Kombination der Vertikalbebauung mit den in Grünanlagen eingefügten, sich in der Horizontalen ausbreitenden Sportbauten wird das architektonische Bild der Stadt von morgen mit prägen.

Literatur

⟨1⟩ Schober, K., Trauzettel, H.: Systemlösungen für Vorschuleinrichtungen. deutsche architektur 21 (1972) H. 12

⟨2⟩ Prendel, W.: Neue Funktionslösungen für gesellschaftliche Bauten. deutsche architektur 20 (1971) H. 7
Freudenstein, W., Trauzettel, H.: Systemlösungen für den Schulbau. deutsche architektur 21 (1972) H. 12

⟨3⟩ Korneli, P.: Projektierungsgrundlagen für Lehr- und Forschungseinrichtungen. deutsche architektur 20 (1971) H. 4

Neue Parteihäuser in der Volksrepublik Bulgarien

Dozent Dr. Matej Matejew

Die gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Entwicklung der VR Bulgarien in den letzten zehn Jahren ist besonders durch ihre Dynamik gekennzeichnet. Immer stärker wurde das Land als Mitglied des RGW zu einem entwickelten Industriestaat mit einem bedeutenden landwirtschaftlichen Sektor.
Diese Entwicklung beeinflußte im Zusammenhang mit der ständig wachsenden Bedeutung der Verwaltungsaufgaben und dem Ausbau der Stadtzentren in den Bezirksstädten auch die Errichtung neuer, modern gestalteter Gebäude, die sowohl von den Organen der Bulgarischen Kommunistischen Partei als auch von den örtlichen Organen genutzt werden. Die Unterbringung administrativer und öffentlich-repräsentativer Bereiche bestimmte die städtebaulich-architektonischen Lösungen für diese zentralen Gebäude. Die neuen Parteihäuser in der VR Bulgarien wurden in Abhängigkeit von der Landschaft und der Gestaltungskomponenten der Zentren der Bezirksstädte gebaut. Die größten und interessantesten unter ihnen sind die Parteihäuser in Plovdiv, Sliwen, Jambol und Plewen. Diese Gebäude sind bemerkenswert wegen der Vielfalt der räumlich-dimensionalen Lösung und der plastischen Gestaltung.



1

Parteihaus in Plovdiv

Entwurf: Dipl.-Arch. W. Rangelow, Dipl.-Arch. M. Sapundshi, Dipl.-Arch. K. Kolew, Dipl.-Arch. L. Bonew, Dipl.-Arch. G. Karajanew, Dipl.-Arch. P. Belew, Dipl.-Ing. L. Sofkarow, Dr. Aleksijew

An der Achse der Hauptgeschäftsstraße, dem Hauptfußgängerbereich des Stadtzentrums, gelegen, stellt das Parteihaus die Hauptdominante dar. Der zwölfgeschossige Hochkörper des Verwaltungsgebäudes ist mit der Längsseite zu diesem Fußgängerbereich orientiert. Im zweigeschossigen Flachkörper des Bauwerkes sind die Gesellschaftsräume, der städtische Konzertsaal und die Räume der Parteibildungsstätte mit der Bibliothek untergebracht. Ein Atrium am Fuße des mehrgeschossigen Baukörpers dient als Pausenraum und ist gleichzeitig als räumliche Erweiterung der Foyers gedacht.

Die drei Hauptteile des Gebäudes – die Administration, der Konzertsaal, die Parteibildungsstätte – sind funktionell so miteinander verbunden, daß je nach Bedarf eine Isolierung oder Integrierung möglich ist.

Im ersten und zweiten Geschoß, die zum Fußgängerbereich hin orientiert sind, befinden sich die repräsentativen Räume und das Foyer des Konzertsaales. Die Funktionslösung des Gebäudes zeichnet sich durch Klarheit und räumliche Fülle aus, obwohl einige der Möglichkeiten nicht völlig ausgeschöpft sind. Die Fassade des mehrgeschossigen Körpers ist fast ganz verglast und durch schwarze Aluminiumrippen und etagenweise angeordnete Streifen aus schwarzem Marmor in Raster gegliedert. Diese Gliederung wurde konstruktiv nicht kontinuierlich durchgehalten und damit die Gesamtgestaltung beeinträchtigt.

Eine interessante Lösung stellt der Konzertsaal dar. Er verfügt über 800 Plätze und hat eine gute Akustik. Die räumliche Gestaltung des Saales bestimmen ein horizontales Parkett mit beweglicher Bestuhlung und ein Einflügelamphitheater, das in den Rang übergeht. Die Abdeckung besteht aus prismaförmigen Stahlbetonkästen, die an den Kanten der Quadrate miteinander verbunden sind. Die an sich plastische Lösung kommt in der Gesamtansicht des Gebäudes leider nicht voll zur Geltung, da die Stirnseiten der Abdeckung auf der einen Seite auf das Nebengebäude des benachbarten Hotels und auf der anderen Seite auf den hohen Baukörper des Parteihauses gerichtet sind.

Die tektonische Plastik der Saaldecke wird durch die ungleichmäßige Gestaltung der Deckenplatten und die Beleuchtung gewissermaßen zerstört. Abgesehen davon, ist das Interieur von einer angenehmen warmen Farbenfülle gekennzeichnet, die durch die Furnierwandplatten und durch die harmonisch abgestimmte Farbe der Sessel erreicht wird.

Zur Innengestaltung der repräsentativen Räume wurden Wandmalereien, Vitragen und Flachreliefs verwendet.



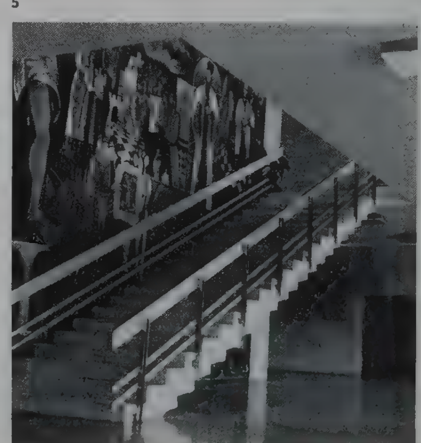
2

3

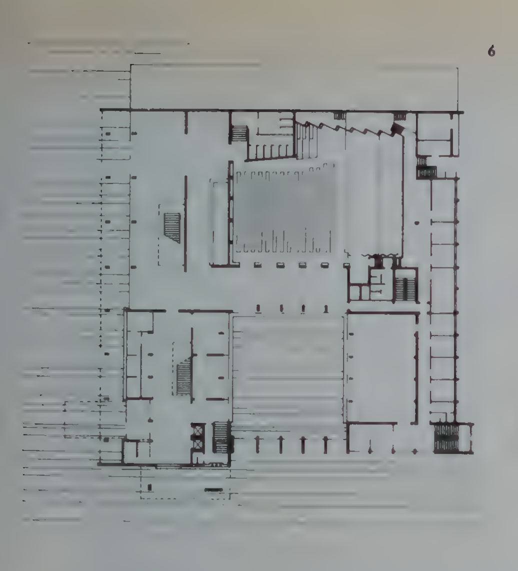
4



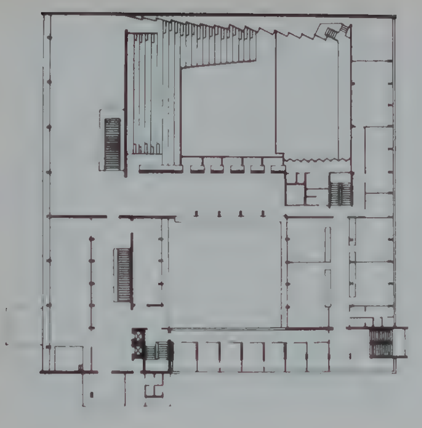
5



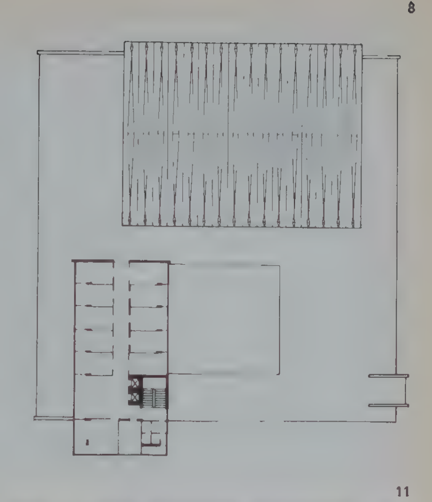
6

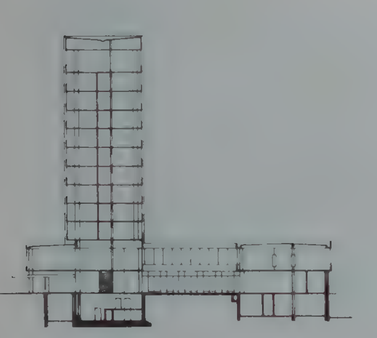


7

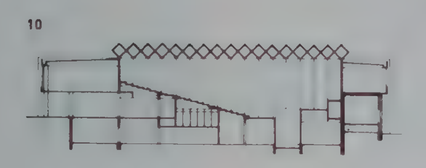


8





10



11





Parteihaus in Plovdiv

1
Über dem zweigeschossigen Flachbau erhebt sich das Verwaltungshochhaus.

2
Lageplan

3|4|5
Blick in das Foyer

6
Erdgeschoß

7
1. Obergeschoß

8
Normalgeschoß

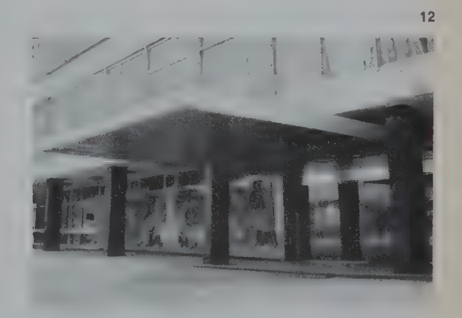
9
Schnitt durch den gesamten Baukörper

10
Schnitt durch den Saaltrakt

11
Blick in den Saal

12
Der Haupteingang des Gebäudes

12



Parteihaus in Sliwen

Entwurf: Dipl.-Arch. N .Paskalew, Dipl.-Arch. D. Muschew, Dipl.-Arch. D. Stantschewa, Dipl.-Ing. G. Apostolow

Das Parteihaus in Sliwen ist ein langgestrecktes viergeschossiges Gebäude, das eine Wand des städtischen Hauptplatzes nach den Prinzipien der geschlossenen Ringbauweise gestalten sollte. Somit führt es in die sehr malerische städtebauliche Gesamtlösung des Stadtzentrums Strenge und Repräsentanz hinein. Die plastische Gestaltung der elegant geschwungenen Fassade trägt durch die Klarheit der Linien und durch die Detailfrische sehr gelungen dazu bei. Damit sind aber alle Vorteile des Bauwerkes erschöpft. Das übrige ist zu traditionell: zweiseitige Flurbebauung mit einem repräsentativen und einem administrativen Gebäudeteil.

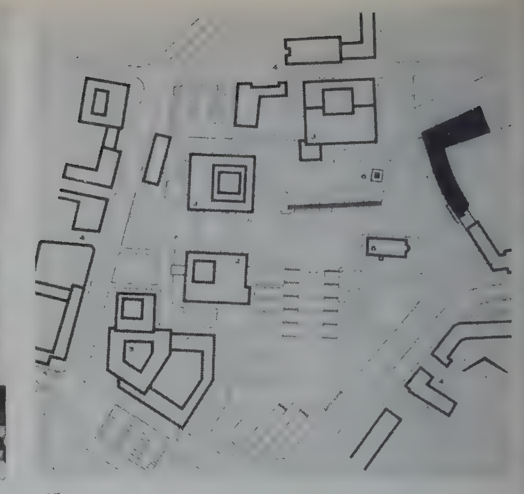
Den Haupteingang im zurückgesetzten Sokkelgeschoß kennzeichnet eine monumentale Plastik mit revolutionärem Inhalt. Der die Vortragsräume und die Bibliothek in dieser Etage verbindende Korridor liegt hinter den großen, zum Platz gerichteten Fenstern. Das zweite Geschoß ist den repräsentativen Räumen und den Tagungssälen und die übrigen Geschosse den sachlichen Zwecken gewidmet. Die Innengestaltung des Verwal-

13





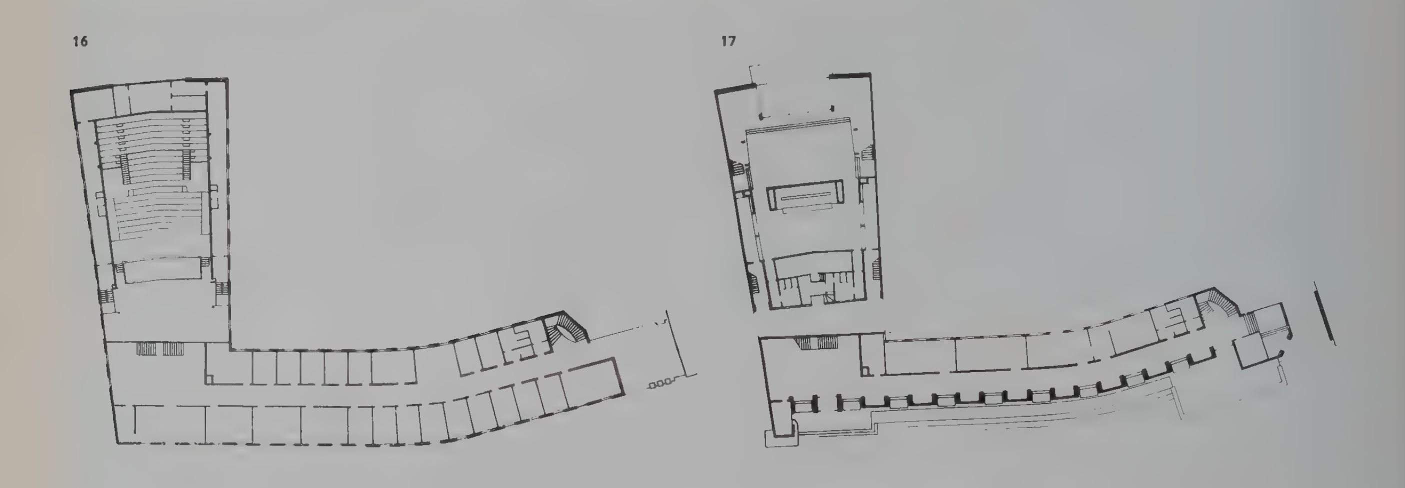
14



15

16

17



18



tungstraktes ist durch Strenge, eine ernst wirkende Farbigkeit und Repräsentanz gekennzeichnet. Das gilt auch für den Saal mit 600 Plätzen, der für große gesellschaftlich-kulturelle Veranstaltungen bestimmt ist. Er liegt in dem einen Flügel des Gebäudes, dessen Fassade ebenso wie die des Verwaltungstraktes eine plastische Gestaltung aufweist. Bei der Gestaltung dieses Gebäudes ist eine Scheu vor einer kühneren räumlich-dimensionalen Lösung zu erkennen, die auch die zufällig wirkenden Bindeglieder zwischen den beiden Hauptteilen des Bauwerkes beeinflußt hat.

Parteihaus in Sliwen

13
Blick auf die elegant geschwungene Fassade des Verwaltungsgebäudes

14
Ansicht des Gebäudes vom zentralen Platz aus

15
Lageplan

16
Normalgeschoß

17
Erdgeschoß

18
Panorama. Im Vordergrund das Gebäude der Partei

Parteihaus in Jambol

Entwurf: Dipl.-Arch. A. Atanassow

Die städtebauliche Einordnung des Parteihauses in Jambol stellt eine Ausnahme in der üblichen Praxis dar, derartige Gebäude an dominierender Stelle am zentralen Platz der Stadt zu errichten. Das Gebäude der Partei in Jambol wurde in die bereits bestehende Bausubstanz einer der Hauptstraßen eingegliedert. Ohne mit der Umgebung in Konflikte zu geraten, ragt es mit der ruhigen Feierlichkeit seines viergeschossigen monolithisch errichteten Baukörpers empor. Das Gebäude umschließt einen gut gestalteten Innenhof und ist im Sockelgeschoß von einem Säulengang umgeben. Im Erdgeschoß sind das einfallsreich gestaltete Eingangsvestibül des administrativen Teiles, das Foyer des Konferenzsaales und der Plenarsaal auf diesen Innenhof gerichtet. Die völlige Verglasung der Wände dieser Einrichtungen ermöglicht den maximalen Sichtkontakt zwischen dem Hof und den Innenräumen.

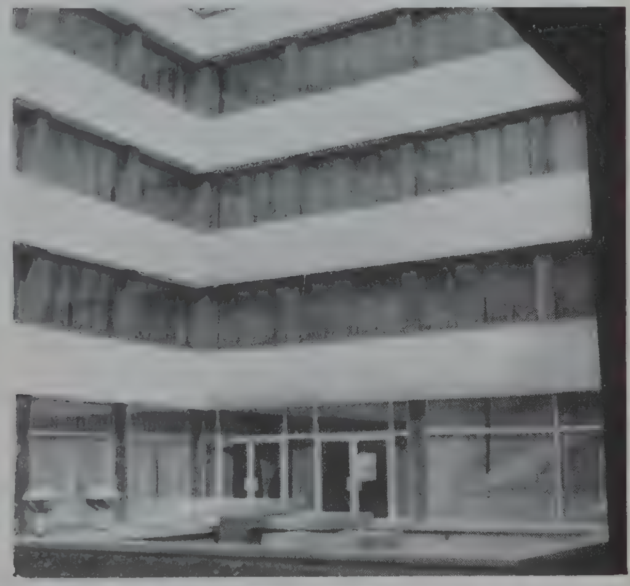
Der Balkon des großen Saales ist als Erker vorgebaut. Dadurch wird zwar der Haupteingang betont, jedoch der Saal hebt sich nicht genügend von der Gesamtstruktur des Bauwerkes ab. Abgesehen davon, ist der Konferenzsaal geschmackvoll gestaltet und hat bequeme Funktionsverbindungen mit dem zweiten Geschoß des Verwaltungstraktes.



19



20



21



22

Parteihaus in Plewen

19
Blick auf die Haupteingangsseite des Parteihauses

20
Blick in den geschmackvoll ausgestatteten Konferenzsaal

21
Durch die völlige Verglasung des Erdgeschosses bestehen gute Sichtbeziehungen zum Innenhof

22
Unterhalb der Dachterrasse befindet sich der Konferenzsaal

23

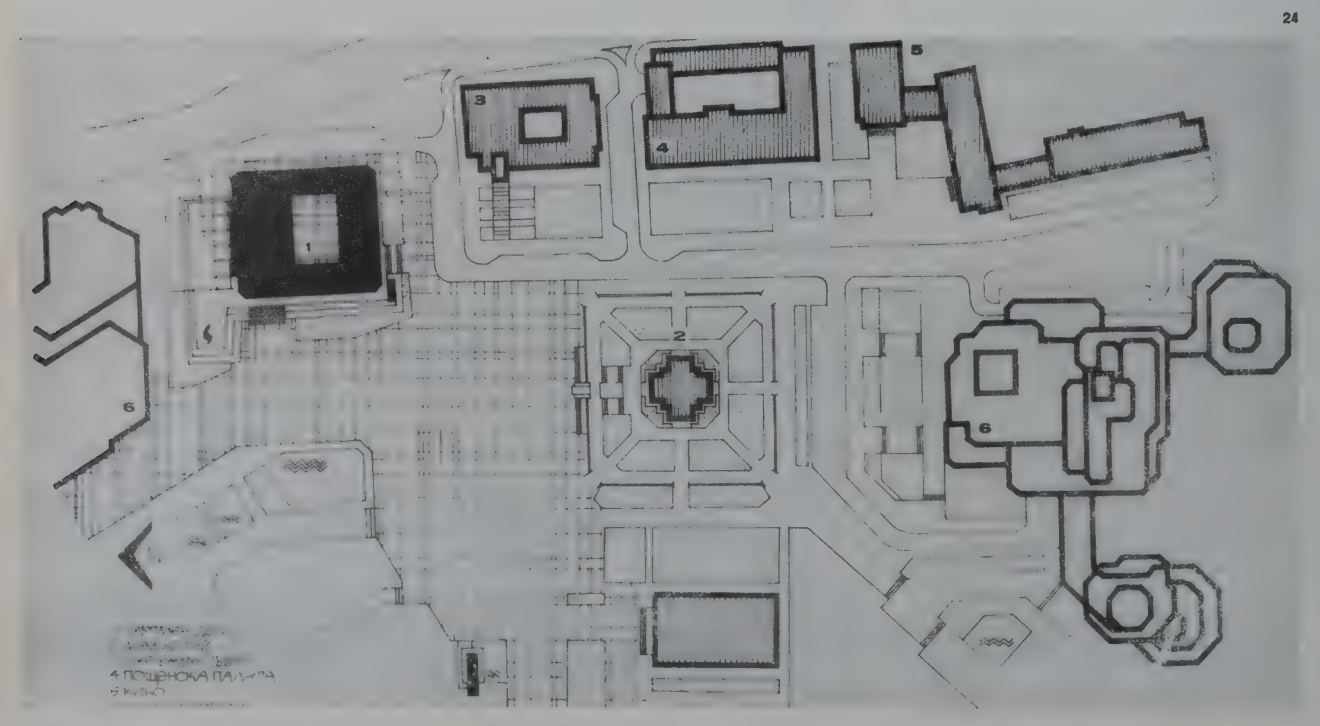
Parteihaus in Plewen

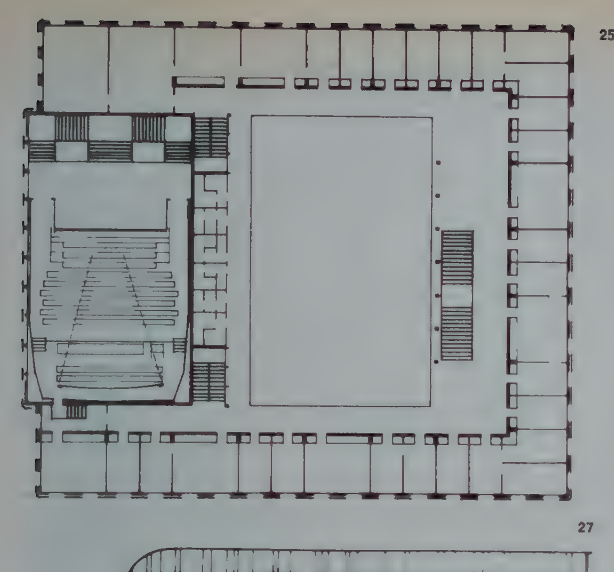
Entwurf: Dipl.-Arch. Chr. Kowatschew, Dipl.-Arch. D. Hadshistojanow

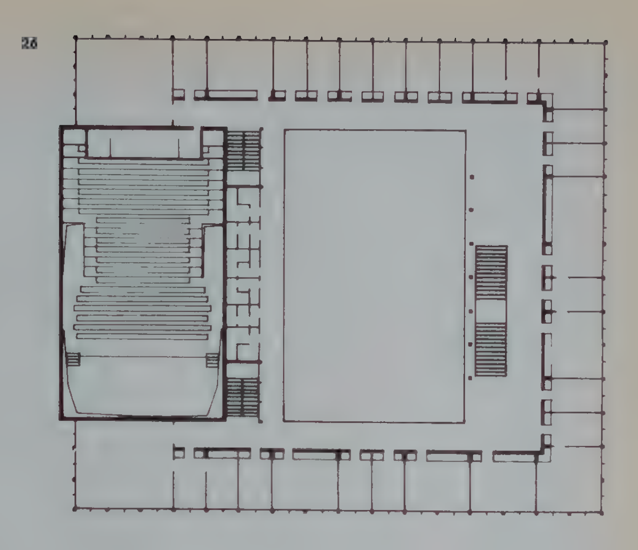
Im Zentrum von Plewen zieht das neue Gebäude des Parteihauses durch seine Dimensionierung, die Strenge und die geschmackvolle Schlichtheit an. Die Eingliederung des gewählten Baukörpers in den Platzrahmen ermöglicht die Überwindung der ohnehin großen Vielfalt in der Architektur der übrigen Gebäude, die verschiedene Zeiten der Stilepochen repräsentieren. Das Gebäude schließt sich durch seine strenge Plastik und durch die betonte Ernsthaftigkeit der in sichtbarem Beton, Marmor und Glas gestalteten Fassade dem Gesamtbild des Platzes an. Die gleichmäßige Gliederung aller Seiten des fast quadratischen viergeschossigen Gebäudes ermöglicht eine hohe Wirkung, die durch den hellgrauen Marmor und die gelungene Gestaltung des mächtigen Gesimses noch unterstrichen wird.

Im Vergleich zu den übrigen Beispielen hat das Parteihaus in Plewen keine zusätzlichen besonderen Einrichtungen. Das Sokkelgeschoß ist von einem Ringsäulengang umgeben. Über drei Eingangsgruppen erreicht man das Empfangsfoyer, den Konferenzsaal, die Räume des Komsomol und die Räume, in denen Sprechstunden für die Bürger durchgeführt werden. In den übrigen drei Geschossen befinden sich die Verwaltungsräume und der große Saal. Ihre funktionellen Bindeglieder folgen den Umrissen des quadratischen Hofes. Die Eingliederung des Saales (350 Plätze) in die Gesamtstruktur des Gebäudes erfolgte traditionsmäßig, führte aber zu keinerlei konstruktiven, räumlichen und funktionellen Komplikationen.

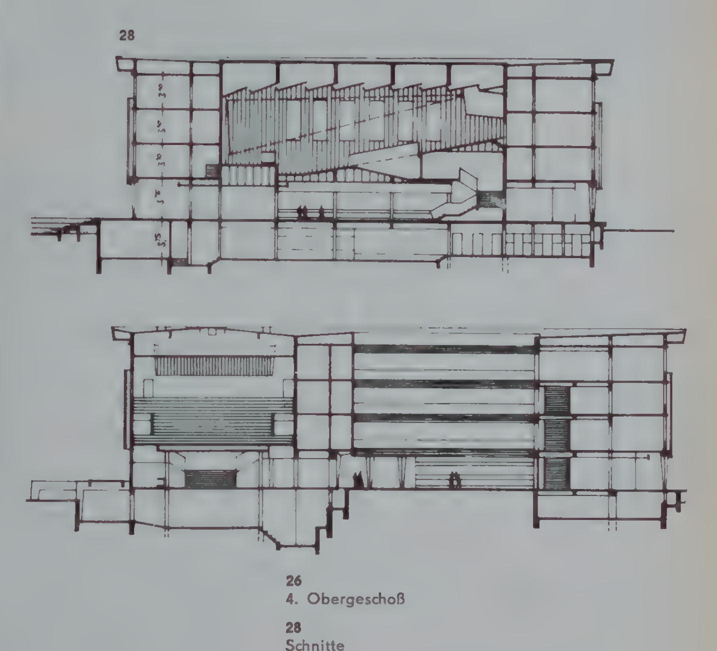
24











Parteihaus in Plewen

23
Durch die strenge Plastik der Fassade ordnet sich das Gebäude gut in das Gesamtbild des Platzes ein

24
Lageplan

25
2. Obergeschoß

27
Erdgeschoß

26
4. Obergeschoß

28
Schnitte

29
Blick auf die Rückseite des Gebäudes



Die angeführten Beispiele neuer Parteihäuser in der VR Bulgarien zeigen die Hauptkonzeptionen, die sich im Prozeß des Suchens nach der charakteristischen räumlichen und plastischen Gestaltung durchgesetzt haben. Die Konzeptionen lassen sich in zwei Gruppen unterteilen:

■ Gebäudekomplex, bestehend aus einem zweigeschossigen Flachbau mit Gesellschaftsräumen, die alle um ein Atrium angeordnet sind, und einem mehrgeschossigen Verwaltungsgebäude (z. B. das Parteihaus in Plowdiw)

■ Viergeschossige großdimensionierte kompakte Gebäude mit Innenhof (z. B. die Parteihäuser in Jambol und Plewen)

Eine Ausnahme der hier vorgestellten Beispiele stellt das Parteihaus in Sliwen dar.

Die zweite Art besitzt mehr Monumentalität und Strenge, die der symbolischen Charakteristik dieser Gebäude entspricht. Deshalb findet man in vielen Projekten für künftige derartige Bauvorhaben die Orientierung auf Kompaktkörper mit plastischer und dimensional-räumlicher Abgeschlossenheit. Auf diesem Wege bietet der plastische Reichtum der räumlichen Konstruktionen und der Skelettkonstruktionen viele Möglichkeiten für eine charakteristische, interessante und originelle architektonische Gestaltung.

Neue Hotelbauten in Budapest

Architekt József Finta, Budapest
Staats- und Ybl-Preisträger


1

2


3


4


Hotel Duna Intercontinental

Der junge ungarische Architekt József Finta erhielt während der vergangenen Jahre – teilweise im Rahmen der Aufgaben seiner Arbeitsstelle, des Staatlichen Entwurfsbüros für Wohn- und Kommunalbauten (LAKÓTERV), aber auch durch erfolgreiche Beteiligungen an Wettbewerben – eine Reihe größerer Entwurfsaufträge für Hotelbauten, die aufgrund besonderer funktionaler, konstruktiver und formbildender Gesichtspunkte nicht mit den üblichen Hotelbauten zu vergleichen sind und die die Architekten des Entwurfskollektivs vor besondere Probleme stellten.
Zwei dieser Aufträge – das Hotel Duna Intercontinental und das Hotel Volga – sind bereits erbaut und haben sich im Betrieb bewährt.
Im Jahre 1966 begann die Entwurfsbearbeitung für das Hotel Duna Intercontinental. Den Auftrag erhielt das Kollektiv des Entwurfsbetriebes LAKÓTERV unter Leitung von József Finta aufgrund des Abschneidens bei einem städtebaulichen Wettbewerb. Zusätzlich wurde eine detaillierte Offerte erarbeitet.
Der städtebauliche Wettbewerb wurde im Jahre 1963 für eine neue architektonische und verkehrstechnische Konzeption des linken Donauufers ausgeschrieben mit besonderer Beachtung des Uferteiles zwischen der Elisabeth- und der Kettenbrücke.
Dieses lebendige, von vielen Touristen besuchte Stadtgebiet ist ein besonders charakteristischer Teil des linken Donauufers. Unmittelbar neben diesem Uferabschnitt liegt der historische Stadtkern, die „Innere Stadt". Von hier aus hat der Betrachter einen umfassenden Blick auf das Panorama des gegenüberliegenden Ufers mit der Burg. Dieses Gebiet ist ein Zielpunkt des Touristenstromes.
Bereits am Ende des 19. Jahrhunderts stand hier eine Hotelreihe von europäischem Ruf. Sie wurde eines der Symbole der Stadt und zog den stets wachsenden Fremdenverkehr an. Der Komfort der Hotels, das Niveau ihrer Restaurants und Caféhäuser, das bunte, rege Leben des Korsos, das Panorama der gegenüberliegenden Höhen um die Burg tragen zum beispiellosen Reiz dieses Uferabschnittes bei.
Die Zerstörungen im Verlauf des zweiten Weltkrieges, die auch diesen Stadtteil nicht verschonten, überstand nur das kleine Do-

1
Die Fassade des Hotels Duna Intercontinental, vom westlichen Donauufer gesehen

2
Einordnung des Dunahotels in das Donau-Panorama

3
Hotel Duna Intercontinental – Detail des Eingangsbereiches

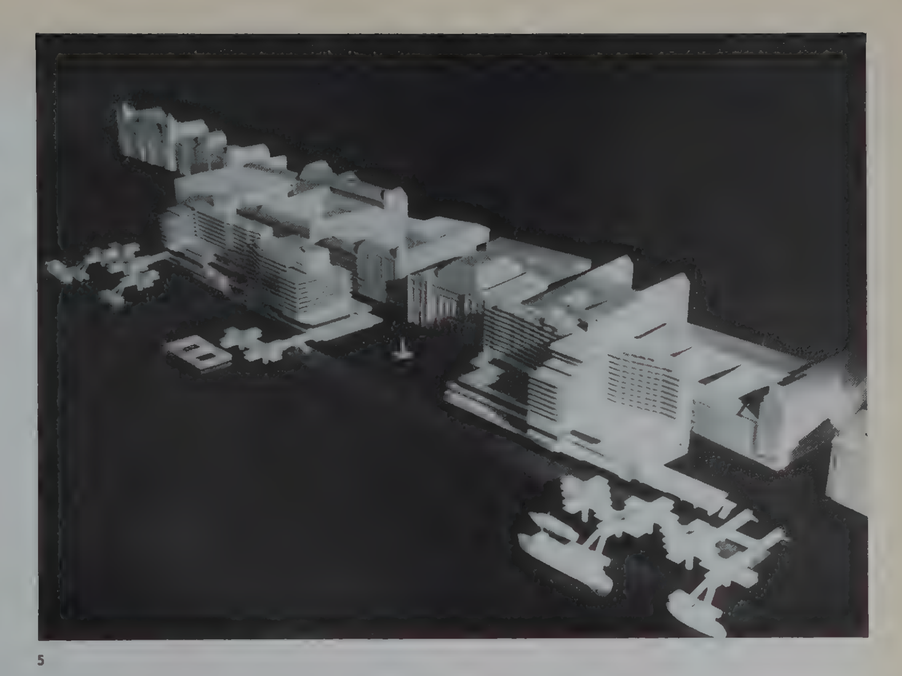
4
Detail des Corsos und des Bettentraktes

5
Modell der geplanten neuen Hotelreihe am Donauufer

6
Erstes Obergeschoß des Dunahotels

7
Erdgeschoß des Dunahotels

8
Schnitt durch das Dunahotel mit Schema der verkehrstechnischen Erschließung



5

nau-Hotel. Es mußte zunächst allein den Fremdenverkehr bedienen. Bis zur Mitte der sechziger Jahre blieb der Standort der ehemaligen Hotelreihe nahezu unbebaut.

Der Grund für die relativ späte Bebauung dieser Lücke lag nicht nur in der Höhe der Investitionen, sondern war gleichzeitig auch durch die exponierte Lage des Standortes im Rahmen der Silhouette des Donauufers begründet.

Das ergab für die städtebauliche Lösung und die künstlerische Gestaltung besondere Probleme. Die Lösung dieser Probleme erforderte eine umsichtige detaillierte Planung. Im Verlauf teilweise heftiger Diskussionen wurden zwei kontroverse Standpunkte vertreten.

Zahlreiche Architekten meinten, daß die verdichtete Innenstadt an Grünflächen sehr arm sei und wünschten deshalb, diesen Uferabschnitt künftig nur durch einige wenige, lose zueinander geordnete Hochhausbauten (oder überhaupt nur durch ein einziges Hochhaus) zu gestalten.

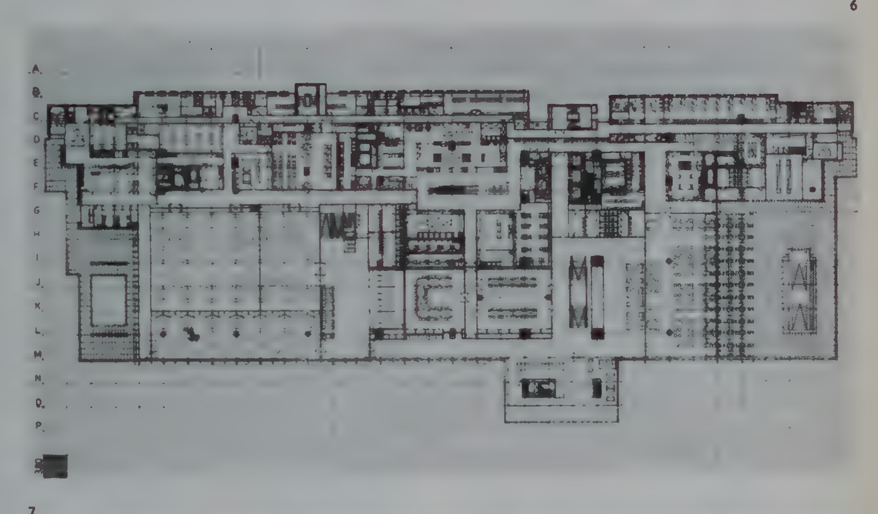
Die Gegner dieser Konzeption meinten, daß solche Hochhausvarianten punktförmige Elemente bilden würden, die die gewachsene horizontale Gestaltung der Stadt sehr stören würden. Sie rieten zu einem niedrigen, langgestreckten Baukörper in Anlehnung an den ehemaligen traditionellen Gebäudekomplex.

Im Verlauf der anhaltenden Debatten setzte sich die letztgenannte Auffassung durch, auch als 1966 das Raumprogramm für das geplante Luxushotel (600 Betten in etwa 360 Zimmern) ausgearbeitet wurde.

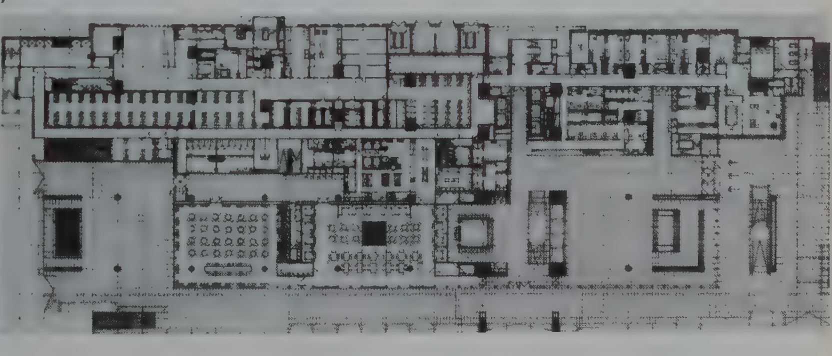
Die Aufgaben der Entwurfsbearbeiter lassen sich zwei Problemgruppen zuordnen. Einmal galt es, die funktionalen, technologischen und ästhetischen Forderungen zu erfüllen, die für die Organisierung eines solchen Hotelbetriebes notwendig sind. Dabei ging es um die Anordnung der Räume, ihre Größenordnung und die technische Ausrüstung entsprechend den verbindlichen Richtlinien und den Erfahrungen der ungarischen Hotelfachleute.

Zur zweiten Problemgruppe gehörte die architektonische Meisterung der Baumassen, der Fassadenbildung und der Maßstäbe in Einheit mit den funktionellen Anforderungen, mit dem Ziel, diesen relativ großen Baukomplex harmonisch in das Bild des alten Stadtkörpers einzuordnen.

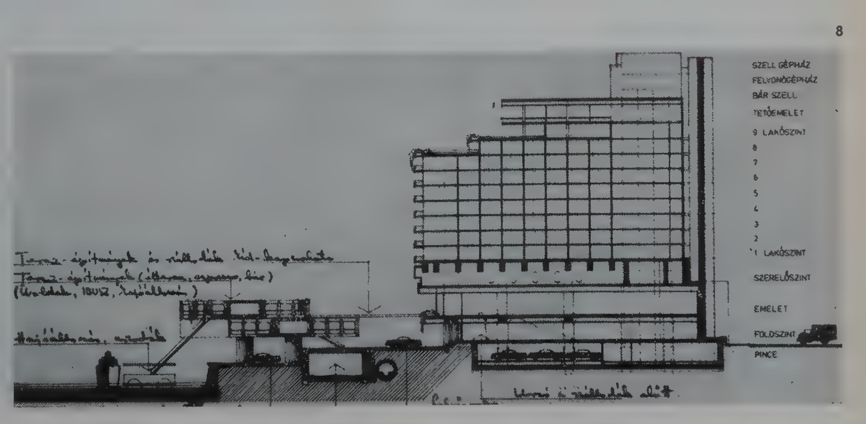
6



7



8



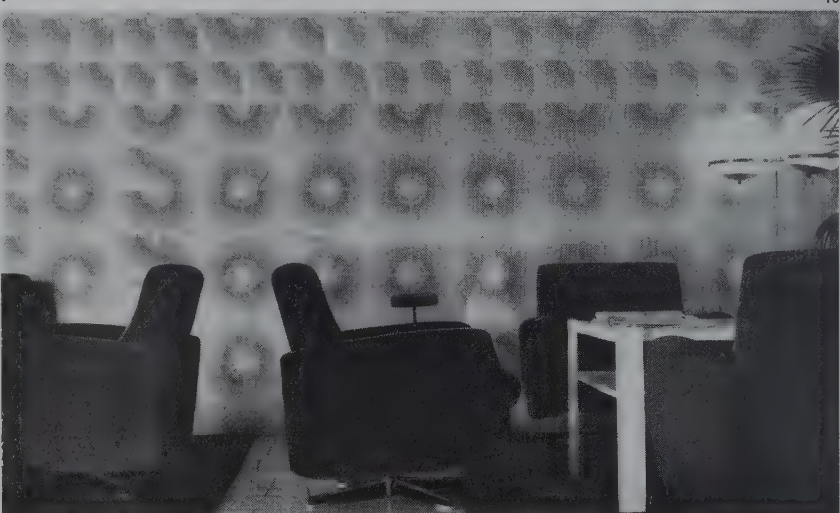
9
Hotel Volga – Fassadenabwicklung

10
Keramische Wandverkleidung in der Hotelhalle. Entwurf von József Finta

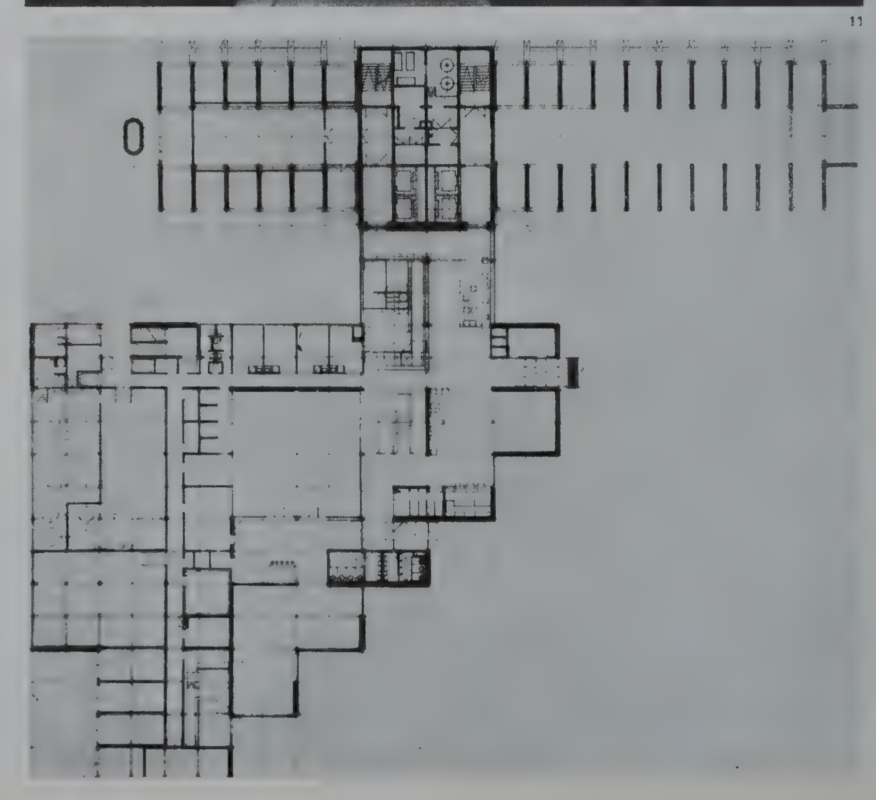
11
Grundriß des Erdgeschosses



9



10

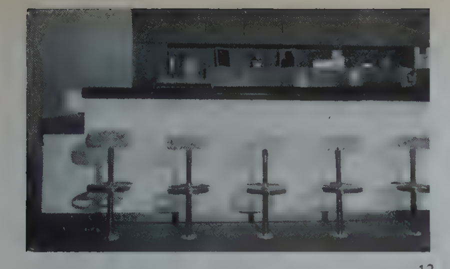


11

Leitprinzip der Arbeit des Entwurfskollektivs war es, den Hotelbau gänzlich an die Donau anzulehnen und damit das Donaupanorama für die Gestaltung optimal zu nutzen. Dieser Leitgedanke mit allen funktionellen und gestalterischen Folgen wurde von den Partnern einstimmig angenommen. Dieses Leitprinzip erbrachte die asymmetrische T-Form – oder eher eine Y-Form – der für die Gäste bestimmten Stockwerke. Sie gewährt innerhalb der Grenzen der erwünschten Ökonomie, der Konstruktion und der vorgegebenen Normen den Ausblick auf das Panorama des jenseitigen Ufers mit der Sicht auf den Gellért-Berg, die Burg und das Hügelpanorama.
Nach der Aufgabenstellung waren nicht nur die Gastzimmer der Donau entlang anzuordnen, sondern auch die Gesellschaftsräume. Dem Donaublick zuzuordnen waren die Vorhalle im Erdgeschoß, das sogenannte ungarische Restaurant, das Espresso, die Konditorei, das Restaurant und dessen Terrasse am ersten Obergeschoß, der Block des Kongreßsaales, das Nachtrestaurant und die Bar im Dachgeschoß.
Diese Vielzahl der Entwurfsprobleme für diesen repräsentativen Hotelneubau erforderte eine übereinstimmende Lösung der funktionalen und ästhetischen Aufgaben.

Hotel Volga

Hauptaufgabe der Entwurfsbearbeitung für dieses Hotel war die Synthese der funktionalen und der konstruktiven Aspekte. Eine entscheidende Voraussetzung vor der Grundrißbearbeitung des Programmes und der Betriebstechnologie waren das Kennenlernen und die Anwendung der vorgegebenen Konstruktionen. Nur durch die eingehende Überprüfung der konstruktiven Bedingungen konnte die Einheit von Montagesystem und Gebäudegestalt gewonnen werden. Mit dem Entwurf und der Ausführung des Hotels Volga konnte bewiesen werden, daß sich die Plattenproduktion der Werke des Wohnungsbaues sehr gut für Hotelbauten eignet.
Die Inbetriebnahme des Hotelgebäudes zur Jagd-Weltausstellung in Budapest bestimmten den Materialeinsatz, den Charakter des Baues, seine architektonische Gestaltung, den Massenaufbau und die Größenordnungen.
Um eine schnelle Bauausführung zu gewähr-



12

12
Blick auf die Sitzgruppe vor der Nachtbar

13
Grundriß des ersten Obergeschosses mit Verbindung zum Bettentrakt

Wettbewerbsentwurf für ein Hotel in Plattenbauweise

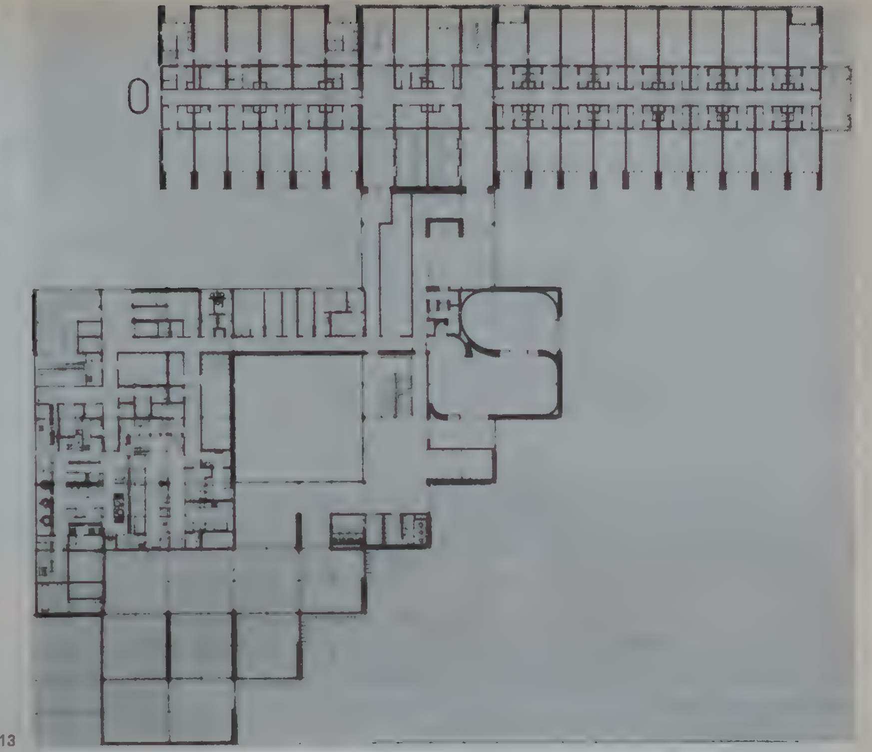
14
Grundriß 1. Obergeschoß

15
Grundriß Erdgeschoß

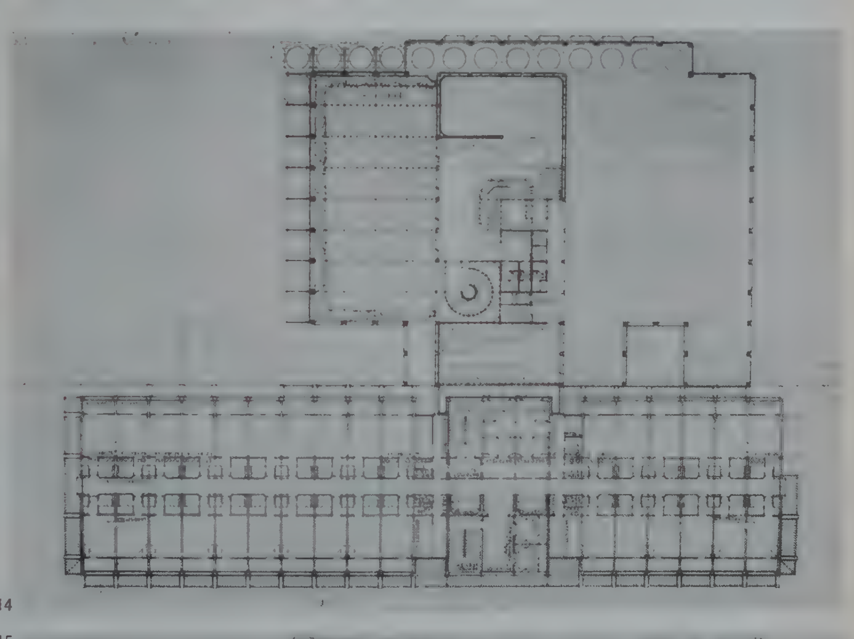
leisten, wurde der zehngeschossige Bettentrakt, mit Gastzimmer an beiden Seiten eines Mittelkorridors, aus Plattenelementen des Wohnungsbaues montiert.
Der anschließende zweigeschossige Flachbau mit den Gesellschaftsräumen wurde aus vorgefertigten Stahlskelettkonstruktionen mit Stahlbetondecken und Wandpaneelen errichtet. Im Erdgeschoß sind die Empfangsräume untergebracht.
Das zur Verfügung stehende enge, dreieckige Grundstück bestimmte die Anordnung der Baumassen. Aufgrund dieser Gegebenheiten ist der dreieckige Flachbau zurückschreitend gestaffelt. An ihn schließt der zehngeschossige Flügel des Bettenhauses an, der auf monolithischen Stützen steht.
Das Hotel Volga verfügt über 308 Gastzimmer, ein Restaurant für 300 Gäste, eine Espresso-Konditorei für 100 Gäste und eine Nachtbar für ungefähr 100 Gäste.

Wettbewerbsaufruf für ein Hotel

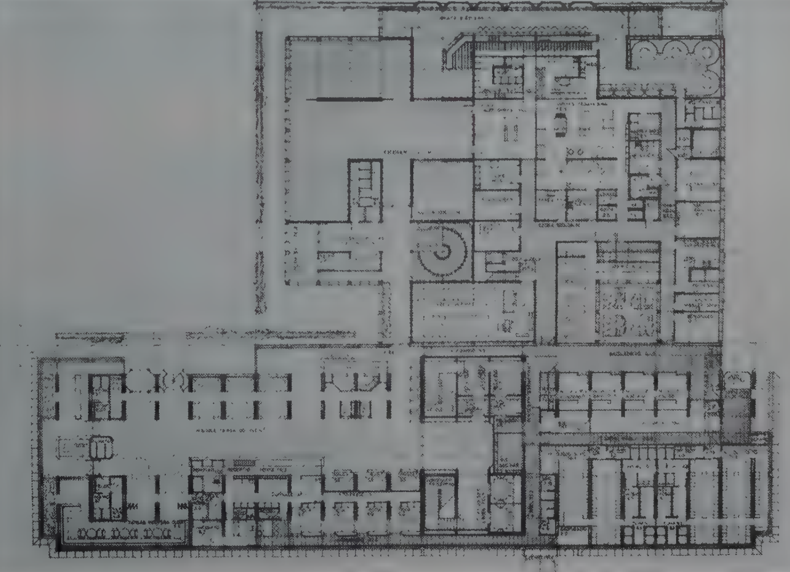
Der vorgestellte Hotelentwurf war der Gegenstand eines Wettbewerbes. Es war ein Hotel zu entwerfen, das – ähnlich dem Hotel Volga – mit Fertigteilen des Wohnungsbaues errichtet werden soll.
Das Kollektiv unter Leitung des Architekten Józef Finta erhielt im Ergebnis dieses Wettbewerbes den ersten Preis und zwei Ankäufe. Bezüglich der funktionalen Organisation wurde eine typisierte Lösung und deren vielseitige variierbare Anwendung angestrebt. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde der Bau in zwei voneinander getrennte Blöcke unterteilt, die auf vielfältige Arten miteinander verbunden werden können.
Es wurde angenommen, daß in vielen Fällen Hotels mit einem minimalen Anteil an Gesellschaftsräumen benötigt werden, und zwar in Verbindung mit Gästezimmern der Kategorie „B" oder der „A/II". Deshalb wurden die Gesellschaftsräume, die Administration und die technischen und sozialen Räume im monolithisch errichteten Erdgeschoß untergebracht. In diesem Bereich können ein Restaurant, eine Snack-Bar, eine Küche, ein Espresso, ein Nachtlokal usw. in einem variabel anschließbaren Flügel von ein oder zwei Geschossen untergebracht werden.
Zur flexiblen Gestaltung besteht dieser Flügel aus einer Stahlskelettkonstruktion – der des Hotels Volga ähnlich –, die in jeder Richtung anschlußfähig und abänderbar ist, so daß es auch nach der Inbetriebnahme des Hotels erweitert werden kann.
Bearbeitung des Beitrages: Prof. Dr.-Ing. habil. H. Trauzettel



13



14



15



1

Neue Hotelbauten in England

Dr. René Elvin, Watford

In Großbritannien und besonders im Gebiet von Groß-London entstehen immer mehr neue Hotelbauten. Jahrzehntelang, eigentlich von der Zeit der Weltwirtschaftskrise (Anfang der dreißiger Jahre) bis zu dem unerwartet hohen Anstieg des Tourismus vor etwa 15 Jahren, waren im ganzen Land keine Hotels mehr gebaut worden. Als der Besucherstrom dann ständig größer wurde und sich im Zeitraum von 1950 bis 1973 von etwa 1 Million auf annähernd 8 Millionen erhöhte (1980 soll sich diese Zahl auf 15 Millionen belaufen), kam es zu verstärkten Bemühungen der Hotelunternehmer und Reisebüros, neue Hotelkapazitäten zu schaffen und dafür die Unterstützung der Regierung zu erhalten.

Die Regierung gab dem Druck dieser Interessengruppen ohne Zögern nach und beschloß eine allgemeine Subventionierung in der Höhe von 1000 Pfund Sterling je Hotelzimmer und 1250 Pfund Sterlin je Hotelzimmer in den „touristischen Entwicklungsgebieten". Diese Subventionen gelten auch für alle Hotelzimmer, die von März 1971 bis März 1973 fertiggestellt wurden. Die Reaktion auf diese Maßnahme ließ natürlich nicht auf sich warten. Als Folge der Verabschiedung des Tourismus-Entwicklungs-Gesetzes im Jahre 1969 entstanden bis zum Jahre 1973 mehr als 100 000 neue Hotelzimmer. Für das Gebiet von Groß-London, das etwa 90 Prozent des Touristenverkehrs aufnimmt, wird die Expansion aus der Tabelle 1 ersichtlich.

Vom Standpunkt der Rentabilität aus betrachtet muß dieses Überangebot an Hotelkapazität zu bestimmten Schwierigkeiten und Problemen führen. Im Londoner Zentrum und in den Stadtgebieten Westminster und Kensington steht praktisch ein neues Hotel neben dem anderen. Ähnliches trifft für das Gebiet um den Londoner Flughafen zu, wo ein Dutzend Großhotels insgesamt 10 000 Hotelbetten anbieten. Hierbei sind nur die Neubauten berücksichtigt.

Der Konkurrenzkampf zwischen den einzel-

Tabelle 1 Expansion des Hotelneubaues im Gebiet von Groß-London

Jahr	Anzahl neuer Hotels	neue Hotelzimmer	zusätzliche Hotelbetten
1969	6	1 056	2 053
1970	12	2 328	4 300
1971	14	1 863	3 477
1972	23	4 744	9 032
1973	39	10 862	21 286

2



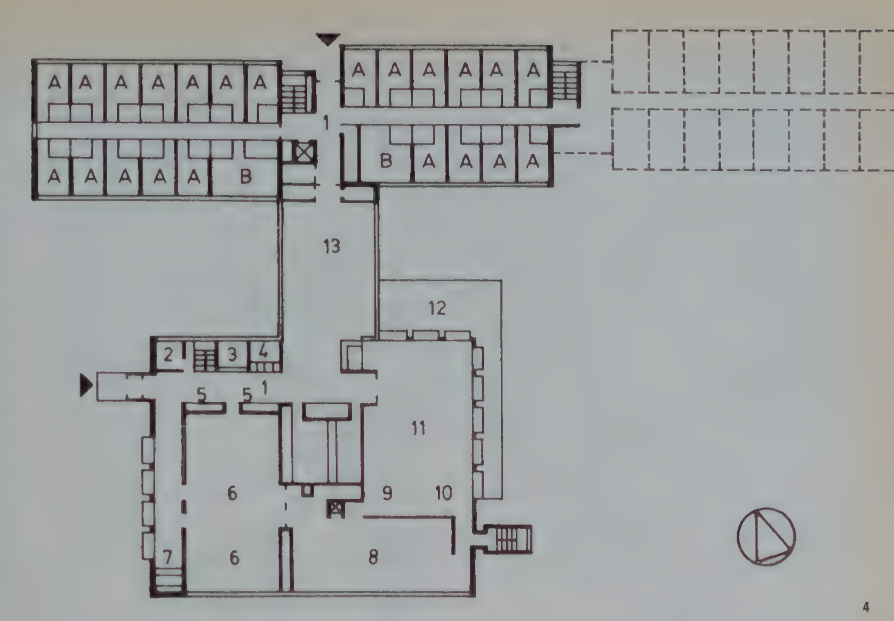
3



nen Hotels ist schärfer geworden, da die überwiegende Mehrheit der neuen Unternehmen Luxushotels sind, in denen man mit den größten Profiten rechnet. Die tatsächliche Nachfrage konzentriert sich aber nach wie vor in erster Linie auf Unterbringungsmöglichkeiten zu mäßigen Preisen (etwa zwei bis vier Pfund Sterling je Übernachtung mit Frühstück). In den meisten neuen Hotels liegen die Preise um das Doppelte oder Dreifache höher und zuweilen sogar noch darüber.

Als Ergebnis dieses Überangebotes sank die Auslastungsrate der Hotels von einer recht gesunden ökonomischen Ziffer von 75/80 Prozent auf etwa 55 Prozent und darunter. Das Shillbey-Hotel, das mit einem Kostenaufwand von einer Million Pfund Sterling erst im Jahre 1972 in der Nähe des Flughafens Gatwick fertiggestellt worden war, mußte inzwischen seine Pforten schließen. Dieser Hotelbau war vom Staat mit 96 000 Pfund Sterling subventioniert worden; die Auslastungsrate aber sank ständig weiter und unterschritt schließlich die Mindestgewinngrenze.

Diese Hochkonjunktur im Hotelneubau hat



4

1
Rückansicht des Motels in Maidenhead – Bettenhaustrakt

2
Blick auf die Gesamtanlage

3
Hauptzugang zum Motelhauptgebäude

4
Grundriß des Erdgeschosses 1 : 800

1 Haupteingang
2 Moteldirektor
3 Rezeption
4 Kasse
5 Garderobe
6 Konferenzraum
7 Bar
8 Küchenbereich
9 Kaffeebar
10 Speisenvorbereitung
11 Restaurant
12 Terrasse
13 Verbindungstrakt
A Normalzimmer
B Suite

5
Das Hotel Tara in London

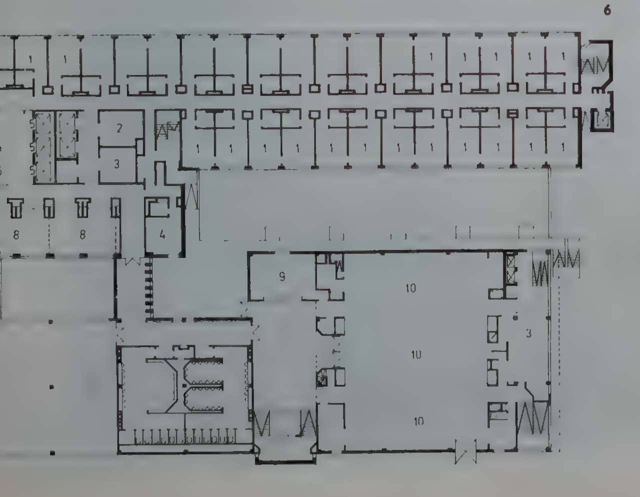
6
Grundriß des ersten Obergeschosses 1 : 750

1 Einbettzimmer
2 Wäschekammer
3 Etagenservice
4 Bettenlager
5 Personenaufzug
6 Lastenaufzug
7 Erste Hilfe
8 Personalräume
9 Garderobe
10 Funktionsbereich

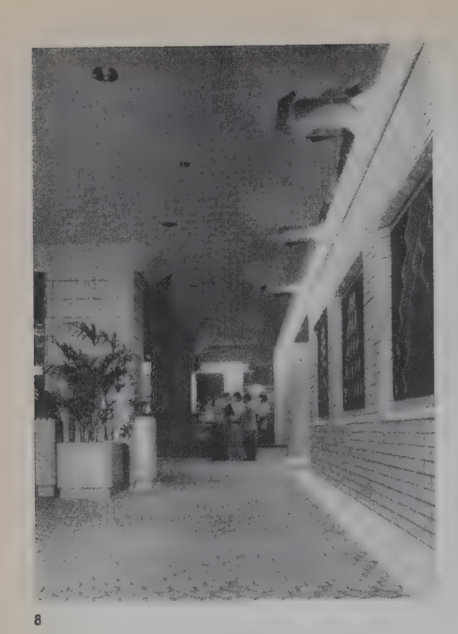
7
Grundriß des Erdgeschosses 1 : 750

1 Eingangsbereich
2 Hotelhalle
3 Rezeption
4 Shop
5 Kasse
6 Hallenbar
7 Café
8 Funktionsbereich
9 Lift
10 Cocktailbar
11 Restaurant
12 Küche mit angeschlossenen Dienstbereichen
13 Lastenaufzug
14 Hotelmanager
15 Telefonzentrale
16 Personenruheraum
17 Personalspeiseraum


5


6


7



8

aber noch weitere bedauernswerte Konsequenzen. Die meisten Neubauten wurden hastig entworfen und errichtet. Sie entstanden unter den Bedingungen eines sich verschärfenden Konkurrenzkampfes, begleitet von Inflationserscheinungen, Geldverknappung und der geringeren Neigung der Baufirmen zu Experimenten. Die Planungen wurden in erster Linie nach Gesichtspunkten des schnellen und billigen Bauens durchgeführt. Alle diese Faktoren haben schließlich zu einer mittelmäßigen städtebaulich-architektonischen Qualität geführt.

Natürlich ist das nicht allein die Schuld der beteiligten Architekten. Hotels sind meist ohnehin keine Meisterwerke der Architektur. Bei einem Hotelbau handelt es sich doch allzuoft um einen Kompromiß zwischen dem Anspruch des Architekten auf einen künstlerisch wertvollen Entwurf und bestimmten kommerziellen Erfordernissen. Häufig wird noch nicht einmal ein optimaler Kompromiß gefunden, und die Konflikte zwischen beiden Aspekten des Hotelbaus treten offen zutage.

In der Fachpresse, in den verschiedenen Architekturzeitschriften wird die gegenwärtige Hotelkonjunktur ganz offen als eine nationale Katastrophe für Großbritannien bezeichnet. Die Hotels werden in der Regel als zu groß und protzig eingeschätzt. Wenngleich der Druck privatwirtschaftlicher Auftraggeber stark auf den Architekten lastet, so sind die Architekten doch nicht ganz von der Schuld freizusprechen, durch ihre Projekte eine allgemeine Verschlechterung der städtischen Landschaft und damit des Lebens der Bürger mit verursacht zu haben.

Viele Hotelbauten sind einfallslos und schnell errichtet und wirken schon nach kurzer Zeit schäbig.

Oft wird davon ausgegangen, daß die berufliche Qualifikation des Architekten bereits eine ausreichende Garantie für seine Leistungsfähigkeit ist. Dies ist aber leider nicht immer der Fall. In keinem Teil Großbritanniens gibt es heutzutage eine moderne Architektur, die ganz und gar zufriedenstellen kann. Dies muß doch auf die Tatsache hinweisen, daß es in unserem Land wirklich nur eine relativ geringe Anzahl erstklassiger Architekten gibt. Es kommt doch nicht von ungefähr, daß ein einziges Architektenbüro, nämlich das Büro R. Seifert & Partners, eine beträchtliche Anzahl der neuen Hotels in London und anderen benachbarten Grafschaften allein in Auftrag genommen und entworfen hat.

Motel in Maidenhead

Der Architekt Richard Seifert ist ein talentierter und leistungsfähiger Architekt, der an der Spitze eines qualifizierten Teams steht. Dennoch ist es von einiger Bedeutung, daß vor kurzem in einer repräsentativen Ausstellung moderner britischer Architektur auf dem Gebiet des Hotelwesens lediglich das Motel in Maidenhead erwähnt worden ist, das das Architektenbüro Derek Lovejoy & Partners entworfen hat. Nur diesem einen Hotel wurde der Preis „Civic Trust Award" verliehen. Der Bau neuer Motels in größerem Maße wurde in England im wesentlichen im abgelaufenen Jahrzehnt durchgeführt. Der Bau von Motels ergab sich aus dem starken Anwachsen des Kraftfahrzeugverkehrs. Die meisten Motels liegen unmittelbar an den großen Autostraßen oder in deren Nähe, jedoch in einiger Entfernung von den großen Stadtzentren. Dort ist der Baugrund billiger, und es bereitet keine Schwierigkeiten, für die Kraftfahrzeuge der Hotelgäste genügend Parkplätze bereitzustellen. Dies trifft ganz besonders auch auf das Motel in Maidenhead zu. Es liegt ganz in der Nähe der Fernverkehrsstraße M 4 an der Strecke von London nach Cardiff, etwa 45 Minuten von der Hauptstadt und 15 Minuten vom Londoner Flughafen entfernt. Das Motel weist 200 Zimmer auf, die mit Fernseh- und Rundfunkgeräten, Telefon und Bad ausgestattet sind. Ferner gibt es Räume für Konferenzen, Festlichkeiten und sonstige Empfänge. Es erstreckt sich auf einer Gesamtfläche von rund 840 m^2 und bietet alle modernen audiovisuellen technischen Anlagen. Im Entwurfsstadium wurden vom Architektenbüro Derek Lovejoy & Partners die bereits vorhandenen landschaftlichen Gegebenheiten, die Umwelt insgesamt, sorgfältig beachtet. Diese Gegebenheiten werden bestimmt von dem dazugehörigen Grundstück mit einer Fläche von rund neun Hektar, einem kleinen See, altem Baumbestand, Parkanlagen sowie einem Herrenhaus, das im spätmittelalterlichen Stil um die Jahrhundertwende von einem Kunstkenner gebaut worden war. Im Inneren dieses alten Herrenhauses finden wir steinerne Mittelpfeiler, mit Holz ausgekleidete Innen- und Außenwände, kunstvolle Schnitzarbeiten, Holzpaneele, eine Halle mit einem offenen Kamin. Dieses Gebäude dient als zusätzliches Luxusrestaurant und ergänzt damit das „Statesroom Restaurant" im Neubau.

Der Entwurf des Neubaus ist grundsätzlich nach zwei Richtungen hin unterteilt, und zwar in Gemeinschaftsräume und Gästezimmer. Die Gemeinschaftszimmer sind in erster Linie in Stahlbeton ausgeführt, die Gästezimmer in monolithischer Konstruktion, wobei die Wände aus Fertigbetonteilen bestehen. Die Gemeinschaftsräume werden mit Warmluft beheizt und die Flügel mit den Gästezimmern über kleine moderne Heizkörper. Vorgefertigte Sanitärzellen dienen als Badeeinheiten.

Das Büro Derek Lovejoy & Partners hat bereits mehrere Auszeichnungen im Rahmen des Wettbewerbs um den „Civic Trust Awards" erhalten. Die Auszeichnung für den Entwurf des Motels in Maidenhead war also nicht die erste. Darüber hinaus sind bisher viele andere Preise sowohl in Großbritannien als auch im Ausland an die Firma gegangen.

Hotel Tara in London

Das Hotel Tara ist der größte Hotelneubau in London. Er umfaßt 850 Gästezimmer mit einer Bettenkapazität für 1824 Gäste sowie große Konferenz- und Festräume. Entworfen wurde der Bau im Auftrage einer internationalen Luftfahrtgesellschaft. Die Entwurfsausführung lag bei den Firmen Building Design Associates und Farrington Dennys Fisher.

Die schnelle Fertigstellung dieses Hotels war nur möglich durch eine bis zum Äußersten gehende Vereinfachung der Baumethoden. Der 13geschossige Gästeblock wurde von der Konstruktion her wie ein Flachbau errichtet. Auf diese Weise war es möglich, in Tischform zu bauen. Gleichzeitig ermöglichte eine Ziegelverkleidung ein unverzügliches Weiterbauen hinter der eigentlichen Konstruktion. Die Anlage der technischen Gebäudeausrüstung wurde vertikal zwischen den Gästezimmern verlegt. Dadurch brauchten keine Einschubdecken eingebaut zu werden, und es wurden sowohl Zeit als auch Geld gespart. Die Gesamtkosten lagen innerhalb der für die eigentlichen Bauarbeiten geplanten Summe in Höhe von 4 250 000 Pfund Sterling. Wirtschaftliche Vorteile und weitere Einsparungen wurden durch folgende Maßnahmen erreicht:

1. Unterbringung des Kesselraumes im Kellergeschoß mit eindeutiger räumlicher Distanzierung von den anderen Funktionsbereichen des Gebäudes

2. Plazierung der Gästebäder unmittelbar an den Korridoren, was den Einsatz vorgefertigter Installations- und Belüftungselemente für 850 gleichartige Badeeinheiten ermöglichte

3. Unterbringung der wichtigsten Leitungen für Zuflüsse und Abflüsse in den wesentlichsten Funktionsbereichen im Kellergeschoß, so daß das Leitungssystem im Gebäude im wesentlichen auf Steigleitungen beschränkt werden konnte

4. Gute Koordinierung und Leitung aller Arbeitsabläufe

In der gesamten Innenarchitektur kommt der Wunsch des Auftraggebers zum Ausdruck, nach Möglichkeit irische Materialien und irische Motive einzusetzen. Da die Termine ziemlich eng gestellt waren, übernahmen die Hauptauftragnehmer die Aufgabe für den Gästeblock und die funktionellen Bereiche, während von der Firma Graham Hopewell Associates die Gemeinschaftsräume entworfen wurden. Hier kamen als Wand- und Säulenverkleidung die bereits außen verwandten glasgelben Ziegel zum Einsatz. Irische Künstler und Handwerker entwarfen und fertigten die Wandbespannungen, die Teppiche und die Wandmalereien.

Das Post-House-Hotel bei Heathrow

Einer der am meisten beschäftigten Architekten in Großbritannien ist heutzutage sicher Nelson Foley. Er ist der Chefarchitekt für die große Hotelgruppe „Trust Houses Forte", für die er zahlreiche alte Gasthäuser modernisiert und 25 sogenannte Ausspannhäuser entworfen hat. So werden von der Firma die 33 Motels bezeichnet, die in ganz England und Irland verteilt sind. Das neueste und größte Motel dieser Art befindet sich in der Nähe des Londoner Flughafens Heathrow. Mit seinen 600 Gästezimmern und Baukosten in Höhe von 6 500 000 Pfund Sterling ist es die bisher größte und repräsentativste Arbeit Nelson Foleys. Es steht auf einem 7,5 Hektar großen Grundstück und hat einen kreuzförmigen Grundriß. Das Motel umfaßt große, aber variable Konferenzsäle mit separaten Eingängen und Foyers, ferner 56 kleine Versammlungsräume. Im zehnten Stockwerk sind vier Appartements untergebracht. Es ist mit allen modernen Einrichtungen ausgestattet. In sämtlichen Gästezimmern befinden sich Telefonanschlüsse, Fernseh- und Rundfunkgeräte, Badezimmer sowie Möglichkeiten zur Zubereitung von Tee oder Kaffee. Sämtliche Räume sind mit einer Klimaregelung und einer manuellen Temperatursteuerung versehen. Überall sind schalldämmende Doppelfenster mit Sonnenscheiben eingesetzt. Dem Innenausstatter Michael Inchbald ist es gelungen, ein Ensemble von ruhiger Würde mit hervorstechenden Merkmalen zu schaffen, so zum Beispiel dem Springbrunnen aus rostfreiem Stahl, der die Haupthalle schmückt. Als Raumteiler zwischen den beiden Restaurants dient ein Modell des berühmten Schiffes „Great Britain".

Die Fachzeitschrift „Architectural Review" hat fast alle Hotelneubauten mit beißender Kritik kommentiert. Es ist eigentlich nicht so recht zu begreifen, worauf diese beißende Kritik hinaus will. Die Realitäten des menschlichen Lebens, die in den modernen großen Hotelgebäuden zum Ausdruck kom-

8
Teil des Empfangsbereichs im Tara-Hotel

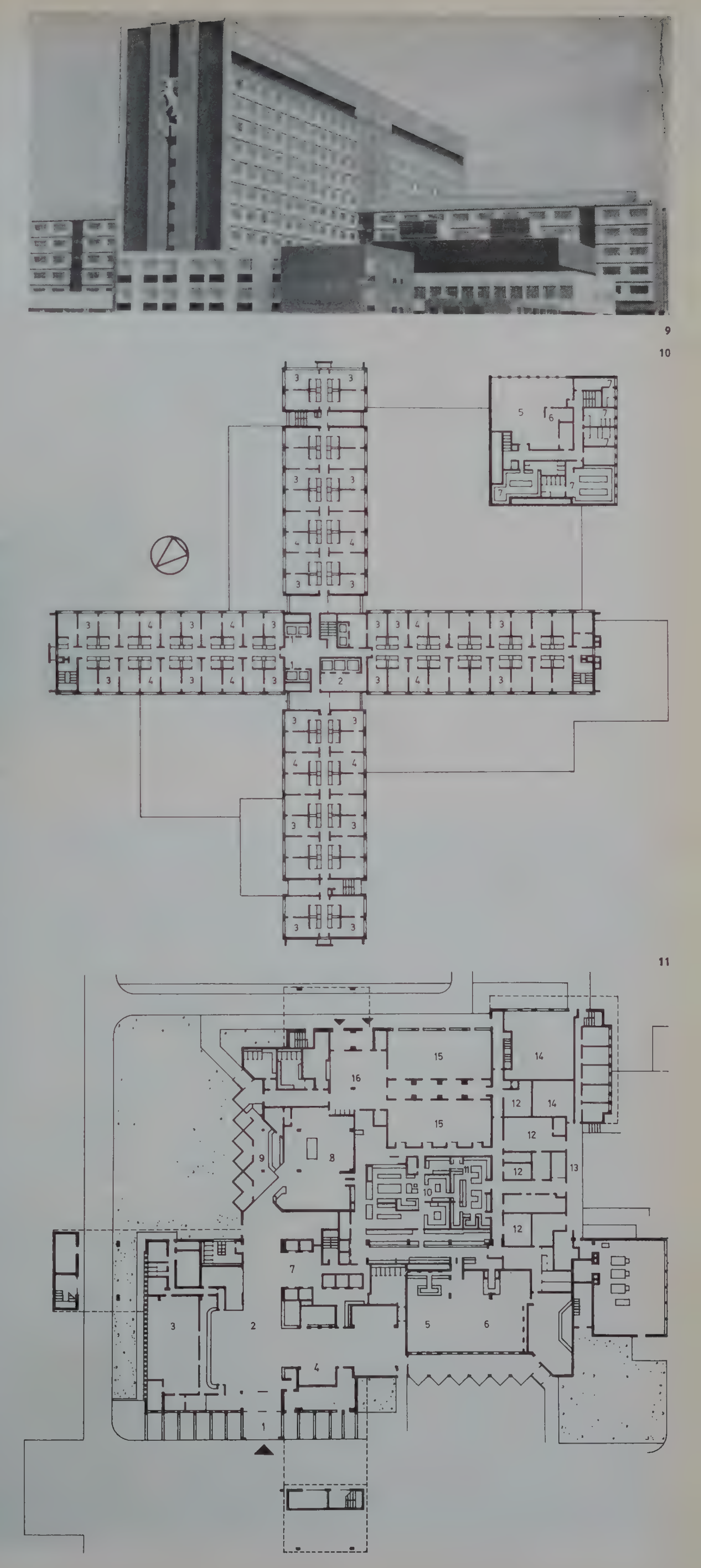
9
Ansicht des Post-House-Hotels bei Heathrow

10
Grundriß des ersten Obergeschosses 1 : 1000

1 Aufzug
2 Lastenaufzug
3 Doppelzimmer
4 Sitzungsraum
5 Personalspeiseraum
6 Küche
7 Personal-umkleidebereiche

11
Grundriß des Erdgeschosses 1 : 1000

1 Haupteingang
2 Hauptfoyer
3 Garderobe
4 Telefonzentrale
5 Kaffeebar
6 Grillrestaurant
7 Aufzugsbereich
8 Restaurant
9 Cocktail-Bar
10 Küchenbereich
11 Warenlager
12 Technikraum
13 Laderampe
14 Grünbereich
15 Funktionsbereich
16 Zugang zum Funktionsbereich



men, bestehen doch sicher in erster Linie darin, daß heutzutage mehr Menschen reisen und mehr Menschen Ferien machen als je zuvor. Ist dies etwa eine bedauernswerte Tatsache? Nur wenn wir mit der Pascalschen These übereinstimmten („das ganze Dilemma des Menschen kommt daher, daß er nicht mehr in der Lage ist, in einer kleinen Kammer richtig zu wohnen und sich dort zu erholen"). In dieser These kommt eine Art „Invalidenideal" zum Ausdruck, und wir wissen heute, daß der große französische Denker selbst Invalide war, als er diese Gedanken zu Papier brachte. Eine solche Konzeption kann wohl aber kaum eine große Anziehungskraft auf die Mehrheit der heutigen Touristen ausüben, von denen die meisten der jungen Generation angehören.

Eine andere kritische Bemerkung des Verfassers in der obengenannten Zeitschrift über den „Fehler", derartige Unterbringungseinrichtungen so sichtbar in die Landschaft zu stellen, muß noch mehr verwirren. Sollte man ein Hotel unter der Erde verstecken oder als Hütten-Bungalowdorf tarnen? Solche Bauten wie das SAS-Hotel Royal in Kopenhagen oder auch das Hotel „Stadt Berlin" in Berlin sind zu stolzen Wahrzeichen ihrer Städte geworden. Sie zeigen, wie gutentworfene und gutgebaute Hotels aussehen können. Selbst wenn es sich nicht unbedingt um „schöne Kunstgegenstände" handelt, so kommt doch zumindest ein harmonischer städtebaulicher Eindruck zustande. Was nun die Forderung anbetrifft, die Funktionen einzelner Hotelteile nicht zu durchsichtig zu gestalten, dürfte es wohl zu den Prinzipien einer ehrlichen Architektur gehören, zu zeigen, wofür ein Gebäude errichtet wird. Ob es schließlich im Sinne der Gesellschaft attraktiv ist oder nicht, ein Hochhaus in einer Gegend zu errichten, in der vorher nur Kohlköpfe wuchsen, dürfte wohl Geschmackssache sein. Das weitere Anwachsen der Bevölkerung und des Massentourismus führt zwangsläufig zur Errichtung von Hotelhochhäusern. Hochhäuser müssen aber durchaus nicht unbedingt häßlich aussehen. Die im Mittelalter für Kriegszwecke errichteten „Hochhäuser", wie etwa in Gimignano, verhalfen der Stadt zu dem Beinamen „Stadt der schönen Türme". Solange die Bevölkerung weiter anwächst, werden Hochhäuser notwendig sein, um den Menschen Wohnungen und Unterkunftsmöglichkeiten zu verschaffen. Wäre es möglich, die Uhr zurückzudrehen und wieder in einem Land mit nur 50 Prozent der Bevölkerung zu leben, so würden sich viele Probleme nicht oder noch nicht stellen. Diese rein theoretische Überlegung hat aber mit den Problemen der heutigen Architektur absolut nichts zu tun.

Kongreßzentrum in Innsbruck

Architekt Dr.-Ing. Fritz Weber, Wien



1
Blick auf das Kongreßzentrum.
Im Hintergrund die Altstadt vor dem Alpenmassiv

1

In Innsbruck wurde im Oktober 1973 ein neues Konferenz- und Kulturzentrum seiner Bestimmung übergeben. Das Kongreßzentrum Innsbruck stellt eine sehr gelungene Synthese dar zwischen einem kulturhistorisch wertvollen Baubestand und einem sich organisch ihm anfügenden modernen Neubau, der sich durchaus harmonisch dem alten Gebäudekomplex anschließt.

In unmittelbarer Nachbarschaft der alten Habsburgischen Kaiserburg, lag eine im zweiten Weltkrieg zerstörte große Halle, die im Volksmund die „Dogana" hieß. Das 1567 errichtete Ballhaus wurde im Laufe der Jahrhunderte mehrmals umgebaut und auch unterschiedlich genutzt. Nachdem das Gebäude als Komödienhaus und danach als Universitätsbibliothek diente, wurde die leerstehende Halle 1810 in eine Maut- und Lagerhalle umgewandelt, die den italienischen Namen für Zoll – „Dogana" – erhielt. Bei diesem Namen sollte es eineinhalb Jahrhunderte bleiben. Wohl fanden in der riesigen Halle im 19. Jahrhundert noch einige Kongresse statt, aber eine kontinuierliche Nutzung fand die Halle doch nicht. Die Bomben des zweiten Weltkrieges verwandelten sie schließlich in eine Ruine, die immer baufälliger wurde, so daß man 1968 den Entschluß faßte, einen Architektenwettbewerb auszuschreiben, um diesem kulturhistorisch wertvollen Objekt eine sinnvolle Verwendung zu geben und es vor der endgültigen Zerstörung zu bewahren.

Der 1. Preis wurde von den Wiener Architekten Dipl.-Ing. Heinz Marschalek und Dipl.-Ing. Norbert Gantar gewonnen, den 2. Preis errang Architekt Hubert Prachensky zusammen mit Dipl.-Ing. Ernst Heiss aus Innsbruck. Die Preisträger des 1. und 2. Preises bildeten eine Architektengemeinschaft, zu der noch Dipl.-Ing. Georg Ladstädter aus Wien hinzugezogen wurde, und begannen 1969 mit den Planungsarbeiten.

Bauprogramm

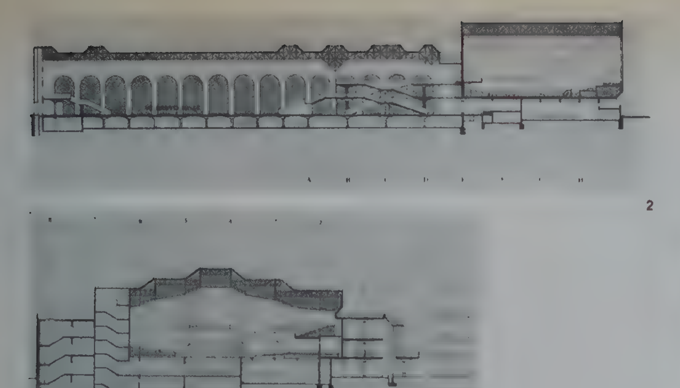
Das Ausführungsprojekt sah vor, die alte Dogana als Mehrzweckhalle für Ausstellungen und Großveranstaltungen zu erhalten und einen modernen Saal und Konferenzgebäudekomplex mit allen erforderlichen technischen Einrichtungen anzuschließen. Die alte Halle der Dogana wurde total unterkellert und dort eine Tiefgarage untergebracht. Im Erdgeschoß wurde im Neubauteil ein kleinerer Mehrzwecksaal mit 250 Plätzen geschaffen und von einem zentralen Foyer, das auch die Dogana und fünf Konferenz-, Diskussions- und Musikräume bedient und vor allem die Kleiderablagen und Sanitärgruppen beinhaltet, gelangt man in das erste Obergeschoß. Dieses besitzt auch große, über eine Freitreppenanlage zugängliche Foyerräume mit Büfett und Zugängen zum großen Mehrzwecksaal „Tirol", der etwa 1500 Personen Platz bietet.

Der Saal ist mit den modernsten technischen Konferenzeinrichtungen ausgestattet wie sechs Simultanübersetzungskabinen, einer sehr eindrucksvoll funktionierenden Eidophor-Anlage, mit deren Hilfe die im Saal befindlichen, auf den Beginn wartenden Personen auf einer großen Projektionsfläche das Eintreffen der Ehrengäste und deren Begrüßung unmittelbar miterleben können. Auch die übrigen Konferenzräume sind mit Simultaneinrichtungen ausgestattet und besitzen Vorführgeräte für 16- und 35-mm-Filme, Diapositive, Epidiaskope, Overheadprojektoren, Diascriptoren, komplette Rundfunk- und Fernsehübertragungseinrichtungen und eine spezielle Akustikregelung in jedem Saal. Durch das ganze Haus zieht sich ein Rastersystem von Strom-, Telefon- und Wasserleitungen mit einem dichten Netz von Anschlußpunkten. Neben 2700 m² Ausstellungsfläche stehen 4500 m² Foyers in verschiedenen Ebenen des Gebäudes mit Bars, Restaurant, Büfetts, Münzfernsprechern usw. zur Verfügung.

Konstruktion

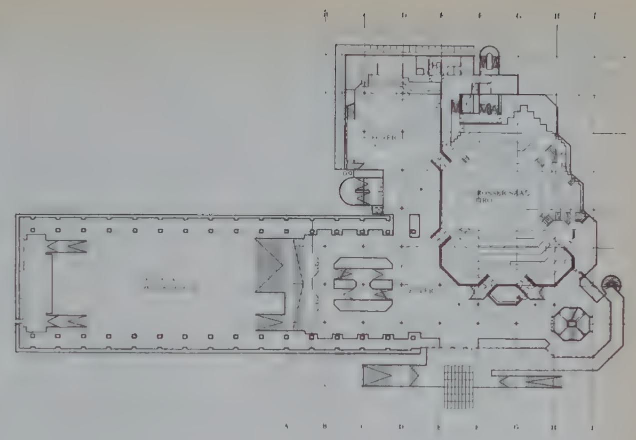
Die Bogenstellungen der „Dogana" wurden saniert, die Pfeiler torkretiert und die Wände mit einem groben Rauhputz versehen. Das Steinmauerwerk der Bogen wurde nachverfugt und weiß gespritzt. Über ihnen wurde als Dachkonstruktion ein Stahlraumgitterfachwerk errichtet, das sichtbar bleibt und gleichzeitig das Beleuchtungssystem aufnimmt. Die Beleuchtung am Tage erfolgt außerdem durch an der Längsseite durchlaufende pultdachartige Verglasung mit verspiegelten, mit Bronze bedampften Glasscheiben, die einen sehr angenehmen blendungsfreien Beleuchtungseffekt ermöglichen.

Der Saal „Tirol" und der moderne Gebäudeteil bestehen aus einer Sichtbetontragkonstruktion auf Pilzdecken, die teils mit Dispersion eingefärbt wurden, teils eine Lasur erhielten. Der Bodenbelag besteht in den Foyers und Gängen aus dunkelgrauem Naturschiefer, während im großen Saal ein sehr sauber gearbeitetes Tafelparkett in kleinteiligen Elementen hergestellt wurde. Die Wandverkleidungen im großen Saal und die Balkonbrüstungen bestehen ebenfalls aus Holzpaneelen, wobei für Boden und Wände gleiche Tafelparkette verwendet wurden, nur daß bei den Wänden die Faserrichtung lotrecht, beim Boden aber schachbrettartig versetzt angewendet wurde.

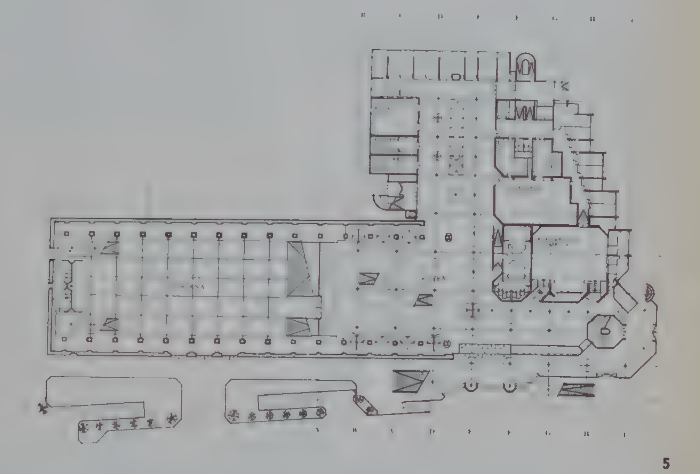


2

3



4



5

2 Längsschnitt durch die Dogana

3 Schnitt durch den Großen Saal

4 1. Obergeschoß

5 Erdgeschoß

6 Blick auf die Gesamtanlage des Doganakomplexes

6

Die halbe Orchesterrückwand ist als drehbare Lamellenwand ausgeführt. Die Decke des großen Saales besteht aus Kunststoff oder Leichtmetallplatten und einem aus röhrenartigen Elementen gebildeten Beleuchtungssystem, das vorzügliche Belichtungsvariationen gestattet. Es handelt sich dabei um Gipskartonplatten zwischen denen Metallkästen mit ihnen parabolisch verspiegelten Kunststoffzylindern montiert wurden.

Nicht ganz einverstanden ist der Berichterstatter mit dem großen Gobelin (Entwurf Markus Prachensky), der an der Podiumsrückwand asymmetrisch hängt und in einem nicht sehr angenehmen Flächenverhältnis von der Projektionsfläche überdeckt wird. Auch sind die gewählten Farben gegenüber der sonst sehr dezenten Farbgestaltung bemerkenswert grell, fast „ordinär", ein süßliches Orange mit purpurroten Mittelstreifen und darauf gespritzten schwarzen Patzen ruft eher Assoziationen an die Darstellung einer Wüstenschlacht als an ein durchaus friedlichen Zwecken dienendes Kulturzentrum wach. Nun, de gustibus non est disputandum, aber oft wäre es gut, dies doch zu tun, wenn es sich um solche exponierte Flächen handelt, die ja für die Allgemeinheit gestaltet (und auch von ihr bezahlt) werden.

Der plastische Schmuck in den Foyerräumen, gestaltet von Rudi Wach, Gerhardt Moswitzer und Fritz Wotruba zeigt eine repräsentative Schau modernen bildhauerischen Schaffens in Österreich.

Abschließend muß festgestellt werden, daß die Verbindung des neuen Baukörpers mit dem Barockkomplex durchaus geglückt ist. Die zurückhaltende angenehme Brauntönung der Fassade harmoniert mit den bronzefarbenen eloxierten Fensterprofilen und den dunkel wirkenden Sonnenschutzverglasungen. Der lichtgraue Sichtbeton kontrastiert hier in angenehmer und überzeugender Weise.

Die runden turmartigen Außentreppen setzen Akzente, die in den ebenfalls runden Barocktürmen des Schlosses wieder aufklingen, ohne diese zu imitieren.

Im ganzen gesehen, stellt das neue Kongreßzentrum in Innsbruck den ausführenden Architekten ein Zeugnis bester moderner Baugesinnung und einfühlsamer Gestaltungskunst in Verbindung mit wertvollen alten Baukomplexen aus. Es kann zum Besten gezählt werden, was die Gegenwartsarchitektur in Österreich aufzuweisen hat.


7

7|8
Blick in das Foyer der Dogana
Das alte Steinmauerwerk der Bogen wurde nachverfugt und weiß gespritzt.

9
Gesamtinnenansicht der Dogana
Das Stahlrohrgitternetz der Dachkonstruktion nimmt gleichzeitig die Deckenbeleuchtung auf.

8


9




1 Blick vom zentralen Platz auf den Kongreßsaal (Variante A)

Entwurfsstudien zum Kongreßsaal in Frankfurt (Oder)

Zur Zielstellung der Studienuntersuchungen

Diplomgesellschaftswissenschaftler Fritz Krause
Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)

Gilt auch gegenwärtig und in Zukunft vor allem der Realisierung des Wohnungsbauprogramms in der Bezirksstadt Frankfurt (Oder) unsere größte Aufmerksamkeit, so sind wir dennoch gleichzeitig von der Planung her bemüht, uns außerdem anderen gesellschaftlich bedeutsamen Bauaufgaben zuzuwenden. Auch wenn, wie in diesem Fall, für den Neubau einer in unserer Stadt erforderlichen Veranstaltungshalle zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus vielen Gründen noch nicht der Startschuß gegeben werden kann, sind wir der Auffassung, daß dieses für Frankfurt (Oder) funktionell und städtebaulich außerordentlich bedeutsame Objekt gründlich vorbereitet werden muß.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat vor einiger Zeit einer Grundlinie zur weiteren sozialistischen Umgestaltung unseres Stadtzentrums zugestimmt, nach der wir uns auch heute prinzipiell ausrichten.

In dieser, durch umfassende sozialistische Gemeinschaftsarbeit entstandenen Grundlinie ist der Kongreßsaal zum städtebaulich dominierenden Objekt in der zentralen Hauptachse und als gesellschaftlich bedeutsamste Einrichtung am zentralen Platz unserer Stadt vorgesehen. Wir meinen, daß dieser hervorragende Standort eine außergewöhnliche architektonische Gestalt verlangt, die sich durch die bedeutsame Nutzung begründet. Es wird angestrebt, innerhalb des Zentrums unserer Stadt, das fast ausschließlich aus Typenbauten errichtet wird, dieses Gebäude bewußt hervorzuheben und zu einem der Wahrzeichen unserer Stadt zu machen. Wir sind der Auffassung, daß die außergewöhnlich günstige städtebauliche Situation auch danach verlangt. Aber auch die geplante Aufgabe des Hauses als Tagungsstätte der Volksvertretungen des Bezirkes und der Stadt zu dienen, als ein wichtiges Zentrum politischer Großveranstaltungen und als Ort vieler kultureller und sportlicher Erlebnisse, begründet diesen Anspruch. Das Gebäude soll zu einem Mittelpunkt vieler gesellschaftlicher Höhepunkte in der Stadt werden.

Davon ausgehend, sind wir der Meinung, daß es recht früh darauf ankommt, durch wissenschaftliche Untersuchungen, durch architektonische Varianten zu prüfen, inwieweit der grundsätzlich gestellte Funktionsanspruch an das Gebäude am günstigsten erfüllt werden kann und wie es am besten gelingt, die gewünschte städtebaulich und architektonisch anspruchsvolle Form zu erreichen.

Wir haben daher als Auftraggeber Studien erarbeiten lassen, die es ermöglichen sollen, bei Beginn der wirklichen Investitionsvorbereitung unseren Auftrag gründlicher und umfassender formulieren zu können. Wir haben bewußt in dieser Phase von der Durchführung eines Architekturwettbewerbes abgesehen, weil es uns darauf ankam, mit der Durchführung der Studien größere Klarheit über die Aufgabenstellung für den Auftrag zu gewinnen und eine enge und produktive Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zu erreichen.

Bei der Zusammenarbeit mit den Architekten der Hochschule Berlin-Weißensee ist das gut gelungen, und wir sind sicher, daß die von diesen Kollegen ausgearbeiteten Studien durchaus geeignet sind, den nächsten Schritt zu tun, nämlich zum gegebenen Zeitpunkt mit der direkten Vorbereitung der Investitionsmaßnahmen zu beginnen. Die von uns gemeinsam bestimmte Vorzugsvariante erscheint uns günstig, als Ausgangslösung für die Ausarbeitung des endgültigen Entwurfs zu dienen.

Entwurf:

Dipl.-Ing. Jürgen Meißner, Architekt BdA/DDR
(Leiter der Entwurfsgruppe)
Dipl.-Ing. Peter Gohlke, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Peter Hentschel
Dipl.-Arch. Uwe Klasen
Dipl.-Ing. Michael Bergner
in Zusammenarbeit
mit dem Rat der Stadt Frankfurt (Oder)

Konsultative Mitarbeit:
Prof. Dipl.-Ing. Werner Dutschke
Leiter des Fachgebietes
Architektur der Kunsthochschule Berlin

Dr.-Ing. Klaus Wever
Institut für Technologie kultureller Einrichtungen, (Saaltechnologie)

Prof. Dr.-Ing. Hermann Rühle
Bauakademie der DDR, (Baukonstruktion)

Dipl.-Ing. Gerd Kramer
Bauakademie der DDR
(Baurechtliche und brandschutztechnische Fragen)

Erläuterung der Lösungsvarianten

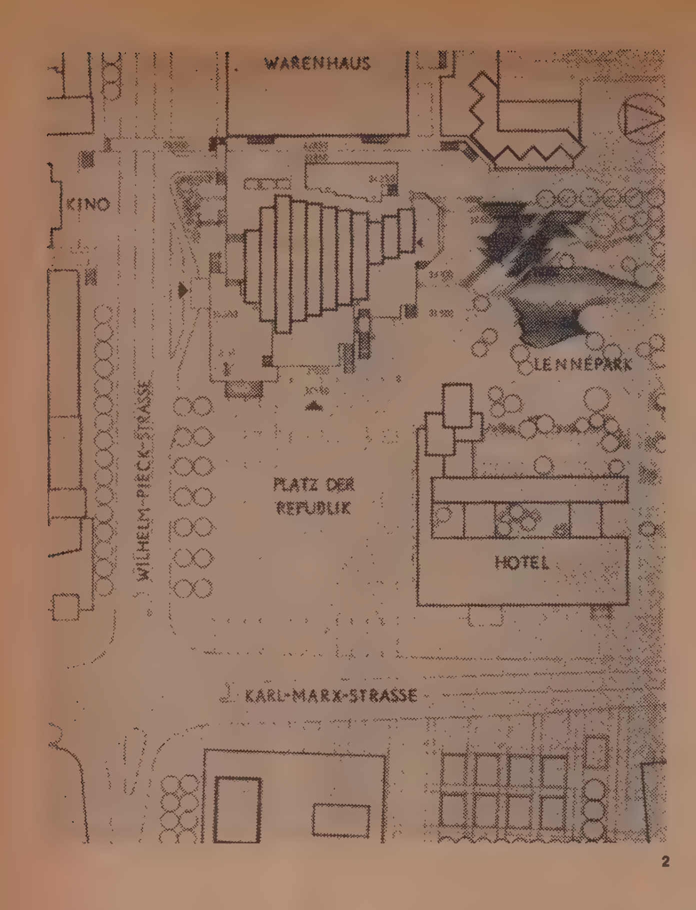
Dipl.-Ing. Jürgen Meißner
Kunsthochschule Berlin
Fachgebiet Architektur

Der geplante Kongreßsaal ist städtebaulich-räumlicher Auftakt der konzipierten zentrumsbildenden Einrichtungen entlang der Wilhelm-Pieck-Straße.

Mit dem Aufbau neuer Wirtschafts- und Industrievorhaben, die in enger Verbindung mit dem verstärkten Ausbau neuer wissenschaftlicher Forschungszentren zu sehen sind, erwachsen der Stadt Frankfurt (Oder) neue Aufgaben und Verpflichtungen.

Die Durchführung internationaler wissenschaftlicher Tagungen, kultureller Leistungsvergleiche auf Bezirksebene sowie Sportveranstaltungen werden darüber hinaus als Programmanforderung gestellt. Mit der Errichtung dieses für die Stadt wichtigen Gebäudes beabsichtigt der Rat der Stadt Frankfurt (Oder), bestehenden Forderungen zur Schaffung von Voraussetzungen zur Förderung neuer, bereits in den Ansätzen vorhandener kultureller Aktivitäten zu entsprechen, die freundschaftliche Kontakte und konkrete Vereinbarungen zur Volksrepublik Polen und zur Sowjetunion mit einschließen.

Auf Grund der Erleichterungen im Reiseverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen wird die Stadt als kulturel-



2

3

4

les Zentrum für den polnischen Nachbarbezirk immer stärker auch für den touristischen Reiseverkehr erschlossen.

Zum Standort

Die räumliche Situation wird durch den Freiraum des Zentralen Platzes und der Karl-Marx-Straße im Osten, die Wilhelm-Pieck-Straße mit dem Erweiterungsbau des Gebäudes der Energieversorgung und dem Lichtspieltheater der Jugend im Süden, dem Warenhaus mit der Ladenzeile der Spezialläden und Fußgängerpassage im Westen und dem Lennépark mit Freitreppe und Wasserkaskade sowie dem Hotelkomplex „Stadt Frankfurt" im Norden charakterisiert.

Die vorgegebene Platzbebauung und die Aufnahme der für das Stadtzentrum wesentlichen Raumbeziehungen stimuliert eine plastische Gebäudekonzeption, die, indem sie sich von den gestalterischen Vorgaben der umgebenden Raumschale löst, neue Qualitätsmaßstäbe setzt.

Die städtebaulich-architektonische Konzeption des Kongreßsaales muß der hervorragenden Stellung im Ensemble des Zentrums der Stadt Rechnung tragen. Die Erschließung des Gebäudekomplexes, die Vorfahrt für Besucher, Flächen des ruhenden Verkehrs sowie die Anlieferung für den Wirtschafts- und Technikbereich sind aus dem Generalverkehrsplan der Stadt abgeleitet worden.

Mit der Lösung des Kongreßsaales wurden durch den Verfasser Vorschläge zur räumlichen Einbeziehung des Lennéparkes in das Ensemble des Zentralen Platzes untersucht.

Lösungsvarianten

Grundlage der Studienuntersuchungen waren erste Programm- und Raumvorstellungen sowie Kapazitätsangaben (zur Mehrzwecknutzung u. Podiumsausbildung) zum Gebäude des zukünftigen Kongreßsaales durch den Rat der Stadt Frankfurt (Oder).

Mit der Festlegung der Baufluchtlinie des zukünftigen Warenhauses wurde dem Entwurfsverfasser die westliche Begrenzung des Standortes als nicht veränderbar vorgegeben. Durch den Auftraggeber waren auf der Grundlage der Generalverkehrsplanung darüber hinaus unterirdische Parkflächen zwischen Warenhaus und Kongreßsaal-Gebäude in 2 Ebenen vorgesehen. Zur Entwicklung der Programmvorstellun-

Variante A

2 Städtebauliche Einordnung

3 Ranggeschoß mit Kongreßsaal und angrenzenden Mehrzwecksälen 1 : 1000

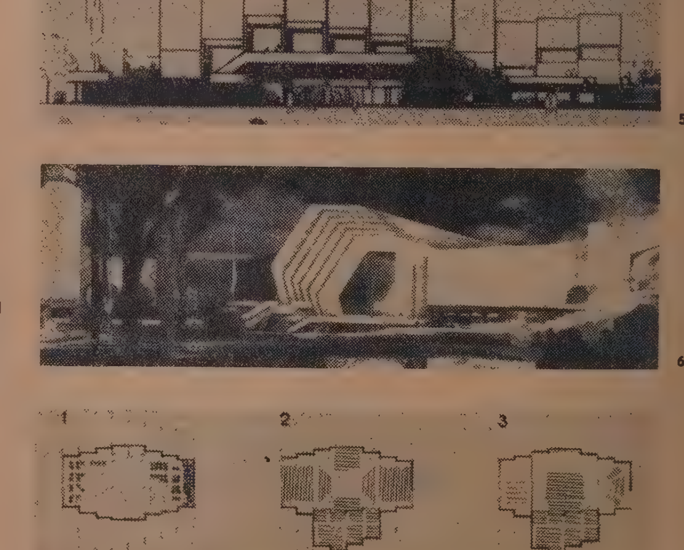
4 Erdgeschoß mit Besuchereingängen 1 : 1000

5 Ansicht vom Platz 1 : 1000

6 Blick aus dem Lennépark

7 Nutzungsvarianten
1 Tanz/Show (560 Pl
2 Sport (1600 Pl.)
3 Kino (800 Pl.)

8 Schnitt 1 : 1000



5

6

7



8

gen stand dem Entwurfsverfasser eine Fläche von 60 m × 60 m zur Verfügung, die einen Höhenunterschied von 6,00 m aufweist.

Die städtebaulich-räumlichen sowie funktionell-gestalterischen Untersuchungen erfolgten in Varianten mit abweichenden Programmvorstellungen. Damit sollte dem Rat der Stadt bei der Klärung der inhaltlichen Zielstellung eines Forderungsprogramms für den Gebäudekomplex – Kongreßsaal – Unterstützung gegeben werden.

Die erarbeiteten Lösungsvorschläge zum Kongreßsaal versuchen im Rahmen der Variantenuntersuchungen ein Programmgerüst zu bilden, welches in den folgenden Bearbeitungsetappen zu prüfen und wahrscheinlich zu ergänzen sein wird.

Im Rahmen dieser Bearbeitungsphase war es dem Verfasser nicht möglich, stärker auf differenziertere Programmforderungen für den großen Saal – wie auch für das gesamte Gebäude – einzugehen. Es zeigte sich, daß besonders im Falle der Entscheidung technischer Anlagen zur Saal- und Kongreßtechnik durch das Fehlen detaillierterer Aussagen zur Veranstaltungspalette und Programmfolge zu diesem Zeitpunkt nur begrenzte und auch nur allgemeine Angaben erfolgen konnten. Eine wesentliche Entwurfsunterstützung erfolgte in diesen Fragen durch Dr. Wever, Institut für Technologie kultureller Einrichtungen.

Die Einfügung des Kongreßsaales mit seinen baulichen Anlagen in den städtebaulichen Raum erfolgte unter Berücksichtigung der räumlichen Einbindung der Wilhelm-Pieck-Straße sowie der konzipierten Fußgängerbereiche und unter besonderer Beachtung der Einbeziehung des Lennéparkes in das Ensemble des Zentralen Platzes. Mit seiner klaren architektonisch-baukörperlichen Orientierung zum Platz trägt er der gewünschten repräsentativen Öffnung zum Platz Rechnung. Die Plastik des Saalkörpers setzt sich fort in den begehbaren, terrassenförmig angelegten Geschossen und Ebenen von innen nach außen – Varianten A und C – und erreicht damit eine Anbindung der Gesamtanlage auf den unterschiedlichsten Geländeordinaten.

Hauptfunktionsraum der Gebäudeanlage ist der als Mehrzwecksaal konzipierte Kongreßsaal, der entsprechend den an ihn gestellten funktionellen Anforderungen getrennt oder kombiniert mit angrenzenden Flächen – in der Variante A durch Einschluß der angrenzenden kleinen Säle, in den Varianten B, C, durch Einbeziehung der angrenzenden Foyerflächen – genutzt werden kann.

Durch ihre vielfältigen Raumangebote und -kombinationen bietet die Anlage Nutzungsmöglichkeiten für Tagungen, Kongresse und wissenschaftliche Symposien auch über den Bezirksmaßstab hinaus. Sie stellt einen würdigen Rahmen für repräsentative Festveranstaltungen der Bezirksstadt dar und schafft großzügige Voraussetzungen für Volksfeste, Pressefeste, Oder-Festspiele und andere Großveranstaltungen.

Durch die Erweiterungsmöglichkeiten des Kongreßsaales um die angrenzenden Mehrzweckräume wird in der Variante A eine Größenordnung erreicht, die höhere Qualitätsansprüche durch entsprechende Programmerweiterungen bis zu Arenaveranstaltungen erfüllt.

Zur Sicherung kurzer Umrüstzeiten im Sinne einer kontinuierlichen und ökonomischen Auslastung des Saales für verschiedenartige Veranstaltungen sehen die Varianten technische Einrichtungen vor:

- ebenverfahrbare Stuhlrollreihen durch Motorseilzug nach einem Patent des IT (Variante A, B)
- teleskopartig einschiebbare Paletten (Variante A, C, D,)
- Hubpodien als hydraulische Podeste, gleichzeitig als Transportmittel (Variante A, B, C, D)

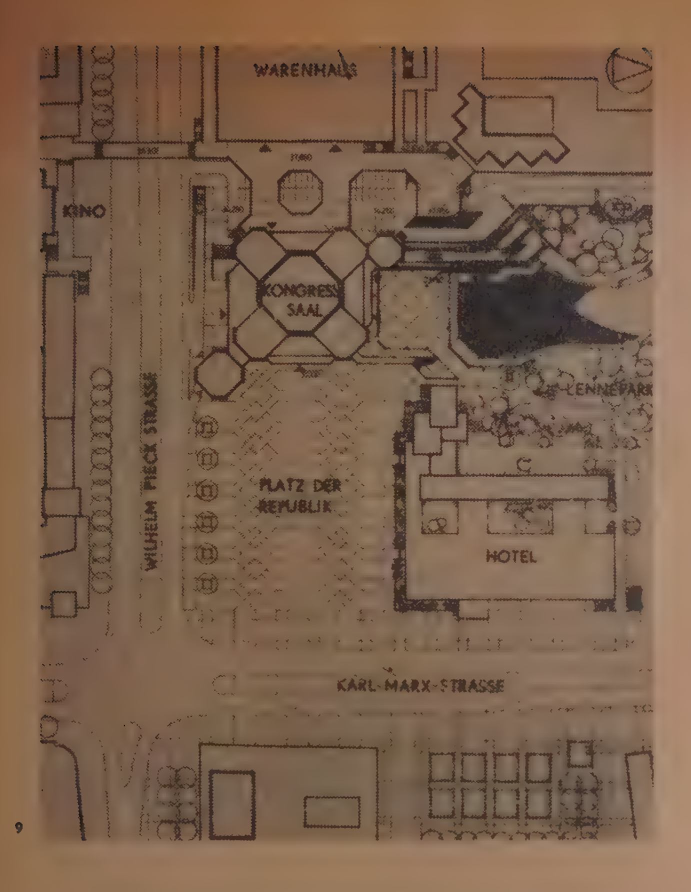
Zur Realisierung der vorgeschlagenen Lösungskonzeptionen wurden konstruktive und technologische Ausführungsvarianten vorgeschlagen, die unterschiedliche Schwierigkeitsstufen aufweisen.

Während die technische Ausführbarkeit der Varianten B, C, D auf bereits ausgereiften Erfahrungen und in der Praxis erprobten Verfahren aufgebaut, muß die Variante A hinsichtlich Konstruktion und Technologie der Saalkonstruktion als eine ausgesprochen objektbezogene Lösung eingeschätzt werden.

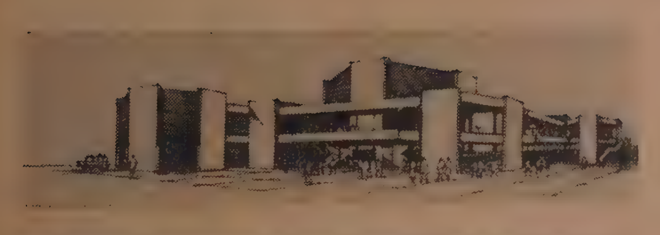
„Die Dachkonstruktion über dem Saalteil ist ohne Zweifel originell und stellt zum gegenwärtigen Zeitpunkt international gesehen hinsichtlich Gestaltung (außen und innen) sowie Konstruktion ein absolutes Novum und auf keinen Fall eine Variation entworfener oder realisierter Bauwerke mit gleicher Funktion und Bedeutung dar."

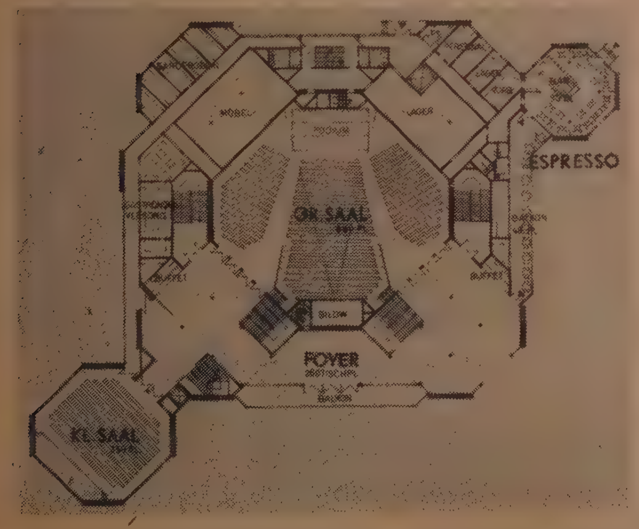
(Aus der gutachterlichen Stellungnahme von Prof. Dr.-Ing. H. Rühle, Bauakademie der DDR zur Ideenkonzeption)

Diese Ausführungskonzeption erfordert eine Weiterentwicklung technologischer Fertigungsmöglichkeiten und eine entsprechend langfristig gestaltete Vorbereitungsphase, wenn bei einer Entscheidung des gesellschaftlichen Auftraggebers für die Variante A der ökonomische und technische Mehraufwand durch die Bedeutung des Bauwerkes für die Stadt und der höhere funktionelle und gestalterische Gebrauchswert als gerechtfertigt eingeschätzt wird.

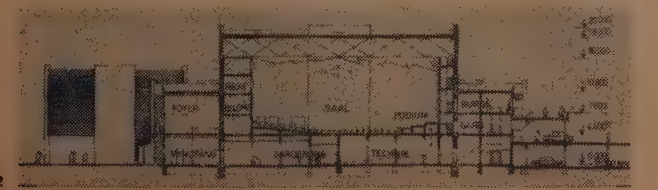


9


10



11


12

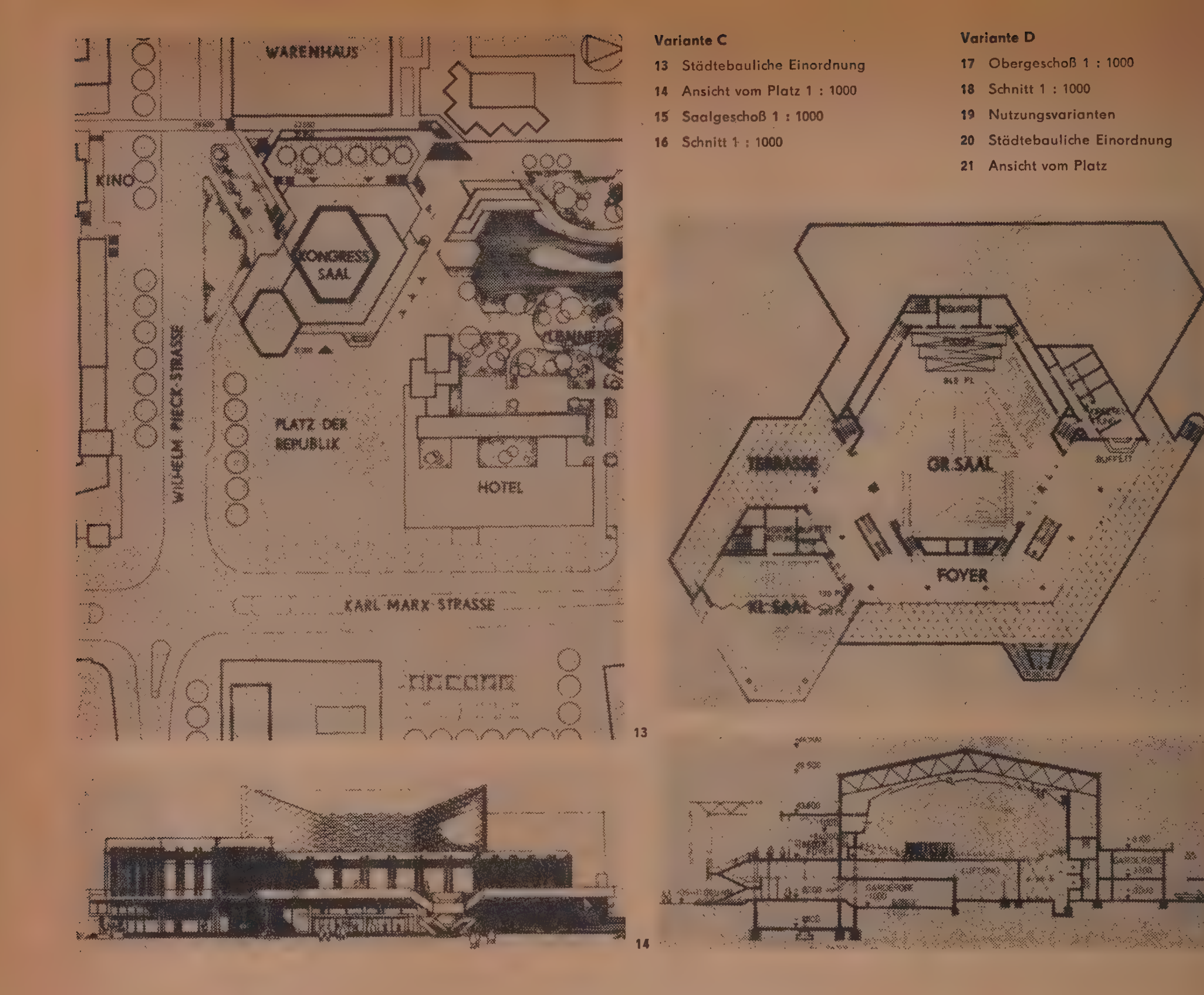
Variante B

9 Städtebauliche Einordnung

10 Ansicht vom Platz

11 Saalgeschoß 1 : 1000

12 Gebäudeschnitt 1 : 1000



Variante C

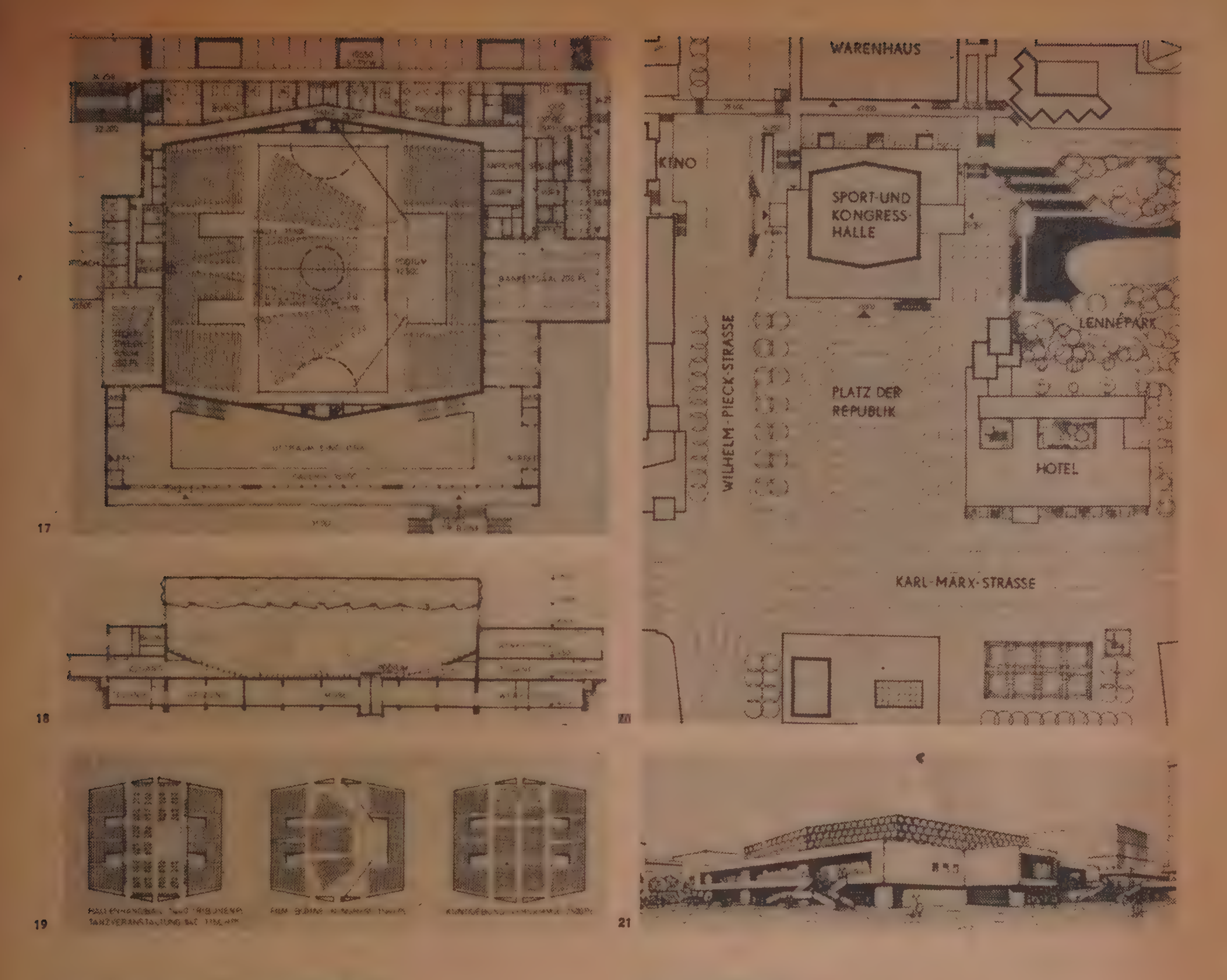
13 Städtebauliche Einordnung
14 Ansicht vom Platz 1 : 1000
15 Saalgeschoß 1 : 1000
16 Schnitt 1 : 1000

Variante D

17 Obergeschoß 1 : 1000
18 Schnitt 1 : 1000
19 Nutzungsvarianten
20 Städtebauliche Einordnung
21 Ansicht vom Platz

Vergleichende Einschätzung

	Variante A	Variante B	Variante C	Variante D
Gesamtkapazität der Säle	1480 Plätze 0,86 m²/Platz 11,3 m³/Platz (Kubatur)	Gr. Saal 880 Plätze 0,88 m²/Platz 10,1 m³/Platz zus. kl. Saal 350 Plätze	Gr. Saal 940 Plätze 0,93 m²/Platz 12,1 m³/Platz kl. Saal 450 Plätze	Gr. Saal 2150 Plätze 0,86 m²/Platz 10,3 m³/Platz Mehrzweckräume 200 Plätze 150 Plätze
Städtebauliche Einordnung	■ stark plastischer Hallenkörper mit dynamischer Bewegungstendenz auf terrassenförmig angelegter Plattform ■ gute Stellung zum Platz ■ gute Einbindung des Lennéparks	■ gute Stellung zum Platz u. zum Lennépark ■ differenzierter Massenaufbau, gegliederte Baukörpergestaltung	■ gute Stellung zum Platz u. gute Einbindung des Lennéparkes ■ differenzierte Baumassen	■ Realisierung nur unter Einschränkung städtebaulicher Raumbeziehungen und angestrebter Baumassenentwicklung für den Zentralen Platz möglich ■ unbefriedigende Einbeziehung des Lenneparkes durch starke Einengung, geschlossener kompakter Baukörper
Funktionelle Einschätzung	■ variable Nutzung von Saal und Mehrzweckräumen möglich ■ Erweiterung der Veranstaltungspalette durch Kombination der Säle	■ Anwendung eines diagonal erschlossenen quadratischen Grundrisses mit max. 900 Pl. bei ebenem Parkett als bereits in der Praxis erprobte Saalform	■ variable Nutzung beider Säle ■ Einbeziehung des Foyers möglich	■ Vorrangigkeit der Sporthallenfunktion ■ starke Einschränkung der Mehrzweckfunktion
Konstruktion Bautechnologie	■ Stahlbetonrahmen mit unterschiedlichen Spannweiten in monolithischer Ausführung ■ Flachbau in Montagebauweise möglich	■ bautechnische Ausführung unter Anwendung bekannter Konstruktionssysteme möglich ■ Überdachung der Säle mit räumlichem Tragwerk	■ bautechnische Ausführung unter Anwendung bekannter Konstruktionssysteme möglich ■ Überdachung der Säle mit räumlichem Tragwerk oder Hängedach	■ bautechnische Ausführung unter Anwendung bekannter Konstruktionssysteme möglich ■ Überdachung der Halle mit räumlichem Tragwerk bzw. Fachwerkbinder und Dachplatten
Gesamteinschätzung	■ unverwechselbarer baulicher Akzent für die neue Stadtgestalt	■ einfache, gegliederte Baukörperformen gleichen Konstruktions- sowie Gestaltungsprinzips mit Ensemblewirkung	■ gute städtebauliche Einordnung durch angestrebte Ensemblewirkung mit der vorhandenen Zentrumsbebauung	■ Realisierung dieses Programms für den Standort fragwürdig



17

18

19

21

Zur Saal- und Kongreßtechnik

Dr.-Ing. Klaus Wever

Aus der Stellungnahme des Instituts für Technologie kultureller Einrichtungen Berlin

Es handelt sich bei dem geplanten Saalbau im eigentlichen Sinne um die Kategorie einer sogenannten Stadthalle. (Dies sollte bei der endgültigen Namensfestlegung überlegt werden.)

■ Die Stadthalle hat aufgrund der vorliegenden Übersicht im wesentlichen über einen großen Saal von 900 bis 1200 Reihenplätzen zu verfügen, der möglichst durch zwei bis drei verschieden große separat und simultan nutzbare Raumeinheiten mit 200, 300 oder 400 Reihenplätzen in verschiedenen Richtungen und in Etappen erweiterbar ist. Damit könnte der Saalbau folgende Raumkapazitäten anbieten: 200, 300, 400, 900, 1000, 1100, 1200, 1300 und 1700 Reihenplätze. Ene Raumerweiterung könnte der abteilbare Rang sein, günstigerweise wegen der hier unabdingbaren Parkettneigung ebenfalls separat nutzbar als Vortrags- oder Arbeitsgruppensaal.

■ Das ermittelte grobe funktionell-technologische Rahmenprogramm ist konsequent aus der Nutzungsprofilierung gefolgert und im wesentlichen aus der Nutzungshäufigkeit bilanziert.

Für Musikveranstaltungen wäre ein relatives Raumvolumen von rund 10 m³ je Sitzplatz vorteilhaft, während es für Veranstaltungen wie Pressefeste günstigerweise bei etwa 5 m³ je Sitzplatz liegen sollte. Für die funktionalen Qualitätsansprüche an einen Saal in der Stadthallenkategorie muß hier ein Kompromiß gesucht werden, der nach den Nutzungseinheiten bei etwa 7 m³ je Platz liegen sollte.

Der relative Luftraum aller Säle der Variante A – sowohl in Maximalauslegung als auch in Teilauslegungen – schwankt zwischen 7,0 und 7,5 m³ je Platz. Dies ist nicht nur ein vorzüglicher Wert. Er beweist auch die organische Verbindung der Saalteile miteinander, da sie den Wert kaum verändert.

Zur Einhaltung dieser Kennwerte sind gezielte Maßnahmen der Raumgeometrie und der Wand- und Deckenmaterialien zu treffen, um auch gleichzeitig die akustischen Anforderungen hinsichtlich der Effektivität der Primär- und Sekundärschallenergien zu erfüllen. Auch unter diesem Aspekt ist die Umrüstbarkeit des Saales auf ansteigende Sitzreihen für akustisch anspruchsvolle Veranstaltungen von großem Vorteil. Je steiler der Reihenanstieg gegeneinander ist, um so besser ist die Primärschallversorgung, sogar die de Sekundärreflexion. Der Gesamtsaal darf und kann nicht vordergründig nach filmtechnischen Prinzipien ausgerichtet werden, da reine Filmveranstaltungen äußerst selten vorgesehen sind und Filmvorführungen als Nebeninformationen (wie bei Vorträgen) nur als Ergänzung dienen.

■ Das Nutzungsprofil des Hauses begründet die Forderung nach einer mechanisierten Umrüstung.

In der vorliegenden Planung sollte aber aus Überlegungen der Nutzungsprofilierung, der Größe des Hauses und seiner Auslastung auf einfache, raumimmanente Fahrtechnologien für die Umrüstung der Saalteile orientiert werden. Dabei sollen Stuhlreihen zusammen mit den Fußbodenteilen transportierbar sein. Deshalb bietet sich eine horizontale Scherentechnologie an mit Teleskopstufung und umklappbaren Sitzreihen.

Dies trifft auch für die mechanisierten Abtrennvorrichtungen zu. Die Bereitstellung von Kongreßtischbestuhlungen und auch gastronomischen Tischarrangements sollte lediglich über Stapel- und Transportpaletten mechanisiert werden.

Die Podiumsrüstung sollte in 3 m breiten Streifen-Hub-Elementen mittels elektromotorisch-spindelgetriebenen Scheren bewerkstelligt werden. Hierbei ist das vordere dieser Podien als Transport- und Orchesterpodium auszubilden; das zweite Podium als Doppelstock zur Aufnahme des hinteren Orchesterteiles.

■ Ein wesentlicher Faktor für die Beurteilung der Gesamtanlage ist der der Größe und Variabilität des Podiums. Bei der weiteren Bearbeitung der Aufgabe muß diesem Problem besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, daß das Podium mittels Untermaschinerie in seiner Gliederung, Größe und Höhe in bestimmten Etappen veränderbar sein muß.

■ Bei der Erarbeitung der vorliegenden Varianten war den Autoren die Variationsbreite der Nutzungsprofilierung noch nicht in allen Einzelteilen bekannt. Dadurch erklärt sich auch, daß keine der Varianten der Aufgabe vollkommen gerecht ist. Mit der räumlich sehr interessanten und nutzungsvariablen Grundform ist der Hauptvorzug der Variante A zu geben. Die Variante A verfügt über den großen Vorzug, einen interessanten, räumlich, funktionell und technologisch variablen, flexiblen und expansiven Saal anzubieten, der der bilanzierten Nutzungsprofilierung weitgehend entspricht. Dies läßt diesen Entwurf in der Tat als Vorzugsvariante erscheinen, da seine Größen und Nutzschwellen dem Programm sehr nahe kommen. Der Saal bietet insgesamt 1480 Reihenplätze bei einer maximalen Nutzung, die sich – in den folgenden Etappen gegliedert – nutzen lassen: 230, 250, 400, 580, 810, 980, 1210, 1230 oder 830 Reihenplätze. Damit ist nahezu ein Maximum an Möglichkeiten innerhalb der vom Nutzungsprofil erwarteten Notwendigkeiten gegeben. Vor allem die seitlichen Abschlußsäle lassen sich äußerst vorteilhaft für separate und simultane Veranstaltungen auch mit anderen Sitzarrangements nutzen. Die erforderlichen Trennwände sollten eine Luftschalldämmung von mindestens 35 dB bieten. Für die Konstruktion dieser Trennwände können vielleicht die vorliegenden Erfahrungen für ähnliche Anwendungsbereiche ausgewertet und möglicherweise entsprechend modifiziert zur Anwendung kommen.

Die Variante A bietet mit der positiven Lösung des Saales selbst die Hauptfunktion des Gebäudes in einem progressiven und entwicklungsfähigen Grundgedanken, der der Aufgabe weitgehend entspricht. Neben den offensichtlichen und nachweisbaren Stärken beinhaltet die Variante A eine Reihe ungelöster Fragen und weist mit den Vorschlägen zur Podiumsform und -größe, zur gastronomischen Versorgung mit den noch unausgereiften Angeboten zur Lösung der Obermaschinerie und der internen Transportfragen eine Reihe kritischer Punkte auf, die mit ihrer Lösung möglicherweise Eingriffe in die Raumstrukturen erwarten lassen können.

Dies sollte auch der Ausgangspunkt für die Weiterbearbeitung sein, indem alle weiteren funktionellen und technologischen Bereiche nach den in den anderen Varianten realisierten positiven Lösungen ergänzt und vervollkommnet werden.

Probleme der Sicherung architektonisch wertvoller Bausubstanz in Kleinstädten

Dipl.-Arch. Günther Köpping
Diplomgärtner Renate Meinke, Architekt BdA/DDR

■ Zahlreiche Kleinstädte in der DDR lassen noch heute den historisch gewachsenen Stadtkern erkennen, der sich durch eine dem menschlichen und geschichtlich begründeten Maßstab entsprechende überschaubare Anlage und eine künstlerische Organisation der erhaltenen alten Bauwerke auszeichnet.

Die meist zwei- bis dreigeschossige Bebauung ist in geschlossenen Zeilen zusammengefaßt, in deren räumlichem Gefüge die ehemaligen Dominanten, wie das Rathaus, die Kirchen oder die Stadttore die Orientierungszeichen setzten. Diese Beziehungen wurden am Ende des vorigen Jahrhunderts und fortlaufend bis zur Gegenwart durch die Folgen der Industrialisierung und des zunehmenden Verkehrs in ihrem einheitlichen Charakter verändert.

■ Das Erscheinungsbild der Kleinstädte wandelt sich heute durch die neuen Technologien im Bauwesen stärker als in der Vergangenheit. Dieser Prozeß wird durch den Abbruch der Bausubstanz des 16. bis 19. Jahrhunderts eingeleitet.

Solche Altbauten werden aufgrund verschiedenster Einflüsse, wie Überbeanspruchung, mangelnde Pflege und ausgesetzte Reparaturen oft nicht für eine Rekonstruktion vorgesehen, obwohl sich unter ihnen Bauten von architektonischem Wert befinden und deren Fassaden und Dächer bisher den Charakter der Stadt bestimmten. Die Abbrüche zerstörten die ehemals vorhandene geschlossene Wirkung der Straßenräume. Eine Lückenschließung wird von den Räten der Städte wegen mangelnder Baukapazität und aus Rücksicht auf angestrebte weitreichende Sanierungen in vielen Fällen abgelehnt.

Nach den Abbrüchen kommt aber unweigerlich die Frage, mit welchen Mitteln und wie die Flächen innerhalb der Stadtkerne neu zu bebauen sind. Zur Zeit stehen vorwiegend fünf- oder mehrgeschossige Typen zur Verfügung, die oft nicht dem vorhandenen Straßenverlauf angepaßt werden können und bei denen die Wohnfunktion von anderen Funktionen wie Handel oder Kleingewerbe getrennt ist. Damit werden weitere Charakteristika der noch bestehenden Stadtstrukturen aufgegeben, zu denen die räumliche Verflechtung der Kommunikationsebenen als Bestandteil des interessanten Stadtbildes gehört.

■ Eine Unterschätzung des Wertes der Altbauten und der Möglichkeiten zu ihrer Sanierung wirkt sich oft negativ auf die Beurteilung der Baudenkmale aus.

Der besondere geschichtliche und architektonische Wert von Stadtanlagen und einzelnen Häusern wird vor allem von den Besuchern der Stadt, den Ortsfremden und Urlaubern geschätzt, von den über die Stadtentwicklung entscheidenden Organen, den Räten der Städte und der Kreise oder von den Rechtsträgern aber teilweise verkannt. So bleibt auch die Entscheidung über den Abriß oder die Erhaltung eines Baues vielfach der Staatlichen Bauaufsicht überlassen, die ein Gebäude zunächst für einen Verwendungszweck sperrt und dadurch ein Argument für den Rechtsträger liefert, das Gebäude aufzugeben. Die Bedeutung des Bauwerkes im Platz- oder Straßenensemble wird dabei übersehen, die auch bei umfangreichen Bauschäden eine eventuelle Rekonstruktion gerechtfertigt hätte.

Für diese Aussagen lassen sich einige Beispiele anführen:

So mußten in Kyritz charakteristische Fachwerkhäuser aus dem 16. Jahrhundert (Abbildung 1), deren Bauzustand allerdings schlecht war, einem Kaufhallenneubau weichen, der den Nachteil hat, daß wegen des großen Nebenflächenbedarfes der Straßenraum an dieser Stelle aufgerissen wird. Das bedeutete einen schwerwiegenden Eingriff in die Stadtstruktur.

In Oranienburg hat das bekannte architektonische Ensemble am Platz des Friedens, das früher aus einer dreistrahligen barocken Anlage mit dem Schloßkomplex und zwei gegenüberliegenden Kopfbauten bestand, durch Abbruch alter Substanz seinen ursprünglichen Gesamteindruck verloren, hauptsächlich deshalb, weil es nicht gelang, eine der alten Baustruktur angemessene neue Nutzung zu finden. Auch ein, dem Platzmaßstab angepaßter Neubau, der an Stelle eines Kopfbaus errichtet wurde, konnte die ursprüngliche städtebauliche Qualität des Platzes nicht wieder herstellen.

■ Der Weg zur Erhaltung der charakteristischen Bauensemble und Einzelbauten führt über die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Zunächst muß der Wert solcher Bauensemble von den Räten der Städte unter Mitwirkung und Beratung der übergeordneten Organe gemeinsam mit den Architekten der Büros für Städtebau und dem Institut für Denkmalpflege bestimmt werden. Dann müssen die Maßnahmen zur Erhaltung Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes werden.

Bei den Vorarbeiten zu den Generalbebauungsplänen hat es vielfach Abstimmungen über die Erhaltung von Baudenkmalen in charakteristischen Straßen- und Platzfronten gegeben. Leider wurden solche Absichten durch die lange Planungs- und Bestätigungszeit der Pläne und durch den fortschreitenden Verfall der Gebäude nicht immer voll wirksam. Auch die Erklärung eines Baues zum Baudenkmal reichte in vielen Fällen für seine Erhaltung allein nicht aus.

In den Bezirksstädten ist die Rekonstruktion von Bauensembles leichter, weil dort eher die Möglichkeit einer angepaßten Nutzung für solche Gebäude zu finden ist und dann auch eher Mittel und Baukapazitäten bereitgestellt werden können.

In Frankfurt (Oder) wurde die ehemalige Franziskanerkirche zur Konzerthalle der Stadt ausgebaut. Sie wurde zu einem bedeutendem Zentrum im kulturellen Leben der Stadt. Neben diesem spätgotischen Bau steht das für die Maßstäbe des Platzes wichtige sogenannte Collegienhaus, für dessen Nutzung als Stadtarchiv und Museum im Institut für Denkmalpflege eine Studie erarbeitet wurde, auf deren Grundlage der Rat der Stadt die Rekonstruktion einleiten wird (Abb. 4).

In der Kreisstadt Neuruppin wird die ehemalige Fontaneschule, die wegen Baufälligkeit geräumt wurde, zu einem Kulturzentrum mit Stadtbücherei und Musikschule unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Forderungen umgebaut. Damit wird ein städtebaulich bedeutender Bau im Raumgefüge der von Brasch nach dem Stadterhalten und seiner Bedeutung entsprebrand 1789 entworfenen neuen Stadtanlage chend genutzt werden (Abb. 3).

Allerdings sind diese begrüßenswerten Beispiele wegen der Unterstützung durch die übergeordneten staatlichen Organe, im Falle der Fontaneschule durch den Rat des Bezirkes Potsdam, nicht repräsentativ für die Möglichkeiten der Rekonstruktion bescheidener Bauten in Kleinstädten.

■ Die Erhaltung von städtebaulichen Ensembles in Kleinstädten erfordert nicht nur Verständnis des Staatlichen Organs und seiner örtlichen Volksvertretungen. Sie sollte unbedingt in die Planung der Wohnraum-Werterhaltungsmaßnahmen und in die Baukapazitäts-Bilanzierung einbezogen werden.

Zu der Vorbereitung von Rekonstruktionsmaßnahmen gehört die Untersuchung von Nutzungsveränderungen eines Baues oder die Einleitung eines Rechtsträgerwechsels, wenn der derzeitige Rechtsträger nicht in der Lage ist, den Bau zu erhalten. Die Anpassung der Nutzung an die Baustruktur ist ein entscheidender Faktor für eine ökonomisch vertretbare Rekonstruktion.

Die Erfahrung des Institutes für Denkmalpflege bei der Projektierung von Rekonstruktionsmaßnahmen durch örtliche Projektanten lassen den Schluß zu, daß nur selten ein Verständnis für die jeweilige Baustruktur aufgebracht und eine entsprechende Nutzungsvariante vorgeschlagen wird. In vielen Fällen soll von dem alten Bau nur die Fassade erhalten werden, um dahinter einen angepaßten Neubau zu errichten. Das würde zwar dem ausführenden Betrieb aus materialökonomischer Sicht eine höhere Produktivität bringen, aber die Kosten insgesamt enorm ansteigen lassen. Das kann nicht der Weg sein, um ein Baudenkmal sinnvoll zu erhalten. Solch einer Entscheidung sollte immer eine genaue Untersuchung des Bauzustandes vorausgehen. Danach läßt sich der Umfang der Bauschäden eingrenzen, und es kann die ökonomisch effektivste Variante der Instandsetzung ausgewählt werden.

■ Die modernen Technologien im Bauwesen sind nicht ohne Anpassung an die Aufgaben der Rekonstruktion anwendbar. Sowohl bei der Ausbildung der Projektanten, wie auch der Facharbeiter für Bausanierungen müssen entsprechende Kenntnisse und Fertigkeiten entwickelt werden.

1

2




3


4

In den Lehrplänen der Berufsausbildung für das Bauwesen wird eine vielseitige Ausbildung gefordert, die aber erfahrungsgemäß im Neubauprogramm nicht voll verwirklicht werden kann. Grundlage der Ausbildung sind noch immer die traditionellen handwerklichen Fertigkeiten. Sie können an einem sinnvoll ausgewählten Rekonstruktionsmodell, unabhängig von dem Produktionszyklogramm eines Neubaues in der Praxis erlernt werden. Solch ein Rekonstruktionsmodell sollte eine Vielzahl verschiedener handwerklicher Aufgaben stellen, die bei variablem Terminablauf alle im Lehrplan vorgesehenen Arbeitsgänge ermöglichen. Im Neubauprogramm ist solch ein variabler Terminablauf wegen des Wechsels zwischen praktischer und theoretischer Ausbildung nicht möglich. Hinzu kommt, daß die Lehrlinge keine Facharbeiternorm erreichen können. Aus diesen Gründen resultiert die Notwendigkeit, zeitweise Arbeiten außerhalb des Planes auszuführen. Das trifft besonders auf solche Betriebe zu, die keine oder zu wenig Lehrlingstaktstraßen haben.

Innerhalb der theoretischen Ausbildung können einfache Teilprojekte zur Sanierung an Rekonstruktionsmodellen erarbeitet werden. Für Facharbeiterprüfungen lassen sich individuelle Aufgaben für Aufmaß, Gestaltung eines Bauteiles, Ausführung und Abrechnung an einem Bauvorhaben gut kombinieren. Sowohl die Berufsschulen der Wohnungsbaukombinate als auch die Ausbildungsgemeinschaften der Baugenossenschaften sind an dieser vielseitigen Berufsausbildung interessiert.

■ Bei der Rekonstruktion von Baudenkmalen können neben erfahrenen Fachleuten auch verstärkt Lehrlingsbrigaden eingesetzt werden.

Durch solche Aktivitäten erhalten die örtlichen Organe die Möglichkeit, bei guter Koordinierung über den bilanzierten Plan hinaus Kapazitäten für die Erhaltung und Rekonstruktion von Baudenkmalen zu gewinnen.

Ein Beispiel für eine richtig geleitete und wirksame Bevölkerungsinitiative ist der Ausbau des sogenannten Alten Schlosses in F r e y e n s t e i n , Kreis Wittstock, das an der alten Stadtgrenze liegt und zu einem vielseitig nutzbaren kulturellen Anziehungspunkt mit einer kleinen Bibliothek und einem Ausstellungsteil des Wittstocker Heimatmuseums ausgebaut wurde. Hier war es die gute Zusammenarbeit zwischen dem Rat der Gemeinde, den örtlichen Handwerksbetrieben und den interessierten Bürgern, unter Anleitung und Unterstützung des Instituts für Denkmalpflege, die zu dem guten Ergebnis führte (Abb. 5 bis 7).

1
Fachwerkhaus in Kyritz

2
Goetheschule in Oranienburg

3
Ehemalige Fontaneschule in Neuruppin

4
Frankfurt (Oder). Konzerthalle (ehemalige Franziskanerkirche) mit Kollegienhaus

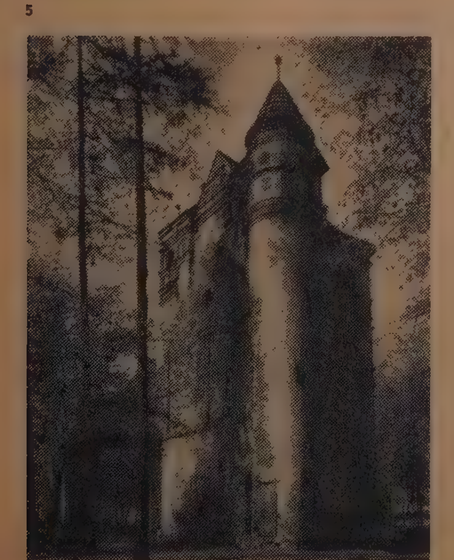
5
Turm des alten Schlosses in Freyenstein

Studie zur Instandsetzung und neuen Nutzung des alten Schlosses in Freyenstein

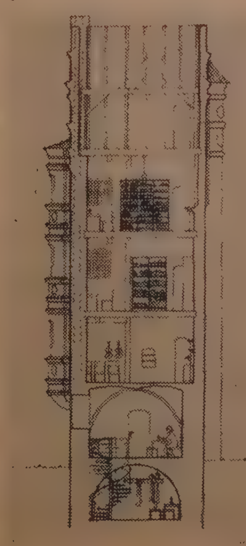
6
Schnitt (Blick nach Osten) 1 : 300

7
Schnitt (Blick nach Süden) 1 : 300

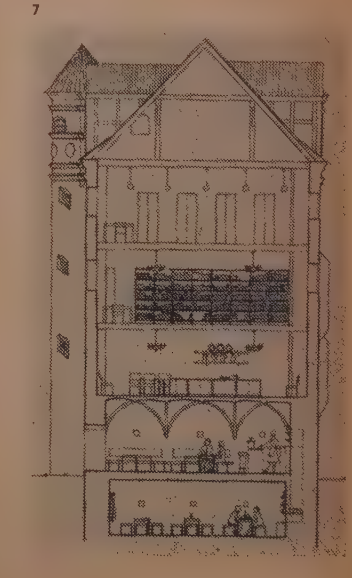
5



6



7



Städtebauliche Aufgabenstellung und ökonomische Probleme

Dr. oec. Loni Niederländer

Das Wohnungsbauprogramm stellt mit dem Umfang des bis 1990 in Städten und Siedlungen der DDR zu investierenden Nationaleinkommens auch bei den Stadtplanern eine Fülle ökonomischer Probleme in die Reihe der vorrangig zu bearbeitenden Aufgaben. Das beginnt schon bei Standortfestlegungen, bei Entscheidungen über Standortgrößen und reicht letztlich über die Bestimmung von Abhängigkeiten der zeitlichen Reihenfolge von städtebauwirksamen Maßnahmen bis zu Vorlauffragen.

Vorlauffragen sind schon ein ganzes Kapitel für sich – von Flächenfreihaltung bis zu staatlichen Leitungsfragen und komplizierten Zusammenhängen der Vorlauffinanzierung. Sie alle stehen mit dem Wohnungsbauprogramm auf der Tagesordnung, und die Stadtplanung muß sie für den Städtebau fassen. Die praktischen Aufgaben dulden keinen Aufschub, sie stellen zwangsläufig vielgestaltige Forderungen.

Darunter nehmen auch die Forderungen nach einer höheren Qualität von Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen einen besonders breiten Raum ein. Sehr überzeugend wirkt die Überlegung, was mit einem Prozent Einsparung der Gesamtmittel zusätzlich an Gebrauchswerten geschaffen werden könne!

Nun beweisen aber die bisherigen Erfahrungen, daß die Wirtschaftlichkeitsprobleme im Städtebau nicht isoliert neben den inhaltlichen Aufgaben der Stadtplanung stehen dürfen. Sie sind bereits von ihrem Charakter her ein Wesensmerkmal städtebaulicher Zielsetzung in allen konkreten Vorhaben.

Außerdem beweisen die bisherigen Erfahrungen aus der Praxis der Stadtplanung, daß bis zur allgemeinen Verwirklichung dieser Erkenntnis noch eine Menge Arbeit geleistet werden muß.

Die Auswertung von Beispielplanungen für Wohngebiete wie auch die Begutachtung von Generalbebauungsplänen, die vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie bearbeitet wurden und weiter bearbeitet werden, legen die Schlußfolgerungen nahe, daß Grundfragen der Wirtschaftlichkeit im Städtebau qualitativ neu bestimmt werden müssen.

Von der Theorie her gesehen ist der allgemeine Ansatzpunkt für eine solche Forderung bereits aus dem Zusammenhang von Wirtschaftlichkeitsbewertung und gesellschaftlichen Interessen abzuleiten. Da sich in den Maßstäben der Wirtschaftlichkeit historisch konkrete gesellschaftliche Verhältnisse ausdrücken (sozusagen durch sie quantifiziert werden), verändern sich konkreter Inhalt und Formen der Wirtschaftlichkeit mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Eine Wirtschaftlichkeit „an sich" gibt es nicht.

Normative und Vorschriften der Wirtschaftlichkeit haben die sozialen und politischen Forderungen ausdrücken und durchsetzen zu helfen, die eben diese gesellschaftliche Entwicklung fördern. Das ist eine allgemeingültige Gesetzmäßigkeit, die in den unterschiedlichsten konkreten Formen in Erscheinung tritt. Auch die Quadratmeterzahl der Neubau-Wohnungseinheit fungiert zum Beispiel zeitweilig als eine solche Ausdrucksform. Jeder weiß, daß es um eine möglichst große Anzahl von Wohnungen geht, mit der die Wohnbedingungen der zahlenmäßig stärksten Klasse, der Arbeiterklasse, möglichst rasch verbessert werden können.

Daß es hierbei eine Menge für und wider gibt, liegt in der Sache selbst, denn in der nächsten Entwicklungsetappe werden neue veränderte Bedingungen die konkreten Formen des weiteren Fortschritts in der Durchsetzung der sozialen und politischen Ziele bestimmen. So versteht es sich fast von selbst, daß Klasseninteressen hier den Ausschlag geben müssen. Die Veränderung der Maßstäbe der Wirtschaftlichkeit ist demzufolge einerseits Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung und andererseits eine der Bedingungen der Entwicklung.

Der hier beschriebene Sachverhalt gestaltet den Erkenntnisgewinn für praktische Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftlichkeit des Städtebaues ebenso kompliziert wie in anderen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion.

Die volkswirtschaftlichen Dimensionen des 1974 begonnenen Investitionsprogramms „komplexer Wohnungsbau" mit seinen Konsequenzen für die territoriale Konzentration städtebaulicher Vorhaben haben eine qualitativ neue Situation geschaffen, für die die bisher gewohnten ökonomischen Maßstäbe nicht mehr ausreichen. Die Vereinigung von städtebaulicher Zielstellung mit den heute gültigen und praktizierten Methoden der Wirtschaftlichkeitseinschätzung erweist sich über weite Strecken als kaum durchführbar, weil diese Vereinigung nicht immer zu akzeptablen Ergebnissen führt.

Aus der Verallgemeinerung der ökonomischen Aspekte sehr verschiedener konkreter städtebaulicher Probleme schälen sich drei ökonomische Fragenkomplexe heraus, auf die eine große Zahl unterschiedlicher Schwierigkeiten im ökonomischen Bereich städtebaulicher Aufgaben zurückführbar ist:

a) Fragen nach politökonomisch begründeter Gültigkeitsdauer und dem Gültigkeitsbereich von quantifizierten Wirtschaftlichkeitsmaßstäben, wie Normative und Richtwerte für den städtebaulichen Aufwand

b) Fragen nach begründeten Abgrenzungen für komplexe Betrachtungen bei Wirtschaftlichkeitsbeurteilungen von Teilmaßnahmen des Städtebaus gegenüber der Stadt insgesamt, in die sie eingeordnet sind (Ausdehnung über eine Kette mehrerer Zweige, über wieviel Jahre, über verschiedene soziale Leistungsbereiche u. a.)

c) Fragen nach einem praktikablen Standpunkt zum dialektischen Widerspruch zwischen ökonomisch günstigen Lösungen für den Reproduktionsprozeß der am Städtebau beteiligten oder auf die Stadt einwirkenden Industriezweige (vor allem Bauwesen und Verkehrswesen) und ökonomisch günstigen Lösungen für den Reproduktionsprozeß der Stadt.

Zur schrittweisen Beantwortung aller drei Fragenkomplexe brauchen wir mehr wissenschaftlich begründete Einsichten in die gesetzmäßigen Zusammenhänge der sozialistischen gesellschaftlichen Entwicklung als derzeitig verfügbar sind.

Arbeiten in dieser Richtung werden gegenwärtig durch einen Umstand erschwert, der jedoch mit fortschreitender wissenschaftlicher Erkenntnis abgebaut werden wird: Es fehlen vom gesellschaftlichen Organismus „Stadt" ausgehende Untersuchungen und Ansätze. Die Betrachtung vom Standpunkt nur eines Zweiges und die Übertragung seiner Gesetzmäßigkeiten auf die Gesamtzusammenhänge ist keine tragfähige Arbeitsgrundlage.

Städtebauliche ökonomische Untersuchungen sind nicht identisch mit Untersuchungen und Ansätzen ökonomischer Problembearbeitung in der Bauproduktion und anderen Industrie- und Wirtschaftszweigen, obwohl gerade diese wesentlich die materielle Realisierung städtebaulicher Vorhaben tragen.

Langjährige Erfahrungen und Tradition gibt es auf dem Gebiet der zweigökonomischen Betrachtungen. Deshalb haben sie naturgemäß immer noch das Übergewicht gegenüber Versuchen zu ökonomischen Ansätzen für Fragen der Stadtentwicklung, wo erst in den letzten Jahren einzelne zögernde Vorstöße in ein noch weitgehend unerforschtes Gebiet gemacht werden.

Wie treten die drei genannten Fragenkomplexe in Erscheinung:

A) Quantifizierte ökonomische Normative und Richtwerte für städtebaulichen Aufwand sind eine notwendige Grundlage für jede städtebauliche Aufwandseinschätzung, für die Verteilung von volkswirtschaftlichen Fonds. Sogar für die Erarbeitung und Begründung städtebaulicher Anforderungen an die Bausystementwicklung und für Entscheidungen für oder gegen Planungsvarianten von Bebauungskonzeptionen (sowohl Neubau als auch Umgestaltung) werden sie mit herangezogen.

Aus sozialökonomischer Sicht sind Normative und Richtwerte der Wirtschaftlichkeitsberechnung quantifizierter Ausdruck existierender, gesellschaftlich notwendiger ökonomischer Verteilungsverhältnisse.

Für städtebauliche Aufgaben ist stets die Zukunft Aktionszeitraum ihrer vollen gesellschaftlichen Wirksamkeit, so daß mit den Wirtschaftlichkeitsmaßstäben von heute die Wirtschaftlichkeit von morgen eingeschätzt werden muß.

Würden also ökonomische Normative bei der Zielbestimmung städtebaulicher Lösungen streng eingehalten, dann entstünden kurzsichtige Entscheidungen. Das ist wahrscheinlich einer der Gründe dafür, daß Wirtschaftlichkeitsberechnungen neben dem spezifisch städtebaulichen Teil des Inhaltes dieser Aufgaben laufen.

Auf diese Weise entstehen aber mehr oder weniger gut durchgearbeitete ökonomische Begründungen, die sich verselbständigt haben. Sie sind nur noch bedingt als ökonomische Reflexion des städtebaulichen gesellschaftlichen Anliegens anzusehen. Infolgedessen verselbständigt sich auch der dem ökonomischen Teil zugrunde gelegte Zeithorizont, er ist in den weitaus häufigsten Fällen nicht identisch mit dem objektiv gegebenen städtebaulichen Zeithorizont. In vielen Fällen ist er zu kurz. Bei raschem Wachstum der Stadt wird einige Jahre später überhöhter Aufwand, beispielsweise für Verlagerungen von Verkehrsstrassen oder für Einrichtungen der technischen Versorgung und ihre Netze, die kurzsichtige Einsparung um ein Mehrfaches übertreffen.

Trotzdem haben solche verselbständigte ökonomische Begründungen den etwas zweifelhaften Vorteil, daß ihre Schlußfolgerungen den städtebaulichen Vorschlägen flexibel angepaßt werden können; nicht immer mit dem Ziel, das Anliegen der Stadtplaner zu fördern, sondern dieses Anliegen in Frage zu stellen, um sich langwieriger komplizierter Entscheidungsvorbereitungen vorerst aus Zeitgründen zu entledigen.

B) Die Fragenkomplexe, die sich mit der Abgrenzung von Breite und Tiefe der Untersuchungen ökonomischer Auswirkungen städtebaulicher Teilmaßnahmen beschäftigen, hängen sehr eng mit dem unter A) beschriebenen Fragenkomplex zusammen.

Mit städtebaulichen Veränderungen von Teilen der Stadt gehen immer gleichzeitig Veränderungen im ökonomischen Gefüge innerhalb der ganzen Stadt einher. Sie sind jedoch nicht so gut sichtbar und werden – vor allem auch wegen der fehlenden Integration von Städtebau und Ökonomie – in der Phase der Aufgabendurcharbeitung häufig nicht bemerkt und treten erst viel später durch ihre praktischen Auswirkungen zutage.

Das können Veränderungen der Verkehrsströme sein, die durch neue Anfahrtswege zu den Arbeitsstätten entstehen und eine Arbeitskräftefluktuation auslösen. Es kann sich ebenso um veränderte Belastungen der unterirdischen Netze handeln, die eine Kette von Folgen auszulösen vermögen, die bis in die Funktionsfähigkeit von Produktionsstätten hineinreicht. Die Modernisierung von alten Wohngebieten wiederum stellt komplizierte Aufgaben für die Verlagerung von Kleinindustrie und von einigen Branchen des produzierenden Handwerks, die bis zu grundsätzlichen Fragen finanzieller Stützungen oder der Arbeitskräftebereitstellung gehen, wenn die angebotenen neuen Gewerberaumflächen höhere Mieten haben und größere Entfernungen zwischen Arbeitsplatz und Wohnung eintreten.

Haben solche „Kettenreaktionen" in ausgewählten Zeitintervallen (z. B. 2 bis 3 Jahre) nur minimalen Umfang, dann fängt der vielschichtige Entwicklungsprozeß der Stadt, der ständig in Gang ist, diese Auswirkungen ohne merkliche Reaktionen für den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß ab.

Die Fachplanträger der örtlichen Planungsorgane verkraften solche Bedarfsschwankungen innerhalb des laufenden Einsatzes ihrer Fonds. Die Investitionstätigkeit und die Arbeitskräfteentwicklung der

ortsansässigen Betriebe gleichen nicht geplante, aber eintretende Einflüsse aus den örtlichen Bedingungen innerhalb der Dynamik des Reproduktionsprozesses aus. Man einigt sich in der Regel auf dem kleinen Dienstweg im Rahmen des Jahresplanes.

Werden nach Ablauf einer Zeitspanne von etwa 10 Jahren die eingetretenen Veränderungen analysiert, dann weist die Gesamtsumme auch einen beträchtlichen Umfang aus, der aber „unterwegs" kaum bemerkt wurde.

Mit der Durchführung der nunmehr als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anstehenden Umgestaltung alter Wohngebiete größerer Städte und der Umgestaltung von Klein- und Mittelstädten ist stets ein kräftiger Eingriff in historisch gewachsene Teile von Stadtstrukturen und Stadtgestaltungen verbunden.

■ Die damit verbundene Inanspruchnahme volkswirtschaftlicher materieller Fonds wird so umfangreich, daß sie die Reproduktionsbedingungen der Wirtschaftszweige, die diese materiellen Fonds produzieren, unmittelbar beeinflußt.

■ Es werden Veränderungen in der ökonomischen Stadtstruktur ausgelöst, die sich merklich auf die Lebensbedingungen der Bürger auswirken und die Reproduktionsvorgänge in der Stadt verändern. (Außerdem wirken beide Aspekte in jeder konkreten Stadt als Einheit.)

Als Beispiel soll der innerstädtische Verkehr dienen: nen:

Mit der Erschließung neuer Wohngebiete, mit der Verschiebung von Einwohnerdichten innerhalb der historisch gewachsenen Stadt, mit der Neuentstehung oder Konzentration von Produktionsstandorten im Stadtgebiet und mit anderen die Verkehrsströme verändernden Umständen entstehen Entscheidungssituationen über Verkehrsarten. Die sehr einfach zu demonstrierende Entscheidung wäre: „Schiene" oder „Straße"!

Es stehen folgende Fragen an:

Welche Proportion wäre für eine konkrete Stadt die richtige?

Welche Proportion wäre generell für alle Städte ähnlicher Größenordnung und Struktur die richtige? Soweit sind die Fragen noch selbstverständlich und gebräuchlich.

Wie wird aber bestimmt, welche Faktoren kombiniert werden müssen, um den Inhalt „richtig" festzulegen!

Reicht es aus zu fragen: Können die produktiven Fonds der Volkswirtschaft, die an der Realisierung der Verkehrsaufgaben beteiligt sind, zum Beispiel die für notwendig erachtete Proportion zur vorrangigen Entwicklung des Massenverkehrs in der Stadt überhaupt verkraften? Müßte nicht auch gleichzeitig gefragt werden: Wieviel Zeit brauchen die Verkehrsmittel produzierenden Bereiche, wieviel Zeit braucht der Straßenbau, wieviel Zeit braucht der Gleisbau . . ., um den Reproduktionsprozeß ihrer produktiven Fonds über einen normalen Verschleiß-Ersatz-Prozeß umzuprofilieren? Welche Aufgaben wurden ihnen außer denen des Städtebaues gestellt, die vielleicht vom Standpunkt der Entwicklung von Transitverbindungen und des nationalen und internationalen Güterverkehrs her Fixpunkte bis weit in die Zukunft hinein bilden und nicht konform laufen?

Die gleichen Fragen stehen bekanntermaßen gegenüber der Bauindustrie und der Baustoffindustrie.

Welche Alternativen ergeben sich dann für die zeitliche Verschiebung der städtebaulichen Vorhaben oder für eine Veränderung der ursprünglich angesetzten Proportionen auf beiden Seiten?

Würde nicht erst in einer solchen Breite und Tiefe die Wirtschaftlichkeit vorgeschlagener Maßnahmen nachweisbar sein?

Jeder Fachmann zählt bei dieser Diskussion noch eine ganze Kette weiterer Beziehungen über die in den Beispielen recht willkürlich aufgegriffenen hinaus auf, die beachtenswert wären. Wie groß wird aber bei solch einem Ansatz der Arbeitsaufwand? Welche Institution kann solche Ermittlungen überhaupt veranlassen!? Welche Institution kann den Arbeitsaufwand tragen?

Das sind der realen Situation entsprechende Fragen, über die eine Untersuchung nicht hinwegsehen darf. Sie gehören zum inhaltlichen Problem dazu.

Welche Schlußfolgerungen könnten demzufolge diskutiert werden?

■ Es kann, wie auch unsere praktischen Erfahrungen immer wieder bestätigen, nicht nur um die Untersuchung isolierter Elemente in Form direkter einmaliger Aufwände für Wohngebiete, Verkehrssysteme oder Versorgungsnetze gehen.

■ Gegenwärtig sind Städtebauer bei ökonomischen Begründungen für Strukturveränderungen in der Stadt auf fachgebietsabgegrenzte Untersuchungsergebnisse angewiesen. Das heißt, es gibt im wesentlichen Betrachtungen ausgewählter Elemente, die in der Gesamtstruktur dieses gesellschaftlichen Organismus Stadt eine Funktion haben, also Wohnungen, Verkehrslösungen, gesellschaftliche Einrichtungen und anderes mehr. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen dazu greifen einen der Aufgabenstellung gegenüber viel zu kleinen und untergeordneten Wirkungsbereich auf, dessen Aussagen den gesellschaftlichen Anforderungen nicht entsprechen. Sie sind für eine Entscheidungsbegründung nicht hinreichend.

■ Die Ursachen einer solchen Arbeitsweise müssen untersucht werden, um daraus der gesellschaftlichen Realität entsprechende Schlüsse für eine schrittweise Weiterentwicklung solcher Untersuchungen und Einschätzungen erarbeiten zu können. Diese Schlüsse können nicht konstruiert werden; sie müssen aus den real existierenden gesellschaftlichen Zusammenhängen des Reproduktionsprozesses heraus entwickelt werden.

Auf welche Ursachen weisen die vorliegenden Erfahrungen bereits hin:

1. Die Entwicklung der Städte und die planerische Erfassung dieser Entwicklung haben einen sozialen Inhalt, der weit über das Profil dessen, was vom Bauwesen überhaupt erfaßt werden kann, hinausragt. Machen Stadtplaner und Architekten ökonomische Untersuchungen komplexer Beziehungen der Stadtentwicklung, dann verlassen sie die Grenzen ihrer staatlichen Rechte und auch ihre Möglichkeiten. Administrative Abgrenzungen staatlicher Arbeitsteilung auf örtlicher Ebene werden notwendig zu begrenzenden Faktoren. Quantifizierte ökonomische Aussagen über bestimmte Sachverhalte, wie langfristig disponierte Investitionsfonds im produktiven Bereich, einzelne langfristig ausgelegte zentrale Komplexprogramme und andere sind überwiegend zweigspezifisch organisiert.

Ebenso ist die Organisation zur Erfassung von ökonomischen Daten strukturiert. Eine territoriale Komplexerfassung ist nicht durchführbar.

2. Der städtebauliche Bedarf kann nur territorial erfaßt und bearbeitet werden. Die Nutzungseigenschaften der existierenden und der geplanten Bestandteile der Städte bestimmen primär die Art und Weise des Herangehens an die Aufgabenlösung.

Das Bauaufkommen insgesamt (also nicht nur das des Industriezweiges Bauwesen) ist zum größten Teil zweiglich organisiert. Der produktionstechnische Ablauf und der Stand der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bestimmen seine Struktur. Die Kosten der laufenden Produktion und die Kosten zur Veränderung der laufenden Produktion müssen notwendig die Art und Weise des Herangehens bestimmen, und sie tun es auch.

Das sich so ergebende dialektisch widersprüchliche Wesen der Stadtentwicklung zur Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse ist eine objektive Bedingung ökonomischer Ansätze für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Aber sie erschreckt manchen heute noch.

3. Die erfolgreiche Verwirklichung gesamtgesellschaftlicher sozialpolitischer Zielstellungen im Städtebau – wie sie mit dem Wohnungsbauprogramm gegeben ist – hängt also wesentlich mit davon ab, wie sich die Stadtplaner in Theorie und Praxis mit den besonderen ökonomischen Seiten ihrer Aufgaben und deren Problematik auseinandersetzen.

Vielfach wird jedoch versucht, mit zweigökonomischen Methoden heranzugehen, was bedeutet, man benutzt für die Reproduktionszusammenhänge der Zweige entwickelte Normative, rechnet allein über Produktionskosten, legt für die Reproduktion der Zweige richtige, für die Stadtplanung aber fragwürdige Zeitspannen den Berechnungen zugrunde.

4. Stadtplaner und Architekten können allein diese Bedingungen nicht bewältigen. Ökonomen haben sich aber bisher kaum damit befaßt. Die interdisziplinäre Arbeit von Ökonomen und Stadtplanern ist jedoch bei dem jetzt erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und ihrer Produktivkräfte zur Notwendigkeit geworden.

C) Allmählich setzt sich die Erkenntnis allgemein durch, daß zwischen ökonomisch günstigen Lösungen im Reproduktionsprozeß der Stadt und ökonomisch günstigen Lösungen für den Reproduktionsprozeß im Industriezweig Bauwesen gesetzmäßig dialektische Widersprüche bestehen, die nichts gemein haben mit vermeidbaren Fehlern oder sogenannten negativen Erscheinungen.

In vielen konkreten städtebaulichen Aufgaben tritt dieser dialektische Widerspruch in Erscheinung. Anhand ihrer Auswertung konnte hinreichend praktisch bewiesen werden, daß städtebaulich ökonomisch günstige Lösungen, die zugleich den Erfordernissen der gesellschaftspolitischen Entwicklung entsprechen, nicht aus der Addition von gegenwärtig für die Baubetriebe einträglichen und damit auf ihre Weise durchaus volkswirtschaftlich günstigen Praktiken entstehen können.

Diesen festgestellten widersprüchlichen Zusammenhang gilt es auch theoretisch tiefer zu durchdringen, um bei den stets notwendig auftretenden Auseinandersetzungen zwischen Städtebau und Bauwesen objektiv begründete Positionen im gesamtgesellschaftlichen Interesse einnehmen zu können.

Neben den genannten drei großen ökonomischen Fragenkomplexen der stadtplanerischen Arbeit – und mit ihren praktischen Teilfragen direkt verbunden – gibt es eine Fülle noch weitgehend offener theoretischer Probleme für die ökonomische Beurteilung der Probleme der Stadt in der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Entwicklung.

Dazu gehört unter anderem der Bedarf an verwertbaren wissenschaftlich begründeten Aussagen über:

■ Funktion des Bodenwertes und seine Erscheinungsformen im Bodenpreis bei Entscheidungen über städtische perspektivische Bebauungskonzeptionen

■ Absoluter Zeitaufwand und relative Zeiteinsparung in der Stadt als ökonomische Kategorie bei der Beurteilung städtebaulicher Umgestaltungsvorhaben

■ Theoretische und praktische Handhabung der ökonomischen Kategorien Gebrauchswert und Wert und die Möglichkeiten ihrer Erfassung bei Entscheidungen über Nutzeffekte und Wirtschaftlichkeit im Städtebau

■ Mögliche Regelungen zur Herstellung einer bedingten Interessenübereinstimmung von Städtebau, Bauwesen und anderen Zweigen bei ausgewählten Aufgaben

■ Ökonomische Beurteilungskriterien, die bei Entscheidungen über die Erhaltung historisch wertvoller, traditionsreicher Altbaukomplexe der Städte möglicherweise mit herangezogen werden könnten.

Die politische Ökonomie hat, wie eine Reihe anderer Wissenschaften, auch im gesellschaftlichen Bereich der Stadtentwicklung ihren Beitrag zur Absicherung des sozialen Programms der gesellschaftspolitischen Entwicklung zu leisten. Diese Zielstellung läßt sich nur in konkreten Aufgaben des Städtebaus und der Stadtentwicklung bearbeiten und verwirklichen, in der Einheit von Theorie und Praxis.

Hier angekommen, fragt man sich unwillkürlich, was kann uns solche Erörterung nützen. Sie stellt eine Menge noch nicht zu Ende geklärter Probleme in den Raum und provoziert manchen vielleicht zu der Schlußfolgerung, daß mit Ergebnissen in allernächster Zeit zumindest kaum zu rechnen sei, weil die herausgearbeiteten Ansätze noch nicht unmittelbar und rasch zu neuen Normativen und neuen qualitativen Maßstäben führen.

Dem wäre entgegenzuhalten, daß allein schon mit dem Wissen über objektiv existierende Zusammenhänge etwas anzufangen ist. Erkennt man die konkreten Formen, in denen im Bereich der Stadtentwicklung dialektische Widersprüche zum Antriebsmoment der gesellschaftlichen Entwicklung werden, dann stellt sich dadurch ein anderes Verhältnis zu den aus ihnen resultierenden Schwierigkeiten her, was durchaus seinen Niederschlag in der praktischen Tätigkeit findet. Dieser Effekt ist vorerst einmal unabhängig von detaillierten Arbeitsergebnissen der Forschung. Er bestätigt sich bereits in manchen konkreten Ansätzen von Aufgabenlösungen.

Keiner der an den notwendigen Auseinandersetzungen Beteiligten, weder die Stadtplanung, noch die Zweige und anderen gesellschaftlichen Bereiche haben das gesamtgesellschaftliche Interesse für sich „gepachtet"; das geht aus den jetzt möglichen Aussagen hervor. Das theoretisch allgemein längst gelöste Problem der wachsenden Bedeutung des subjektiven Faktors in der sozialistischen Entwicklung brauchen wir für die Stadtplanung nicht noch einmal zu finden. Aber es ist unserer Verantwortung übertragen, seine konkreten Erscheinungsformen in unserem Arbeitsgebiet herauszufinden. Gerade dadurch wird es möglich, den Subjektivismus in Entscheidungen von gesellschaftlicher Tragweite einzuschränken und mit den volkswirtschaftlich verfügbaren Mitteln auch im Bereich der Stadtentwicklung „wirtschaftlicher" zu werden.



BEESKOW: Kreisstadt im Bezirk Frankfurt (Oder), an der schiffbaren Spree; 1965 7400 Einwohner, Metall- und Holzindustrie; Stadtmauer

Aus: Meyers Kleines Lexikon, Leipzig 1967



1

Gedanken zu einem einjährigen komplexen Ausbildungsprozeß

Auch an der Sektion Architektur wird stets an der Verbesserung des Erziehungs- und Ausbildungsprozesses geknobelt. Das Gebiet Theorie und Geschichte der Architektur versuchte 1972, in einem Zeitraum von 11 Monaten verschiedenste Studienleistungen in einem zusammenhängenden „Ausbildungstakt" zu vereinigen. Dieser Studienabschnitt demonstriert einerseits für den Studenten die Komplexität des architektonischen Schaffens und trägt andererseits zur Integration der verschiedenen Lehrgebiete im Ausbildungsprozeß bei. Dieser theoretisch erkannte Zusammenhang fand vom Februar 1973 bis Februar 1974 seine praktische Anwendung. In Verbindung mit einer Studie zur sozialistischen Umgestaltung der Stadt Beeskow wurden durch die Studenten

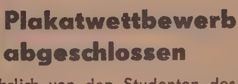
- allgemeine theoretische und methodische Überlegungen zur Architekturanalyse,
- ein zwölfwöchiges Ingenieurpraktikum,
- eine gesellschaftswissenschaftliche Praktikumsarbeit,
- ein Entwurf zur städtebaulichen Umgestaltung mit einem Teilbeleg am Gebiet Landschaftsarchitektur,
- ein Gesellschaftsbauentwurf mit einem Teilbeleg am Gebiet Bauklimatik sowie
- eine selbständige Auswertung der Arbeit in fünf Seminarvorträgen

durchgeführt. Die Ergebnisse lassen Vorteile eines solchen Studienabschnittes erkennen:

- Da die Einarbeitungszeit in die Problematik auf die Anfangsphase des gesamten Abschnittes beschränkt bleibt, ist es möglich, die Aufgabe tiefgründiger zu bearbeiten als es ein Komplexbeleg (Entwurf, etwa 3 Monate) erlaubt.
- Bestimmte Teilprobleme können genauer untersucht und damit die gesamte Arbeit besser theoretisch fundiert werden.
- Durch die langfristige Planung des Ausbildungsabschnittes läßt sich die Arbeit der Studenten besser organisieren und in das Forschungsanliegen des Gebietes einordnen.
- Die relative Selbständigkeit einer über einen längeren Zeitraum gemeinsam arbeitenden Studentengruppe erhöht ihre Kollektivität und die Möglichkeit einer eigenschöpferischen Tätigkeit. Das praktizierte Beispiel erlaubte es, eine Vielzahl von im Studienprozeß angeeigneten Fähigkeiten (Freihandzeichnen, Befragung ...) selbständig auszuwählen und zu erproben.
- Die enge Beziehung zwischen den Studenten und den Mitarbeitern des betreuenden Gebietes war sehr nutzbringend, d. h. die Arbeit der Studenten baute auf den Forschungsergebnissen des Gebietes auf und gab gleichzeitig Anregungen für die weitere Forschung auf dem Gebiet der Architekturanalyse.

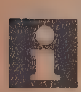
Das gute Ergebnis dieses Versuchs wurde wesentlich durch die materielle Sicherstellung des Ingenieurpraktikums seitens des Büros für Städtebau Frankfurt (Oder) und des Rates des Kreises Beeskow beeinflußt.

Wir können zusammenfassend einschätzen, daß dieser komplexe Ausbildungsprozeß ein Schritt zur effektiven Nutzung des begrenzten Zeitfonds des Architekturstudiums ist. Es bleibt zu wünschen, daß dieser Versuch sorgfältig ausgewertet und die Möglichkeit, diesen einjährigen Ausbildungstakt als festen Bestandteil ins Studium aufzunehmen, geprüft wird.



Plakatwettbewerb abgeschlossen

Der alljährlich von den Studenten des 1. Studienjahres durchgeführte Plakatwettbewerb wurde im März abgeschlossen. Er stand in diesem Jahr im Zeichen des 25. Jahrestages der Gründung der DDR und der internationalen Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes. Die besten Plakate werden zur Zeit vervielfältigt.



FDJ-Leitungen der Architekturhochschulen führten 3. Treffen durch

Am 14./15. März fand an der Kunsthochschule Berlin das dritte Treffen der FDJ-Leitungen der DDR-Architekturhochschulen statt. Schwerpunkte der Beratungen waren die Auswertung einer Ausstellung von Studentenarbeiten, Diskussion über das Ausbildungsprofil, Gedankenaustausch über die Gestaltung der Studentenseiten in der „Architektur der DDR".



Architekturstudenten bereiten 25. Jahrestag vor

Anläßlich der FDJ-Studententage der TU Dresden im April führen die Studenten der Sektion Architektur gemeinsam mit der Sektion Marxismus-Leninismus eine wissenschaftliche Studentenkonferenz durch, die Bestandteil der Vorbereitung auf den 25. Jahrestag der DDR ist.



Lehre und Praxis

WER?
FDJ-Grundorganisation Architektur, TU Dresden

WAS?
Studentenseiten

WO?
in der „Architektur der DDR"

WANN?
4 × im Jahr

Diese Seiten gestalteten:

Gudrun Stenke
Reinhard Schulze

Ein Versuch, über den man nicht nur in Dresden sprechen sollte

Die Arbeit wurde betreut von:
Leiter: Prof. Dr. sc. techn. K. Milde
Technische Universität Dresden,
Sektion Architektur,
Gebiet Theorie und Geschichte der Architektur

Mit und in Beeskow beschäftigten sich:
cand. arch. Dietmar Fischer, cand. arch. Roswitha Mauersberger, cand. arch. Gerhard Schade, cand. arch. Diethard Störzel, cand. arch. Ralf Weber

Die gesellschaftswissenschaftliche Praktikumsarbeit wurde betreut von:
Leiter: Prof. Dr. phil. habil. I. Emmrich
Technische Universität Dresden
Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften
Gebiet Kunst- und Literaturwissenschaft

Vertragspartner für den Einsatz der Praktikanten war:
Büro für Städtebau des Bezirkes Frankfurt (Oder), Direktor Galke

5



„Die besonders nach 1980 verstärkt einsetzende sozialistische Rekonstruktion und Erneuerung unserer Städte, insbesondere auch mittlerer und kleinerer Städte, verlangt schon jetzt, dafür zielstrebig den wissenschaftlichen Vorlauf zu schaffen."

Wolfgang Junker, 10. Tagung des ZK der SED, 2. 10. 1973



2



3



4

Ein Test an einer Aufgabenstellung mit Zukunft

Januar 1973. Durch das Gebiet Theorie und Geschichte der Architektur erfolgt eine erste Information über die Aufgabenstellung. Eine neue komplexe Form des Ausbildungsprozesses soll getestet, Möglichkeiten der sozialistischen Umgestaltung – gestützt auf architekturanalytische Untersuchungen – am Beispiel der Stadt Beeskow demonstriert werden. Februar, März, April 1973. Nach der traditionellen Wintersportwoche werden die notwendigen Unterlagen ausgegeben. Die Aufgabe ist bekannt, das zu lösende Problem nicht einfach. Das Wissen aus dem bisherigen Studienprozeß reicht nicht aus; verständlich, denn das Fachstudium hat erst wenige Monate zuvor begonnen. Durch theoretische Überlegungen will sich die Arbeitsgruppe (Roswitha, Dietmar, Gerhard, Diethard, Ralf, fünf Studenten des dritten Studienjahres) einen eigenen Standpunkt erarbeiten. Deshalb wird die Fachliteratur gründlich studiert, werden vorhandene Forschungsberichte ausgewertet, Lösungsmöglichkeiten erwogen, geprüft, für gut befunden oder auch wieder verworfen. Gemeinsam mit den Mitarbeitern des betreuenden Gebietes wird in regelmäßigen Konsultationen die Richtung der weiteren Arbeit festgelegt, denn diese Problematik steht in enger Wechselbeziehung zum Forschungsanliegen des Gebietes Theorie und Geschichte der Architektur. In weiteren, die Entwicklung des Kollektivs fördernden Diskussionen wird eine Methode erarbeitet, die die Grundlage für die architekturanalytische Untersuchung im Praktikum bilden soll. Mai, Juni, Juli 1973. Nach dem ersten Kennenlernen von Beeskow beginnt die Arbeit. In wochenlanger, kontinuierlicher Tätigkeit wird die Methode praktisch getestet, korrigiert und ergänzt, werden neue Wege gesucht. So entstand auch die Idee, das Freihandzeichnen für die architekturanalytische Erfassung zu verwenden. Das Freihandzeichnen ist ein Weg, die Umwelt zu erkennen und entsprechend zu abstrahieren. Mehrere Tage wird in Beeskow gezeichnet (Stadtsilhouette, Straßen- und Platzräume, ausgewählte Bauwerke); jeder hat eine andere „Handschrift". Die Ergebnisse werden verglichen, die für die Gesamtarbeit aussagekräftigste Form ausgewählt. Durch genaues Beobachten werden die Formmerkmale der vorhandenen Bausubstanz im Stadtkern untersucht und theoretisch verallgemeinert. Um die gegenwärtige Stadtstruktur verstehen zu können, ist es notwendig, sich mit ihrer Entstehung und ihrer historischen Entwicklung auseinanderzusetzen. Will man aber die Stadtstruktur im sozialistischen Sinne verändern, muß man die Grundgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung nicht nur kennen, sondern es verstehen, sie praktisch anzuwenden. Deshalb erhält die gesellschaftswissenschaftliche Praktikumsarbeit eine besondere Bedeutung. Das von der Praktikantengruppe in Beeskow bearbeitete Thema: „Zur Kulturfunktion eines historischen Ensembles in der sozialistischen Gesellschaft" ist Teil der theoretischen Fundierung für die sozialistische Umgestaltung der architektonischen Umwelt. Was emotional erkannt ist, wird nun wissenschaftlich begründet. Zur „Halbzeit" des komplexen Ausbildungsprozesses sind die theoretischen Grundlagen für die sozialistische Umgestaltung Beeskows zusammengefaßt, sind bereits praktische Vorstellungen zu einer Umgestaltungskonzeption vorhanden, dargestellt in vielen Zeichnungen, Fotos und Manuskriptseiten. September, Oktober, November 1973. Weltfestspiele und Ferien sind vorbei; die Arbeit an der sozialistischen Umgestaltung Beeskows geht auch im vierten Studienjahr weiter. Durch die genaue Kenntnis der Probleme Beeskows können die Studenten sofort mit der eigentlichen Entwurfsbearbeitung beginnen. In dieser Phase teilt sich die Gruppe: Roswitha und Ralf beschäftigen sich mit der Gestaltung des Marktplatzes, vor allem mit dem Entwurf eines repräsentativen Gesellschaftsbaus für administrative, kulturelle und gastronomische Zwecke. Dietmar, Gerhard und Diethard entwickeln aus der vorhandenen Stadtstruktur eine Konzeption für die sozialistische Umgestaltung Beeskows in räumlichen und zeitlichen Etappen, wobei sie sich auf den historisch wertvollen Stadtkern konzentrieren. Jede Umgestaltungsetappe wird aus der vorhergehenden entwickelt (Abb. 2, 3, 4). Dabei wird im Erläuterungsbericht ganz richtig festgestellt, daß die sozialistische Umgestaltung ein dialektischer Prozeß ist, das heißt, daß die jetzt als Zielfunktion ausgewiesene 3. Stufe in jeder Umgestaltungsphase aufs neue in ihrer Aussage geprüft und präzisiert werden muß. Dieser Umgestaltungsentwurf, der übrigens durch einen Teilbeleg am Gebiet Landschaftsarchitektur abgerundet wird, ist nicht als unmittelbare Vorstufe zu einem Projekt zu sehen, sondern soll die Richtung der sozialistischen Umgestaltung Beeskows – und verallgemeinert der sozialistischen Umgestaltung der Klein- und Mittelstädte überhaupt – unter gestalterischem Aspekt bestimmen. Februar 1974. Die unmittelbare Bearbeitung des Entwurfs ist längst abgeschlossen, die Problematik jedoch nicht vergessen. Nachdem die Studenten etwas Abstand zu ihrer Arbeit gewonnen haben, schätzen sie nochmals ihre Leistungen ein. Dabei entsteht eine klarere, kürzere, präzisere Darstellung des Problems. Die Wertigkeiten bestimmter Teilprobleme verschieben sich, verschiedene Aussagen werden ergänzt oder auch neu formuliert. Dieses nun endgültige Ergebnis wird abschließend in fünf Seminarvorträgen (jeder Student spricht etwa 30 Minuten über ein Teilproblem) erläutert, durch Beispiele veranschaulicht und zur Diskussion gestellt. Die gespannte Aufmerksamkeit der Hochschullehrer und Studenten sowie die rege Beteiligung von Praxisvertretern an den Seminaren sind der Lohn für ein Jahr kontinuierliche Arbeit.

1 Blick vom Kirchturm auf die Brandstraße

2|3|4 Vorschlag für die etappenweise Umgestaltung von Beeskow, Lagepläne

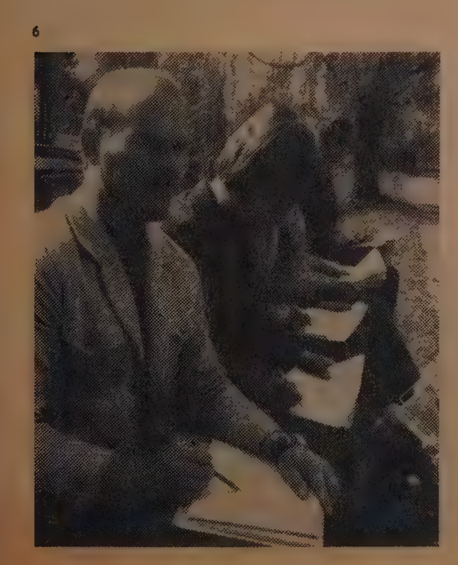
5 Erfassung der Formmerkmale der Bebauung in der Breiten Straße und daraus entwickelter Vorschlag für die sozialistische Umgestaltung

6 Beim Zeichnen

7 Blick vom Kirchturm auf die Brandstraße (Skizze)

8 Blick zum Kirchplatz

6



7



8





INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Bauingenieur Hans Cott, Jena,
3. September 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur
Oskar Ritzau, Leipzig,
5. September 1909, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Walter Schubert,
Kamenz,
7. September 1924, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Arch. Herbert Wagner, Berlin,
10. September 1919, zum 55. Geburtstag

Architekt Prof. Dipl.-Ing.
Werner Dutschke, Berlin,
12. September 1919, zum 55. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Ernst Magnus,
Neubrandenburg,
12. September 1909, zum 65. Geburtstag

Architekt Kurt Schäfer, Berlin,
15. September 1909, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Ernst Zink,
Berlin,
18. September 1914, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Josef Müller,
Berlin,
19. September 1914, zum 60. Geburtstag

Architekt Prof. Dr.-Ing. Heinz Nitschke,
Halle,
22. September 1919, zum 55. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Gert Widder,
Arnstadt,
22. September 1919, zum 55. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Günter Vogel,
Gera,
23. September 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Gerhard Herrmann,
Brandenburg,
29. September 1919, zum 55. Geburtstag

AG Verkehrsbau konstituierte sich

Das Büro des Präsidiums des BdA der DDR hat auf seiner Sitzung am 7. 12. 1972 die Bildung einer Arbeitsgruppe „Verkehrsbau" innerhalb der zentralen Fachgruppe Industriebau beschlossen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe wurden mit Schreiben des Präsidenten des BdA/DDR vom 16. 8. 1973 berufen.

Die konstituierende Sitzung der AG „Verkehrsbau" fand am 27. Februar 1974 im Berliner Club der Kulturschaffenden, „Johannes R. Becher", in Anwesenheit des Vorsitzenden der ZFG „Industriebau", Böttcher, statt.

Die Arbeitsgruppe ist ein überbezirkliches Organ des Bundes, das die Aufgaben und Interessen der Architekten der verschiedenen Verkehrsprojektanten wahrnimmt und koordiniert.

Die Arbeit der AG steht bei einer fachlichen Eigenständigkeit doch unter Verantwortung und Anleitung des Vorsitzenden der ZFG Industriebau.

Das Hauptanliegen der AG besteht in der Verknüpfung der politischen Grundfragen mit unserem Arbeitsauftrag. Dabei wird die Zusammenarbeit mit den Chefarchitekten der Industrieprojektierungen, den Fachkollegen der sozialistischen Länder und der KDT angestrebt.

Der AG „Verkehrsbau" gehören Vertreter des BMK, des EVDR und der Hochschule für Verkehrswesen an.

Für die Leitung der AG wurden gewählt
als Vorsitzender:
Architekt BdA/DDR Dr.-Ing. Pfaff (EVDR)
als Vertreter:
Architekt BdA/DDR Dieter (BMK Ost)
als Vertreter:
Architekt BdA/DDR Lüderitz (EVDR)

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit wurde Kollege Lüderitz als ständiges Mitglied in die ZFG „Industriebau" delegiert. Dr. Pfaff erläuterte eine langfristige Arbeitskonzeption der AG.

Für das Jahr 1974 sieht die AG zwei Veranstaltungen vor:

- Eine zentrale Arbeitsberatung in Berlin-Schönefeld über den Verkehrsknoten Berlin-Schönefeld aus der Sicht der verschiedenen Verkehrsträger
- Ein internationales Kolloquium im September 1974 in Berlin über den Bau von Gleisbildstellwerken.

Architekt BdA/DDR Richter

Bauakademie der DDR

Erste Tagung der Sektion Wohn- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR im Jahre 1974 in Karl-Marx-Stadt

Über die Beratungen der Sektion Wohn- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR ist schon früher berichtet worden (siehe deutsche architektur, Heft 10/1973).

Die Schwerpunkte der Tagung dieses Fachgremiums im April 1974 in Karl-Marx-Stadt waren erstens die weitere Qualifizierung der WBS 70 und zweitens die Bereitstellung der Vorfertigungskapazitäten für die Realisierung des Wohnungsbauprogrammes nach den Beschlüssen der Partei- und Staatsführung.

Der Direktor des Institutes für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Prof. Dipl.-Ing. Herholdt, sowie Dipl.-Ing. Ullmann stellten zum ersten Schwerpunkt folgende Arbeitsergebnisse des Institutes für Wohnungs- und Gesellschaftsbau vor.

Unter der Leitung dieses Institutes ist im September 1973 der Kooperationsverband WBS 70 gegründet worden, dem bis zum Zeitpunkt der Beratung der Sektion in Karl-Marx-Stadt bis auf wenige Ausnahmen sämtliche Wohnungsbaukombinate der DDR angehören. Damit ist die einheitliche Entwicklung der WBS 70 in der DDR prinzipiell gewährleistet. Zur Tagung ist der Sektion ein Katalog ausgehändigt worden, der die Ergebnisse der ersten Arbeitsphase des Kooperationsverbandes WBS 70 enthält. Mit diesem Katalog wird der Nachweis der weitgehenden Variationsfähigkeit der Grundrisse, Baukörper und städtebaulichen Räume auf der Grundlage der WBS 70 geliefert. So sind 8 Einraum-Wohnungen, 8 Zweiraum-Wohnungen, 13 Dreiraum-Wohnungen, 11 Vierraum-Wohnungen und 2 Fünfraum-Wohnungen in diesem Arbeitsmaterial dargestellt. Als Projektierungsbausteine werden 8 fünfgeschossige Segmente, 11 elfgeschossige Segmente und zusätzlich ein elfgeschossiges Punkthaus vorgesehen; keilförmige Verbinder für konkave und konvexe Knicke und Kurven, sowie Verbinder für Eckausbildungen und Versetzer ergänzen das Sortiment.

Der Kooperationsverband setzt seine Arbeit in planmäßiger Arbeitsteilung zwischen den Wohnungsbaukombinaten fort. Der Direktor des Institutes für Wohnungs- und Gesellschaftsbau nimmt die Tagung der Sektion zum Anlaß, den mitwirkenden Kombinaten für ihre hervorragende Einsatzfreudigkeit und für ihre bisherige gute Arbeit im Namen der Bauakademie der DDR zu danken. Zum zweiten Schwerpunkt ergänzte Kollege Hildebrandt vom Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau die Grundsatzausführungen des Institutsdirektors. Es wurde die gesamte Bilanz des Bestandes und des Bedarfes an Vorfertigungskapazitäten dargestellt und davon die Aufgabenstellung für das Bauwesen auf diesem Gebiet abgeleitet. Es wurde deutlich, daß die Kräfte nicht nur auf ein Importprogramm, sondern gleichzeitig vor allem auch auf die systematische Rationalisierung der vorhandenen Plattenwerke, auf deren intensive Erweiterung und auf die Schaffung neuer Vorfertigungskapazitäten aus eigener Produktion einzusetzen sind. Es wurde ausführlich die technologische Konzeption eines Plattenwerkstyps erläutert, der von Vertretern der Sowjetunion und von Vertretern der DDR erarbeitet worden ist. Dieser Typus ist die Grundlage für ein Programm, nach dem von der DDR Plattenwerke aus der Sowjetunion importiert werden.

Nach diesem entscheidenden Beitrag des Institutes zur Sektionsarbeit nahm der Vorsitzende der Sektion, Prof. Dr.-Ing. habil. Deutschmann, die Berichte der Leiter der Arbeitsgruppe der Sektion entgegen. Es berichteten für die Arbeitsgruppe „Prognose und Entwicklungstendenzen" Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel, für die Arbeitsgruppe „Systemlösungen" Prof. Dr. Rühle, für die Arbeitsgruppe „Konstruktionen und Verfahren" Kollege Ulbrich und für die Arbeitsgruppe „Rekonstruktion und Instandhaltung" Kollege Eichelkraut.

Die Berichte gaben fast ausnahmslos Auskunft über rege Aktivitäten in den Arbeitsgruppen zwischen den Beratungen im Plenum der Sektion.

Die am zweiten Tage geführten Diskussionen, zu denen die Sektionsmitglieder sehr zahlreich ihre Beiträge gaben, wurden vom Vorsitzenden als außerordentlich konstruktiv und positiv gewertet. In ihren Beiträgen beschäftigten sich die Redner mit solchen Grundsatzproblemen wie technologische und gestalterische Beherrschbarkeit der Erdgeschoßzonen im industriellen Wohnungsbau, Einsatz der WBS 70 in Klein- und Mittelstädten sowie mit der Forderung nach der synchronen Entwicklung der Wohn- und Gesellschaftsbauten für das Finalprodukt sozialistischer Wohnkomplex. Bei allen Beiträgen herrschte der Aspekt des Zukunftsdenkens vor, und es kam das unmittelbare Verantwortungsbewußtsein der Beteiligten für diese große Aufgabe zum Ausdruck. Das wurde nachdrücklich vom Vorsitzenden in seiner Zusammenfassung der Ergebnisse der ersten Tagung zum Ausdruck gebracht. Die

getroffenen Festlegungen dienen der konkreten Unterstützung der Arbeit des Institutes für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR.

Vorträge von Prof. Dr.-Ing. habil. Deutschmann zum industriellen Wohnungsbau in verschiedenen europäischen Ländern und von Dr.-Ing. F. Krause zur Entwicklung räumlicher Elemente für den industriellen Wohnungsbau beschlossen die erste Tagung der Sektion im Jahre 1974.

Die Mitglieder der Sektion werden sich im Herbst 1974 zu ihrer zweiten Tagung treffen.

Dr.-Ing. F. Krause

Temposteigerung im Wohnungsbau durch Bündnis Produktion–Wissenschaft

Konkrete Verpflichtungen zur Erhöhung des Produktionsniveaus gingen Kollektive des Wohnungsbaukombinates Berlin und der Bauakademie der DDR ein. Auf einer gemeinsamen Gewerkschaftsaktivtagung nahmen sie einstimmig den Beschluß an, für die Vorbereitung und Einführung der Wohnungsbauserie 70 einen komplexen sozialistischen Wettbewerb zu führen. Bei WBS 70 elfgeschossig sind 1975 eine Bauzeit von 80 Tagen pro Normalblock mit 88 Wohnungen sowie Einsparungen an Betonstahl und Zement zu erreichen. Bei WBS 70 fünfgeschossig ist der Arbeitszeitaufwand pro Wohnung auf 420 Stunden zu senken.

Die Wettbewerbsanstrengungen der Produktions- und Forschungskollektive konzentrieren sich u. a. darauf, vorkomplettierte großflächige Dachelemente mit Polyurethanbeschichtung zu entwickeln und anzuwenden. Die Aufzugsschächte werden künftig in Auswertung sowjetischer Erfahrungen aus vorkomplettierten Raumelementen montiert, die Rohbaumontagezeiten für den Aufzugbau verkürzen sich dabei um 70 Prozent, der Betonanteil verringert sich um 45 Prozent. Für Badzellen im Glockengußverfahren, im Moskauer Wohnungsbau seit Jahren bewährt, wird eine Pilotanlage aufgebaut. Bei Fußböden soll die Unterkonstruktion mit der Einführung der Zwangsmontage entfallen. Ausbaumaterialien werden künftig in Containern angeliefert. Mit der Einführung der Lasermeßtechnologie für den fünfgeschossigen Wohnungsbau ab Herbst 1974 werden zeitaufwendige Meßverfahren abgelöst. Und nicht zuletzt werden Kleinmechanisierungsgeräte entwickelt und eingeführt, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bauarbeiter wesentlich verbessern.

Für viele dieser Aufgaben werden in enger Zusammenarbeit von Produktions- und Forschungskollektiven neue Verfahren und Technologien erprobt und angewendet.

Der Hauptdirektor des WBK Berlin, Eugen Schröter, wies darauf hin, daß in der Hauptstadt eine außergewöhnliche Zuwachsrate im Wohnungsbau erzielt werden muß. Die Anzahl der zu bauenden Wohnungen beträgt in diesem Jahr 6400, bis 1980 werden je Jahr 12 000 Wohnungen errichtet. Der Präsident der Bauakademie der DDR, Prof. Werner Heynisch, hob hervor, daß die erforderlichen durchschnittlichen Zuwachsraten im Wohnungsbau von mindestens 7,5 bis 8 Prozent hohe Anforderungen stellen, insbesondere müssen die Arbeitsproduktivität gesteigert, die Materialökonomie verbessert und die Bauzeiten verkürzt werden. Die WBS 70 schafft gute Voraussetzungen für die quantitative Erfüllung des Wohnungsbauprogramms, für die Gestaltung schöner und erlebnisreicher Wohngebiete und führt durch ihre Übereinstimmung von Konstruktion und Technologie zu hoher Arbeitsproduktivität. Den Hauptweg bildet dabei die Intensivierung der Produktion, um gute Ergebnisse bei der Leistungs- und Effektivitätsentwicklung im komplexen Wohnungsbau zu erreichen.

Tagungen

Zweites Hochschulkolloquium Ausbau

Am 22. und 23. 4. 1974 fand im Rahmen der FDJ-Studententage an der HAB Weimar – Sektion Architektur – das 2. Hochschulkolloquium Ausbau statt.

Wissenschaftler und Studenten aus fünf Hochschulen stellten in ihren Referaten und Beiträgen Forschungs- und Studienergebnisse zur weiteren Industrialisierung des Ausbaus und der TGA sowie zur Komplexität aller mit dem Ausbau unmittelbar verbundenen Schritte des Bauprozesses vor.

Das Kolloquium kann als gelungenes und ergebnisreiches Forum interdisziplinärer Verständigung eingeschätzt werden. Es soll nach Übereinkunft der beteiligten Wissenschaftsdisziplinen mit zweijährigem Abstand periodisch wiederholt werden.

Die Themen der insgesamt 14 Referate reichten von Aspekten der Industrialisierung des Ausbaus in Lehre und Forschung (Prof. Dr. Heinicke) über Fragen der Technologie (Dr. Fritzsche, Dr. Götting, H.-Ing. Hübler), des Passungswesens (Dipl.-Ing. Stauzenberg, H.-Ing. Matzke), des instandhaltungsgerechten Ausbaus (Prof. Dr. Bach, Dipl.-Ing. Dietrich) bis zu Berichten über die räumliche Gestaltung der Arbeits- und Wohnumwelt (Dipl.-Ing. Steinert, Dr.-Ing. Franz, Dr.-Ing. Geisler, Dipl.-Arch. Kuntzsch). Eine spezielle Ausstellung mit Studentenarbeiten aus den fünf teilnehmenden Hochschulen, ein geselliger Abend im Studentenklub „Kasseturm" sowie die Möglichkeit, an weiteren Veranstaltungen der FDJ-Studententage der Weimarer Hochschulen teilzunehmen, erweiterten das Programm.

Zwischen den Kolloquien sollen Erfahrungsaustausche an den verschiedenen HS-Orten stattfinden, die der Arbeit der Ingenieure, Architekten und Formgestalter gleichermaßen dienen können. Bei künftigen Kolloquien sollen Experten und verantwortliche Vertreter aus Betrieben sowie aus angrenzenden Industriezweigen und Institutionen hinzugezogen werden.

Prof. Dr.-Ing. habil Anita Bach

Bücher

Im August 1974 erscheinen im VEB Verlag für Bauwesen

Bochmann
Statik im Bauwesen
Bd. 1 Einfache statische Systeme
10. Auflage

Garms
Handbuch für den Heizungsingenieur
12. Auflage

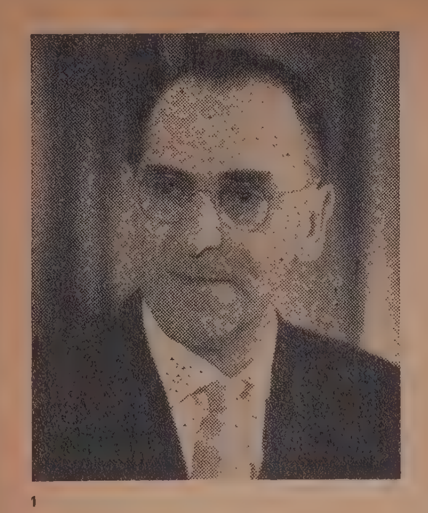
Knaupe
Erdbau
1. Auflage

Knebel
Konstruktion und Funktion der Bauelemente und Bauwerksteile
2. Auflage

Mönck
Holzbau
Grundlagen für Bemessung und Konstruktion
5. Auflage

Wilcke
Stuck- und Gipsarbeiten
3. Auflage





1

In memoriam Heinrich Rettig

Am 20. April 1974 verstarb nach langer Krankheit, kurz vor Vollendung seines 74. Lebensjahres, Prof. (em.) Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Heinrich Rettig, Architekt, Inhaber des ehemaligen Lehrstuhls für Baukonstruktions- und Entwurfslehre und Direktor des Instituts für Ausbautechnik im Hochbau an der Fakultät für Bauwesen der Technischen Universität Dresden.

Heinrich Rettig wurde im Jahre 1942 als Ordentlicher Professor an die damalige Technische Hochschule Dresden berufen, an der er bis zum Jahre 1967 wirkte. Nach dem zweiten Weltkrieg war er vorübergehend freischaffend tätig, und von 1948 bis 1949 lehrte er an der Staatlichen Hochschule für Baukunst und Bildende Künste in Weimar.

Angeregt vor allem durch die Schriften und Zeichnungen Heinrich Tessenows begann Heinrich Rettig im Jahre 1919 das Architekturstudium an der Technischen Hochschule Darmstadt, wo er im Sommer 1921 das Vordiplom ablegte. Der entscheidende Einfluß ging jedoch von der Stuttgarter Schule und deren Repräsentanten Schmitthenner und Bonatz auf ihn aus. Hier diplomierte er im Jahre 1925 bei Paul Bonatz mit Auszeichnung.

Sein Bestreben, nach dem Studium vielseitige Erfahrungen zu sammeln, führte ihn zu verschiedenen Meistern. Von 1925 bis 1927 war er bei Prof. Riemerschmid in München und Köln. Unter dem damaligen Kölner Baudirektor Abel bearbeitete er Entwürfe für Neubauten der Kölner Universität. Als Abel im Jahre 1930 die Nachfolge Theodor Fischers an der Technischen Hochschule München antrat, nahm er als Assistent Heinrich Rettig mit, der bis 1934 dort tätig war.

Sein erster großer Wettbewerbserfolg, eine Schule in Neuharlaching, der ihm auch den Bauauftrag einbrachte, begründete sein achtjähriges fruchtbringendes Wirken als freischaffender Architekt in München. In dieser Zeit entstanden viele bedeutende Bauten, wie das Rathaus in Pasing, Wohnsiedlungen in Linz und weitere Schulen.

Sein Wirken als Hochschullehrer nach 1945 war von hoher Wirkung auf die junge Generation. Seine hohe Ausstrahlungskraft und Fähigkeit, Begeisterung zu wecken, lag in seinem persönliches Vorbild und seinem Mut zum Bekenntnis begründet. Sein Streben nach Sachlichkeit und Wahrheit, seine ständige Sorge um die praktische Ausführung und sparsame Verwendung der Mittel haben wesentliche berufsethische Züge des Bauingenieurs und Architekten im Zeitalter der Industrialisierung geprägt. Mit besonderer Energie wandte er sich der Verbesserung der Architekten- und Bauingenieurausbildung auf Grund der Forderungen des industriellen Bauens zu. Es war sein Ziel, die Profile beider Fachrichtungen, die in der Praxis den Bauprozeß gemeinsam gestalten, auch in der Ausbildung zu einer stärkeren Gemeinsamkeit zu führen. Er rief die Fachrichtung Hochbau ins Leben, die auf Konstruktionstechnik und Vorfertigung orientierte Bauingenieure ausbildete. Ein persönliches Beispiel gebend, wirkte er als Architekt in den letzten Jahren seiner Lehrtätigkeit bei den Bauingenieuren und übernahm selbst die Leitung dieser Fachrichtung.

Rettigs Lehr- und Forschungstätigkeit war eingerahmt in ein ständig schöpferisches Wirken als Architekt. Er hat durch seine Bauten das neue Stadtbild in Dresden mit geprägt. Als Aktivist der ersten Stunde setzte er seine volle Kraft für die Beseitigung der schrecklichen Zerstörungen in Dresden ein. Nach einem erfolgreichen Wettbewerb zum Bau des Sorbenhauses in Bautzen, den er gemeinsam mit Friedrich Rötschke bestritt, entwarf er 1950 unter den Bedingungen größter Sparsamkeit die Internatsbauten der ehemaligen Arbeiter- und Bauernfakultät, einer reizvollen städtebaulichen Anlage. Es folgten mehrere Studentenwohnheime an der Leningrader Straße, Wohnhochhäuser an der Freiberger Straße, Bauten der Pädagogischen Hochschule und der Technischen Universität. Seine intensive Bautätigkeit war ständig mit Experimenten durchflochten: neuartige Oberflächenbeschichtungen, genauigkeitssteigernde Maßnahmen, neue Fensterkonstruktionen, Fugenausbildungen, um nur einige zu nennen. Mitarbeiter und Studenten waren schöpferisch an seinen Arbeiten beteiligt und fanden hier ein ideales Feld der Ausbildung, Forschung und Entwurfstätigkeit.

Rettig wandte sich vorwiegend dem Gesellschaftsbau zu. Die Schulen in Zwickau-Eckersbach und Gröfentonna entstanden in den Jahren 1956 und 1960. Durch seine Arbeit in zentralen Kommissionen hat er auch die Entwicklung des Schulbaues in der DDR maßgeblich beeinflußt.

Was Heinrich Rettigs Werk so verdienstvoll für uns macht, ist die Tatsache, daß er seinen Auftrag als Architekt, den er mit Leidenschaft erfüllte, beständig mit der wissenschaftlichen Durchdringung des Bauens verband.

Das Überzeugende in seiner Arbeit lag vor allem darin, daß er als Architekt selbst den Beweis für die Vereinbarkeit zwischen der aus ökonomischen Gründen notwendigen Vereinheitlichung der Maße und der uneingeschränkten Gestaltungsbreite antrat.

Die wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Normung, des Austauschbaues und der Ausbautechnik haben seinen Ruf in den internationalen Rang gehoben. Als Mitglied vieler internationaler Gremien hat er besonders in den Zeiten, da die DDR noch um ihre Anerkennung rang, die Interessen unserer Gesellschaft und unserer aufstrebenden Bauwirtschaft mutig vertreten. Er war Mitglied der ISO (Internationale Standard-Organisation), der IMG (Internationale Modular-Gruppe) und des CIB (Internationaler Rat für Bauforschung).

Heinrich Rettig war eine Persönlichkeit mit hoher gesellschaftlicher Ausstrahlung. Als Gründungsmitglied im Bezirksvorstand Dresden des Bundes der Architekten in der DDR war er von 1965 bis 1969 Vorsitzender der Bezirksgruppe Dresden und zugleich Mitglied des Bundesvorstandes und des Präsidiums des Bundes. Seine Verdienste in diesem Gremium und seine baukünstlerische Leistung wurden mit der Verleihung der Schinkel-Medaille in Gold gewürdigt.

Sein erzieherischer Einfluß auf die heutige Generation ist überall sichtbar. Daß die DDR heute einen führenden Platz im industriellen Bauen einnimmt, ist nicht zuletzt sein Verdienst. Die Ehrungen, die ihm zuteil wurden, sind nur ein äußeres Zeichen. Die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, an der er nach dem Krieg bis 1949 tätig war, verlieh ihm die Ehrendoktorwürde. Er wurde Verdienter Techniker des Volkes und Träger der Verdienstmedaille der DDR. Mit der Verleihung der Heinrich-Tessenow-Medaille in Gold wurde seine Bedeutung für die Entwicklung von Baukunst und Bautechnik in besonderem Maße gewürdigt.

Leben und Werk Heinrich Rettigs haben sich erfüllt. Wir gedenken seiner, indem wir in seinem Sinne wirken.

Prof. Dr.-Ing. habil. Deutschmann

2



1
Heinrich Rettig
geb. 23. 6. 1900 in Speyer
gest. 20. 4. 1974 in Dresden

2
Ansicht Rathaus München-Pasing 1936

3
Handskizze von H. Rettig für die Gestaltung der Wohnheime der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät an der TH Dresden 1949

4
Studentenwohnheim an der Leningrader Straße in Dresden, erbaut 1960 bis 1962

3



4



Kurzfassung

DK 72:061.231:061.3

Gericke, H.

Die Aufgaben der Organe des Bundes der Architekten der DDR in Vorbereitung des 7. Bundeskongresses 1975

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, S. 452 bis 453

Der Bundesvorstand des Bundes der Architekten der DDR beschloß, den 7. Bundeskongreß im Jahre 1975 durchzuführen. Auf der Bundesvorstandssitzung legte der 1. Vizepräsident, Prof. Gericke, in seinem Referat die Aufgaben dar, die in Vorbereitung des 7. Bundeskongresses im Mittelpunkt der Arbeit der Betriebs-, Bezirks- und Fachgruppen des BdA/DDR stehen werden. Dabei behandelte er vor allem Probleme der langfristigen städtebaulichen Planung, der städtebaulichen Qualität neuer Wohngebiete und der Entwicklung im Wohnungs- und Gesellschaftsbau.

DK 658.012.2:711.58:725/727:728.1:351.778.5

Wagner, R.

Probleme der Planung gesellschaftlicher Einrichtungen beim Bau neuer Wohngebiete

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, S. 454 bis 455,
7 Grafiken, 2 Modellfotos, 1 Schaubild, 1 Plan

Wichtiger Bestandteil des Wohnungsbauprogramms der DDR ist der Bau von gesellschaftlichen Einrichtungen in den Wohngebieten. Der Autor legt dar, wie durch einen effektiven Einsatz der Mittel, die für den komplexen Wohnungsbau zur Verfügung stehen, die Qualität und die Komplexität der Gemeinschaftseinrichtungen erhöht werden können.

DK 711.58:711.417.5

Klügel, S.; Schumacher, G.; Mauke, E.; Stoll, V.

Ein neues Jenaer Wohngebiet – Lobeda-West

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, S. 456 bis 463
2 Tabellen, 12 Abbildungen, 6 Lageskizzen

Lobeda-West ist Teil einer großen Flußterrasse, die sich weit in das Saaletal hineinschiebt als südliche Begrenzung der Saaleaue. 80 ha stehen als Gesamtbauland ausschließlich der Randstreifen und Sicherheitsabstände zur Verfügung. Damit wird eine Einwohnerdichte von 270 Einwohner je ha erreicht. Bis zum Abschluß der Bauarbeiten im Jahre 1975 sollen hier etwa 21 700 Bürger wohnen. Davon sind 5400 in Lehrlings- und Studentenheimen, 1000 in Wohnheimen für Jungfacharbeiter und 1700 in Arbeiterwohnunterkünften untergebracht.
Die Wohnbebauung ist im wesentlichen fertiggestellt, lediglich die gesellschaftlichen Einrichtungen im Zentrumsbereich müssen noch ergänzt werden. Der Wohnungsbau wirkt städtisch, ist einfallsreich gestaltet, und die Wohnungsgrundrisse sind qualitativ gut gelöst.

DK 727.111 + 725.573

Möckel, U.

Vorschuleinrichtungen in der 5-Mp-Bauweise im Bezirk Suhl

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, S. 464 bis 467,
3 Grundrisse, 1 Schnitt, 1 Ansicht, 7 Abbildungen

Auf der Grundlage der 5-Mp-Bauweise wurde für den Bezirk Suhl eine neue Vorschuleinrichtung entwickelt. Das Bauwerk ist in mehrere Bauwerksteile aufgelöst, um verschiedenen Kapazitätsanforderungen gerecht zu werden. Das vorliegende Projekt ist für 144 Kindergarten- und 72 Kinderkrippenplätze ausgelegt. Die Bauteile für den Kindergarten sind im gleichen konstruktiven Grundraster entwickelt worden. Sie bestehen funktionell aus den Gruppeneinheiten, der Zentraleinheit und der Verkehrseinheit.
Das Gebäude wurde in Großtafelbauweise der Laststufe 5 Mp nach dem Querwandprinzip mit aussteifender Mittellängswand errichtet.

DK 725.826:796 (47 + 57) 658.012.2

Maschinsky, V. A.

Sportbauten der Zukunft

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, S. 476 bis 479
2 Schemata, 1 Modell

In diesem Beitrag analysiert der Autor, ausgehend von der ständig wachsenden Rolle der Körperkultur und des Sports in der sozialistischen Gesellschaft – die Tendenzen für den Bau neuer Sportanlagen in der Sowjetunion.
In der Perspektive werden in der Sowjetunion – auch unter Berücksichtigung einer immer weiteren Spezialisierung der Sportarten – Typen von Bautenkomplexen entstehen, deren variable Sektionen so projektiert werden, daß sie im Bedarfsfall erweitert werden können. Für die Sportanlagen der Zukunft sind ferner leicht montierbare Tragluftbedachungen und Abschirmvorrichtungen vorgesehen.
Insgesamt wird davon auszugehen sein, daß auf der Grundlage einer begrenzten Anzahl von Typenelementen eine Vielzahl interessanter Varianten angeboten werden wird, die dazu beitragen, das architektonische Bild der Stadt von morgen zu prägen.

DK 728.5(439)

Finta, J.

Neue Hotelbauten in Budapest

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, S. 486 bis 489,
8 Abbildungen, 6 Grundrisse, 1 Schnitt

Der ungarische Architekt J. Finta – Staats- und Ybl-Preisträger – stellt hier zwei Hotelneubauten in Budapest vor, die die Architekten des Entwurfskollektivs vor besondere städtebauliche Probleme stellte. Die Hotels Duna Intercontinental und Volga haben sich bereits im Betrieb bewährt. Das erstere Hotel entstand am linken Donauufer als relativ niedriger, langgestreckter Baukörper in Anlehnung an den ehemaligen traditionellen Gebäudekomplex. In 349 Gastzimmern können 700 Gäste Platz finden. Das Hotel Volga – anläßlich der Jagd-Weltausstellung 1971 eröffnet – wurde aus Plattenelementen des Wohnungsbaus errichtet und weist einen zehngeschossigen Bettentrakt und einen zweigeschossigen Flachbau für die Gesellschaftsräume auf. Insgesamt verfügt es über 308 Gastzimmer für 732 Gäste.

Содержание

УДК 72:061.231:061.3

Gericke, H.

452 **Задачи органов Союза архитекторов в ГДР в подготовке 7-го конгресса Союза в 1975 г.**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, стр. 452 до 453

Правление Союза архитекторов в ГДР решило провести 7-й конгресс Союза в 1975 г. На заседании правления 1-й вице-президент, профессор Герикке, в его докладе указал на задачи, стоящие в центре работы заводских, районных и отраслевых групп Союза в подготовке 7-го конгресса. При этом он в первой очереди занимался проблемами долгосрочного градостроительного планирования, градостроительного качества новых жилых районов и дальнейшего развития общественного и жилищного строительства.

УДК 658.012.2:711.58:725/727:728.1:351.778.5

Wagner, R.

454 **Проблемы планирования общественных устройств при строительстве новых жилых районов**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, стр. 454 до 455,
7 граф. изобр., 2 модельных фото, 1 диаграмма, 1 план

Строительство общественных устройств в жилых районах является важным компонентом программы жилищного строительства в ГДР. Автор показывает пути повышения качества и комплексности общественных устройств с помощью более эффективного использования средств комплексного жилищного строительства.

УДК 711.58:711.417.5

Klügel, S.; Schumacher, G.; Mauke, E.; Stoll, V.

456 **Лобеда-Вест — Новый жилой район в г. Иена**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, стр. 456 до 463,
2 табл., 12 илл., 6 рис.

Лобеда-Вест является частью обширной речной террасы, которая распространяется в долину реки Заале как ее южное ограничение. Общая территория застройки покрывает плоскость в 80 гектаров, не считая краевые области и предохранительные расстояния. Таким образом можно достигаться плотность населения в 270 жителей на га. До окончания строительных работ в 1975 г. здесь будут жить около 21 700 граждан, из которых 5 400 помещены в общежитиях для учеников и студентов, 1 000 в домах молодых рабочих и 1 700 в общежитиях для рабочих. Жилищная застройка в общем завершена, следует еще дополнить общественные устройства в центре. Застройка производит городское впечатление, оформление интересное, и горизотальные проекции квартир хорошо решены в качественном отношении.

УДК 727.111 + 725.573

Möckel, U.

464 **Дошкольные устройства по 5-Мп-режиму строительства в зульском районе**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, стр. 464 до 467,
3 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе, 1 вид, 7 илл.

На основе 5-Мп-режима строительства было разработано новое дошкольное устройство в зульском районе. Здание расчленено на ряд элементов с целью выполнения различных требований к качеству. Настоящий проект предусматривает 144 места в детском саду и 72 места в яслях. Строительные элементы для детского сада выработаны по одинаковому основному плану. По функциям, они состоят из групповых единиц, центральной единицы и единицы коммутации. Здание возведено в крупнопанельном строительстве, ступень нагрузки 5 Мп, по принципу поперечных стен, со средней продольной стеной как элементом жесткости.

УДК 725.826:796 (47 + 57) 658.012.2

Maschinsky, V. A.

476 **Спортивные сооружения — завтра**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, ст. 476 до 479,
2 схемы, 1 модель

Исходя из постоянно возрастающей роли физкультуры и спорта в социалистическом обществе, автор анализирует тенденции строительства новых спортивных сооружений в СССР. В перспективе в Советском Союзе — также с учетом дальнейшего специализирования спорта — возникнут типовые комплексы сооружений, переменные секции которых будут проектированы так, чтобы они могли расширяться по мере надобности. Для спортивных устройств будущего дальше предусмотрены легко монтируемые пневматические покрытия и трансформирующиеся конструкции ограждения. В общем можно ожидать, что на основе ограниченного числа типовых элементов будет представлено большое число интересных вариантов, которые содействуют в создании архитектурного облика города будущего.

УДК 728.5 (439)

Finta, J.

486 **Ново построенные гостиницы в г. Будапеште**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, стр. 486 до 489,
8 илл., 6 гориз. проекций, 1 чертеж в разрезе

Известный венгерский архитектор Й. Финта — лавреат государственной и других премий — представляет в настоящей статье две новостройки гостиниц в г. Будапеште, при проектировании которых архитекторы должны были решить ряд особенных градостроительных проблем. Гостиницы Дуна Интерконтиненталь и Вольга между тем уже оправдали ожидания в эксплуатации. Первая гостиница возведена на левом берегу реки Дуная как относительно низкое, длинное строительное тело, приспособленное к традиционному комплексу сооружений. 700 гостей могут помещаться на 349 номерах. Открытая по поводу всемирной выставки охотничьего дела в 1971 г., гостиница Вольга была возведена из панельных элементов жилищного строительства. Она состоит из 10-этажного спального тракта и двухэтажного плоского здания для общественных помещений. Всего гостиница Вольга имеет 308 номеров для 732 гостя.

Summary

DK 72:061.231:061.3

Gericke, H.

Tasks of BdA Bodies in Preparation of 7th Congress 1975

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) No. 8, pp. 452–453

The National Executive of BdA (Bund der Architekten der DDR – Association of Architects of GDR) decided to call its 7th Congress in 1975. Prof. Gericke, First Vice-President, in an address to a meeting of the National Executive elaborated on the tasks to be achieved in preparation of the 7th Congress by BdA/DDR branches at various levels. In this context, he dwelled on long-range town planning, design and layout quality of new housing areas, as well as progress in housing construction and the completion of public buildings.

DK 658.012.2:711.58:725/727:728.1:351.778.5

Wagner, R.

Planning of Public Services along with Completion of New Housing Areas

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) No. 8, pp. 454–455,
7 graphs, 2 model photographs, 1 view, 1 plan

Public services in housing areas are priorities to which major attention is given in the housing construction programme of the GDR. More efficient use of funds and materials allocated to what is called complex housing construction, that is dwellings together with all necessary amenities, will improve such amenities and services in terms of quality and complexity.

DK 711.58:711.417.5

Klügel, S.; Schumacher, G.; Mauke, E.; Stoll, V.

Lobeda West – New Housing Area of Jena

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) No. 8, pp. 456–463,
2 tables, 12 illustrations, 6 layout drawings

Lobeda-West is situated in an extensive river terrace which stretches far into River Saale valley as the southern flank of the Saale meadows. The builtup concept for Lobeda-West was strongly limited by pronounced natural conditions, with the route taken by River Saale and an adjacent stretch of the national highways having been the major environmental factors in the way of unlimited expansion. Eighty hectare of land are available for development, safety margins and spacings between buildings uncounted. The resulting population density will be 270 per hectare. The total population by the end of site works in 1975 will be 21,700, among them 5,400 in apprentice and student homes, 1,000 in boarding houses for unmarried skilled workers, and 1,700 in other labour hostels.
Most of the housing so far has been completed, but some services in the centre still are under construction. The housing area is quite attractive for its neat setup and high degree of density. The housing quarters give an urban impression and are characterised by imaginative architecture. The dwelling floor plans are of good standards.

DK 727.111 + 725.573

Möckel, U.

5-Mp Design for Pre-School Buildings in Suhl County

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) No. 8, pp. 464–467,
3 floor plans, 1 section, 1 view, 7 illustrations

A pre-school compound was developed on the basis of 5-Mp design for the county of Suhl. The structure consists of several parts to meet differentiated capacity demands. The variant described in this article has been designed for 144 kindergarten and 72 creche places. All parts of the structure for kindergarten use are based on one and the same grid. In terms of functionality, they are group units, a central unit, and a movement unit.
The building has been assembled from 5-Mp large slabs and follows the crosswall principle with stiffening longitudinal wall a long the centerline. A special solution was found for the exterior long wall, with parapet elements, 150 mm in thickness, of B 225 heavy-aggregate concrete, subsequently added thermal insulation, and back-ventilated weather envelope.

DK 725.826:796 (47 + 57) 658.012.2

Maschinsky, V. A.

Sport Buildings of Tomorrow

Achitektur der DDR, Berlin 23 (1974) No. 8, pp. 476–479,
2 diagrams, 1 model

The trends regarding the design of sport facilities in the Soviet Union are analysed with reference to the growing role played by sports and physical culture in a socialist society.
While due consideration will be given to progressive specialisation of sport disciplines, sport buildings will be designed with built-in variability for expansion, if needed. Easy-to-assemble air-supported roofs and shielding units will come to the fore.
A wide range of impressive variants will have to be made available on the basis of a limited number of system elements and is hoped to improve the scene of tomorrow's urban architecture.

DK 728.5(439)

Finta, J.

New Hotel Buildings in Budapest

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) No. 8, pp. 486–489,
8 illustrations, 6 floor plans, 1 section

J. Finta, a Hungarian architect, holder of several prizes, presents two recently completed hotel structures of Budapest for which sizeable problems in terms of city design had to be solved by the team of architects and designers involved. They are Hotel Duna Intercontinental and Hotel Volga and have already stood their test in service. Duna Intercontinental, situated on the left bank of the Danube, is a relatively low and longish structure, somewhat adjusted to a traditional building on the same site. Accommodation is provided in 349 rooms for 700 guests. Hotel Volga, opened on the occasion of the Hunter's World Exhibition 1971, was assembled from housing slabs. Attached to its ten-storey bedroom tower is a two-storey structure with all community spaces. Accommodation is provided in 308 rooms for 732 guests.

Résumé

DK 72:061.231:061.3

Gericke, H.

452 **Les tâches des organs de l'Union des Architectes dans la RDA dans la phase préparatoire du VIIe Congrès de l'Union en 1975**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, p. 452–453

La Présidence de l'Union des Architectes dans la RDA a décidé de tenir son VIIe Congrès de l'Union en 1975. Professeur Gericke, 1er vice-président, a tracé dans son report les tâches les plus importantes pendant la phase préparatoire du VIIe Congrès de l'Union, tâches qui incombent aux groupes-membres de l'Union des Architectes dans les entreprises, régions et associations professionnelles. Il soulignait avant tout les problèmes relatifs à la planification à long terme, à la qualité urbanistique des zones d'habitation nouvelles et au développement de la construction de logements et de bâtiments publics.

DK 658.012.2:711.58:725/727:728.1:351.778.5

Wagner, R.

454 **Problèmes de la planification des bâtiments publics pendant la construction des zones d'habitation nouvelles**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, p. 454–455,
7 graphiques, 2 photos de maquette, 1 diagramme, 1 plan

La construction des bâtiments publics dans les zones d'habitation est une partie essentielle intégrale du programme de la construction de logements dans la RDA. L'auteur explique comment, grâce à l'emploi efficient des moyens disponibles pour la construction complexe de logements, il serait possible d'augmenter la qualité et la complexité des bâtiments publics à l'usage commun.

DK 711.58:711.417.5

Klügel, S.; Schumacher, G.; Mauke, E.; Stoll, V.

456 **Lobeda-West – une zone d'habitation nouvelle à Iéna**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, p. 456–463,
2 tableaux, 12 figures, 6 tracés

Lobéda-West forme part d'une terrasse étendue du fleuve qui s'étend le long de la vallée de la Saale et est la limitation sud du bassin Saaleaue. La superficie totale du terrain à bâtir, du bord et des écarts de sécurité, augmentent à 80 hectares, ce que permet une densité de 270 habitants pour chaque hectare. Jusqu'à la complétion des travaux de construction en 1975, environ 21 700 citoyens y trouveront une habitation nouvelle: 5 400 de ceux-ci logeront dans les foyers d'apprentis et d'étudiants, 1 000 dans les foyers des jeunes travailleurs spécialistes et 1 700 dans les foyers des travailleurs. La construction des logements étant pour la majorité terminée, il faudrait maintenant compléter les bâtiments publics dans le centre civique.

DK 727.111 + 725.573

Möckel, U.

464 **Bâtiments de l'enseignement pré-scolaire, assemblés par la méthode 3 Mp dans la région de Suhl**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, p. 464–467,
3 plans horizontaux, 1 section, 1 vue, 7 figures

Un nouveau bâtiment de l'enseignement pré-scolaire fut développé, sur la base de la méthode de construction 5 Mp, pour la région de Suhl. Le bâtiment se compose de plusieurs sections, ce que permet la satisfaction des différentes demandes posées à la capacité. Le projet présent est apte pour 144 places dans le jardin des enfants et 72 places dans la crêche. Les éléments de construction du jardin des enfants furent développés suivant le même réseau de base. Ils se composent des unités fonctionelles de groupe, de l'unité centrale et de l'unité de circulation. Le bâtiment fut assemblé par la méthode de construction à grands panneaux, niveau de charge 5 Mp, d'après le principe des murs transversaux avec mur longitudinal central de renforcement.

DK 725.826:796 (47 + 57) 658.012.2

Maschinsky, V. A.

476 **Bâtiments futurs de sport**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, p. 476–479
2 schémas, 1 maquette

Sur la base du rôle toujours accroissant de la culture physique et du sport dans la société socialiste, l'auteur analyse dans cette contribution les tendances de la construction des installations nouvelles du sport dans l'Union Soviétique. En tenant compte d'une spécialisation accroissante des disciplines du sport il est prévu de développer, en Union Soviétique, des complexes de bâtiments typiques, dont les sections variables seront étudiées de façon qu'elles permettent, dans le cas échéant, une extension. En outre, des toitures pneumatiques portantes à l'assemblage facil et des dispositifs de protection sont prévus pour les installations futures du sport. En total on offrira, sur la base d'un nombre limité des éléments typiques, une multitude de variantes intéressantes qui contribueront à empreindre le profil architectural de la ville future.

DK 728.5 439)

Finta, J.

486 **Hôtels nouveaux à Budapest**

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 8, p. 486–489,
8 figures, 6 plans horizontaux, 1 coupe

J. Finta, architecte hongrois hautement décoré, nous présente deux hôtels nouveaux à Budapest qui suscitaient des problèmes architecturaux énormes pour le groupe des architectes étudiant le projet. Les hôtels «Duna Intercontinental» et «Volga» furent déjà mis en opération et se sont approuvés. Le premier fut construit à la rive gauche de al Danube avec un corps du bâtiment relativement plat et étendu, similaire à l'ancien complexe traditionel du bâtiment. Les 349 chambres offrent des places pour 700 hôtes. Hôtel «Volga» – qui fut inauguré à l'occasion de l'exhibition internationale de la chasse en 1971 – fut assemblé des panneaux comme on les utilise pour la construction des logements. Il est composé d'un bâtiment à dix étages pour les chambres des hôtes et un bâtiment plat à deux étages seulement avec les salles publiques. 732 hôtes peuvent loger dans les 308 chambres.


Kress/Rietdorf
Wohnen in Städten
Planung und Gestaltung der Wohngebiete

Index 31 409